THE LIBRARY
OF
THE UNIVERSITY
OF CALIFORNIA
RIVERSIDE

UH 312 S5.

DAS WIENER KABINETT UND DIE ENTSTEHUNG DES WELTKRIEGES

Mit Ermächtigung des Leiters des Deutsch-österreichischen Staatsamtes für Äußeres auf Grund aktenmäßiger Forschung dargestellt von

DR. RODERICH GOOSS

1 9 1 9

VERLAG VON L. W. SEIDEL UND SOHN IN WIEN

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten

Copyright by L. W. Seidel & Sohn, Wien 1919

Deutschösterreichische Staatsdruckerei. 780619

VORWORT

Der Verfasser vorliegender Arbeit erhielt unmittelbar nach erfolgtem Zusammenbruche der österreichisch-ungarischen Monarchie vom Deutschösterreichischen Staatsamt für Äußeres den Auftrag, eine Zusammenstellung der diplomatischen Aktenstücke zur Vorgeschichte des Krieges 1914 aus den Beständen des politischen Archivs des ehemaligen k. u. k. Ministeriums des Äußern in Wien zu besorgen. Bei der Durchführung dieser Aufgabe mußte er sein Augenmerk auch auf alle jene Dokumente richten, die zwar nicht direkt in den Rahmen seiner Arbeit fielen, deren Heranziehung sich aber zum erschöpfenden Verständnis des ursächlichen Zusammenhanges der diplomatischen Aktionen als unerläßlich erwies.

In der vorstehenden Publikation werden die aus dem erwähnten Aktenmaterial gewonnenen Forschungsergebnisse bekanntgegeben. Zu einem richtigen Verstehen der Ereignisse bloß auf Grund der gedruckten Urkundentexte — in erster Linie also der bisherigen amtlichen Veröffentlichungen der einzelnen Staaten (Buntbücher) — zu gelangen, erscheint (schon mit Rücksicht auf ihre jeweilig zurechtgelegten Texte) ausgeschlossen; erst das eingehende textkritische Studium der Originaldokumente selbst eröffnet die Möglichkeit eines klaren Erkennens. Hiebei kommt den Entwürfen eines Dokumentes vielfach die gleiche Bedeutung wie seiner endgültigen Fassung zu. Denn die letzten Ideen und Absichten staatsmännischer Konzeption erhellen gelegentlich nicht aus der Reinschrift eines Aktes, wohl aber aus seiner

Vorlage und den daran vorgenommenen inhaltlichen und formalen Umänderungen. Der Schlußfassung eines Dokumentes (wie sie beispielsweise in den amtlichen Publikationen zum Ausdrucke gelangt) ist also als Quelle geschichtlicher Erkenntnis gegenüber dem Konzepte ein nur bedingter Wert einzuräumen; ein zutreffendes Bild ergibt sich bloß aus dem Studium aller Entstehungsphasen und der sämtlichen inneren und äußeren Merkmale eines Aktes.

Die Grundlage der Darstellung bildet der Text der Dokumente selbst — wörtlich zitiert dort, wo jedem einzelnen Worte eine Bedeutung zukommt. Da ein erheblicher Teil — auch entscheidender — diplomatischer Aktionen nur mündlich durchgeführt wurde, beziehungsweise einen aktenmäßigen Niederschlag nicht hinterlassen hat, bleibt der restlosen Feststellung aller Geschehnisse von vornherein eine Grenze gezogen. Immerhin führt eine gewissenhafte Durchforschung sämtlicher einschlägigen Stücke zu Resultaten, denen sich kein prüfender Leser wird entziehen können.

Als besondere Aufgabe hat sich der Autor die Klarlegung der diplomatischen Beziehungen des Wiener Kabinetts zur Deutschen Regierung gesetzt. Daneben läuft die Darstellung der Verhandlungen mit den übrigen Kabinetten der europäischen Großmächte. Die Verhandlungen mit der Türkei und den Balkanstaaten — Serbien ausgenommen — werden nur im unerläßlich notwendigen Ausmaße berücksichtigt. Die Darstellung selbst umfaßt den Zeitraum von der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand (28. Juni 1914) bis zur Kriegserklärung des Deutschen Reiches an Rußland (1. August 1914). (Die weitere Entwicklung der internationalen Konflagration entsprang dem herrschenden Bündnissystem der europäischen Mächte.) Unsere Arbeit bietet also eine quellenkritische Darstellung der als unmittelbarer Kriegsanlaß zu betrachtenden Ereignisse und der daraus entspringenden diplomatischen Aktionen, nicht aber etwa eine erschöpfende Darlegung der Kriegsursachen. Diese selbst erstrecken sich zeitlich auf vorangehende ganze Jahrzehnte und umspannen die Staatskanzleien

aller an dem Weltkrieg beteiligten Mächte[1]. Hierüber wird volle Klarheit erst zu gewinnen sein, wenn die diplomatischen und militärischen Archive sämtlicher in Betracht kommenden Staaten ihre Bestände einer objektiven, nach wissenschaftlichen Grundsätzen arbeitenden Geschichtsforschung rückhaltslos zugänglich gemacht haben werden.

Wien, im September 1919.

Der Verfasser

[1] Vgl. hiezu die Ausführungen von Jean Debrit: . . . . . et ce fut la Guerre! (Genf 1917):

Durant 45 ans, on nous répéta: Le véritable auteur d'une guerre, ce n'est pas celui qui la déclare, mais celui qui la rend inévitable. Ce principe nous a toujours semblé juste. Nous demandons la permission de l'appliquer à la grande guerre et nous demandons non pas: Qui a déclaré la guerre? mais: Qui donc a rendu la guerre inévitable? Et, jusqu'à l'arrivée de preuves décisives venant modifier nos convictions, nous sommes tentés de répondre aujourd'hui: Tout le monde, à des degrés, divers peut-être, mais d'une diversité insuffisante pour nous autoriser a condamner l'un des accusés comme le seul auteur du crime.

INHALT

Seite

I. Von der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand (28. Juni 1914) bis zur Überreichung der österreichisch-ungarischen Note an Serbien (23. Juli 1914) . . 1—137

A. Die Verhandlungen des Wiener Kabinetts mit der Berliner Regierung (28. Juni bis Mitte Juli) . . . . . 3— 45

1. Die Denkschrift des Wiener Kabinetts über die europäische Lage . . . . . 3— 30

2. Die Stellungnahme Kaiser Wilhelms und der deutschen Regierung zur Denkschrift des Wiener Kabinetts . . . . . 30— 37

3. Das nächste Ziel des Wiener Kabinetts . . . . . 37— 45

B. Der Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten vom 7. und 19. Juli . . . . . 45— 91

1. Die bosnisch-herzegowinischen Angelegenheiten . . 45— 50

2. Der Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten vom 7. Juli . . . . . 50— 62

3. Der Sonderstandpunkt des Grafen Tisza . . . . . 62— 70

4. Die k. u. k. Regierung und die europäischen Kabinette 70— 83

Belgrad . . . . . 70— 72

Berlin . . . . . 73— 75

Rom . . . . . 75— 79

Paris . . . . . 79— 81

London . . . . . 81— 82

St. Petersburg . . . . . 82— 83

5. Der Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten vom 19. Juli . . . . . 84— 91

C. Die österreichisch-ungarische Note an Serbien vom 23. Juli 1914 . . . . . 91—137

1. Die Genesis der Note . . . . . 91—101

2. Die Überreichung der Note in Belgrad (23. Juli, 6 Uhr nachmittags) . . . . . 102—109

3. Die österreichisch-ungarische Zirkularnote an die Signatarmächte vom 24. Juli 1914 . . . . . 109—136

Berlin . . . . . 110—114

Rom . . . . . 114—127

Paris . . . . . 128—130

London . . . . . 130—134

St. Petersburg . . . . . 134—136

Verständigung der übrigen k. u. k. Missionen . . 137

Seite

II. Von der Überreichung der österreichisch-ungarischen Note in Belgrad (23. Juli) bis zur Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien (28. Juli) . . . . . 139—220

A. Die Aufnahme der österreichisch-ungarischen Zirkularnote vom 24. Juli und die Maßnahmen der europäischen Kabinette . . . . . 141—164
Berlin . . . . . 141—144
Rom . . . . . 144—146
Paris . . . . . 146—148
London . . . . . 148—150
St. Petersburg . . . . . 150—164

B. Die serbische Antwortnote an Österreich-Ungarn vom 12. 25. Juli 1914 und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien (25. Juli, 6 Uhr nachmittags) . . . . . 165—168

C. Die k. u. k. Regierung und die europäischen Kabinette 168—216
Berlin . . . . . 168—183
Rom . . . . . 183—193
Paris . . . . . 193—197
London . . . . . 197—205
St. Petersburg . . . . . 205—216

D. Die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien (28. Juli 1914) . . . . . 216—220

III. Von der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien (28. Juli) bis zur Kriegserklärung des Deutschen Reiches an Rußland (1. August) . . . . . 221—312

A. Das Berliner Kabinett . . . . . 223—256
Beziehungen Berlin—Wien—Rom . . . . . 223—227
Beziehungen Berlin—Paris . . . . . 227—228
Beziehungen Berlin—Wien—London . . . . . 228—243
Beziehungen Berlin—Wien—Petersburg . . . . . 243—256

B. Das Wiener Kabinett . . . . . 256—312
Verhandlungen mit Italien . . . . . 256—266
Verhandlungen mit Frankreich . . . . . 266—270
Verhandlungen mit England . . . . . 270—284
Verhandlungen mit Rußland . . . . . 284—301
Der Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten vom 31. Juli . . . . . 301—306
Die österreichisch-ungarische allgemeine Mobilisierung 306—312

I

Von der Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand (28. Juni 1914) bis zur Überreichung der österreichisch-ungarischen Note an Serbien (23. Juli 1914)

A. Die Verhandlungen des Wiener Kabinetts mit der Berliner Regierung (28. Juni bis Mitte Juli)

1. Die Denkschrift des Wiener Kabinetts über die europäische Lage

Österreich-Ungarn und die großserbische Propaganda

Das Attentat, dem der Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand in Sarajevo am 28. Juni 1914 zum Opfer fiel, hatte weitgehenden inner- und außenpolitischen Plänen ein Ende bereitet. Seit der Ermordung des Königs Alexander von Serbien und insbesondere seit den letzten beiden Balkankriegen hatte sich für Österreich-Ungarn der Schwerpunkt der orientalischen Frage mehr und mehr nach Belgrad, dem Zentrum der großserbischen Aspirationen, verschoben. Hier wieder waren die serbischen Staatsmänner eifrig bemüht, eine Anlehnung an das rumänische Königreich zu suchen, dessen — vor allem aus der Nationalitätenpolitik des Königreiches Ungarn entspringende — Animosität gegen die bundesgenössische Monarchie seit den Tagen des Bukarester Friedens eine stete Verschärfung erfahren hatte. Eine Klarlegung der Beziehungen der Monarchie zu Serbien und zu Rumänien erschien am Ballhausplatze unaufschiebbar geboten.

Das Memoire des außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers Baron Flotow

Noch im Mai 1914 war durch den im k. u. k. Ministerium des Äußern in Dienstesverwendung stehenden außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Baron Flotow ein Memoire aufgesetzt worden, das die Rumänien und Serbien gegenüber einzuschlagende Politik der Monarchie zum Gegenstande hatte:

Die äußere politische Lage der Monarchie kranke an der trotz des geheimen Bündnisses bestehenden Unklarheit ihres Verhältnisses zu Rumänien. Es müsse die Tatsache festgestellt werden, daß die Monarchie im Falle eines kriegerischen

Konflikts mit Rußland gegenwärtig trotz der über jeden Zweifel erhabenen Loyalität des Königs Carol nicht nur nicht auf die rumänische Hilfe zählen könnte, sondern im Gegenteil eine etwaige feindselige Aktion Rumäniens in Rechnung ziehen müßte. König Carol habe zwar dem k. u. k. Gesandten in Bukarest erklärt, so lange er lebe, würde die rumänische Armee nicht gegen Österreich-Ungarn ins Feld ziehen; der König habe aber auch offen zugegeben, daß er gegen die gegenwärtig herrschende öffentliche Meinung Rumäniens nicht Politik machen könne.

In Anbetracht nun der augenfälligen, durch Frankreich energisch unterstützten Bemühungen Rußlands, ein rumänisch-türkisches Bündnis zustande zu bringen, die Gegensätze zwischen der Türkei und Griechenland — hauptsächlich durch die Vermittlung Rumäniens — auszugleichen und sohin, dank der rumänisch-griechischen Beziehungen, Griechenland und weiters das mit ihm verbündete und mit Rumänien gleichfalls befreundete Serbien zu einem politischen Block zu vereinigen, stehe die Monarchie vor der drohenden Gefahr des Wiederauflebens eines unter russischer Patronanz sich bildenden Balkanbundes, dessen Spitze sich nur gegen Österreich-Ungarn wenden würde und dessen Stoßkraft in dem Augenblicke erreicht wäre, als das auf die Kniee niedergedrückte Bulgarien sich — notgedrungen — dieser Gruppierung anschließen müßte. Das Entstehen eines derartigen Balkanbundes könnte geradezu die Existenz des Dreibundes in Frage stellen.

Es ergebe sich daher die ernste Notwendigkeit, die möglichen diplomatischen Vorkehrungen in Erwägung zu ziehen, die den auf die Bildung eines derartigen Balkanbundes hinzielenden Bestrebungen Rußlands und Frankreichs entgegengesetzt werden könnten.

Im traditionellen Geiste der äußeren Politik der Monarchie erschiene als erste und vor allem anzustrebende Möglichkeit eine Klärung ihres Verhältnisses zu Rumänien. Diese Klärung würde das Wiener Kabinett in einer unzweideutigen Manifestation König Carols, beziehungsweise seiner Regierung zugunsten des Dreibundes erblicken, in einer Manifestation, die durch das öffentliche Bekenntnis der Zugehörigkeit zum

Dreibunde dem russischen Gegenspiel den Boden abgraben würde.

Eine solche Erklärung sei indessen in Rumänien höchstens und nur gegen weitere politische Zugeständnisse zu erreichen. Als ein solches Zugeständnis könnte in Betracht kommen: eine Erweiterung des bestehenden Bündnisvertrages nach der Richtung, daß Österreich-Ungarn Rumänien seine gegenwärtige Grenze Bulgarien gegenüber garantiere.

Mit Rücksicht auf das freundschaftliche Verhältnis Rumäniens zu Serbien könnte es König Carol beziehungsweise seiner Regierung überlassen werden, sich für eine Annäherung Serbiens an die Monarchie zu verwenden, wobei von seiten der Monarchie (im Rahmen einer solchen, von ihr selbst angenommenen politischen Konstellation) Serbien gegenüber das loyalste Entgegenkommen bewiesen werden würde.

Sollte man in Bukarest auf die von Österreich-Ungarn als unumgänglich nötig erkannte öffentliche Klarlegung des Verhältnisses zu Rumänien nicht eingehen, so wäre die Monarchie gezwungen, sogleich und ohne Verzug alle Konsequenzen zu ziehen, die sich für dieselbe einem gegebenenfalls sogar feindlich auftretenden Nachbarn gegenüber als notwendig ergeben würden[1].

Gleichzeitig mit den militärischen Vorkehrungen müßten die diplomatischen Bemühungen der Monarchie einerseits auf das Zustandebringen einer bulgarisch-türkischen Allianz, andrerseits auf eine bündnismäßige Heranziehung Bulgariens an Österreich-Ungarn und an den Dreibund gerichtet sein.

Es erschiene verderblich, durch eine untätige Politik des Abwartens die Dinge heranreifen zu lassen und allen jenen freies Spiel zu gewähren, deren sich immer mehr und mehr verdichtende Arbeit auf eine Zertrümmerung der Machtstellung der Monarchie hinweise.

Wenn in dem gegenwärtigen politischen Augenblicke, in dem Rußland und Frankreich so intensiv an der Arbeit seien, Rumänien der Monarchie nicht die Garantie gebe oder geben zu können glaube, daß der Bündnisvertrag, der

[1] An dieser Stelle sollten in ein im Konzept freigelassenes Spatium die gegenständlichen militärischen Erwägungen eingefügt werden.

bilateral geschlossen wurde, auch bilateral gehalten werde, so dränge sich der Monarchie die Pflicht auf, sich einesteils gegen feindliche Angriffe zu sichern, andrerseits sich anderer Hilfen zu vergewissern.

Diese Darlegungen Baron Flotows wurden in der Folge durch Notizen des kompetenten Referenten, des k. u. k. außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers Pogatscher ergänzt. Sie pflichteten den ursprünglichen Ausführungen ohne jede namhafte Änderung bei.

Aus den Erwägungen der angeführten Denkschrift erhellt die beachtenswerte Tatsache, daß sie in ihrer Argumentation einer Annäherung Serbiens an die Monarchie auf dem Wege einer Vermittlung durch König Carol die Bahn frei ließ.

Absicht des Wiener Kabinetts, ein Elaborat über die Balkanfragen in Berlin vorzulegen

In der Folge wurde der im k. u. k. Ministerium des Äußern bestehende Vorsatz[1], ein Elaborat über die Fragen der Balkanpolitik in Berlin vorzulegen, der Verwirklichung zugeführt. Mit der Abfassung der geplanten Denkschrift betraute Graf Berchtold — ungefähr gegen Mitte Juni 1914 — den k. u. k. Sektionsrat Baron Matscheko. Bei fallweiser Verwertung des Flotow-Pogatscherschen Memoires sollten die gegenständlichen Gedankengänge des Wiener Kabinetts auf breiterer Basis auseinandergesetzt werden.

Denkschrift, verfaßt vom k. u. k. Sektionsrat Baron Matscheko. Erste Fassung

Das vor dem 24. Juni im Konzept erliegende — und in der Hauptsache auch in der endgültigen Fassung beibehaltene — Elaborat[2] ging von einer Beurteilung des Gesamtergebnisses der Balkankrise, vom Standpunkte Österreich-Ungarns sowie des Dreibundes betrachtet, aus:

[1] Vgl. den Passus eines Schreibens des Chefs des Kabinetts des Ministers, k. u. k. Legationsrates Grafen A. Hoyos, an den k. u. k. Botschafter in Konstantinopel Markgrafen Pallavicini d. d. Wien, 26. Juni 1914: „Unterdessen wird ein langes Memorandum für Berlin ausgearbeitet, das demnächst abgehen soll, und der Minister (Graf Berchtold) tut sein Mögliches, Tschirschky die Augen zu öffnen . . .“ (C. d. M. 465/1914.)

[2] Da die Denkschrift von anderer Seite in der Zeitschrift „Deutsche Politik“ (1919, Heft 21, Seite 649 bis 659), ferner im Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber am Kriege (Berlin, Juni 1919), Seite 61 bis 69, veröffentlicht wurde, beschränken wir uns hier auf die Wiedergabe ihrer für unsere Darstellung wichtigen Ausführungen.

Den Aktivposten der Bilanz stünden nachteilige gegenüber, die schwerer als jene ins Gewicht fielen.

Serbien, dessen Politik seit Jahren von hostilen Tendenzen gegen Österreich-Ungarn geleitet werde und das ganz unter russischem Einfluß stehe, habe einen Zuwachs an Gebiet und Bevölkerung erreicht, der die eigenen Erwartungen weit übertroffen hätte; durch die territoriale Nachbarschaft mit Montenegro und durch das allgemeine Erstarken der großserbischen Idee sei die Möglichkeit einer weiteren Vergrößerung Serbiens im Wege der Union mit Montenegro wesentlich nähergerückt. Rumänien sei durch die Ereignisse zu einer Kooperation mit Serbien gedrängt worden, aus welcher eine dauernde, wenn auch auf bestimmte Fragen beschränkte rumänisch-serbische Solidarität zurückgeblieben sei. Dies und der gleichzeitig in der öffentlichen Meinung Rumäniens eingetretene Umschwung zu Gunsten Rußlands ließen es zum mindesten als zweifelhaft erscheinen, ob Rumänien im gegebenen Moment nicht statt als Freund, als Gegner des Dreibundes auftreten werde.

Während die Balkankrise somit zu Resultaten geführt habe, die an sich schon für den Dreibund keineswegs günstig seien und den Keim einer speziell für Österreich-Ungarn bedenklichen weiteren Entwicklung in sich trügen, sehe man andrerseits, daß die russische und französische Diplomatie eine einheitliche und planmäßige Aktion eingeleitet habe, um die errungenen Vorteile weiter auszugestalten und einzelne noch ungünstige Momente zu modifizieren.

Ein flüchtiger Überblick über die europäische Lage lasse klar erkennen, weshalb sich die Ententemächte — hierunter seien vor allem Rußland und Frankreich zu verstehen, denn England habe seit der Balkankrise eine reservierte Haltung eingenommen — mit den zu ihren Gunsten eingetretenen Verschiebungen am Balkan noch keineswegs zufrieden geben könnten.

Der Gedanke, die christlichen Balkanvölker von der türkischen Herrschaft zu befreien, um sie dann als Waffe gegen Zentraleuropa zu gebrauchen, sei von altersher der realpolitische Hintergrund des traditionellen Interesses Rußlands für diese Völker. In neuerer Zeit habe sich

hieraus die Idee entwickelt, die Balkanstaaten zu einem Balkanbund zu vereinigen, um auf diese Weise die militärische Superiorität des Dreibundes aus der Welt zu schaffen. Die erste Vorbedingung für die Verwirklichung dieses Planes, die Türkei aus den von den christlichen Balkannationen bewohnten Gebieten zu verdrängen, damit die Kraft dieser Staaten vermehrt und nach Westen hin frei werde, sei durch den letzten Krieg im Großen und Ganzen erfüllt worden.

Es erscheine durchaus verständlich, daß Rußland und Frankreich, wie aus übereinstimmenden Meldungen und markanten äußeren Vorgängen zu ersehen sei, seit Monaten am Bosporus wie in allen Balkanhauptstädten eine intensive diplomatische Tätigkeit entfalteten, um die Zweiteilung der Balkanstaaten (die Türkei und Bulgarien einerseits, Serbien, Montenegro, Griechenland und Rumänien andrerseits) zu beseitigen und sie alle, oder doch die entscheidende Mehrzahl von ihnen, zu einem neuen Balkanbund mit der Front gegen Westen zu vereinigen.

Über die Grundlage, auf welcher sich nach den Absichten der russischen und französischen Diplomatie der neue Balkanbund aufbauen solle, könne kein Zweifel bestehen. Ein Bündnis der Balkanstaaten könne sich unter den gegebenen Verhältnissen, da eine gemeinsame Aktion gegen die Türkei nicht mehr in Betracht komme, nur gegen einen Gegner, nämlich gegen Österreich-Ungarn, richten, und andrerseits könne ein solches Bündnis nur auf der Basis eines Programms zustande gebracht werden, das in letzter Linie auf Kosten der territorialen Integrität der Monarchie allen Teilnehmern durch eine staffelweise Verrückung der Grenzen von Ost nach West Gebietserweiterungen in Aussicht stelle. Eine Einigung der Balkanstaaten auf einer anderen Grundlage sei kaum denkbar, auf dieser Basis aber gewiß nicht ausgeschlossen, ja ohne wirksame Gegenaktion nicht einmal unwahrscheinlich.

Daß Serbien unter russischem Druck darauf eingehen würde, für den Eintritt Bulgariens in ein gegen die Monarchie gerichtetes, auf den Erwerb Bosniens abzielendes Bündnis

in Mazedonien einen angemessenen Preis zu bezahlen, sei wohl nicht zu bezweifeln.

Größer seien die Schwierigkeiten in Sofia.

Mazedonien spiele in der inneren und äußeren Politik Bulgariens eine eminente Rolle und dessen Wiedergewinn sei geradezu eine nationale Forderung. Wenn es sich daher einmal herausstellen sollte, daß der von Rußland proponierte friedliche Ausgleich und das Bündnis mit Serbien der einzige Weg seien, um wenigstens Teile Mazedoniens für die bulgarische Sache zu retten, werde trotz der erlittenen Enttäuschungen keine bulgarische Regierung es wagen können, diese Kombination zurückzuweisen. Nur eine Aktion, die Bulgarien den russischen Drohungen und Lockungen gegenüber das Rückgrat stärke und das Land vor Isolierung bewahre, könnte somit verhindern, daß Bulgarien schließlich auf die Balkanbundpläne einginge.

Was nun Rumänien anbelange, so habe dort die russisch-französische Aktion schon während der Balkankrise mit voller Intensität eingesetzt; sie habe die öffentliche Meinung durch erstaunliche Verdrehungskünste und durch geschickte Anfachung der unter der Oberfläche stets fortglimmenden großrumänischen Idee in eine feindselige Stimmung gegen die Monarchie hineingetrieben und die auswärtige Politik Rumäniens zu einer mit dem Bündnis mit der Monarchie kaum in Einklang stehenden Kooperation und Solidarität mit Serbien veranlaßt.

Die Unklarheit, die sich daraus bei unverändertem formellen Fortbestand des Bündnisses in dem Verhältnisse Rumäniens zu Österreich-Ungarn entwickelte, stelle an sich schon einen höchst wichtigen Erfolg der russisch-französischen Machenschaften dar. Damit konnte sich die Diplomatie Rußlands und Frankreichs jedoch nicht begnügen, da es sich ihr ja darum handelte, Rumänien zu einer offensiven Politik gegen die Monarchie und zum eventuellen Anschluß an den neu zu errichtenden Balkanbund zu bewegen. Die beiden Ententemächte seien deshalb auch weiter eifrigst bemüht, die Regierung und die öffentliche Meinung Rumäniens für ihre Ziele zu gewinnen. Obwohl hiebei zu so eindrucksvollen und demonstrativen Mitteln, wie dem Besuche des Zaren in

Constantza, gegriffen wurde, habe diese Aktion, wie ja bei der Loyalität König Carols und angesichts des bestehenden Bündnisses mit dem Dreibunde nicht anders zu erwarten, ein volles Abschwenken der offiziellen rumänischen Politik zur Entente bis jetzt nicht erreicht. Dagegen könne nach den Äußerungen der Presse und den Demonstrationen, die sich in den letzten Monaten in verschiedenen Orten ereigneten, nicht daran gezweifelt werden, daß es den planmäßigen Einflüssen der Ententemächte gelungen sei, weite Kreise der Armee, der Intelligenz und des Volkes für eine neue Orientierung der rumänischen Politik zu gewinnen, die sich die „Befreiung der Brüder jenseits der Karpathen" zum Ziele zu setzen hätte. Es müsse sich erst zeigen, ob sich die von König Carol persönlich geleitete auswärtige Politik Rumäniens auf die Dauer dem Einfluß dieser populären nationalen Strömungen entziehen könne.

Resumierend lasse sich feststellen, daß Rußland und Frankreich auf der ganzen Linie und mit großen Aussichten auf Erfolg intensiv bemüht seien, die Balkanstaaten zu einem Bündnis zu vereinigen, das sich zunächst gegen Österreich-Ungarn richten würde, in letzter Konsequenz aber das Mittel darstelle, Rußland und Frankreich im Vereine mit dem Balkanbunde das militärische Übergewicht über den Dreibund zu verschaffen.

Abgesehen von dieser für die Zweibundmächte günstigen, für Österreich-Ungarn wie für Deutschland und den Dreibund überhaupt nicht unbedenklichen Perspektive für die Zukunft, hätten Rußland und Frankreich es auch verstanden, aus der infolge der Balkankrise eingetretenen Entwicklung schon für die Gegenwart einen wichtigen positiven Vorteil zu ziehen. In der auswärtigen Politik Rumäniens habe sich hauptsächlich durch russischen und französischen Einfluß eine Schwenkung vollzogen und damit sei das Bündnissystem an einem sehr empfindlichen Punkt geschwächt worden, auf welchem die Sicherheit der Machtstellung der Monarchie, gleichzeitig aber auch die Stabilität der bestehenden politischen Verhältnisse in Europa beruhe.

Die Änderung des Kurses der rumänischen Politik sei allerdings nicht so weit gegangen, daß Rumänien von der

bisherigen Dreibundpolitik ganz abgeschwenkt und Rußland und Frankreich gegenüber bindende Verpflichtungen eingegangen wäre. Allein, während früher kein Grund bestand, an der integralen Erfüllung der aus dem geheimen Bündnis mit dem Dreibund entspringenden Verpflichtungen durch Rumänien zu zweifeln, hätten kompetente rumänische Stellen in letzter Zeit mehrfach die öffentliche Erklärung abgegeben — und eben infolge der Geheimhaltungsklausel des Bündnisvertrages konnten die Dreibundmächte hiegegen keine Rekriminationen erheben —, daß der leitende Gedanke der rumänischen Politik das Prinzip der freien Hand sei. Ebenso habe schon vor Jahresfrist König Carol mit der Loyalität und Offenheit, die seiner vornehmen Gesinnung entspreche, dem k. u. k. Gesandten erklärt, die rumänische Armee werde zwar solange er lebe, gegen Österreich-Ungarn nicht ins Feld ziehen, allein gegen die öffentliche Meinung des heutigen Rumänien könne er nicht Politik machen, und es sei daher im Falle eines Angriffes Rußlands gegen die Monarchie trotz des bestehenden Bündnisses an eine Aktion Rumäniens an der Seite Österreich-Ungarns nicht zu denken. Um einen Schritt weiter sei — bezeichnenderweise unmittelbar nach dem Zarenbesuche in Constantza — der rumänische Minister des Äußern gegangen, indem er in einem Interview offen zugab, daß eine Annäherung Rumäniens an Rußland erfolgt sei, ja daß eine Interessengemeinschaft zwischen den beiden Staaten bestehe.

Das Verhältnis Österreich-Ungarns zu Rumänien sei somit gegenwärtig dadurch charakterisiert, daß die Monarchie ganz auf dem Boden des Bündnisses stehe und nach wie vor bereit sei, Rumänien im Falle des Casus foederis mit ganzer Macht zu unterstützen, daß Rumänien aber sich von den Bündnispflichten einseitig lossage und der Monarchie lediglich eine neutrale Stellung zugestehe. Selbst die bloße Neutralität Rumäniens sei der Monarchie nur durch eine persönliche Zusage Königs Carols garantiert, die natürlich nur für die Dauer seiner Regierung von Wert sei, deren Erfüllung aber überdies davon abhänge, daß der König die Leitung der auswärtigen Politik stets vollkommen in der Hand behalte — eine Aufgabe, die in Zeiten nationaler

Erregung des ganzen Landes die Kraft eines dem Volke nicht stammverwandten Monarchen leicht übersteigen könnte.

Sich mit dieser einseitig verschobenen Situation ruhig abzufinden und abwartend der weiteren Entwicklung gegenüberzustehen, verbiete der Monarchie nicht nur die Rücksicht auf ihr Prestige als Großmacht, dies sei ihr auch aus militärisch-politischen Gründen unmöglich. Der militärische Wert des Bündnisses mit Rumänien bestand bisher für die Monarchie darin, daß sie im Konfliktsfalle mit Rußland gegen dieses von der rumänischen Seite her völlig freie Hand gehabt hätte, während ein ansehnlicher Teil der russischen Heeresmacht durch den Angriff der flankierenden rumänischen Armee gebunden worden wäre. Das heutige Verhältnis Rumäniens zur Monarchie hätte jedoch, würde jetzt zwischen ihr und Rußland ein bewaffneter Konflikt ausbrechen, so ziemlich das Gegenteil zur Folge. Rußland hätte nun auf keinen Fall einen Angriff Rumäniens zu befürchten und würde gegen Rumänien kaum einen Mann aufstellen müssen, während Österreich-Ungarn der rumänischen Neutralität nicht ganz sicher sein könnte und deshalb gezwungen wäre, ein entsprechendes Aufgebot an Truppen gegen das jetzt an seiner Flanke befindliche Rumänien zurückzubehalten. Die Fortdauer der ungeklärten Beziehungen zu Rumänien wäre daher damit gleichbedeutend, daß der Wert des rumänischen Bündnisses für die Monarchie illusorisch, ja negativ bliebe, während sie ihrerseits eben durch die Rücksicht auf das formell noch bestehende Bundesverhältnis zu Rumänien daran gehindert wäre, rechtzeitig politische Aktionen, wie die Heranziehung anderer Staaten, und militärische Maßnahmen, wie die Befestigung der siebenbürgischen Grenze, einzuleiten, um die nachteiligen Wirkungen der Neutralität und eventuellen Feindseligkeit des Nachbarkönigreiches aufzuheben oder wenigstens abzuschwächen.

Die Monarchie habe die Schwenkung der rumänischen Politik in Bukarest bisher nicht in nachdrücklicher Weise zur Sprache gebracht, sondern sich von der auch vom deutschen Kabinett vertretenen Auffassung leiten lassen, daß es sich um Folgeerscheinungen gewisser Mißverständ-

nisse aus der Zeit der Krise handle, die sich automatisch zurückbilden würden, wenn man ihnen gegenüber Ruhe und Geduld beobachte. Nunmehr habe sich aber ergeben, daß von einer Taktik ruhigen Abwartens und freundschaftlicher Vorstellungen eine Besserung nicht zu erwarten sei.

Es wäre daher eine nicht zu verantwortende Sorglosigkeit, die wichtige Interessen der Reichsverteidigung aufs Spiel setzen würde, wenn sich die Leitung der auswärtigen Politik der Monarchie gegenüber den in Rumänien zutage getretenen Erscheinungen weiterhin mehr oder weniger passiv verhalten und nicht in der energischesten Weise auf eine Klärung der Situation dringen würde.

Mit der Notwendigkeit, zu diesem Zwecke Maßnahmen zu ergreifen, falle sachlich wie zeitlich zusammen die Notwendigkeit, eine Aktion einzuleiten, um die von den Zweibundmächten planmäßig betriebene Errichtung eines Balkanbundes zu vereiteln. Beide Fragen hingen dadurch aufs Innigste zusammen, daß es von der positiven oder negativen Klarstellung des Verhältnisses zu Rumänien abhinge, von welchem Punkte aus und in welcher Richtung den Balkanbundplänen entgegenzutreten sein werde. Weitere Passivität in der rumänischen Frage würde eine wirksame Gegenaktion hinsichtlich des Balkanbundes ausschließen und den intensiven Bestrebungen Rußlands und Frankreichs vollkommen freies Spiel lassen. Die Situation sei heute so weit gediehen, daß eine solche Gegenaktion ohne Aufschub einsetzen müsse, solle sie sich nicht von vornherein vor vollendete Tatsachen gestellt sehen.

An den langjährigen Traditionen ihrer auswärtigen Politik festhaltend, würde die Monarchie mit einer offenen Aussprache mit Rumänien in erster Linie das Ziel verfolgen, das Königreich für eine Politik des ehrlichen Anschlusses an Österreich-Ungarn wieder zu gewinnen und verläßliche Bürgschaften für die volle Erfüllung der Bündnispflichten von ihm zu verlangen. Es müßte in Bukarest das Verlangen gestellt werden, daß Rumänien auf die Geheimhaltung des Bundesverhältnisses zum Dreibund verzichte und daß diese Tatsache durch eine unzweideutige Manifestation König Carols oder der rumänischen Regierung öffentlich bekanntgegeben werde.

Nur wenn die öffentliche Meinung in Rumänien auf diese Art über die politische Zugehörigkeit des Königreiches orientiert würde und diese Politik durch ihre Zustimmung gewissermaßen ratifiziert hätte, wäre dem russisch-französischen Gegenspiel Einhalt getan und könnte Österreich-Ungarn wieder vertrauensvoll das Bundesverhältnis zu Rumänien zum Angelpunkt seiner Balkanpolitik machen.

Bei der heutigen Situation sei es ohne weiteres klar, daß das vom Zweibund umworbene Rumänien, wenn überhaupt, so nur gegen gewichtige Vorteile zur Wiederaufnahme seiner offenen Dreibundpolitik zu bewegen wäre und daß daher ein solches öffentliches Bekenntnis zum Dreibund und damit zur österreichisch-ungarischen Monarchie nur durch weitere, über den Rahmen des gegenwärtigen Bündnisvertrages hinausgehende politische Zugeständnisse erlangt werden könnte.

Die Monarchie wäre daher geneigt, Rumänien als Gegenleistung ihrerseits die Garantie des rumänischen Besitzstandes gegenüber Bulgarien anzubieten. Sollte Rumänien auf den Fortbestand seines gegenwärtigen freundschaftlichen Verhältnisses zu Serbien Gewicht legen, so könnte Österreich-Ungarn in Bukarest auch die Versicherung abgeben, daß es eine von Rumänien in Belgrad unternommene Aktion, welche auf eine Änderung der Haltung Serbiens gegenüber der Monarchie abzielen würde, seinerseits durch eine entgegenkommende Haltung Serbien gegenüber auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete zu fördern bereit sei. Damit wäre aber das Maß der Zugeständnisse an Rumänien, die für die Monarchie zum Zweck der Wiederherstellung eines beiderseits wirklich vertrauenswürdigen Bundesverhältnisses in Betracht kämen, erschöpft und es sei selbstverständlich, daß zum Beispiel die innerpolitischen Verhältnisse Österreichs oder Ungarns von den Besprechungen mit der rumänischen Regierung unbedingt ausgeschlossen bleiben müßten.

Österreich-Ungarn würde in Bukarest zwar einen durchaus freundschaftlichen Ton anschlagen, andrerseits aber Rumänien nicht darüber im Unklaren lassen, daß es eine Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes, welcher eine einseitige Verschiebung der aus dem Bündnis entspringenden Rechte und Pflichten zu Gunsten Rumäniens bedeute, unter keinen Umständen

zulassen könne. Rumänien würde auch darüber nicht im Unklaren gelassen werden, daß die Monarchie, falls man sich in Bukarest zu einer öffentlichen Manifestation für die Zugehörigkeit Rumäniens zum Dreibunde nicht entschließen könnte, daraus alle Konsequenzen hinsichtlich ihrer politischen Aktionsfreiheit ableiten müßte.

Politisch würde es sich darum handeln, ein Gegengewicht gegen das in das Lager des Zweibundes übergegangene Rumänien zu schaffen. Dies könnte nur dadurch geschehen, daß die Monarchie auf die seit langer Zeit gestellten und mehrfach wiederholten Anerbieten Bulgariens einginge und mit diesem in ein vertragsmäßiges Verhältnis trete. Gleichzeitig müßte danach getrachtet werden, ein Bündnis zwischen Bulgarien und der Türkei zustande zu bringen.

Hand in Hand damit müßte die Monarchie unverzüglich daranschreiten, für den Fall eines europäischen Krieges militärische Vorkehrungen zum Schutze der Grenze gegen Rumänien zu treffen [1]. Auch in dieser Hinsicht sei es für die Monarchie dringend notwendig, die künftige Haltung Rumäniens ohne Verzug unzweideutig festzustellen, da die bisherigen militärischen Vorkehrungen für kriegerische Eventualitäten mit der gegenwärtigen Situation nicht im Einklang stünden und je nach dem Ergebnis der Aussprache mit Rumänien ohne Aufschub modifiziert werden müßten, wobei ganz besonders ins Gewicht falle, daß speziell fortifikatorische Grenzschutzbauten eine beträchtliche Vorbereitungszeit erforderten.

Die Frage der Klarstellung des Verhältnisses zu Rumänien sei jedoch, wenn sie auch ihre Interessen in erster Reihe berühre, nicht eine Angelegenheit der Monarchie allein, vielmehr eine solche des ganzen Dreibundes und vor allem des eng verbündeten Deutschen Reiches.

Das Gleiche gelte von den auf die Errichtung des Balkanbundes abzielenden Plänen des Zweibundes.

[1] Diese militärischen Maßnahmen (vor allem die Befestigung der siebenbürgischen Grenze) sollten — wie es an dieser Stelle im Entwurfe hieß — in einem beigelegten Memoire des Näheren dargelegt werden. (Vgl. Seite 5, 25 ff.)

Nicht nur aus Rücksichten, die aus der Tradition und dem engen Bundesverhältnis entsprängen, lege daher Österreich-Ungarn den größten Wert darauf, bevor es an die entscheidende Aussprache mit Rumänien herantrete, mit dem Deutschen Reiche ein volles Einvernehmen herzustellen, sondern auch darum, weil wichtige Interessen Deutschlands und des Dreibundes überhaupt hier mit im Spiel seien und weil eine erfolgreiche Wahrung dieser in letzter Konsequenz gemeinsamen Interessen nur zu erwarten sei, wenn der einheitlichen zielbewußten und planmäßigen Aktion Rußlands und Frankreichs eine ebenso einheitliche Gegenaktion des Dreibundes, insbesondere Österreich-Ungarns und des Deutschen Reiches, entgegengesetzt werde.

Denn, wenn Rußland, von Frankreich unterstützt, die Balkanstaaten gegen Österreich-Ungarn zu vereinigen trachte, wenn es die bereits erreichte Trübung des Verhältnisses zu Rumänien zu vertiefen bestrebt sei, so richte sich diese Feindseligkeit nicht allein direkt gegen die Monarchie, die allerdings durch tiefgehende Gegensätze von Rußland getrennt sei, sondern nicht zuletzt gegen den Bundesgenossen des Deutschen Reiches, gegen den durch seine geographische Lage und innere Struktur exponiertesten, Angriffen am meisten ausgesetzten Teil des zentraleuropäischen Blocks, der Rußland den Weg zur Verwirklichung seiner weltpolitischen Pläne sperre.

Die militärische Superiorität der beiden Kaisermächte durch Hilfstruppen vom Balkan her zu sprengen, sei das Ziel Rußlands, aber nicht das letzte Ziel.

Wenn man die Entwicklung Rußlands in den letzten zwei Jahrhunderten überblicke, wenn man seinen enormen Aufschwung an Bevölkerung, Gebiet, wirtschaftlicher und militärischer Macht übersehe und bedenke, daß dieses große Reich noch immer durch seine Lage und durch Verträge vom freien Meer so gut wie abgeschnitten sei, dann erkenne man die Notwendigkeit des der russischen Politik seit jeher eigentümlichen aggresiven Charakters.

Trotz der enormen Rüstungen und kriegerischen Vorbereitungen, wie dem Ausbau strategischer Bahnen gegen

Westen, könne man Rußland vernünftigerweise Eroberungspläne gegen das Deutsche Reich nicht zumuten.

Allein Rußland habe erkannt, daß die Verwirklichung seiner einer inneren Notwendigkeit entspringenden Absichten in Europa und Asien, am Bosporus, in Persien, Kleinasien und Mesopotamien in erster Linie wichtige Interessen Deutschlands verletzen und daher auf dessen Widerstand stoßen müßte.

Die Politik Rußlands sei durch unveränderliche Verhältnisse bedingt und deshalb eine stetige und weitausblickende.

Die manifesten Einkreisungstendenzen Rußlands gegen die Monarchie, die keine Weltpolitik treibe, hätten den Endzweck, dem Deutschen Reich den Widerstand gegen jene Ziele Rußlands und gegen seine politische und wirtschaftliche Suprematie unmöglich zu machen.

Deshalb könne die Auffassung nur als kurzsichtig bezeichnet werden, von der ausgehend in jüngster Zeit gegen die Politik des Deutschen Reiches in Deutschland selbst der Vorwurf erhoben wurde, daß sie lediglich aus Bundestreue für spezifisch österreichisch-ungarische Interessen eintrete, welche dem deutschen Interessenkreis ferne lägen.

Und aus diesen Gründen sei die Leitung der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns auch davon überzeugt, daß es ein gemeinsames Interesse der Monarchie wie nicht minder Deutschlands sei, im jetzigen Stadium der Balkankrise rechtzeitig und energisch einer von Rußland geförderten und angestrebten Entwicklung entgegenzutreten, die später vielleicht nicht mehr rückgängig zu machen wäre.

Zweite Fassung

In seiner ersten Fassung wurde das Konzept der Denkschrift vom Autor selbst mit einigen Abänderungen versehen, deren — am 24. Juni fertiggestellte — Reinschrift die zweite Textierung des Elaborates darstellt. Hinsichtlich der die Entwicklung der europäischen Krise hauptsächlich bestimmenden Materie — der Regelung der österreichisch-ungarischen Beziehungen zu Serbien — behielt der Text die in der ersten Fassung vertretene, auf dem Wege über Rumänien zu bewirkende, freundschaftliche Beeinflussung

Serbiens zu einer Änderung seiner Haltung der Monarchie gegenüber bei[1].

Redaktion der Denkschrift durch Graf Berchtold

In ihrer zweiten Fassung wurde die Denkschrift Graf Berchtold vorgelegt. Er unterzog das Elaborat im Verlaufe der Tage nach dem 24. Juni einer Überprüfung und veranlaßte (nach Vornahme einiger sonstigen eigenhändigen Korrekturen) eine spezielle Neubearbeitung jenes Teiles der Ausführungen, der die Gestaltung der Beziehungen der Monarchie zu Rumänien behandelte. Der einschlägige Text lautete nunmehr in der endgültigen Formulierung:

„Die Monarchie hat sich bisher darauf beschränkt, die „Schwenkung der rumänischen Politik in Bukarest in freund„schaftlicher Weise zur Sprache zu bringen, sich im übrigen „aber nicht veranlaßt gesehen, aus dieser immer deutlicheren „Kursänderung Rumäniens ernste Konsequenzen zu ziehen; „das Wiener Kabinett hat sich hiezu in erster Linie dadurch „bestimmen lassen, daß die deutsche Regierung die Auffassung „vertrat, es handle sich um vorübergehende Schwankungen, „Folgeerscheinungen gewisser Mißverständnisse aus der Zeit „der Krise, die sich automatisch zurückbilden würden, wenn „man ihnen gegenüber Ruhe und Geduld bewahrt. Es hat „sich aber gezeigt, daß diese Taktik ruhigen Abwartens „und freundschaftlicher Vorstellungen nicht die gewünschte „Wirkung hatte, daß sich der Prozeß der Entfremdung „zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien nicht zurück„gebildet, sondern im Gegenteil beschleunigt hat. Daß von „dieser Taktik auch für die Zukunft eine Wendung im

[1] Die betreffenden Ausführungen lauteten jetzt (sachlich analog der ersten Formulierung, vgl. Seite 14):

Die Monarchie wäre geneigt, Rumänien als Gegenleistung (des öffentlichen Bekenntnisses zum Dreibund) ihrerseits die Garantie des rumänischen Besitzstandes gegenüber Bulgarien anzubieten. Sollte Rumänien ferner mit Rücksicht auf seine freundschaftlichen Verhältnisse zu Serbien darauf Gewicht legen, so könnte die Monarchie in Bukarest auch die Versicherung abgeben, daß sie eine von Rumänien in Belgrad unternommene Aktion, welche auf eine Änderung der Haltung Serbiens gegenüber der Monarchie abzielen würde, ihrerseits durch Entgegenkommen auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete Serbien gegenüber zu fördern bereit sei.

„günstigen Sinne nicht zu erwarten ist, dafür spricht schon „der Umstand, daß die gegenwärtige Situation der „freien „Hand" für Rumänien durchaus vorteilhaft und nur für die „Monarchie nachteilig ist.

„Es drängt sich nun die Frage auf, ob Österreich-Ungarn „das Verhältnis zu Rumänien noch durch eine offene Aus- „einandersetzung sanieren könnte, indem es das Königreich „vor die Wahl stellt, entweder alle Brücken zum Dreibund „abzubrechen oder — etwa durch Bekanntmachung seiner „Zugehörigkeit zum Dreibunde — ausreichende Bürgschaften „dafür zu geben, daß die aus der Allianz entspringenden „Verpflichtungen auch von seiner Seite voll und ganz erfüllt „werden würden. Eine solche Lösung der Frage, die eine „dreißigjährige Tradition wieder aufleben ließe, würde sicher- „lich den Wünschen Österreich-Ungarns am meisten ent- „sprechen. Unter den gegebenen Verhältnissen ist es aber „leider wenig wahrscheinlich, daß sich König Carol oder „irgendeine rumänische Regierung, selbst gegen eine even- „tuelle Erweiterung des gegenwärtigen Bündnisvertrages, dazu „bereit finden würde, der herrschenden Volksstimmung zum „Trotz, Rumänien öffentlich als Bundesgenossen des Drei- „bundes hinzustellen. Ein kategorisches aut-aut seitens der „Monarchie könnte daher zum offenen Bruch führen. Ob „es dem deutschen Kabinett durch ernste und nachdrück- „liche Vorstellungen, eventuell verbunden mit einem An- „erbieten im obigen Sinne, gelingen würde, Rumänien zu „einer Stellungnahme zu veranlassen, die als eine verläßliche „Garantie für seine dauernde und volle Bundestreue an- „gesehen werden könnte, läßt sich von Wien aus nicht leicht „beurteilen, erscheint aber wohl gleichfalls als zweifelhaft.

„Unter diesen Umständen kann die Möglichkeit praktisch „als ausgeschlossen gelten, das Bündnis mit Rumänien „wieder so verläßlich und tragfähig zu gestalten, daß es für „Österreich-Ungarn das Pivot seiner Balkanpolitik bilden „könnte.

„Es wäre nicht nur zwecklos, sondern bei der politischen „und militärischen Bedeutung Rumäniens eine nicht zu ver- „antwortende Sorglosigkeit, die wichtige Interessen der „Reichsverteidigung aufs Spiel setzen würde, wenn sich die

„Monarchie gegenüber den in Rumänien zutage getretenen „Erscheinungen weiterhin mehr oder weniger passiv ver- „halten und nicht ohne Aufschub die erforderlichen mili- „tärischen Vorbereitungen und politischen Aktionen einleiten „würde, um die Wirkungen der Neutralität und eventuellen „Feindseligkeit Rumäniens aufzuheben oder wenigstens „abzuschwächen.

„Der militärische Wert des Bündnisses mit Rumänien „bestand für die Monarchie darin, daß sie im Konfliktsfalle „mit Rußland gegen dieses von der rumänischen Seite her „militärisch völlig freie Hand gehabt hätte, während ein „ansehnlicher Teil der russischen Heeresmacht durch den „Angriff der flankierenden rumänischen Armee gebunden „worden wäre. Das heutige Verhältnis Rumäniens zur „Monarchie hätte jedoch, würde jetzt zwischen ihr und „Rußland ein bewaffneter Konflikt ausbrechen, so ziemlich „das Gegenteil zur Folge. Rußland hätte nun auf keinen „Fall einen Angriff Rumäniens zu befürchten und würde „gegen Rumänien kaum einen Mann aufstellen müssen, „während Österreich-Ungarn der rumänischen Neutralität „nicht ganz sicher und deshalb gezwungen wäre, ein ent- „sprechendes Aufgebot an Truppen gegen das jetzt an „seiner Flanke befindliche Rumänien zurückzubehalten.

„Die bisherigen militärischen Vorkehrungen Österreich- „Ungarns für den Fall eines Konfliktes mit Rußland basierten „auf der Voraussetzung der Kooperation Rumäniens. Ist „diese Voraussetzung hinfällig, ja nicht einmal eine absolute „Sicherheit vor einer rumänischen Aggression gegeben, so „muß die Monarchie für den Kriegsfall andere Dispositionen „treffen und auch die Anlage von Befestigungen gegen „Rumänien in Betracht ziehen.

„Politisch handelt es sich darum, Rumänien durch Taten „zu beweisen, daß wir in der Lage sind, für die Balkan- „politik Österreich-Ungarns einen anderen Stützpunkt zu „schaffen. Sachlich und zeitlich deckt sich die zu diesem „Zweck einzuleitende Aktion mit der Notwendigkeit, gegen „die von den Zweibundmächten betriebene Errichtung eines „neuen Balkanbundes wirksame Maßnahmen zu ergreifen. „Das eine wie das andere kann bei der heutigen Lage am

„Balkan nur dadurch erreicht werden, daß die Monarchie „auf die schon vor einem Jahre gestellten und seither „mehrfach wiederholten Anerbieten Bulgariens eingeht und „mit diesem in ein vertragsmäßiges Verhältnis tritt. Gleich-„zeitig müßte die Politik der Monarchie danach trachten, „ein Bündnis zwischen Bulgarien und der Türkei zustande „zu bringen, wofür in beiden Staaten bis vor kurzem noch „so günstige Dispositionen herrschten, daß ein Vertrags-„instrument, wenn es auch später nicht unterzeichnet wurde, „bereits ausgearbeitet war.

„Auch in dieser Hinsicht könnte eine Fortsetzung der „bisherigen abwartenden Haltung, zu welcher sich die „Monarchie durch eine viel weitergehende Rücksichtnahme „auf das Bündnis, als sie in Bukarest an den Tag gelegt „wurde, bestimmen ließ, von nicht wieder gutzumachendem „schweren Nachteil sein. Weiteres Zuwarten und namentlich „das Unterbleiben einer Gegenaktion in Sofia würde den „intensiven und planmäßigen Bestrebungen Rußlands und „Frankreichs vollkommen freies Spiel lassen. Die Haltung „Rumäniens drängt die Monarchie geradezu mit Notwendig-„keit dahin, Bulgarien jene Anlehnung, die es seit langem „sucht, zu gewähren, um den sonst kaum abzuwendenden „Erfolg der russischen Einkreisungspolitik zu vereiteln. Dies „muß aber eben geschehen, solange der Weg nach Sofia „und auch nach Konstantinopel noch offen steht.

„Der Vertrag mit Bulgarien, dessen nähere Bestimmungen „noch eingehender zu prüfen sein werden, wird im allge-„meinen natürlich so abzufassen sein, daß er die Monarchie „nicht in Widerstreit mit ihren vertragsmäßigen Verpflich-„tungen Rumänien gegenüber zu bringen vermag. Auch „wäre dieser Schritt der Monarchie vor letzterem nicht „geheim zu halten, da ja darin keine Feindseligkeit gegen „Rumänien gelegen ist, wohl aber eine ernste Warnung, „durch die sich die maßgebenden Faktoren in Bukarest der „ganzen Tragweite einer dauernden einseitigen politischen „Abhängigkeit von Rußland bewußt werden könnten.

„Bevor Österreich-Ungarn aber an die in Rede stehende „Aktion herantritt, legt es den größten Wert darauf, mit dem „Deutschen Reiche ein volles Einvernehmen herzustellen,

„und zwar nicht nur aus Rücksichten, die der Tradition und „dem engen Bundesverhältnis entspringen, sondern vor allem „deshalb, weil wichtige Interessen Deutschlands und des „Dreibundes überhaupt hier mit im Spiele sind und weil „eine erfolgreiche Wahrung dieser in letzter Konsequenz „gemeinsamen Interessen nur zu erwarten ist, wenn der „einheitlichen Aktion Rußlands und Frankreichs eine ebenso „einheitliche Gegenaktion des Dreibundes, insbesondere „Österreich-Ungarns und des Deutschen Reiches, entgegen„gesetzt wird.

„Denn wenn Rußland, von Frankreich unterstützt, die „Balkanstaaten gegen Österreich-Ungarn zu vereinigen „trachtet, wenn es die bereits erreichte Trübung des Ver„hältnisses zu Rumänien zu vertiefen bestrebt ist, so richtet „sich diese Feindseligkeit nicht allein gegen die Monarchie „als solche, sondern nicht zuletzt gegen den Bundesgenossen „des Deutschen Reiches, gegen den durch seine geogra„phische Lage und innere Struktur exponiertesten, Angriffen „am meisten zugänglichen Teil des zentraleuropäischen „Blocks, der Rußland den Weg zur Verwirklichung seiner „weltpolitischen Pläne sperrt.

„Die militärische Superiorität der beiden Kaisermächte „durch Hilfstruppen vom Balkan her zu brechen, ist das „Ziel des Zweibundes, aber nicht das letzte Ziel Rußlands.

„Während Frankreich die Schwächung der Monarchie „anstrebt, weil es hiervon eine Förderung seiner Revanche„bestrebungen erwartet, sind die Absichten des Zarenreiches „noch weit umfassender.

„Wenn man die Entwicklung Rußlands in den letzten „zwei Jahrhunderten, die stetige Erweiterung seines Gebietes, „das enorme, alle anderen europäischen Großmächte weit „überflügelnde Anwachsen seiner Volkszahl und die ge„waltigen Fortschritte seiner wirtschaftlichen Ressourcen und „militärischen Machtmittel überblickt und bedenkt, daß „dieses große Reich durch seine Lage und durch Verträge „vom freien Meer noch immer so gut wie abgeschnitten „ist, dann begreift man die Notwendigkeit des der russischen „Politik seit jeher immanenten aggressiven Charakters.

„Man kann Rußland vernünftigerweise territoriale Er-
„oberungspläne gegen das Deutsche Reich nicht zumuten;
„trotzdem sind die außergewöhnlichen Rüstungen und
„kriegerischen Vorbereitungen, der Ausbau strategischer
„Bahnen gegen Westen etc., in Rußland sicherlich mehr noch
„gegen Deutschland als gegen Österreich-Ungarn gerichtet.

„Denn Rußland hat erkannt, daß die Verwirklichung
„seiner einer inneren Notwendigkeit entspringenden Pläne
„in Europa und Asien in erster Linie höchst wichtige Inter-
„essen Deutschlands verletzen und daher auf dessen un-
„ausweichlichen Widerstand stoßen müßte.

„Die Politik Rußlands ist durch unveränderliche Ver-
„hältnisse bedingt und deshalb eine stetige und weitaus-
„blickende.

„Die manifesten Einkreisungstendenzen Rußlands gegen
„die Monarchie, die keine Weltpolitik treibt, haben den
„Endzweck, dem Deutschen Reiche den Widerstand gegen
„jene letzten Ziele Rußlands und gegen seine politische und
„wirtschaftliche Suprematie unmöglich zu machen."

Den Appell an die Interessengemeinschaft der Monarchie und des Deutschen Reiches beibehaltend, schloß die Denkschrift [1]:

„Aus diesen Gründen ist die Leitung der auswärtigen
„Politik Österreich-Ungarns auch davon überzeugt, daß es
„ein gemeinsames Interesse der Monarchie wie nicht
„minder Deutschlands ist, im jetzigen Stadium der Balkan-
„krise rechtzeitig und energisch einer von Rußland plan-
„mäßig angestrebten und geförderten Entwicklung entgegen-
„zutreten, die später vielleicht nicht mehr rückgängig zu
„machen wäre."

In dem Kernpunkte ihrer Ausführungen lassen sich die gegenüber der Darstellung der beiden Entwürfe vollzogenen Umänderungen der Schlußredaktion dahin zusammenfassen:

Der Modalität einer Regelung der Beziehungen der Monarchie zu Serbien auf dem Wege über Bukarest

[1] Der in den beiden Entwürfen Baron Matschekos vorangehende Absatz — ablehnende Beurteilung der ausschließlich deutsche Interessen vertretenden politischen Auffassung gewisser Kreise in Deutschland selbst (vgl. Seite 17) — entfiel aus naheliegenden Gründen.

geschieht keine Erwähnung mehr, da die weitere Tragfähigkeit des Bündnisses der Monarchie mit Rumänien selbst in Frage gestellt erscheint. Als Abwehrmittel der die Monarchie von Seite Serbiens und durch die Errichtung eines neuen Balkanbundes bedrohenden Gefahren wird jetzt in erster Reihe der vertragsmäßige Anschluß Bulgariens an die eigene Kräftegruppe erachtet.

Die Denkschrift hatte kaum ihre endgültige Fassung gefunden, als in Wien die Nachricht von der Ermordung des Thronfolgers einlangte. Sie bot dem Wiener Kabinette Veranlassung, die folgenden Bemerkungen anzufügen:

Postskript der Denkschrift

„Die vorliegende Denkschrift war eben fertiggestellt, als „die furchtbaren Ereignisse von Sarajevo eintraten.

„Die ganze Tragweite der ruchlosen Mordtat läßt sich „heute kaum überblicken. Jedenfalls ist aber, wenn es „dessen noch bedurft hat, hierdurch der unzweifelhafte „Beweis für die Unüberbrückbarkeit des Gegensatzes zwischen „der Monarchie und Serbien sowie für die Gefährlichkeit „und Intensität der vor nichts zurückschreckenden groß-„serbischen Bestrebungen erbracht worden.

„Österreich-Ungarn hat es an gutem Willen und Entgegen-„kommen nicht fehlen lassen, um ein erträgliches Verhältnis „zu Serbien herbeizuführen. Es hat sich aber neuerlich „gezeigt, daß diese Bemühungen ganz vergeblich waren und „daß die Monarchie auch in Zukunft mit der hartnäckigen, „unversöhnlichen und aggressiven Feindschaft Serbiens zu „rechnen haben wird.

„Um so gebieterischer tritt an die Monarchie die Not-„wendigkeit heran, mit entschlossener Hand die Fäden zu „zerreissen, die ihre Gegner zu einem Netze über ihrem „Haupte verdichten wollen.“[1]

[1] Die sachlich und nach den Ergebnissen der Textkritik auch formell durchaus nicht ausgeschlossene chronologische Feststellung seitens einer Persönlichkeit, „die über die Politik des Wiener Auswärtigen Amtes in der Zeit vor Kriegsausbruch infolge ihrer damaligen Stellung aufs Genaueste orientiert ist“ (vgl. „Neue Freie Presse“ vom 16. Jänner 1919), die Schlußredaktion der Denkschrift sei erst nach dem 28. Juni besorgt worden, ließe sich restlos nur durch eine positive, auf den Tag bestimmte Angabe über die vollzogene Fertigstellung der endgültigen Fassung der

Als Ergänzung dieser politischen Denkschrift hatte nach der Absicht Graf Berchtolds ein Memoire zu dienen[1], das, gleichfalls für den Monarchen und für Kaiser Wilhelm bestimmt, die militärische Seite einer eventuellen Feindseligkeit Rumäniens in einem europäischen Kriege beleuchten sollte. Graf Berchtold wandte sich zu diesem Zwecke am 1. Juli, auf ein seinerzeitiges Gespräch zurückgreifend, an den k. u. k. Chef des Generalstabes Freiherrn Conrad von Hötzendorf mit dem Anliegen, das gesagte Memoire je eher zur Verfügung zu stellen, da die Erörterung dieser Fragen mit dem deutschen Bundesgenossen dringend geboten sei und das Memoire Kaiser Wilhelm eventuell schon bei seinem bevorstehenden Aufenthalt in Wien unterbreitet werden solle.

Ergänzendes Memoire des k. u. k. Chefs des Generalstabes

Die abverlangte Ausarbeitung wurde Graf Berchtold am 2. Juli zugeschickt. Sie enthielt eine Darstellung der Wirkungen einer Neutralität oder der Feindseligkeit Rumäniens auf die militärische Lage der Monarchie und des Dreibundes und schloß ihre Erwägungen mit der Feststellung: „Die öster-„reichisch-ungarische Monarchie ist bei einem Abschwenken „Rumäniens außerstande, den Kraftzuschuß wettzumachen, „den Rußland durch seine neue Militärvorlage, aber auch „durch das Hinzutreten der bisher gegen Rumänien not-„wendigen Kräfte gewinnt.

„Die Monarchie vermöchte trotz großer Opfer für die „Grenzbefestigung und für die Formierung von Reserve-„formationen der Verschlechterung der Gesamtlage nicht vor-„zubeugen. Sie müßte aber ungesäumt und rasch die Vor-„kehrungen gegen Rumänien beginnen und voll ausführen, „denn nur ein offener und unbedingt bindender vertrags-„mäßiger Anschluß Rumäniens an den Dreibund könnte als „Gewähr gegen eine eventuelle Feindseligkeit gelten. Der

Denkschrift erhärten. Bis dahin muß für die zeitliche Bestimmung die Formulierung des ersten Satzes der Nachschrift wohl ihre Geltung behalten: „Die vorliegende Denkschrift war eben fertiggestellt, als die furchtbaren Ereignisse von Sarajevo eintraten“ und der diesbezügliche Passus des Handschreibens Kaiser Franz Josephs an Kaiser Wilhelm „Die Denkschrift, die noch vor der furchtbaren Katastrophe in Sarajevo verfaßt wurde . . .“ (Siehe Seite 26.)

[1] Vgl. Seite 5, Anmerkung 1; Seite 15, Anmerkung 1.

„geringste Zweifel in dieser Hinsicht fordert gebieterisch, die „militärischen Vorsorgen ungesäumt zu treffen." [1]

Handschreiben Kaiser Franz Josephs an Kaiser Wilhelm (Entwurf, 2. Juli)

Unter dem Eindrucke des Sarajevoer Ereignisses gedachte Kaiser Franz Joseph mit dem zur Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten in Wien erwarteten deutschen Kaiser eine die gesamte politische Lage umfassende Rücksprache zu pflegen. Da Kaiser Wilhelm indessen von seiner Absicht, nach Wien zu kommen, Abstand nahm, entschloß sich der Monarch, die nunmehr gänzlich fertiggestellte Denkschrift (wie es ohnehin beabsichtigt war) in Begleitung eines Handschreibens an Kaiser Wilhelm abzusenden.

Das Handschreiben gab dem Bedauern Ausdruck, daß Kaiser Wilhelm sich genötigt gesehen habe, seine Absicht, zur Trauerfeier nach Wien zu kommen, aufzugeben. Der Monarch hätte ihm sehr gerne persönlich seinen herzlichen Dank für die wohltuende Anteilnahme an seinem schweren Kummer ausgesprochen.

Kaiser Wilhelm habe durch sein warmes, mitfühlendes Beileid wieder bewiesen, daß Kaiser Franz Joseph in ihm einen treuen, verläßlichen Freund besitze und daß er in jeder ernsten Stunde auf ihn rechnen könne.

Es wäre dem Monarchen auch sehr erwünscht gewesen, die politische Lage mit Kaiser Wilhelm zu besprechen. Da dies jetzt nicht möglich gewesen sei, sende der Monarch Kaiser Wilhelm die anruhende, vom Minister des Äußern ausgearbeitete Denkschrift, die noch vor der furchtbaren Katastrophe in Sarajevo verfaßt wurde und die jetzt, nach diesem tragischen Ereignis, besonders beachtenswert erscheine.

Das gegen den Erzherzog Franz Ferdinand verübte Attentat sei die direkte Folge der von den russischen und serbischen Panslawisten betriebenen Agitation, deren einziges Ziel die Schwächung des Dreibundes und die Zertrümmerung des Reiches Kaiser Franz Josephs sei.

[1] Das Stück (Res. Gstbs. Nr. 2505) wurde mit dem Vermerke „ad acta" hinterlegt. Eine Verwendung Berlin gegenüber fand dasselbe, soweit sich dies aktenmäßig feststellen läßt, trotz der ursprünglich bestandenen Absicht, nicht.

Nach allen bisherigen Erhebungen habe es sich in Sarajevo nicht um die Bluttat eines einzelnen, sondern um ein wohlorganisiertes Komplott gehandelt, dessen Fäden nach Belgrad reichten, und wenn es auch vermutlich unmöglich sein werde, die Komplizität der serbischen Regierung nachzuweisen, so könne man wohl nicht im Zweifel darüber sein, daß ihre auf die Vereinigung aller Südslawen unter serbischer Flagge gerichtete Politik solche Verbrechen fördere und daß die Andauer dieses Umstandes eine dauernde Gefahr für das Haus und die Länder Kaiser Franz Josephs bilde.

Diese Gefahr werde noch dadurch erhöht, daß auch Rumänien, trotz des bestehenden Bündnisses mit der Monarchie und mit Deutschland, sich mit Serbien eng befreundet habe und auch im eigenen Lande eine ebenso gehässige Agitation gegen die Monarchie und Deutschland dulde, wie Serbien es tue.

Es werde dem Monarchen schwer, an der Treue und den guten Absichten eines so alten Freundes, wie Carol von Rumänien es sei, zu zweifeln; dieser selbst habe aber dem Gesandten Kaiser Franz Josephs im Laufe der letzten Monate zweimal erklärt, daß er angesichts der erregten und der Monarchie und Deutschland feindlichen Stimmung seines Volkes nicht in der Lage wäre, im Ernstfalle seinen Bundespflichten nachzukommen.

Dabei fördere die gegenwärtige rumänische Regierung ganz offen die Bestrebungen der Kulturliga, begünstige die Annäherung an Serbien und strebe mit russischer Hilfe die Gründung eines neuen Balkanbundes an, der nur gegen das Reich Kaiser Franz Josephs gerichtet sein könnte.

Schon am Beginne der Regierungszeit Carols hätten ähnliche politische Phantasien, wie sie jetzt von der Kulturliga verbreitet würden, den gesunden politischen Sinn der rumänischen Staatsmänner getrübt, und es habe die Gefahr bestanden, daß das Königreich eine Abenteurerpolitik treiben würde. Damals habe der Großvater Kaiser Wilhelms in energischer, zielbewußter Weise durch seine Regierung eingegriffen und habe Rumänien so den Weg gewiesen, auf welchem es zu einer Vorzugsstellung in Europa gelangt und zu einer verläßlichen Stütze aller Ordnung geworden sei.

Jetzt drohe dieselbe Gefahr dem Königreiche; Kaiser Franz Joseph befürchte, daß Ratschläge allein nicht mehr helfen würden und daß Rumänien nur dann dem Dreibunde erhalten werden könne, wenn die Monarchie und Deutschland einerseits das Entstehen eines Balkanbundes unter russischer Patronanz durch den Anschluß Bulgariens an den Dreibund unmöglich machten, und andrerseits in Bukarest klar und deutlich zu erkennen gäben, daß die Freunde Serbiens nicht die Freunde der Monarchie und Deutschlands sein könnten, und daß auch Rumänien nicht mehr mit der Monarchie und Deutschland als Bundesgenossen rechnen könne, wenn es sich nicht von Serbien lossage und die gegen den Bestand des Reiches Franz Josephs gerichtete Agitation in Rumänien mit aller Kraft unterdrücke.

Die auswärtige Politik der österreichisch-ungarischen Regierung am Balkan müsse in Hinkunft auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein. Die erste Etappe auf diesem Wege könne nur in einer Stärkung der Stellung der gegenwärtigen bulgarischen Regierung bestehen, damit dieses Land, dessen reale Interessen mit denen der Monarchie und Deutschlands übereinstimmten, vor der Rückkehr zur Russophilie bewahrt bleibe.

Wenn man in Bukarest erkenne, daß der Dreibund entschlossen sei, auf Bulgarien nicht zu verzichten, jedoch bereit wäre, Bulgarien dazu zu veranlassen, sich mit Rumänien zu verbinden und dessen territoriale Integrität zu garantieren, so werde man dort vielleicht von der gefährlichen Richtung zurückkommen, in welche man durch die Freundschaft mit Serbien und die Annäherung an Rußland getrieben worden sei.

Wenn dies gelinge, so werde es vielleicht auch möglich sein, Griechenland durch einen billigen Gebietsaustausch mit Bulgarien und mit der Türkei zu versöhnen, und es würde sich dann unter der Patronanz des Dreibundes ein neuer Balkanbund bilden, dessen Aufgabe darin bestehen würde, dem Vordringen der panslawistischen Hochflut ein Ziel zu setzen und den Ländern Kaiser Wilhelms und Kaiser Franz Josephs den Frieden zu sichern.

„Dieses wird aber", schloß das Handschreiben, „nur „dann möglich sein, wenn Serbien, welches gegenwärtig den „Angelpunkt der panslawistischen Politik bildet, als politischer „Machtfaktor am Balkan nicht mehr gerechnet wird[1].

„Auch Du wirst nach dem jüngsten furchtbaren Ge„schehnisse in Bosnien die Überzeugung haben, daß an „eine Versöhnung des Gegensatzes, welcher Serbien von „uns trennt, nicht mehr zu denken ist, und daß die erhal„tende Friedenspolitik aller europäischen Monarchen bedroht „sein wird, solange dieser Herd von verbrecherischer „Agitation in Belgrad ungestraft fortlebt."

Dieser Entwurf des Handschreibens Kaiser Franz Josephs war im Kabinett des Ministers am 2. Juli aufgesetzt worden. Die Stilisierung des Handschreibens wurde vor dessen Absendung (4. Juli abends) noch einigen geringfügigeren Änderungen unterworfen[2].

Bemerkungen des königlich ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza zum Handschreiben Kaiser und König Franz Josephs

Von sachlichem Interesse. weil für die Mentalität ihres Autors ebenso bezeichnend als zur Charakteristik des Adressaten in Berlin dienend, waren die Bemerkungen des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Stephan Tisza zu dem Texte des Handschreibens. Er telegraphierte am 5. Juli vormittags (also nach bereits erfolgter Absendung) an Graf Berchtold[3]:

„Allerhöchstes Handschreiben an deutschen Kaiser.

„Um Berlin nicht kopfscheu zu machen, rate ich dringend, „im vorletzten Alinea anstatt „als politischer Machtfaktor „am Balkan ausgeschaltet wird" zu sagen „genötigt wird, „seine aggressive Tätigkeit aufzugeben" und im letzten „Alinea die Worte: „daß an eine Versöhnung des Gegen„satzes, welcher Serbien von uns trennt, nicht mehr zu „denken ist, und" wie auch das Wort: „ungestraft" weg„zulassen."

[1] Im Wortlaut des abgeschickten Handschreibens (Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber am Weltkriege, Seite 59, 60) lautet die korrespondierende Stelle: „als politischer Machtfaktor am Balkan ausgeschaltet wird". Vgl. hiezu die gegenständlichen Ausführungen des nachfolgend zitierten Telegramms des Grafen Tisza.

[2] Vgl. Weißbuch l. c.

[3] Telegramm des Grafen Tisza d. d. Budapest, 5. Juli, 11 Uhr 50 Minuten a. m., ohne Nummer.

Wir werden nunmehr festzustellen haben, welcher Aufnahme die Denkschrift in Berlin begegnete und das Handschreiben Kaiser Franz Josephs, dessen Änderung Graf Tisza hinsichtlich der erwähnten Nuancen dringend anraten zu müssen glaubte, „um Berlin nicht kopfscheu zu machen".

2. Die Stellungnahme Kaiser Wilhelms und der deutschen Regierung zur Denkschrift des Wiener Kabinetts

Legationsrat Graf Hoyos überbringt das Handschreiben Kaiser Franz Josephs nach Berlin

Zur Überbringung des Handschreibens Kaiser Franz Josephs war Legationsrat Alexander Graf Hoyos ausersehen worden [1]. Der k. u. k. Botschafter in Berlin Graf Szögyény erhielt am 4. Juli die telegraphische Verständigung, Graf Hoyos werde am Abend dieses Tages mit einem Handschreiben des Monarchen an Kaiser Wilhelm nach Berlin fahren. Dem Grafen Szögyény habe Graf Hoyos Abschriften dieses Handschreibens und einer beigelegten Denkschrift zur Mitteilung an den Reichskanzler zu übermitteln. Falls ein persönlicher Empfang des Botschafters durch Kaiser Wilhelm ausgeschlossen sei, ersuche Graf Berchtold, unverzüglich Vorsorge zu treffen, daß das Handschreiben Kaiser Franz Josephs noch am 5. Juli Kaiser Wilhelm, der Zeitungsnachrichten zufolge schon am 6. Juli die Nordlandsreise antrete, zugestellt werde.

Auch lege Graf Berchtold den größten Wert darauf, daß Graf Szögyény seinerseits am 5. Juli vom Reichskanzler empfangen werde; Graf Berchtold ersuche den k. u. k. Botschafter Herrn von Bethmann Hollweg eventuell auf dem Lande zu besuchen, denn er halte es für außerordentlich wichtig, daß der Reichskanzler noch vor der Abreise Kaiser Wilhelms den Inhalt der überschickten Pièces mit Graf Szögyény und dann mit dem Kaiser besprechen könne.

Graf Szögyény überreicht Kaiser Wilhelm das Handschreiben und die Denkschrift (5. Juli)

Der k. u. k. Botschafter konnte den Vollzug seines Auftrages noch am 5. Juli abends melden [2]. Nachdem Graf Szögyény Kaiser Wilhelm zur Kenntnis hatte bringen

[1] Ursprünglich war (Weisung nach Berlin d. d. Wien, 4. Juli, 5 Uhr p. m., Nr. 212) die Absendung eines Kuriers geplant.

[2] Telegramm aus Berlin d. d. 5. Juli, 7 Uhr 35 Minuten p. m., Nr. 237.

lassen, daß er ein Handschreiben des Monarchen, das ihm Graf Hoyos im Laufe des Tages überbrachte, Kaiser Wilhelm zu überreichen habe, erhielt er eine Einladung des deutschen Kaiserpaares für den 5. Juli mittags zu einem Déjeuner ins Neue Palais. Der Kaiser las in Gegenwart des k. u. k. Botschafters die beiden Schriftstücke mit größter Aufmerksamkeit. Zuerst versicherte er, daß er eine ernste Aktion von Seite Österreich-Ungarns gegenüber Serbien erwartet habe, doch müsse er gestehen, daß er infolge der Ausführungen Kaiser Franz Josephs eine ernste europäische Komplikation im Auge behalten müsse und daß er daher vor einer Beratung mit dem Reichskanzler keine definitive Antwort erteilen wolle.

Als Graf Szögyény nach dem Déjeuner nochmals den Ernst der Situation mit großem Nachdruck betonte, ermächtigte ihn Kaiser Wilhelm, Kaiser Franz Joseph zu melden, daß man in Wien „auch in diesem Falle“ [1] auf die volle Unterstützung Deutschlands rechnen könne. Wie gesagt, müsse Kaiser Wilhelm vorerst die Meinung des Reichskanzlers anhören, doch zweifle er nicht im Geringsten daran, daß Herr von Bethmann Hollweg vollkommen seiner Ansicht zustimmen werde. Insbesondere gelte dies betreffs einer Aktion seitens der Monarchie gegen Serbien. Nach seiner Anschauung müßte aber mit dieser Aktion nicht zugewartet werden. Rußlands Haltung werde jedenfalls feindselig sein, doch sei Kaiser Wilhelm hierauf schon seit Jahren vorbereitet, und sollte es sogar zu einem Kriege zwischen Österreich-Ungarn und Rußland kommen, so könne man in Wien davon überzeugt sein, daß Deutschland in gewohnter Bundestreue an der Seite der Monarchie stehen werde. Rußland sei übrigens noch keineswegs kriegsbereit und werde es sich gewiß noch sehr überlegen, an die Waffen zu appellieren. Doch werde es bei den anderen Mächten

[1] Die nicht eben präzise Fassung der Worte „auch in diesem Falle“ ist vorläufig kurz anzumerken. Wir werden in weiterer Folge für die Eigenart der Berichterstattung des bejahrten k. u. k. Botschafters in Berlin illustrierende Belege erbringen, aus denen sich wichtige Rückschlüsse für den Grad der Zuverlässigkeit seiner Meldungen schlechthin ergeben. Vgl. Seite 173 ff, 235 ff, 248, Anmerkung 3; 253, Anmerkung 2.

der Tripleentente gegen die Monarchie hetzen und am Balkan das Feuer schüren.

Kaiser Wilhelm begreife sehr gut, daß es Kaiser Franz Joseph bei seiner bekannten Friedensliebe schwer fallen würde, in Serbien einzumaschieren, wenn man aber in Wien wirklich die Notwendigkeit einer kriegerischen Aktion gegen Serbien erkannt hätte, so würde er es bedauern, wenn Österreich-Ungarn den jetzigen, für sich so günstigen Moment unbenützt ließe.

Was Rumänien betreffe, so werde Kaiser Wilhelm für ein korrektes Verhalten König Carols und seiner Ratgeber Sorge tragen. Das Eingehen in ein Vertragsverhältnis mit Bulgarien „sei ihm keineswegs sympathisch"; nach wie vor habe er nicht das geringste Vertrauen weder zu König Ferdinand noch zu dessen früheren und jetzigen Ratgebern. Trotzdem wolle er nicht die geringste Einwendung gegen die Eingehung eines vertragsmäßigen Anschlusses der Monarchie an Bulgarien erheben, doch müsse dafür Vorsorge getroffen werden, daß der Vertrag keine Spitze gegen Rumänien enthalte und — wie dies auch das Memorandum hervorhebe — Rumänien zur Kenntnis gebracht werde.

Kaiser Wilhelm beabsichtige, schloß Graf Szögyény seine Meldung, sich am 6. Juli früh nach Kiel zu begeben und von dort seine Nordlandsreise anzutreten; zuvor aber werde der Kaiser mit dem Reichskanzler in der in Rede stehenden Angelegenheit noch Rücksprache pflegen und habe Herrn Bethmann Hollweg zu diesem Zwecke von Hohenfinow für den 5. Juli abends in das Neue Palais bestellt.

Unterredung des Grafen Szögyény mit dem Reichskanzler und dem Unterstaatssekretär (6. Juli)

Der Unterredung des Grafen Szögyény mit dem deutschen Kaiser folgte am 6. Juli nachmittags eine lange Besprechung des k. u. k. Botschafters (in Begleitung des Grafen Hoyos) mit dem Reichskanzler und dem Unterstaatssekretär Herrn Zimmermann [1].

Zunächst stattete der Reichskanzler den vorerst mündlichen Dank Kaiser Wilhelms für das Handschreiben des Monarchen ab; die schriftliche Beantwortung werde in einigen Tagen erfolgen. Des Weiteren sei der Reichskanzler von Kaiser Wilhelm

[1] Telegramm aus Berlin d. d. 6. Juli, 5 Uhr 10 Min. p. m., Nr. 239.

ermächtigt worden, dem Grafen Szögyény die Stellungnahme der deutschen Regierung zu dem Handschreiben und zu der Denkschrift zu präzisieren:

Die deutsche Regierung erkenne die Gefahren, die für Österreich-Ungarn und somit auch für den Dreibund aus den Balkanbundplänen Rußlands erwüchsen; sie sehe auch ein, daß das Wiener Kabinett bei dieser Sachlage den formellen Anschluß Bulgariens an den Dreibund herbeiführen wolle, doch lege sie Wert darauf, daß dies — wie es ja auch beabsichtigt sei — in einer Form geschehe, welche die gemeinsamen Verpflichtungen gegenüber Rumänien nicht tangiere. Der deutsche Gesandte in Sofia sei auch schon bevollmächtigt worden, falls er von seinem österreichisch-ungarischen Kollegen dazu aufgefordert werde, mit der bulgarischen Regierung in diesem Sinne zu verhandeln. Gleichzeitig beabsichtige der Reichskanzler, dem deutschen Gesandten in Bukarest die Weisung zu erteilen, ganz offen mit König Carol zu reden, ihn von den Verhandlungen in Sofia in Kenntnis zu setzen und ihn darauf aufmerksam zu machen, daß er die Fortdauer der gegen die Monarchie gerichteten Agitation in Rumänien unterdrücken solle. Auch werde der Reichskanzler mitteilen lassen, daß er nach Wien bisher stets den Rat erteilt hätte, sich mit Serbien zu vertragen, daß er aber nach den letzten Ereignissen einsehe, daß dies nunmehr nahezu ausgeschlossen sei. Dieser Tatsache sollte auch Rumänien Rechnung tragen.

Das Verhältnis der Monarchie zu Serbien betreffend, stehe die deutsche Regierung auf dem Standpunkte, daß man in Wien beurteilen müsse, was zu geschehen hätte, um dies Verhältnis zu klären; das Wiener Kabinett könnte dabei — wie auch immer seine Entscheidung ausfallen möge — mit Sicherheit darauf rechnen, daß Deutschland als Bundesgenosse und Freund der Monarchie hinter ihr stehe.

Im weiteren Verlaufe der Konversation stellte Graf Szögyény fest, daß auch der Reichskanzler ebenso wie Kaiser Wilhelm ein sofortiges Einschreiten seitens der Monarchie gegen Serbien als radikalste und beste Lösung der Schwierigkeiten der Monarchie am Balkan ansehe. Den jetzigen Augenblick halte der Reichskanzler vom internationalen Standpunkte für günstiger als einen späteren;

auch sei er ganz damit einverstanden [1], daß das Wiener Kabinett weder Italien noch Rumänien vorher von einer eventuellen Aktion gegen Serbien verständige [2]. Dagegen sei Italien durch die deutsche und durch die österreichisch-ungarische Regierung schon jetzt von der Absicht in Kenntnis zu setzen, den Anschluß Bulgariens an den Dreibund herbeizuführen.

Vorderhand solle nach der Meinung des Reichskanzlers und des Unterstaatssekretärs nur mit Bulgarien verhandelt und abgeschlossen werden und es sei der Zukunft zu überlassen, ob sich dann die Türkei oder eventuell auch Griechenland mit Bulgarien verbinde.

Am Schlusse der Unterredung erkundigte sich der Kanzler nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge in Albanien und warnte eindringlichst vor irgendwelchen Plänen, durch welche das gemeinsame Verhältnis zu Italien und der Bestand des Dreibundes gefährdet werden könnte [3].

Graf Szögyény beendete seinen Bericht mit der Mitteilung, daß der deutsche Botschafter in Wien, Herr von

[1] Zur Phraseologie der Berichterstattung des Grafen Szögyény vergleiche hinsichtlich der Ausdrücke „selbstredend" Seite 110 Anmerkung 2; 111, 225, 227; „selbstverständlich" Seite 141; „vollkommen einverstanden" Seite 74, 188; „sehe vollkommen ein" Seite 75 und 236; „bedauere ganz außerordentlich" Seite 75; „teile die Ansicht vollkommen" Seite 171; „vollkommen recht", „vollkommen im Unrecht" Seite 246; „vollkommen berechtigt" Seite 249; „ganz kategorisch" Seite 223; „absolut nicht" Seite 175, 223; „auf das Bündigste" Seite 173; „auf das Ausdrücklichste" Seite 174; „auf das Nachdrücklichste" Seite 41.

[2] Vgl. hierzu die divergierenden Äußerungen Herrn von Tschirschkys Seite 39, ferner den Text der Weisung des Grafen Berchtold an Herrn von Mérey in Rom d. d. Wien, 12. Juli, Nr. 801, Seite 75, 76.

[3] In der in- und ausländischen Presse (unter anderem in einer Reutermeldung vom 15. Februar 1919) wird gelegentlich noch immer von einem Kronrate zu Potsdam am 5. Juli gesprochen, an dem auch verschiedene militärische und politische Funktionäre der Monarchie teilgenommen hätten (Erzherzog Friedrich, der k. u. k. Chef des Generalstabes Freiherr von Conrad, der königlich ungarische Ministerpräsident Graf Tisza) und dessen Entschlüsse die vorbedachte Kriegspolitik Deutschlands und der Monarchie dokumentierten. Diesem „Märchen von dem Potsdamer Kronrat" hat schon das Dementi des Grafen Berchtold in der „Neuen Freien Presse" vom 10. August 1917 ein Ende bereitet. Die von dem Grafen Szögyény persönlich am 5. Juli mit dem deutschen Kaiser

Tschirschky, von der gepflogenen Unterredung in Kenntnis gesetzt werden würde [1].

Der Reichskanzler hatte Graf Szögyény in der Unterredung am 6. Juli nachmittags von der Absicht Kaiser Wilhelms verständigt, das Handschreiben des Monarchen persönlich zu beantworten. Das aus Bornholm vom 14. Juli datierte Schreiben Kaiser Wilhelms gab der aufrichtigen Dankbarkeit Ausdruck, daß Kaiser Franz Joseph in den Tagen, in denen Ereignisse von erschütternder Tragik über ihn hereingebrochen seien und schwere Entscheidungen von ihm forderten, seine Gedanken auf ihre Freundschaft gelenkt und diese zum Ausgangspunkt seines Schreibens gemacht habe. Kaiser Wilhelm betrachte die vom Großvater und Vater auf ihn überkommene enge Freundschaft zu Kaiser Franz Joseph als ein kostbares Vermächtnis und erblicke in deren Erwiderung durch den Monarchen das sicherste Pfand für den Schutz ihrer Länder. Bei seiner verehrungsvollen Anhänglichkeit an die Person des Monarchen werde dieser ermessen können, wie schwer Kaiser Wilhelm das Aufgeben seiner Reise nach Wien und der ihm dadurch auferlegte Verzicht auf die öffentliche Bekundung der innigen Anteilnahme an Kaiser Franz Josephs tiefem Schmerze bekümmern mußten.

Antwortschreiben Kaiser Wilhelms an Kaiser Franz Joseph (Bornholm, 14. Juli)

Durch den bewährten und von ihm aufrichtig geschätzten Botschafter Kaiser Franz Josephs werde dem Monarchen die Versicherung Kaiser Wilhelms übermittelt worden sein, daß der Monarch auch in den Stunden des Ernstes den deutschen Kaiser und sein Reich in vollem Einklange mit

und am 6. Juli (in Begleitung des Grafen Hoyos) mit Herrn von Bethmann Hollweg und Herrn Zimmermann gepflogenen Besprechungen behandelten vielmehr (wie aus den angeführten beiden Meldungen Graf Szögyénys zu ersehen ist) die Gesamtmaterie der politischen Lage Europas in bloß informativer Weise.

Aufzeichnungen über eine spezielle Mission des Grafen A. Hoyos sind im politischen Archiv des ehemaligen k. u. k. Ministeriums des Äußern nicht vorhanden. (Vgl. unsere Feststellung, Seite 30, Anmerkung 1.) In den Seite 53, 112 und 118 erwähnten Ausführungen des Grafen A. Hoyos haben wir demnach bloß die eigenen Anschauungen dieses Funktionärs zu erblicken.

[1] Vgl. Weißbuch betr. d. V. d. U. a. Kr. Seite 70; unsere Ausführungen Seite 69 und Anmerkung 1 daselbst.

ihrer altbewährten Freundschaft und Bündnispflicht treu an der Seite Kaiser Franz Josephs und der Monarchie finden werde. Ihm dies an dieser Stelle zu wiederholen, sei Kaiser Wilhelm eine freudige Pflicht.

Die grauenerregende Freveltat von Sarajevo habe ein grelles Schlaglicht auf das unheilvolle Treiben wahnwitziger Fanatiker und die den staatlichen Bau bedrohende panslawistische Hetzarbeit geworfen. „Ich muß", heißt es dann weiter, „davon absehen, zu der zwischen Deiner Regierung „und Serbien schwebenden Frage Stellung zu nehmen. Ich „erachte es aber nicht nur für eine moralische Pflicht aller „Kulturstaaten, sondern als ein Gebot für ihre Selbsterhaltung, „der Propaganda der Tat, die sich vornehmlich das feste „Gefüge der Monarchien als Angriffsobjekt ausersieht, mit „allen Machtmitteln entgegenzutreten. Ich verschließe mich „auch nicht der ernsten Gefahr, die Deinen Ländern und „in der Folgewirkung dem Dreibund aus der von russischen „und serbischen Panslawisten betriebenen Agitation droht, „und erkenne die Notwendigkeit, die südlichen Grenzen „Deiner Staaten von diesem schweren Drucke zu befreien." Kaiser Wilhelm sei daher bereit, das Bestreben der Wiener Regierung, das dahin gehe, die Bildung eines neuen Balkanbundes unter russischer Patronanz und mit der Spitze gegen Österreich-Ungarn zu hintertreiben und als Gegengewicht ferner den Anschluß Bulgariens an den Dreibund herbeizuführen, nach Tunlichkeit zu fördern. Demgemäß habe er trotz gewisser Bedenken, die in erster Linie durch die geringe Zuverlässigkeit des bulgarischen Charakters bedingt würden, seinen Gesandten in Sofia anweisen lassen, die diesbezüglichen Schritte des österreichisch-ungarischen Vertreters auf dessen Wunsch zu unterstützen. Des Weiteren habe Kaiser Wilhelm seinen Geschäftsträger in Bukarest beauftragt, sich zu König Carol im Sinne der Anregungen Kaiser Franz Josephs zu äußern und unter Hinweis auf die durch die jüngsten Ereignisse neugeschaffene Lage die Notwendigkeit eines Abrückens von Serbien und einer Unterbindung der gegen die Monarchie gerichteten Agitation hervorzuheben. Er habe gleichzeitig besonders betonen lassen, daß er den größten Wert auf die Erhaltung der bisherigen

vertrauensvollen Bundesbeziehungen zu Rumänien lege, die auch bei einem eventuellen Anschluß Bulgariens an den Dreibund keinerlei Beeinträchtigung zu erleiden brauchen würden.

Das mit einer neuerlichen Betonung aufrichtiger Anhänglichkeit und Freundschaft schließende Antwortschreiben Kaiser Wilhelms [1] wurde durch den deutschen Botschaftsrat Prinzen Stolberg dem Grafen Berchtold am 18. Juli zugestellt, der es dem Monarchen mittels eines Immediatvortrages noch am selben Tage vorlegte.

3. Das nächste Ziel des Wiener Kabinetts

Seit dem 6. Juli war die österreichisch-ungarische Regierung durch die Berichterstattung des Grafen Szögyény in Kenntnis des von Kaiser Wilhelm und dem Berliner Kabinett der Wiener Denkschrift gegenüber eingenommenen Standpunktes. Am Ballhausplatze konnte man nun darangehen, die eigenen Absichten zu verwirklichen. Welches nächste Ziel sich das Wiener Kabinett gesteckt hatte, ließ der markante Schlußappell der Denkschrift an die Gemeinschaftlichkeit der Interessen Deutschlands und der Monarchie in den Konturen bereits erkennen. Und jede weitere Aktion des Wiener Kabinetts schuf eine immer klarere Abgrenzung dieses Zieles: sich der deutschen Unterstützung für alle Fälle zu versichern. Parallel damit mußten jene Hemmnisse und Widerstände überwunden werden, die dem Wiener Kabinett bei der Verwirklichung seiner Absichten vorderhand seitens der maßgebenden Faktoren der Monarchie selbst hindernd im Wege standen [2].

Besprechung des Grafen Berchtold mit Herrn von Tschirschky (2. Juli)

Eine Unterredung, die der deutsche Botschafter von Tschirschky mit Graf Berchtold am 2. Juli hatte, ließ eine Kongruenz der beiderseitigen Auffassungen vermissen [3].

Graf Berchtold hatte im Laufe dieser Besprechung auf die Semliner Meldung hingewiesen, wonach 12 Mordbuben

[1] Vgl. Weißbuch betr. d. V. d. U. a. Kr., Seite 71, 72.

[2] Vgl. die drei letzten Absätze der Anmerkung Seite 40.

[3] Tagesbericht vom 3. Juli, Nr. 3095.

unterwegs seien, mit der Absicht, ein Attentat auf Kaiser Wilhelm zu verüben, und hatte der Meinung Ausdruck gegeben, diese Nachricht werde doch vielleicht in Berlin die Augen öffnen über die Gefahr, die von Belgrad aus drohe.

Herr von Tschirschky stellte letzteres nicht in Abrede und versicherte, daß seiner Ansicht nach nur ein tatkräftiges Vorgehen gegen Serbien zum Ziele führen könne. Deutschland habe, wie Graf Berchtold wisse, mehrmals während der Krise erklärt, daß es hinsichtlich der Balkanpolitik stets hinter der Monarchie stehen werde, wenn es sich als notwendig erweisen sollte.

Auf die Bemerkung des Grafen Berchtold, daß ihm dies wohl wiederholt versichert worden sei, daß er aber in der Praxis nicht immer die Unterstützung des Berliner Kabinetts gefunden habe und daher nicht wisse, inwieweit er auf dasselbe zählen könnte, erwiderte der Botschafter, daß er — ganz privat gesprochen — die Haltung seiner Regierung damit erkläre, daß in Wien viel von Ideen gesprochen werde, daß aber niemals ein festumschriebener Aktionsplan formuliert werde, und daß das Berliner Kabinett nur im Falle ein solcher aufgestellt würde, voll und ganz für die Monarchie eintreten könnte.

Einen Krieg mit Serbien zu beginnen, ohne die Sicherheit zu haben, nicht auch von Italien und Rumänien angegriffen zu werden, scheine eine sehr bedenkliche Sache.

Graf Berchtold erwiderte dem Botschafter, die Frage, wie weit man gehen wolle und was mit Serbien eventuell zu geschehen hätte, müßte im gegebenen Augenblicke den Umständen gemäß vom Wiener Kabinett entschieden werden. Die Frage des Schicksals Serbiens im Falle des Sieges stelle übrigens eine cura posterior dar. Was Rumänien anbelange, so könnte sich die Monarchie auf eine Anfrage daselbst nicht einlassen, die sie dem Verlangen unmöglicher Kompensationen aussetzen würde. Deutschland habe damals, als Rumänien, ohne die Monarchie zu fragen und gegen das ihm wohlbekannte Interesse der Monarchie, gemeinschaftlich mit Serbien über das wehrlose Bulgarien hergefallen sei, Rumänien gedeckt und nach Wien zu verstehen gegeben, daß man sich daselbst ruhig verhalten solle. Das Wiener

Kabinett verlange von Deutschland auch nichts anderes, als daß es im gleichen Sinne auf Rumänien einwirke, wenn das Wiener Kabinett, um die Integrität der Monarchie zu schützen, gegen Serbien vorgehen sollte.

Auf die Bemerkung Herrn von Tschirschkys, daß er dies vollkommen berechtigt finde und eigentlich mehr an Italien gedacht habe, das mit Rücksicht auf das Bundesverhältnis doch vor der Inangriffnahme einer kriegerischen Aktion befragt werden sollte, bemerkte Graf Berchtold, daß Italien, wenn die Monarchie diese Frage an das römische Kabinett stellen würde, vermutlich Valona als Kompensation verlangen würde, was die Monarchie aber nicht konzedieren könne.

Äußerungen des Herrn Zimmermann (4. Juli)

Aus den Kreisen des Berliner Auswärtigen Amtes traf während der nächsten Tage die erste gegenständliche Äußerung ein. Als in einigen Tageszeitungen die Nachricht von einem bei der Regierung in Belgrad unternommenen Schritte des Wiener Kabinetts gebracht worden war, versicherte nämlich Herr Zimmermann, wie Graf Szögyény am 4. Juli meldete[1], dem k. u. k. Botschafter, er fände ein energisches entschiedenes Vorgehen der Monarchie, auf deren Seite zur Zeit die allgemeinen Sympathien der gesamten gesitteten Welt wären, gegen Serbien ganz begreiflich, doch würde er diesbezüglich große Vorsicht empfehlen und raten, an Serbien keine demütigenden Forderungen zu stellen.

Die „Lauheit" Herrn von Tschirschkys

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Berliner Regierung — ebenso wie es seitens der übrigen europäischen Kabinette geschah[2] — die moralische Berechtigung Österreich-Ungarns zu einer energischen Wahrnehmung seiner Interessen Serbien gegenüber anerkannte und unmittelbar einsetzende Schritte in dieser Richtung erwartete. In diese Gedankengänge des Berliner Kabinetts ist wohl auch die vom Grafen Szögyény am 8. Juli übermittelte Meldung einzufügen, daß man in Berlin mit Ungeduld den Entscheidungen des Wiener Kabinetts entgegensehe.

Auch sei Graf Szögyény im Auswärtigen Amte erzählt worden, man habe aus einem Berichte Herrn von

[1] Telegramm aus Berlin d. d. 4. Juli, Nr. 236.

[2] Vgl. Seite 80, 81, 82, 146, 289 und 301.

Tschirschkys ersehen, daß derselbe mit einer gewissen „Lauheit" gegenüber Graf Berchtold aufgetreten sei. Man habe ihm darauf von Berlin aus einen Verweis erteilt [1].

Bericht Graf Szögyénys vom 12. Juli

Den Intentionen des Wiener Kabinetts auf ganzem Wege entgegenkommend mußte der Bericht des k. u. k. Botschafters erscheinen, der am 12. Juli in den Mittelpunkt

[1] Telegramm aus Berlin d. d. 8. Juli, Nr. 243. Nach einem Tagesberichte vom 4. Juli 1914 (Nr. 3117) sollte übrigens Herr von Tschirschky einem Gewährsmann, „offenbar mit der Absicht, daß seine Äußerungen im Ministerium des Äußern wiedergegeben würden", erklärt haben, „Deutschland würde die Monarchie durch dick und dünn unterstützen, was immer auch dieselbe gegen Serbien beschließen sollte". „Je früher Österreich-Ungarn losgehe, desto besser. Besser wäre gestern gewesen als heute, besser aber heute als morgen. Selbst wenn die deutsche Presse, die heute ganz antiserbisch sei, wieder zum Frieden blasen würde, sollte man sich in Wien nicht irremachen lassen, Kaiser und Reich würden unbedingt zu Österreich-Ungarn halten. Offener könne eine Großmacht zu einer anderen nicht mehr sprechen." Inwieweit diese indirekt übermittelten Äußerungen Herrn von Tschirschkys richtig wiedergegeben sind, entzieht sich unserer Beurteilung. Auch im zutreffenden Falle spiegeln sie bloß die subjektiven Gedankengänge des deutschen Botschafters und nicht etwa einen dienstlich an denselben ergangenen Auftrag wieder. (Vgl. Seite 69 und Anmerkung 1 daselbst.)

Die Genesis und das weitere Schicksal des zitierten Tagesberichtes bieten einen beachtenswerten Fingerzeig, an welchen verfassungsrechtlich maßgebenden Stellen der Monarchie eine Beeinflussung im Sinne der eigenen Absichten am Ballhausplatz angezeigt erschien.

Das vom Leiter des Preßdepartements im Ministerium des Äußern mit dem ebenerwähnten Inhalte aufgesetzte Brouillon gelangte im Dienstwege zur Einsicht an den ersten Mitarbeiter Graf Berchtolds, den Sektionschef Johann Grafen Forgách, der es seinerseits dem Minister mit der einbegleitenden Notiz vorlegte: „Sollte es eventuell als Tagesbericht morgen in den Kaisereinlauf und an Tisza gehen?" Graf Berchtold griff die Anregung auf, indem er sich mit der Proposition betreffs des „sehr interessanten" Stückes einverstanden erklärte.

Wir dürfen also folgern, daß zu diesem Zeitpunkte, also im Anfangsstadium der Krise, der Monarch und der ungarische Ministerpräsident Graf Stephan Tisza (vergl. Seite 62 ff.) als jene Faktoren galten, die man am Ballhausplatze mit dem Hinweise auf das deutscherseits begehrte energische Vorgehen gegen Serbien zu beeinflussen trachtete. (Vgl. hiezu die Ausführungen Seite 51 unten.)

seiner Konsiderationen die Stellungnahme Deutschlands zur serbischen Krise stellte[1]:

Wie Graf Berchtold aus der telegraphischen Berichterstattung der letzten Tage und aus den persönlich in Berlin gewonnenen Eindrücken des Grafen Hoyos entnommen habe, stünden sowohl Kaiser Wilhelm als auch alle anderen maßgebenden deutschen Kreise nicht nur fest und bundestreu hinter der Monarchie, sondern sie ermunterten das Wiener Kabinett auch noch auf das Nachdrücklichste, den jetzigen Moment nicht verstreichen zu lassen, sondern energischest gegen Serbien vorzugehen und mit dem dortigen revolutionären Verschwörernest ein für allemal aufzuräumen, es dabei gänzlich der Monarchie überlassend, welche Mittel sie dazu zu wählen für richtig halte[2].

Daß Kaiser Wilhelm und das ganze Deutsche Reich in jedem Falle seine Bundespflichten der Monarchie gegenüber in loyalster Weise erfüllen werde, daran habe der k. u. k. Botschafter nie gezweifelt, und er habe an dieser seiner Überzeugung während seiner langjährigen Tätigkeit in Berlin jederzeit festgehalten. Er sei daher auch nicht im Geringsten erstaunt, daß Deutschland auch in dem jetzigen Momente die Monarchie sofort seiner vollkommensten Bundestreue und Mithilfe versichert habe.

Dagegen glaube Graf Szögyény, daß es doch einer gewissen Erklärung bedürfe, daß die maßgebenden deutschen Kreise und nicht am wenigsten Kaiser Wilhelm selbst, die Monarchie — man möchte fast sagen — geradezu drängten, eine eventuell sogar kriegerische Aktion gegen Serbien zu unternehmen[3].

Es liege auf der Hand, daß nach all den nicht genug zu beklagenden Ereignissen die Monarchie energisch gegen

[1] Bericht aus Berlin d. d. 12. Juli, Nr. 60 P.

[2] Vgl. hiezu die Forderung Herrn von Tschirschkys hinsichtlich der Aufstellung eines Aktionsprogramms durch das Wiener Kabinett (Seite 38), und den Rat Herrn Zimmermanns, „an Serbien keine demütigenden Forderungen zu stellen“ (Seite 39).

[3] Vgl. hiezu (Seite 36) die bezügliche Stelle in dem Antwortschreiben Kaiser Wilhelms an Kaiser Franz Joseph d. d. Bornholm, 14. Juli: „Ich muß davon absehen, zu der zwischen Deiner Regierung und Serbien schwebenden Frage Stellung zu nehmen.“

Serbien vorgehen müsse; daß die deutsche Regierung aber gerade den gegenwärtigen Moment auch von ihrem Standpunkt aus politisch für den richtigsten halte, bedürfe einer stärkeren Beleuchtung.

Für die Wahl des jetzigen Zeitpunktes sprächen nach der deutschen — von dem k. u. k. Botschafter übrigens vollkommen geteilten — Auffassung allgemein politische Gesichtspunkte und spezielle, durch die Mordtat in Sarajevo sich ergebende Momente.

Deutschland sei in letzter Zeit in seiner Überzeugung bestärkt worden, daß Rußland zum Kriege gegen seine westlichen Nachbarn rüste und denselben nicht mehr als eine zukünftige Möglichkeit betrachte, sondern direkt in seinen politischen Zukunftskalkül eingestellt habe. Doch nur in seinen Zukunftskalkül, daß es also den Krieg beabsichtige und sich mit allen Kräften dazu rüste, ihn aber für jetzt nicht vorhabe, oder besser gesagt, für den gegenwärtigen Augenblick noch nicht genügend vorbereitet sei.

Daher sei es absolut nicht ausgemacht, daß, wenn Serbien in einen Krieg mit der Monarchie verwickelt werde, Rußland demselben mit bewaffneter Macht beistehen würde, und sollte das Zarenreich sich doch dazu entschließen, so sei es zur Zeit noch lange nicht militärisch fertig und lange nicht so stark, wie voraussichtlich in einigen Jahren.

Weiters glaube die deutsche Regierung sichere Anzeichen dafür zu haben, daß England sich derzeit an einem wegen eines Balkanlandes ausbrechenden Kriege nicht beteiligen würde, selbst dann nicht, wenn er zu einem Waffengang mit Rußland, eventuell auch mit Frankreich führen sollte. Nicht nur, daß sich das englisch-deutsche Verhältnis soweit gebessert habe, daß Deutschland eine direkt feindliche Stellungnahme Englands nicht mehr fürchten zu müssen glaube, vor allem sei England zurzeit nichts weniger als kriegslüstern und gar nicht gewillt, für Serbien oder im letzten Grunde für Rußland die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Im allgemeinen sei also nach dem Vorhergesagten die politische Konstellation gegenwärtig für die Monarchie so günstig wie nur irgend möglich.

Dazu kämen noch die durch die Bluttat selbst ausgelösten speziell innerpolitischen Momente[1]. Während bisher ein großer Teil der Bevölkerung der Monarchie nicht an die monarchiefeindlichen separatistischen Tendenzen eines Teiles der eigenen Serben und an die nach dieser Richtung vom Königreiche Serbien in der Monarchie unterhaltenen Umtriebe glauben wollte, sei man nunmehr darüber in der Monarchie einig und verlange aus sich selbst heraus ein energisches Auftreten Serbien gegenüber, zur endgültigen Unterdrückung der von dort aus geschürten großserbischen Bewegung.

In ähnlicher Weise seien aber der ganzen zivilisierten Welt die Augen aufgegangen und jede Nation verdamme die Bluttat von Sarajevo und begreife, daß die Monarchie dafür Serbien zur Verantwortung ziehen müsse. Und wenn auch die auswärtigen Freunde Serbiens aus politischen Gründen nicht gegen das Königreich Stellung nehmen würden, so würden sie sich voraussichtlich im gegenwärtigen Augenblick auch nicht für dasselbe (wenigstens nicht mit Waffengewalt) einsetzen.

Dies dürften — nach der Meinung Graf Szögyénys — die politischen Gründe sein, deretwegen das Deutsche Reich in so richtiger Erfassung der derzeit der Monarchie gebotenen Gelegenheit unumwunden dafür eintrete, daß die Monarchie nunmehr ihr, auch Deutschland als unhaltbar erscheinendes Verhältnis zu Serbien in einer Weise kläre, die für alle Zukunft den weiteren panslawistischen Umtrieben Serbiens einen Riegel vorschiebe.

Zu diesen politischen Gründen der deutschen Regierung komme aber bei Kaiser Wilhelm, wie der k. u. k. Botschafter von zuverlässigster, das Vertrauen des Kaisers in hohem Maße besitzender Seite erfahren habe, auch noch das rein persönliche Moment eines unbegrenzten Enthusiasmus für Kaiser und König Franz Joseph über die in dessen Handschreiben bekundete bewunderungswürdige Energie hinzu, mit der der Monarch für die vitalen Interessen und

[1] Im Originaltexte: speziell politischen Momente. Wie aus den nachfolgenden Ausführungen erhellt, soll es wohl sinngemäß heißen: speziell innerpolitischen Momente.

das Prestige der ihm anvertrauten Länder einzutreten gewillt sei.

Die Frage der diplomatischen Initiative des Wiener und des Berliner Kabinetts

Die Berichterstattung des Grafen Szögyény bestätigt die Annahme, daß im Berliner Auswärtigen Amte das Bestreben obwaltete, der durch das Wiener Kabinett in der Denkschrift gekennzeichneten Auffassung der internationalen Lage Rechnung zu tragen. Vorderhand wurde dem Wiener Kabinett die in Anspruch genommene diplomatische Initiative[1] ohne Widerrede der Berliner Regierung eingeräumt; die diplomatischen Maßnahmen, die der Entwicklung der Krise die nächsten Wege wiesen, entsprangen den einseitigen Entschließungen der k. u. k. Regierung zu Wien.

Nebenher bestand die aus den Ergebnissen des Bukarester Friedens resultierende unterschiedliche Auffassung der beiden Kabinette in den Fragen der Balkanpolitik weiter fort. Sie trat am augenfälligsten in der rumänischen Politik der beiden Mächte zutage und in der ungleichen Einschätzung des Bündniswertes Bulgariens. Auch das aktuelle Problem der großserbischen Propaganda tangierte zunächst nur österreichische und namentlich ungarische Interessen und lag abseits des spezifisch deutschen Interessenkreises[2].

In Berlin hatte man die Zusage der unveränderten Aufrechterhaltung der Bündnisverpflichtungen auch für die zu gewärtigende Belastung durch eine neuerliche europäische Krise ohne Zögern und Zaudern gegeben. Hatte Herr von Tschirschky die Fixierung eines bestimmten Aktionsprogramms am 2. Juli bei Graf Berchtold angeregt, so hatte der Reichskanzler gleich bei erster Gelegenheit (5. Juli) die ungeminderte Aufrechterhaltung des Dreibundes in den Vordergrund jeder weiteren politischen Erwägung gestellt.

Das Wiener Kabinett hinwieder schritt, nunmehr im Besitze der generellen Zusage der deutschen Unterstützung, an die Durchführung der eigenen

[1] Vgl. Seite 38 und 53, 55.

[2] Es war daher bezeichnend, daß der ungarische Ministerpräsident Graf Stefan Tisza in einem Vortrag an den Monarchen vom 1. Juli die „Eingenommenheit“ Kaiser Wilhelms für Serbien hervorheben zu müssen glaubte (vgl. Seite 63 unten).

politischen Konzeption — im Einzelfall, auch bei entscheidenden Maßnahmen, ohne die mitbestimmende (oder gelegentlich auch nur mitberatende) Beeinflussung von Seite der deutschen Regierung.

Das Ausmaß der Aktivität und Passivität der beiden Kabinette wird sich aus den diplomatischen Aktionen selbst jeweilig feststellen lassen.

B. Der Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten vom 7. und 19. Juli

1. Die bosnisch-herzegowinischen Angelegenheiten

Auffassung des Landeschefs FZM. Potiorek über die Lage

Die Empörung der katholischen und der muslimanischen Bevölkerung zu Sarajevo über die verübte Mordtat Princips und seiner Gehilfen nahm am 29. Juni 1914 die Form schwerer Exzesse gegen die Serben als Konnationale der Attentäter an. Nach Besprechungen, die der Landeschef von Bosnien und der Herzegowina Feldzeugmeister Potiorek am 30. Juni vormittags mit der Regierungskonferenz, nachmittags mit dem Landtagspräsidium, am 1. Juli vormittags mit den Parteiführern der Arbeitsmajorität des Landtages (gouvernementale Serbenführer, moslimische und kroatische Parteiführer) gepflogen hatte, kennzeichnete er als Ergebnis aller seiner Wahrnehmungen den eigenen Standpunkt am 1. Juli in einem Bericht an den k. u. k. gemeinsamen Finanzminister (als den obersten Verwaltungsbeamten von Bosnien und der Herzegowina) Ritter von Biliński dahin:

Als erstes und wichtigstes Erfordernis für die Erhaltung der Ruhe im Lande und für die ersprießliche Weiterentwicklung des Landes müsse es auch der Landeschef hinstellen, daß die Monarchie in entschiedener und aller Welt sichtlicher Weise dafür sorge, daß die von Belgrad ausgehende Wühlarbeit endgültig beseitigt werde. Insolange dies nicht erfolge, werde das bosnisch-herzegowinische Volk die Monarchie für schwach halten, und es würden alle sonstigen Bemühungen erfolglos bleiben. Im Orient — und

Bosnien und die Herzegowina gehörten in vieler Hinsicht dazu — imponiere nur die volle Tat und nur sie gelte als Beweis einer wirklich vorhandenen Kraft. Der Landeschef könne dem von Dr. von Biliński geäußerten Verlangen nach Beibehaltung des alten Kurses [das heißt nach Weiterarbeit mit einer aus allen drei Konfessionen gebildeten Landtagsmajorität] (sofern dies in Zukunft überhaupt erreichbar sei) nur dann entsprechen, wenn der im Gange befindliche Landtag geschlossen würde.

Die baldigste Schließung des Landtages anzuregen, erachtete sich der Landeschef in einem besonderen Antrage vom 3. Juli neuerlich für verpflichtet, zumal mit dieser Frage auch wichtige Interessen der Reichsverteidigung in Verbindung stünden.

Unstimmigkeiten zwischen dem Landeschef und dem gemeinsamen Finanzminister

Ritter von Biliński hatte sich in einer Audienz beim Monarchen am 29. Juni für ein Programm eingesetzt, das die Beibehaltung der Arbeitsmajorität empfahl und die Schließung des Landtages ablehnte. In einem mit Feldzeugmeister Potiorek diesbezüglich eingeleiteten Depeschenwechsel gab Dr. von Biliński seiner Anschauung unter anderem dahin Ausdruck: Aus dem für das Kaiserhaus und die Monarchie entstandenen Unglück müsse die Lehre gezogen werden, daß nunmehr, sechs Jahre nach vollzogener Annexion, endlich einmal mit dem Prinzipe gebrochen werden dürfe, daß die radikalen Serben in Bosnien und der Herzegowina unter allen Völkern der Monarchie das Recht haben sollen, irredentistische hochverräterische Aktionen öffentlich zu vollziehen[1].

In einer am 3. Juli abgesendeten Depesche nahm Dr. von Biliński Gelegenheit, eine Art Inkrimination gegen den Landeschef zu erheben[2]:

Die Untersuchung gegen die Attentäter in Sarajevo habe in allen leitenden Kreisen der Monarchie durch die Art ihrer Führung, insbesondere aber durch den Mangel jedweder Diskretion, berechtigtes Aufsehen erregt. Aber auch die sonstigen Gebiete der Verwaltung hätten Blößen auf-

[1] Telegramm des gemeinsamen Finanzministers Ritter von Biliński d. d. Wien, 30. Juni, an den Landeschef Feldzeugmeister Potiorek.

[2] Item d. d. Wien, 3. Juli.

gedeckt, deren Kenntnis wohl von vornherein gegen eine Reise Erzherzog Franz Ferdinands hätte sprechen müssen. Es sei ja dem Landeschef am besten bekannt, daß das Zustandekommen und die Durchführung der Reise ausschließlich vom militärischen Gesichtspunkte zwischen dem Erzherzog und ausschließlich dem Landeschef ins Werk gesetzt wurde.

Dr. von Biliński sei der Einfluß hierauf so sehr entzogen worden, daß das ihm unterstehende Ministerium sogar aus dem Verteiler des Programms ausgeschaltet worden sei. Am wenigsten hätte Dr. von Biliński annehmen können, daß dem militärischen Programm ein nicht militärischer Besuch Sarajevos eingefügt werden sollte. Hätte Dr. von Biliński aus den Berichten des Landeschefs Kenntnis davon gehabt, daß die Polizeiverwaltung ihrer Aufgabe durchaus nicht gewachsen sei, so wäre es offenbar ihrer beider Pflicht gewesen, die Reise unter allen Umständen zu hintertreiben. Schon die in Zeitungen aus Sarajevo offiziös gemeldete Tatsache, daß die politische Behörde über bloß 120 Polizeileute zu verfügen hatte, habe auf Dr. von Biliński erschreckend gewirkt. Jede diesfällige Kreditanforderung auf Vermehrung der Wache wäre doch selbstverständlich sofort bewilligt worden. Auch glaube Dr. von Biliński, daß die Gendarmerie eine ausgezeichnete Ergänzung der Wache hätte abgeben können. Zu alledem stelle sich noch heraus, daß unter dem Eindrucke der Katastrophe Aufruhr und Plünderung in der Stadt ausgebrochen seien, denen gegenüber sich die Polizeigewalt, selbst nach Zuhilfenahme der spärlichen, in Sarajevo befindlichen Truppen ohnmächtig erwiesen habe.

Bei dieser Kritik falle es Dr. von Biliński durchaus nicht ein, die Verantwortung etwa ganz auf den Landeschef zu überwälzen; er sei sich im Gegenteile der auf ihm lastenden konstitutionellen Verantwortlichkeit für alle Geschehnisse in der bosnisch-herzegowinischen Verwaltung voll bewußt. Die Vorgänge der letzten Zeit würden ihn den Entschluß fassen lassen, die Teilung der Agenden zwischen dem Ministerium (in Wien) und der Landesregierung (in Sarajevo) einer eingehenden Revision zu unterziehen.

Identität der Auffassung des k. u. k. Chefs des Generalstabes und des k. u. k. Kriegsministers mit den Anschauungen des Landeschefs

Klaffte zwischen den Anschauungen Dr. von Bilińskis und der Auffassung des Landeschefs ein sachlicher Gegensatz, so begegnete Feldzeugmeister Potiorek bei seinen militärischen Kollegen, dem k. u. k. Kriegsminister und dem Chef des Generalstabes, einem um so volleren Einverständnis. Baron Conrad pflichtete in einem Schreiben an Graf Berchtold der Überzeugnng des Feldzeugmeisters Potiorek in weitestem Maße bei [1]; auch hatte das k. u. k. Kriegsministerium am 2. Juli ein detailliertes Elaborat mit der Bestimmung der Kenntnisnahme durch den Grafen Berchtold verfassen und zugleich das k. u. k. Ministerium des Äußern ersuchen lassen, die aufgezählten, dem Kriegsminister unerläßlich erscheinenden Maßnahmen im eigenen Wirkungskreise zu treffen, beziehungsweise so weit als notwendig, bei dem Monarchen anzutragen. Die Vorschläge erschienen ihrem Inhalte nach in folgende Punkte zusammengefaßt [2]:

1. Erweiterung der vom Landeschef in Sarajevo bereits durch die Verhängung des Standrechtes getroffenen Verfügungen durch die Erlassung der im Gesetzes- und Verordnungsblatt für Bosnien und die Herzegowina vorgesehenen Ausnahmsverfügungen im ganzen Bereiche von Bosnien und der Herzegowina.

2. Unbedingte Auflösung des Landtages.

3. Auflösung aller serbischen Vereine.

4. Übertragung aller polizeilichen Agenden an den höchsten militärischen Befehlshaber in Bosnien und der Herzegowina, das ist an den Landeschef.

5. Ausweisung aller Reichsserben aus Bosnien und der Herzegowina.

6. Ausschließung aller serbischen Hoch- und Mittelschüler, die sich in letzter Zeit irgendwie an staatsfeindlichen Demonstrationen beteiligten, von allen Schulen der Monarchie.

7. Strengste Überwachung der Geistlichen, Lehrer und Studierenden serbischer Nationalität.

[1] K. u. k. Chef des Generalstabes Res. Gstbs. Nr. 2381 d. d. Wien, 3. Juli.

[2] K. u. k. Kriegsministerium, Präs. Nr. 8618 d. d. Wien, 2. Juli.

8. Untersagung, die Namen der verhafteten Personen in irgendeiner Zeitung der Monarchie zu publizieren, weil nur hiedurch und im Wege der an solche Personen einlangenden Korrespondenzen alle Fäden einer ohne Zweifel bestehenden staatsfeindlichen Bewegung aufgedeckt werden könnten.

9. Den in Belgrad oder überhaupt in Serbien erworbenen Schulzeugnissen österreichischer oder ungarischer Staatsangehörigen oder bosnisch-herzegowinischer Landesangehörigen wäre in der Monarchie die Anerkennung zu versagen.

Standpunkt des Grafen Tisza gegenüber den Vorschlägen des k. u. k. Kriegsministers (4. Juli)

Graf Tisza sah sich bei Kenntnisnahme des auch ihm zugestellten Elaborates des Kriegsministeriums veranlaßt [1], gegen den größten Teil der angeregten Maßnahmen sowohl vom Standpunkt der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit als auch der Durchführbarkeit Bedenken zu erheben. Es wäre seiner Ansicht nach ein arger Fehler, das zweifellos Versäumte durch übereilte Anwendung zum Teil weit über das Ziel schießender Kraftmittel nachholen zu wollen, welche das Übel nur vergrößern, das In- und Ausland beunruhigen und dem Prestige der Monarchie Abbruch tun würden.

Standpunkt des Dr. von Biliński (3. Juli)

Auch bei dem gemeinsamen Finanzminister begegneten die Vorschläge des Kriegsministers keinem willfährigen Echo. Dr. von Biliński erachtete die vorgeschlagenen Maßnahmen so weit über seine eigenen Absichten hinausgehend, daß er sich bemüßigt sah, an den Grafen Berchtold wegen Einberufung einer gemeinsamen Ministerkonferenz heranzutreten, in welcher der Inhalt der Vorschläge des Kriegsministers einer eingehenden Beratung unterzogen werden sollte [2].

Stellungnahme des k. u. k. Ministeriums des Äußern (6. Juli)

Schließlich erfuhren die Vorschläge des Kriegsministeriums im juristischen Departement des Ministeriums des Äußern eine kritische Kommentierung [3]:

[1] M. kir. min. eln. $\frac{5001}{\text{M. E. II.}}$ d. d. Budapest, 4. Juli.

[2] Präs. des k. u. k. Gemeinsamen Finanzministeriums, Z. 790 Pr. BH. ex 1914.

[3] Notiz d. d. 6. Juli, o. Nr.

Ad 3. Die Auflösung aller in Bosnien und Herzegowina befindlichen serbischen Vereine dürfte zu weit gehen und nur die Auflösung jener Vereine gerechtfertigt sein, in denen staatsfeindliche Tendenzen zutage getreten sind oder deren maßgebende Funktionäre solchen Gesinnungen huldigen.

Ad 5. Die unterschiedslose Ausweisung aller serbischen Staatsangehörigen aus Bosnien würde als Verletzung des österreichisch-ungarischen Handelsvertrages mit Serbien erscheinen.

Ad 6. Die Relegierungen der erwähnten serbischen Studenten und Lehrer von allen Schulen der Monarchie würde die Gemaßregelten geradezu nach Serbien treiben und zu Märtyrern machen.

Ad 9. Dasselbe gelte sinngemäß für die generelle Verweigerung der Nostrifizierung serbischer Schulzeugnisse.

Überhaupt müsste es bei allen zu unternehmenden Maßnahmen als Richtschnur dienen, daß sie nur die staatsfeindlichen Elemente — diese mit aller zulässigen Strenge — träfen und daß durch diese Maßnahmen nicht etwa die in Europa für die Monarchie bestehenden Sympathien verscherzt würden.

2. Der Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten vom 7. Juli

Aufgabe des Ministerrates

Dem Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten vom 7. Juli fiel die Aufgabe zu, für die vom k. u. k. Ministerium des Äußern in Aussicht genommene diplomatische Aktion gegen Serbien das Votum der in gemeinsamen Angelegenheiten verfassungsmäßig verantwortlichen Minister einzuholen. Den Gegenstand der Beratung bildeten: die bosnischen Angelegenheiten und die diplomatische Aktion gegen Serbien [1].

[1] G. M. K. P. Z. 512, d. d. 7. Juli 1914. In dem während der Sitzung selbst vom Schriftführer Legationsrat Grafen A. Hoyos aufgesetzten Konzept des Protokolls besitzen wir einen über alle Phasen der Verhandlung orientierenden Wegweiser. Von nicht geringem sachlichen Interesse sind die an diesem Konzept von Graf Berchtold eigenhändig vorgenommenen Textänderungen, sei es, daß ganze Sätze oder

Als Konferenzteilnehmer waren am 7. Juli vormittags außer Graf Berchtold als dem Vorsitzenden erschienen: der k. k. (österreichische) Ministerpräsident Graf Stürgkh, der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Tisza, der k. u. k. Finanzminister Dr. von Biliński, der k. u. k. Kriegsminister Feldzeugmeister Ritter von Krobatin, der k. u. k. Chef des Generalstabes G. d. I. Freiherr von Conrad und der Vertreter des k. u. k. Marinekommandanten Konteradmiral von Kailer[1].

Verlauf des Ministerrates

Nach Eröffnung der Sitzung[2] bemerkte der Vorsitzende, der Ministerrat sei einberufen worden, um über die Maßnahmen zu beraten, welche zur Sanierung der anläßlich der Katastrophe in Sarajevo zutage getretenen innerpolitischen Übelstände in Bosnien und der Herzegowina angewendet werden sollten. Es gebe seiner Ansicht nach verschiedene interne Maßnahmen in Bosnien selbst, deren Anwendung ihm gegenüber den krisenhaften Zuständen geboten erscheine; vorerst sollte man sich aber klar werden, ob der Moment nicht gekommen sei, um Serbien durch eine Kraftäußerung für immer unschädlich zu machen. Ein solcher entscheidender Schlag könne nicht ohne diplomatische Vorbereitungen geführt werden, daher habe er mit der deutschen Regierung Fühlung genommen. Die Besprechungen in Berlin hätten zu einem sehr befriedigenden Resultate geführt, indem sowohl Kaiser Wilhelm als Herr von Bethmann Hollweg der Monarchie für den Fall einer kriegerischen Komplikation mit Serbien die unbedingte Unterstützung Deutschlands mit allem Nachdrucke zugesichert hätten[3]. Nun müßte die Monarchie noch immer mit Italien und

einzelne Worte fortgelassen beziehungsweise hinzugefügt, sei es, daß (abgesehen von belanglosen stilistischen Ausfeilungen) auf ganze Textabschnitte sich erstreckende Umformungen vorgenommen wurden. Wir verzeichnen die gegenständlich wichtigen Varianten zwischen dem Konzept und der Reinschrift des Protokolls.

[1] Die beiden Letzteren nahmen nur an dem am Nachmittage erfolgten Wiederzusammentritte des Ministerrates Anteil und verließen die Konferenz gleich nach Erörterung der militärischen Fragen.

[2] Wir verfolgen den Verlauf der Sitzung ausschließlich in seinen Hauptphasen.

[3] Der Satz „indem sowohl Kaiser Wilhelm“ bis „zugesichert hätten“ nachträgliche Ergänzung im Konzepte von der Hand des Grafen Berchtold.

Rumänien rechnen, und da sei er in Übereinstimmung mit dem Berliner Kabinett der Ansicht, daß es besser wäre, zu handeln und etwaige Kompensationsansprüche abzuwarten.

Er sei sich klar darüber, daß ein Waffengang mit Serbien den Krieg mit Rußland zur Folge haben könnte. Rußland treibe aber gegenwärtig eine Politik, die, auf lange Sicht berechnet, den Zusammenschluß der Balkanstaaten, Rumänien inbegriffen, zum Zwecke habe, um dieselben sodann im geeignet scheinenden Momente gegen die Monarchie ausspielen zu können. Er sei der Ansicht, daß sich die Monarchie darüber Rechenschaft geben müsse, daß ihre Situation sich einer solchen Politik gegenüber immer mehr verschlechtern müsse, um so mehr als ein untätiges Gewährenlassen bei den Südslawen und Rumänen der Monarchie als Zeichen der Schwäche ausgelegt werden und der werbenden Kraft der beiden angrenzenden Staatswesen Vorschub leisten würde.

Die logische Folge, die sich aus dem Gesagten ergebe, wäre, den Gegnern zuvorzukommen und durch eine rechtzeitige Abrechnung mit Serbien den bereits in vollem Gang befindlichen Entwicklungsprozeß aufzuhalten, was später zu tun nicht mehr möglich sein würde [1].

Der königlich ungarische Ministerpräsident stimmte damit überein, daß die Lage sich in den letzten Tagen durch die in der Untersuchung festgestellten Tatsachen und durch die Haltung der serbischen Presse verändert habe und betonte, daß auch er die Möglichkeit einer kriegerischen Aktion gegen Serbien für näher gerückt halte, als er es gleich nach dem Attentat von Sarajevo geglaubt

[1] Ursprünglich im Konzept:

„Er sei sich klar darüber, daß der Krieg mit Rußland infolge unseres „Einmarsches in Serbien sehr wahrscheinlich wäre. Rußland treibe aber „gegenwärtig mit seinen Balkanbundplänen eine Politik, die indirekt gegen „den Bestand der Monarchie gerichtet sei. Er sei der Ansicht, daß wir „uns darüber klar sein müssen, daß unsere Situation sich durch diese „Politik von Tag zu Tag verschlechtern würde und daß wir schon jetzt „die letzten Konsequenzen ziehen und einen Schlag gegen Serbien führen „müßten, um diesen Entwicklungsprozeß aufzuhalten, weil dies später „nicht mehr möglich sein würde.“ Umänderung von der Hand des Grafen Berchtold.

habe. Er würde aber einem überraschenden Angriff auf Serbien ohne vorhergehende diplomatische Aktion, wie dies beabsichtigt zu sein scheine und bedauerlicherweise auch in Berlin durch den Grafen Hoyos besprochen wurde[1], niemals zustimmen, weil die Monarchie in diesem Falle, seiner Ansicht nach, in den Augen Europas einen sehr schlechten Stand hätte und auch mit großer Wahrscheinlichkeit mit der Feindschaft des ganzen Balkans — außer Bulgariens — rechnen müßte, ohne daß Bulgarien, das gegenwärtig sehr geschwächt sei, die Monarchie entsprechend unterstützen würde.

Österreich-Ungarn müßte unbedingt Forderungen gegen Serbien formulieren und erst ein Ultimatum stellen, wenn Serbien sie nicht erfülle. Diese Forderungen müßten zwar harte, aber nicht unerfüllbare sein. Wenn Serbien sie annehme, würde die Monarchie einen eklatanten diplomatischen Erfolg aufzuweisen haben und ihr Prestige würde am Balkan steigen. Nehme man die Forderungen der Monarchie aber nicht an, so würde auch er für eine kriegerische Aktion sein, müsse aber schon jetzt betonen, daß die Monarchie mit einer solchen zwar die Verkleinerung, nicht aber die vollständige Vernichtung Serbiens bezwecken dürfte, weil einerseits diese von Rußland ohne einen Kampf auf Leben und Tod niemals zugegeben werden könnte und weil auch er als ungarischer Ministerpräsident es niemals zugeben könnte, daß die Monarchie einen Teil von Serbien annektiere.

Es sei nicht Sache Deutschlands zu beurteilen, ob die Monarchie jetzt gegen Serbien losschlagen sollte oder nicht. Er persönlich sei der Ansicht, daß ein Krieg im jetzigen Augenblicke nicht unbedingt geführt werden müsse. Gegenwärtig müsse man damit rechnen, daß die Agitation gegen die Monarchie in Rumänien eine sehr starke sei, daß Österreich-Ungarn angesichts der aufgeregten öffentlichen Meinung, mit einem rumänischen Angriffe würde rechnen und auf jeden Fall eine beträchtliche Macht in Siebenbürgen würde halten müssen, um die Rumänen einzuschüchtern. Jetzt, wo

[1] Vgl. Seite 34, Anmerkung 3, letzter Absatz.

Deutschland erfreulicherweise die Bahn zum Anschluß Bulgariens an den Dreibund freigegeben habe, eröffne sich der Monarchie ein vielversprechendes Gebiet zu einer erfolgreichen diplomatischen Aktion am Balkan. Graf Tisza müsse daher darauf zurückkommen, daß er sich trotz der Krise in Bosnien, die übrigens auch durch eine energische Verwaltungsreform im Innern saniert werden könnte, nicht unbedingt für den Krieg entschließen wolle, sondern auch einen entsprechenden diplomatischen Erfolg, der eine starke Demütigung Serbiens mit sich brächte, für geeignet halte, die Stellung der Monarchie zu verbessern und ihr eine ersprießliche Balkanpolitik zu ermöglichen.

Der Vorsitzende bemerkte hiezu, die Geschichte der letzten Jahre hätte gezeigt, daß diplomatische Erfolge gegen Serbien zwar das Ansehen der Monarchie zeitweilig gehoben, aber die tatsächlich bestehende Spannung in den Beziehungen zu Serbien sich nur noch verstärkt hätte [1]. Weder der Erfolg Österreich-Ungarns in der Annexionskrise, noch jener bei Schaffung Albaniens, noch das spätere Nachgeben Serbiens infolge des österreichisch-ungarischen Ultimatums im Herbste vorigen Jahres hätte an den tatsächlichen Verhältnissen etwas geändert. Eine radikale Lösung der durch die systematisch von Belgrad aus betriebene großserbische Propaganda aufgeworfenen Frage, deren zersetzende Wirkung in der Monarchie bis nach Agram und Zara gespürt werde, sei wohl nur durch ein energisches Eingreifen möglich.

Bezüglich der vom königlich ungarischen Ministerpräsidenten erwähnten Gefahr einer feindseligen Haltung Rumäniens bemerkte der Vorsitzende, daß derzeit eine solche weniger zu befürchten sei als für die Zukunft, wo sich die rumänisch-serbische Interessengemeinschaft immer mehr herausbilden werde. König Carol habe allerdings gelegentlich Zweifel in

[1] Der folgende Teil bis zum Abschnitte: „Der k. k. Ministerpräsident“ etc. (Seite 55) lautete ursprünglich im Konzepte:

„Weder unser Erfolg in der Annexionskrise, noch das spätere Nach-
„geben Serbiens in der Adriafrage oder nach unserem Ultimatum im
„Herbste vorigen Jahres hätten an den tatsächlichen Verhältnissen etwas
„geändert, noch die großserbische Agitation beseitigen können. Dies wäre
„nur durch einen Krieg möglich, durch welchen die großserbische Bewe-
„gung ein für allemal aufs Haupt geschlagen würde.“

der Richtung ausgesprochen, gegebenenfalls seiner Bundespflicht gegenüber der Monarchie durch aktive Hilfeleistung nachkommen zu können. Dagegen sei es kaum anzunehmen, daß er sich zu einer kriegerischen Operation gegen die Monarchie hinreißen lassen, beziehungsweise einer darauf hinausgehenden Stimmung der öffentlichen Meinung nicht Widerstand leisten könnte. Übrigens komme auch die Furcht Rumäniens vor Bulgarien in Betracht, welche ersteres in seiner Bewegungsfreiheit selbst unter den heutigen Verhältnissen einigermaßen behindern müßte.

Der k. k. Ministerpräsident bemerkte, es sei jetzt eine psychologische Situation geschaffen, die seiner Ansicht nach unbedingt zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Serbien hindränge. Er stimme mit dem königlich ungarischen Ministerpräsidenten zwar darin überein, daß die Monarchie und nicht die deutsche Regierung beurteilen müßte, ob ein Krieg notwendig sei oder nicht; er müsse aber doch bemerken, daß es auf die Entschließung der Monarchie einen sehr großen Einfluß ausüben sollte, wenn an der Stelle, welche Österreich-Ungarn als treueste Stütze seiner Politik im Dreibunde ansehen müßte, ihm rückhaltlose Bündnistreue zugesagt und überdies nahegelegt werde, sofort zu handeln, nachdem man sich dort angefragt habe. Graf Tisza sollte diesem Umstande doch Bedeutung beimessen und in Erwägung ziehen, daß die Monarchie durch eine Politik des Zauderns und der Schwäche Gefahr laufe, dieser rückhaltlosen Unterstützung des Deutschen Reiches zu einem späteren Zeitpunkte nicht mehr so sicher zu sein. Wie der Konflikt begonnen werde solle, sei eine Detailfrage, und wenn die ungarische Regierung der Ansicht sei, daß ein überraschender Angriff „sans crier gare", wie Graf Tisza sich ausgedrückt hätte, nicht gangbar sei, so müsse man eben einen andern Weg finden.

Der gemeinsame Finanzminister führte aus, auch er hege gleich dem Landeschef Feldzeugmeister Potiorek die Überzeugung, daß der Entscheidungskampf mit Serbien früher oder später unvermeidlich sei. Wenn auch der königlich ungarische Ministerpräsident sich jetzt mit einem diplomatischen Erfolg zufrieden geben würde, so könne er dies vom

Standpunkte der bosnischen Interessen nicht tun. Das Ultimatum, welches die Monarchie im vorigen Herbste an Serbien richtete, habe die Stimmung in Bosnien verschlechtert und den Haß gegen dieselbe nur gesteigert. Dort erzähle man sich allgemein im Volke, daß König Peter kommen und das Land befreien werde. Der Serbe sei nur der Gewalt zugänglich, ein diplomatischer Erfolg würde in Bosnien gar keinen Eindruck machen und wäre eher schädlich als etwas anderes.

Nach einer Bemerkung des königlich ungarischen Ministerpräsidenten gab der k. u. k. Kriegsminister der Ansicht Ausdruck, daß ein diplomatischer Erfolg keinen Wert habe. Ein solcher Erfolg werde nur als Schwäche ausgelegt. Vom militärischen Standpunkte müsse er betonen, daß es günstiger wäre, den Krieg sogleich als zu einem späteren Zeitpunkte zu führen, da sich das Kräfteverhältnis in der Zukunft unverhältnismäßig zu Ungunsten der Monarchie verschieben werde. Die Monarchie hätte schon zwei Gelegenheiten versäumt, um die serbische Frage zu lösen, und jedesmal die Entscheidung hinausgeschoben. Wenn sie es jetzt wieder täte und auf diese neuerliche Provokation gar nicht reagierte, so würde dies in allen südslawischen Provinzen als Zeichen der Schwäche aufgefaßt werden und die Monarchie würde eine Stärkung der gegen sie gerichteten Agitation herbeiführen.

Es entspann sich hierauf eine Diskussion über die Ziele einer kriegerischen Aktion gegen Serbien, wobei der Standpunkt des königlich ungarischen Ministerpräsidenten, daß Serbien zwar verkleinert, mit Rücksicht auf Rußland aber nicht ganz vernichtet werden dürfe, angenommen wurde.

Der königlich ungarische Ministerpräsident beharrte noch immer bei der Ansicht, daß eine erfolgreiche Balkanpolitik für die Monarchie durch den Anschluß Bulgariens an den Dreibund möglich wäre und verwies auf die furchtbare Kalamität eines europäischen Krieges unter den derzeitigen Verhältnissen. Es möge nicht übersehen werden, daß allerhand Zukunftseventualitäten denkbar seien — wie Ablenkung Rußlands durch asiatische Komplikationen, Revanchekrieg des wiedererstarkten Bulgariens gegen

Serbien usw. —, welche die Stellung der Monarchie gegenüber dem großserbischen Probleme wesentlich günstiger gestalten könnten, als dies heute der Fall sei.

Hiezu bemerkte der Vorsitzende, daß man allerdings verschiedene Zukunftsmöglichkeiten ausdenken könne, die eine der Monarchie günstige Situation ergeben würden. Er befürchte aber, daß für eine solche Entwicklung keine Zeit vorhanden sei. Man müsse mit der Tatsache rechnen, daß von feindlicher Seite ein Entscheidungskampf gegen die Monarchie vorbereitet werde und daß Rumänien der russischen und französischen Diplomatie Helfersdienste leiste. Man dürfe nicht annehmen, daß die Politik mit Bulgarien der Monarchie einen vollen Ersatz für den Verlust Rumäniens bieten könne. Rumänien sei aber seiner Ansicht nach nicht wiederzugewinnen, solange die großserbische Agitation existiere, da diese auch die großrumänische Agitation zur Folge habe und Rumänien ihr erst dann entgegentreten könnte, wenn es sich durch die Vernichtung Serbiens am Balkan isoliert fühlen und einsehen würde, daß es nur am Dreibunde eine Stütze finden könne. Auch dürfe man nicht übersehen, daß bezüglich des Anschlusses Bulgariens an den Dreibund noch nicht der erste Schritt geschehen sei. Man wisse in Wien nur, daß die jetzige bulgarische Regierung vor Monaten diesen Wunsch ausgesprochen habe und damals auch im Begriffe stand, eine Allianz mit der Türkei einzugehen. Letzteres sei bisher nicht erfolgt, die Türkei vielmehr seither mehr unter russischen und französischen Einfluß geraten. Die Haltung des Ministeriums Radoslawoff gebe allerdings keinen Grund, daran zu zweifeln, daß dasselbe auch heute noch entschlossen sei, positiven Vorschlägen, die von der Monarchie in der angedeuteten Richtung in Sofia gemacht werden könnten, ein williges Ohr zu leihen. Als sicheren Baustein in der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik könne man diese Orientierung aber derzeit noch nicht einschätzen; dies um so weniger, als die gegenwärtige bulgarische Regierung doch auf sehr schwacher Grundlage stehe, der Anschluß an den Dreibund von der stets bis zu einem gewissen Grade unter russischem Einfluß stehenden öffentlichen Meinung desavouiert und das

Ministerium Radoslawoff über den Haufen geworfen werden könnte. Auch sei zu bedenken, daß Deutschland die bulgarische Aktion vorderhand nur unter der Bedingung angenommen habe, daß die Abmachungen mit Bulgarien keine Spitze gegen Rumänien haben dürften. Es werde nicht leicht sein, diese Bedingungen ganz zu erfüllen und es könnten daraus für die Zukunft unklare Situationen sich ergeben [1].

Es wurde hierauf in längerer Debatte die Kriegsfrage eingehend diskutiert. Am Schlusse dieser Erörterungen konnte konstatiert werden:

1. Daß alle Versammelten eine tunlichst rasche Entscheidung des Streitfalles mit Serbien im kriegerischen oder friedlichen Sinne wünschten;

2. daß der Ministerrat bereit wäre, sich der Ansicht des königlich ungarischen Ministerpräsidenten anzuschließen, wonach erst mobilisiert werden solle, nachdem konkrete Forderungen an Serbien gerichtet und dieselben zurückgewiesen worden seien, sowie ein Ultimatum gestellt worden sei.

Dagegen waren alle Anwesenden mit Ausnahme des königlich ungarischen Ministerpräsidenten der Ansicht, daß ein rein diplomatischer Erfolg, wenn er auch mit einer eklatanten Demütigung Serbiens enden würde, wertlos wäre und daß daher solche weitgehende Forderungen an Serbien gestellt werden müßten, die eine Ablehnung voraussehen ließen, damit eine radikale Lösung im Wege militärischen Eingreifens angebahnt würde [2].

[1] Die Stelle von: „Auch dürfe man nicht übersehen“ (Seite 57 Mitte) bis „sich ergeben“ lautete in der Fassung des Konzepts: „Auch dürfe man „nicht vergessen, daß Deutschland die bulgarische Aktion vorderhand nur „unter der Bedingung angenommen habe, daß die Abmachungen mit Bul„garien keine Spitze gegen Rumänien haben dürften. Es würde nicht „leicht sein, diese Bedingungen ganz zu erfüllen, auf jeden Fall sei es „aber fraglich, ob die deutsche Regierung eine Gegenüberstellung Bul„gariens und der Türkei gegen Serbien und Rumänien gerne sehen würde. „Darum habe man auch in Berlin sich dahin ausgesprochen, daß eine „Abrechnung mit Serbien die beste Lösung wäre.“ (Umänderung von der Hand des Grafen Berchtold.)

[2] Ursprünglich im Konzepte: „und daß daher ganz unannehmbare „Forderungen an Serbien gestellt werden müßten, damit es bestimmt „zum Kriege komme.“ Umänderung von der Hand des Grafen Berchtold.

Graf Tisza bemerkte hierauf, er sei bestrebt, dem Standpunkte aller anderen Anwesenden entgegenzukommen und daher auch insofern eine Konzession zu machen, als er zugeben wolle, daß die an Serbien zu richtenden Forderungen sehr harte sein sollten, jedoch nicht solcher Art, daß man die Absicht Österreich-Ungarns, unannehmbare Forderungen zu stellen, klar erkennen könne. Sonst hätte die Monarchie eine unmögliche rechtliche Grundlage für eine Kriegserklärung. Der Text der Note müsse sehr genau studiert werden und er würde jedenfalls Wert darauf legen, die Note zur Einsicht zu erhalten, bevor sie abgesendet werde. Auch müsse er betonen, daß er für seine Person genötigt wäre, die Konsequenzen daraus zu ziehen, wenn sein Standpunkt nicht berücksichtigt werde.

Hierauf wurde die Sitzung bis zum Nachmittag unterbrochen.

Beim Wiederzusammentritte des Ministerrates waren auch der Chef des Generalstabes und der Stellvertreter des Marinekommandanten anwesend.

Der Kriegsminister ergriff auf Wunsch des Vorsitzenden das Wort, um an den Chef des Generalstabes nachstehende drei Fragen zu richten:

1. Ob es möglich wäre, zuerst nur gegen Serbien zu mobilisieren und erst nachträglich, wenn sich die Notwendigkeit dazu ergäbe, auch gegen Rußland;

2. ob man zur Einschüchterung Rumäniens größere Truppenmengen in Siebenbürgen zurückhalten könnte und

3. wo man den Kampf gegen Rußland aufnehmen würde.

Der Chef des Generalstabes gab auf diese Anfragen geheime Aufklärungen und ersuchte, dieselben nicht in das Protokoll aufzunehmen.

Es entspann sich auf Grund dieser Aufklärungen eine längere Aussprache über die Kräfteverhältnisse und den wahrscheinlichen Verlauf eines europäischen Krieges, die wegen ihres geheimen Charakters nicht in das Protokoll aufgenommen wurden. Am Schlusse der Debatte wiederholte der königlich ungarische Ministerpräsident seinen früheren Standpunkt hinsichtlich der Kriegsfrage und richtete einen neuen

Appell an die Anwesenden, ihre Entscheidung sorgfältig zu prüfen.

Hierauf wurden die Punkte besprochen, welche als Forderungen an Serbien in die Note aufgenommen werden könnten. Bezüglich dieser Punkte wurde im Ministerrat kein definitiver Beschluß gefaßt; sie wurden nur aufgestellt, um ein Bild darüber zu erlangen, welche Forderungen gestellt werden könnten[1].

Nach einer Debatte über die bosnischen Angelegenheiten konstatierte der Vorsitzende, daß, wenn auch noch immer eine Divergenz zwischen den Ansichten aller Teilnehmer und jener des Grafen Tisza bestehe, man sich nähergekommen sei, nachdem auch die Vorschläge des königlich ungarischen Ministerpräsidenten aller Wahrscheinlichkeit nach zu der von ihm und den übrigen Mitgliedern der Konferenz für notwendig gehaltenen kriegerischen Auseinandersetzung mit Serbien führen würden.

Das Protokoll schloß mit der Mitteilung des Grafen Berchtold an den Ministerrat, daß er gesonnen sei, sich zur Vortragerstattung am 8. Juli nach Ischl zu begeben. Im Zusammenhange mit dieser Äußerung bat Graf Tisza den Minister des Äußern, eine von ihm selbst zu verfassende Eingabe über seine Auffassung der Lage dem Monarchen zu unterbreiten[2].

Hierauf wurde die Konferenz nach Aufsetzung eines für die Presse bestimmten Communiqués vom Grafen Berchtold aufgehoben.

Zirkulation des Protokolls bei den Konferenzteilnehmern und Kenntnisnahme desselben durch den Monarchen

Das Protokoll zirkulierte in den Tagen vom 8. Juli bis zum 14. August bei den einzelnen Konferenzteilnehmern und gelangte erst am 16. August zur Unterzeichnung durch den Monarchen. Zur mündlichen Berichterstattung beim Monarchen meldete sich Graf Berchtold in einem Immediatvortrage noch am 7. Juli an.

Das Ergebnis des Ministerrates (7. Juli)

Der Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten vom 7. Juli hat als die erste Bekanntgabe der Absichten des Wiener Kabinetts in foro interno zu gelten. Graf Berchtold

[1] Vgl. Seite 93, Anmerkung 1.

[2] Siehe Seite 65 unten.

bemühte sich in dieser Sitzung, das Einverständnis der in den gemeinsamen Angelegenheiten verantwortlichen Faktoren der Monarchie für seine Intentionen zu gewinnen. Diese Maßnahmen liefen nach der Formulierung des Protokolls dahin hinaus, den Gegnern der Monarchie zuvorzukommen und durch eine rechtzeitige Abrechnung mit Serbien den bereits in vollem Gange befindlichen Entwicklungsprozeß (des Zusammenschlusses der Balkanstaaten, Rumänien inklusive) aufzuhalten. Der durch einen Waffengang mit Serbien bedingten Möglichkeit eines Krieges mit Rußland müsse die stetige Verschlechterung der Lage der Monarchie durch eine Politik des untätigen Gewährenlassens gegenüber der eigenen südslawischen und rumänischen Bevölkerung der Monarchie entgegengehalten werden.

Nach längerer Erörterung des Sachlage konnte konstatiert werden, daß von allen Anwesenden eine tunlichst rasche Entscheidung des Streitfalles mit Serbien im kriegerischen oder im friedlichen Sinne gewünscht werde und daß erst nach der Aufstellung von konkreten Forderungen an Serbien und nach Übermittlung eines Ultimatums im Falle ihrer Abweisung die Mobilisierung eingeleitet werden solle. Auch in der Frage der Unzulänglichkeit eines rein diplomatischen Erfolges begegneten sich die Meinungen aller Konferenzteilnehmer mit Ausnahme jener des Grafen Tisza, dem es gelang, den Ministerrat für seinen Standpunkt der Notwendigkeit der Formulierung bestimmter Forderungen und der Stellung eines Ultimatums erst nach deren Ablehnung zu gewinnen. Über die Art dieser Forderungen sprach sich das Protokoll — insbesondere in der Fassung seines Konzeptes — eindeutig genug aus[1]. Bloß Graf Tisza verharrte (wenigstens teilweise) in Opposition; auch seine Vorschläge wurden indessen von dem Vorsitzenden dahin charakterisiert, daß sie aller Wahrscheinlichkeit nach zu der vom Grafen Berchtold und den übrigen Mitgliedern der Konferenz für notwendig gehaltenen kriegerischen Auseinandersetzung mit Serbien führen würden.

Sofern Graf Berchtold die Bedenken Graf Tiszas bekämpfen zu müssen glaubte, benützte er als Argumentation

[1] Vgl. Anmerkung 2, Seite 58.

den Hinweis auf die unbedingte Unterstützung der Monarchie seitens der deutschen Regierung. Hiebei sekundierte dem Grafen Berchtold der k. k. Ministerpräsident Graf Stürgkh, der die Notwendigkeit der Verwertung der gegenwärtig bestehenden, in einem späteren Zeitpunkt aber nicht mehr so sicheren deutschen Hilfe besonders hervorhob.

Hier also, in diesem in Wien am 7. Juli abgehaltenen Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten, wurde die folgenschwere Beschlußfassung eingeleitet, die der weiteren Entwicklung des österreichisch-ungarisch-serbischen Konfliktes die Wege wies.

3. Der Sonderstandpunkt des Grafen Tisza

Vortrag des Grafen Tisza (1. Juli)

Noch am 1. Juli hatte Graf Tisza dem Monarchen seine Auffassung der politischen Lage in einem schriftlichen Vortrage dargelegt[1] und erklärt, er könne der Absicht des Grafen Berchtold, die ihm dieser soeben persönlich eröffnet habe, die Greueltat in Sarajevo zum Anlasse der Abrechnung mit Serbien zu machen, nicht beipflichten. Er habe dem Grafen Berchtold gegenüber kein Hehl daraus gemacht, daß er dies für einen verhängnisvollen Fehler halte und die Verantwortung keinesfalls teilen würde. Erstens hätte die Monarchie bisher keine genügenden Anhaltspunkte, um Serbien verantwortlich machen zu können und um trotz etwaiger befriedigender Erklärungen der serbischen Regierung einen Krieg mit diesem Staate zu provozieren. Die Staatsmänner der Monarchie würden den denkbar schlechtesten Locus standi haben, würden vor der ganzen Welt als die Friedensstörer dastehen und einen großen Krieg unter den ungünstigsten Umständen anfachen. Zweitens halte Graf Tisza diesen Zeitpunkt, in dem die Monarchie Rumänien so gut wie verloren habe, und Bulgarien, der einzige Staat, auf den sie rechnen könne, erschöpft darniederliege, überhaupt für einen recht ungünstigen.

Bei der jetzigen Balkanlage wäre es der geringste Kummer Graf Tiszas, einen passenden Casus belli zu finden.

[1] Kopie des Vortrages Graf Tiszas d. d. Budapest, 1. Juli.

Sei einmal der Zeitpunkt zum Losschlagen gekommen, so könne man aus den verschiedensten Fragen einen Kriegsfall aufrollen. Vorher müsse jedoch eine politische Konstellation geschaffen werden, die das Kräfteverhältnis weniger ungünstig für die Monarchie gestalte.

Der definitive Anschluß Bulgariens, in einer Weise, welche keine Spitze gegen Rumänien habe und zu einer Verständigung sowohl mit diesem Staate wie mit Griechenland die Türe offen halte, werde von Tag zu Tag dringender; es müßte demnach ein letzter Versuch mit Deutschland gemacht werden, um den offenen Anschluß Rumäniens an den Dreibund durchzuführen. Wolle oder könne aber Deutschland diese Mission nicht erfüllen, so müsse es hinnehmen, daß die Monarchie wenigstens Bulgarien dem Dreibunde sichere.

Versäume die Monarchie dies Rumänien zuliebe noch länger, so würde nur sie die Schuld tragen, wenn Bulgarien — von der Monarchie verlassen — eines schönen Tages sich dem gegen die Monarchie gebildeten Bündnisse anschließe und Österreich-Ungarn ausplündern helfe, um ein Stück mazedonisches Land zu erhalten. Schließlich glaube Graf Tisza, ein Bündnis der Monarchie mit Bulgarien biete die einzige Möglichkeit, Rumänien zurückzugewinnen. Bei allem Größenwahn der Rumänen sei nämlich die entscheidende Triebkraft in der Psyche dieses Volkes die Angst vor Bulgarien. Würden die Rumänen sehen, daß sie die Monarchie vor einem Bündnisse mit Bulgarien nicht zurückhalten konnten, so würden sie vielleicht suchen, in den Bund aufgenommen zu werden, um auf diese Weise vor bulgarischer Aggression geschützt zu werden.

Dies seien die Hauptgesichtspunkte, welche eine energische Aktion seines Erachtens zu einer dringenden Notwendigkeit machten, und da der bevorstehende Besuch Kaiser Wilhelms möglicherweise Gelegenheit hiezu bieten werde, so habe sich Graf Tisza für verpflichtet gehalten, an den Monarchen mit der Bitte heranzutreten, die Anwesenheit Kaiser Wilhelms in Wien dazu benützen zu wollen, „um die Eingenommenheit dieses hohen Herrn für Serbien „an der Hand der letzten empörenden Ereignisse zu bekämpfen“

und ihn zur tatkräftigen Unterstützung der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik zu bewegen [1].

Graf Tisza und die auswärtige Politik der Monarchie

In dem Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten vom 7. Juli hatten sich die Konferenzteilnehmer dem Standpunkt des Grafen Tisza akkommodiert und damit eine gewisse Anerkennung seiner geistigen Führerschaft an den Tag gelegt. Der ganze Einfluß des Grafen Tisza läßt sich aber nicht ausschließlich aus der Eigenart seiner Persönlichkeit erklären; erst wenn man sich vor Augen hält, daß man es hier mit dem zielbewußten Exponenten der ungarischen Staatspolitik zu tun hat, gewinnt man den Maßstab für eine richtige Beurteilung seiner dominierenden Geltung auch in der auswärtigen Politik der Monarchie. Die Interessen, die Graf Tisza dabei vertrat, waren von den Ideen des einheitlichen ungarischen Nationalstaates diktiert.

Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, erklärt sich auch die Divergenz der österreichisch-ungarischen und der deutschen Balkanpolitik. Die von Budapest aus beeinflußte politische Konzeption des Ballhausplatzes erforderte — eingedenk der österreichisch-ungarischen Stellungnahme beim Bukarester Vertrag das Jahres 1912 — eine Hintanhaltung jeden Machtzuwachses Rumäniens und eine um so intensivere Bevorzugung Bulgariens. Eine forcierte Erstarkung Bulgariens sollte gleichzeitig auch dem Machtbegehren Serbiens einen Riegel vorschieben. Dem spezifisch ungarischen Staatsinteresse konnte aus offenliegenden Gründen eine andere Richtlinie der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik nicht entsprechen.

Wenn demnach Kaiser Wilhelm durch den Grafen Tisza einer „Eingenommenheit" für die Serben geziehen wurde, so hätte der gleiche Gedanke in anderer Fassung als Mangel einer Animosität Rumänien gegenüber formuliert werden können. Denn da die rumänisch-serbische Annäherung (durch die

[1] Worauf sich die Bemerkung des Grafen Tisza hinsichtlich einer Art Serbenfreundlichkeit Kaiser Wilhelms stützt, ist aus dem zur Verfügung stehenden Aktenmateriale nicht zu ersehen. Jedenfalls bietet sie eine bemerkenswerte Parallele zu dem Herrn von Tschirschky gegenüber erhobenen Vorwurfe des Grafen Berchtold von der in praxi bei Deutschland nicht immer gefundenen Unterstützung der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik. (Vgl. Seite 38.)

chauvinistischen Auswüchse einer politisch sterilen Opposition des ungarischen Reichstages mitveranlaßt) in erster Reihe eigenstaatliche Interessen Ungarns berührte, lag für Deutschland der Grund zu einer besonderen Gegnerschaft, sei es gegen Serbien, sei es gegen Rumänien, tatsächlich nicht vor. Nach den Erwägungen des Grafen Tisza durfte weiters ein Balkankrieg der Monarchie, sofern das damit verbundene Risiko einer europäischen Konflagration mit allen ihren verheerenden Folgen überhaupt zu verantworten war, folgerichtig selbst bei glücklichem Ausgange keinen territorialen Zuwachs erbringen, weil ein solcher den kardinalsten Forderungen der ungarischen Nationalitätenpolitik widersprochen hätte; von den unausbleiblichen Folgen eines ungünstig ausgehenden Krieges gar nicht zu sprechen.

Deshalb stand Graf Tisza auf einem die Politik des Grafen Berchtold — anfänglich wenigstens — ablehnenden Standpunkte. Am Ballhausplatze aber versäumte man keine Gelegenheit, diesen Widerstand zu verringern, und bediente sich dazu als erfolgverheißenden Mittels der vorsätzlichen Betonung des Drängens Deutschlands zu einer radikalen Lösung der serbischen Krise[1]. Es war also nur konsequent gehandelt, wenn Graf Berchtold durch den ungarischen Exponenten im Ministerium des Äußern, Grafen Forgách, die Nachricht von den Besprechungen des Grafen Szögyény mit Kaiser Wilhelm dem Grafen Tisza in zweckdienlicher Formulierung unverzüglich übermittelte[2].

Vorläufig freilich verharrte Graf Tisza auf seinem im Ministerrat vom 7. Juli zum Ausdrucke gebrachten Sonderstandpunkte. Zur Erhärtung seiner Ansichten unterbreitete er dem Monarchen am 8. Juli den im Ministerrate vom 7. l. M. angekündigten Vortrag[3]:

Vortrag des Grafen Tisza (8. Juli)

Die allerdings sehr erfreulichen Nachrichten aus Berlin, verbunden mit der sehr gerechten Entrüstung über die Vor-

[1] Vgl. Anmerkung 1, Seite 58.

[2] Telegramm an den Grafen Tisza d. d. Wien, 6. Juli, 1 Uhr 30 Minuten p. m., Pr. Nr. 4529.

[3] Vortrag des Grafen Tisza d. d. Budapest, 8. Juli, Kabinettsarchiv. (Auszugsweise wiedergegeben.)

kommnisse in Serbien, hätten bei allen anderen Teilnehmern der gestrigen gemeinsamen Ministerkonferenz die Absicht reifen lassen, einen Krieg mit Serbien zu provozieren, um mit diesem Erzfeinde der Monarchie endgültig abzurechnen.

Graf Tisza sei nicht in der Lage gewesen, diesem Plane in vollem Umfange zuzustimmen.

Das Wiener Kabinett habe gerade jetzt den langersehnten vollen Erfolg in Berlin auch in jener Richtung erzielt, daß einer konsequenteń, aktiven, Erfolg versprechenden Politik am Balkan von dort aus kein Hindernis mehr im Wege stehe; die Monarchie habe somit gerade jetzt die Mittel in die Hände bekommen, einen maßgebenden Einfluß auf die Entwicklung am Balkan auszuüben und eine der Monarchie günstigere Konstellation daselbst durchzuführen. Dies berechtige zu der Hoffnung, daß die Monarchie, wenn ihr der Entscheidungskampf später aufgenötigt würde, denselben mit besseren Chancen aufnehmen könne. Auf die Frage des Grafen Tisza, wie sich die Kräfteverhältnisse bei den Großmächten infolge der überall vorgenommenen Rüstungen im Laufe der nächsten Jahre verschieben würden, habe der Chef des Generalstabes nach einigem Nachdenken geantwortet: „Eher zu unseren Ungunsten.“ Aus dieser Antwort könne wohl mit Recht gefolgert werden, daß diese Verschiebung keine allzu wesentliche sein und durch die günstigere Ausgestaltung der Verhältnisse am Balkan mehr als wettgemacht werde.

Wenn Graf Tisza neben den politischen Gesichtspunkten die Lage der Staatsfinanzen und der Volkswirtschaft in Betracht ziehe, welche die Kriegführung kolossal erschweren und die mit dem Kriege verbundenen Opfer und Leiden beinahe unerträglich für die Gesellschaft machen würde, so könne er nach peinlich gewissenhafter Überlegung die Verantwortung für die in Vorschlag gebrachte militärische Aggression gegen Serbien nicht mittragen.

Es stehe ihm ferne, eine energielose und untätige Politik gegenüber Serbien empfehlen zu wollen. Er plaidiere daher keineswegs dafür, daß die Monarchie diese Provokationen einstecken solle, und er sei bereit, die Verantwortung für alle Konsequenzen eines durch die Zurückweisung der

gerechten Forderungen der Monarchie verursachten Krieges zu tragen. Es müsse aber seines Erachtens Serbien die Möglichkeit gegeben werden, den Krieg im Wege einer allerdings schweren diplomatischen Niederlage zu vermeiden; und wenn es doch zum Kriege komme, solle vor aller Welt Augen bewiesen werden, daß sich die Monarchie auf dem Boden gerechter Notwehr befinde.

Es wäre also eine in gemessenem, aber nicht drohendem Tone gehaltene Note an Serbien zu richten, in welcher die konkreten Beschwerden der Monarchie aufzuzählen und präzise Forderungen mit denselben zu verbinden wären. Würde Serbien eine ungenügende Antwort geben oder die Sache verschleppen wollen, so wäre mit einem Ultimatum und sofort nach Ablauf desselben mit der Eröffnung der Feindseligkeiten zu antworten.

Ein solches Vorgehen seitens der Monarchie würde die Chancen der deutschen Aktion in Bukarest jedenfalls stark vermehren und vielleicht auch Rußland von einer Beteiligung am Kriege abhalten. Es sei vorauszusehen, daß England aller Wahrscheinlichkeit nach einen Druck in diesem Sinne auf die übrigen Ententemächte ausüben und daß auch bei dem Zaren der Gedanke in die Wagschale fallen würde, daß es kaum seine Aufgabe sei, anarchistische Wühlereien und antidynastische Mordanschläge unter seinen Schutz zu nehmen.

Um jedoch Verwicklungen mit Italien aus dem Wege zu gehen, der Monarchie die Sympathien Englands zu sichern und es Rußland überhaupt zu ermöglichen, Zuschauer des Krieges zu bleiben, müßte durch das Wiener Kabinett in entsprechender Zeit und Form die Erklärung abgegeben werden, daß die Monarchie Serbien nicht vernichten, noch weniger annektieren wolle.

Das wäre die Ausgestaltung der Verhältnisse, auf die für den Kriegsfall hinzuarbeiten wäre. Sollte Serbien nachgeben, so müßte die Monarchie freilich auch diese Lösung bona fide hinnehmen und ihm den Rückzug nicht verlegen. In diesem Falle hätte sie sich mit einer starken Knickung des serbischen Hochmutes und einer schweren diplomatischen Niederlage dieses Staates zu begnügen und die bewußte intensive Aktion in Bulgarien und den anderen Balkanstaaten um so energischer

in die Hand zu nehmen, da der soeben erreichte diplomatische Erfolg jedenfalls günstig auf das Ergebnis dieser Verhandlungen wirken würde.

Graf Tisza habe sich erlaubt, seine Anschauung dem Monarchen eingehend vorzulegen. Er sei sich der schweren Verantwortung bewußt, die in diesen kritischen Zeiten ein jeder zu tragen habe, der das Vertrauen des Herrschers besitze. Im vollen Bewußtsein, daß die Last dieser Verantwortung dieselbe bleibe, ob man sich für's Handeln oder für's Unterlassen entscheide, glaube er, nach peinlicher Erwägung aller einschlägigen Momente, den in diesen Auseinandersetzungen beschriebenen Mittelweg anraten zu sollen, der einen friedlichen Erfolg nicht ausschließe und die Chancen des Krieges — sollte er doch unvermeidlich sein — in mancher Beziehung bessere.

Es werde seine Pflicht sein, in dem für morgen einberufenen Ministerrate die Stellungnahme des ungarischen Kabinetts zu veranlassen; einstweilen könne er im eigenen Namen die Erklärung abgeben, daß er, trotz seiner Hinneigung an den Dienst des Herrschers — oder besser gesagt gerade infolge derselben —, die Verantwortung für die ausschließlich und aggressiv kriegerische Lösung nicht mittragen könnte.

Schreiben Graf Berchtolds an Graf Tisza (8. Juli)

In der Argumentation seines Vortrages erschien dem Grafen Tisza (soweit er diesen Gegenstand berührte) die Berliner Balkanpolitik als eine die Interessen der Monarchie noch immer nicht hinlänglich genug fördernde; wenigstens kann die eingangs seiner Ausführungen gebrauchte Wendung von den „allerdings sehr erfreulichen Nachrichten aus Berlin“ dahin verstanden werden. Graf Berchtold mußte es sich also um so angelegener sein lassen, Graf Tisza gerade mit dem Hinweise auf die günstigen Dispositionen des Berliner Kabinetts zu beeinflussen; ein übriges sollte die Vorstellung tun, daß eine schwankende Haltung der Monarchie unerwünschte Rückwirkungen auf die Politik Deutschlands selbst ausüben könnte. Die Mitteilung über eine mit Herrn von Tschirschky am 8. Juli gepflogene Besprechung bot dazu neuerdings die Gelegenheit [1]:

[1] Hausabschrift eines Briefes des Grafen Berchtold an den Grafen Tisza d. d. Wien, 8. Juli 1914.

Herr von Tschirschky habe Graf Berchtold verständigt, ein Telegramm aus Berlin erhalten zu haben, demzufolge Kaiser Wilhelm ihn beauftragt hätte, in Wien mit allem Nachdruck zu erklären, daß man in Berlin eine Aktion der Monarchie gegen Serbien erwarte und daß es in Deutschland nicht verstanden würde, wenn die Monarchie die gegebene Gelegenheit vorübergehen ließe, ohne einen Schlag zu führen [1].

Auf die Bemerkung des Grafen Berchtold, daß es dem Wiener Kabinett bei Fassung endgültiger Entschlüsse natürlich von großer Wichtigkeit wäre zu wissen, inwieweit dasselbe auf die Einwirkung Deutschlands in Bukarest rechnen könnte und was von derselben zu erhoffen wäre, habe der Botschafter bemerkt, man halte es in Berlin für ausgeschlossen, daß Rumänien in diesem Falle gegen die Monarchie Stellung nehmen könnte. Übrigens habe sich Kaiser Wilhelm auch brieflich an König Carol gewendet und man könne sich denken, „daß dieser Brief an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig gelassen habe!"

Aus den weiteren Ausführungen des Botschafters habe Graf Berchtold ersehen können, daß man in Deutschland ein Transigieren seitens der Monarchie mit Serbien als Schwächebekenntnis auslegen würde, was nicht ohne Rückwirkung auf die Stellung der Monarchie im Dreibunde und auf die künftige Politik Deutschlands bleiben könnte.

Die vorstehenden Eröffnungen Herrn von Tschirschkys erschienen Graf Berchtold von solcher Tragweite, daß sie eventuell auch von Einfluß auf die Schlußfassung der vom

[1] In dem Telegramme des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Wien d. d. Berlin, 6. Juli 1914 (Weißbuch, betr. d. V. d. U. a. K., Seite 70) lautet die gegenständliche Stelle: „Was endlich Serbien anlange, so könne Seine Majestät zu den zwischen Österreich-Ungarn und diesem Lande schwebenden Fragen naturgemäß keine Stellung nehmen, da sie sich seiner Kompetenz entzögen. Kaiser Franz Joseph könne sich aber darauf verlassen, daß Seine Majestät im Einklang mit seinen Bündnispflichten und seiner alten Freundschaft treu an Seite Österreich-Ungarns stehen werde." Unser Text stellt also die durch den Grafen Berchtold vollzogene Niederschrift der von Herrn von Tschirschky gegebenen Interpretation des angeführten Passus der offiziellen Weisung dar.

Grafen Tisza beabsichtigten Eingabe an den Monarchen sein könnten. Er habe daher dem Grafen Tisza ungesäumt davon Mitteilung machen wollen und bitte ihn, wenn er es für angezeigt finde, ihm diesbezüglich nach Bad Ischl zu telegraphieren. Graf Berchtold verbringe den 9. Juli daselbst und könnte sich zum Interpreten der Auffassung des Grafen Tisza beim Monarchen machen [1].

Graf Tisza revidiert seine Anschauung

Unmittelbar bewirkten die Mitteilungen Graf Berchtolds keine Veränderung der Auffassung des Grafen Tisza. Erst am 16. Juli traf eine Meldung des Grafen Szögyény aus Berlin ein [2], Graf Tisza habe während seines letzten Aufenthaltes in Wien Herrn von Tschirschky aufgesucht und ihm versichert, daß er nunmehr alle seine anfänglich allerdings bestandenen Bedenken aufgegeben habe und mit einer energischen Aktion einverstanden sei. Die im ungarischen Parlament am 15. Juli abgegebenen Erklärungen seien bereits der neuen Anschauungsweise des ungarischen Ministerpräsidenten entsprungen.

Da am 14. Juli eine Besprechung des Grafen Berchtold mit den beiden Ministerpräsidenten und dem königlich ungarischen Minister am allerhöchsten Hoflager stattgefunden hatte [3], war die Änderung der Stellungnahme Graf Tiszas wohl hier erfolgt.

4. Die k. u. k. Regierung und die europäischen Kabinette

Belgrad

Offizielle Stellungnahme der serbischen Regierung

Eine von dem königlich serbischen Preßbureau am 1. Juli 1914 veröffentlichte Erklärung der serbischen Regierung gab dem Abscheu Serbiens über die in Sarajevo verübten Morde und dem Willen der serbischen Regierung Ausdruck, die Umtriebe verdächtiger Elemente mit Aufmerksamkeit zu

[1] Zu dem Bemühen Graf Berchtolds, die Gedankengänge des Vortrages Graf Tiszas zu beeinflussen oder aber selbst beim Monarchen als Dolmetsch der Auffassung des ungarischen Ministerpräsidenten zu dienen, vgl. Seite 40, Anmerkung 1, Absatz 2—4.

[2] Telegramm aus Berlin d. d. 16. Juli, Nr. 259.

[3] Vgl. Seite 85 ff.

verfolgen und nichts zu unterlassen, was zur Beruhigung der Geister beizutragen vermöchte.

Die offizielle „Samouprava“ legte den eigenen Standpunkt dahin fest: Nicht nur Serbien, sondern auch Österreich-Ungarn werde dem Urteile der zivilisierten Welt nicht entgehen können. Zugleich wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Beziehung zwischen den beiden Nachbarstaaten nicht weiter durch unbedachte und ungerechtfertigte Äußerungen und journalistische Verdächtigungen gestört würden.

Angebliche Zirkularnote der serbischen Regierung

Auch sollte die serbische Regierung, wie der k. u. k. Geschäftsträger in Belgrad auf Grund einer Nachricht der „Politika“ vom 7. Juli meldete[1], in einer Zirkularnote an ihre Vertreter ihren Standpunkt des Weiteren bekanntgegeben haben:

Das offizielle sowie das nichtoffizielle Serbien verurteile das Attentat in der entschiedensten Weise. Trotzdem wünsche man österreichisch-ungarischerseits Verhältnisse zu schaffen, die den gutnachbarlichen Beziehungen zwischen Serbien und der Monarchie zuwiderlaufen würden.

Die serbische Regierung lehne die Anklage ab, daß sich auf serbischem Territorium anarchistische Elemente versammelten, und füge hinzu, dies würde in Serbien niemals gestattet sein. Außer einem bereits vorbereiteten Gesetze gegen die Anarchisten gedenke man auch Maßregeln zu ergreifen, damit sich die exaltierten Elemente, die sich in Serbien aufhielten, möglichst beruhigten.

Alle Angriffe der Wiener und der Budapester Presse weise die serbische Regierung im Namen des offiziellen Serbien zurück und sie füge hinzu, daß an dem Sarajevoer Attentat die Schuld nur einen einzigen Menschen treffe, der dazu ein Staatsangehöriger der Monarchie sei[2].

Interviews serbischer Diplomaten im Auslande

Große Indignation riefen am Ballhausplatze die in der Petersburger „Wetschernoje Wremja“ vom 29. Juni reproduzierten Äußerungen aus serbischen diplomatischen Kreisen hervor, die tags darauf in der ganzen Presse dem serbischen Gesandten in Petersburg, Herrn Spalajković, zugeschrieben

[1] Bericht aus Belgrad d. d. 8. Juli, Nr. 108 P. A—B.

[2] Der Attentäter Gavrilo Princip stammte aus Grahovo, Bezirk Livno, Bosnien.

wurden und ohne ein Dementi blieben. Die Ausführungen gipfelten in der Konklusion, die Reise des Thronfolgers sei in Bosnien schon lange kommentiert worden und habe feindselige Proteste hervorgerufen. Der Boden des Attentates sei die lokale Unzufriedenheit gewesen.

Tags darauf brachte die „Nowoje Wremja" ein anderes Interview eines serbischen Diplomaten mit ähnlicher Tendenz[1].

Als der k. u. k. Legationsrat und interimistische Geschäftsträger in St. Petersburg, Graf Otto Czernin, in einer Unterredung mit Herrn Sazonow (6. Juli) die Äußerungen des Herrn Spalajković zur Sprache brachte, vermied der russische Minister jedwede Inschutznahme des serbischen Diplomaten[2].

Die Haltung des russischen Gesandten in Belgrad

Der Vertreter panslawistischer Interessen, der russische Gesandte in Belgrad Herr von Hartwig, legte seiner zur Schau getragenen Gegnerschaft gegen die Monarchie auch unter dem unmittelbaren Eindruck des Sarajevoer Attentats keine Hemmungen auf. Nach einer Meldung des k. u. k. Geschäftsträgers in Belgrad[3] solle er beim Eintreffen der Todesnachricht in die Worte ausgebrochen sein: „Au nom du Ciel! Pourvu que ça ne soit pas un Serbe." Die Gesellschaft, die Herr von Hartwig für den Abend des 28. Juni zu sich geladen hatte, wurde trotz der schon am Nachmittag bekannten Nachricht des Attentats nicht abgesagt, und zur Zeit des Requiems für den ermordeten Thronfolger wurde die russische Gesandtschaftsflagge, als die einzige der fremden Vertretungen, nicht auf Halbmast gehißt.

Es war wohl — wie der k. u. k. Geschäftsträger meldete[4] — das Unbehagen, daß nicht nur diese Verletzung des internationalen Taktes, sondern auch seine Schmähungen des österreichisch-ungarischen Herrscherhauses zu den Ohren des k. u. k. Gesandten in Belgrad gekommen sein könnten, das den russischen Gesandten veranlaßte, sich sofort nach der Rückkehr des Freiherrn von Giesl auf die k. u. k. Gesandtschaft zu begeben, um das Prävenire zu spielen.

[1] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 3. Juli, Nr. 136.
[2] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 7. Juli, Nr. 139.
[3] Bericht aus Belgrad d. d. 29. Juni, Nr. 87/P. A—B.
[4] Bericht aus Belgrad d. d. 13. Juli, Zahl 117/P.

Die Zusage der bundesgenössischen Unterstützung Deutschlands quittierte Graf Berchtold mit einer dem k. u. k. Botschafter in Berlin am 8. Juli aufgetragenen, dem Reichskanzler abzustattenden Versicherung[1] des wärmsten Dankes für die vom Geiste reinster Bundestreue getragenen Erklärungen.

Dank des Grafen Berchtold an den Reichskanzler (8. Juli)

Graf Berchtold erblicke in der Bereitwilligkeit, mit der sich die deutsche Regierung seinen Ausführungen angeschlossen habe, einen neuen Beweis dafür, daß die Ziele und die großen Richtlinien der Politik, welche die beiden verbündeten Mächte auf dem Balkan verfolgten, identisch seien.

Graf Szögyény wolle Herrn von Bethmann Hollweg noch mitteilen, daß am 7. Juli in Wien ein gemeinsamer Ministerrat wegen der weiter zu ergreifenden Maßnahmen stattgefunden habe und daß sich Graf Berchtold nach Ischl begebe, um dem Monarchen Vortrag zu erstatten.

Sobald endgültige Entschließungen gefaßt seien (der Zeitpunkt hänge auch noch von der Beendigung der Untersuchung in Sarajevo ab), werde Graf Berchtold dieselben unverweilt zur Kenntnis der deutschen Regierung bringen[2]. Was die in Anregung gebrachte diplomatische Orientierung des Dreibundes Bulgarien gegenüber anbelange, glaube Graf Berchtold der Ansicht Ausdruck geben zu sollen, es würde sich empfehlen, vorläufig noch mit den diesbezüglichen Eröffnungen in Bukarest zuzuwarten, da, im Falle es jetzt zu einer Aktion gegen Serbien kommen sollte, die fragliche Mitteilung in Bukarest eine unfreundschaftliche Haltung Rumäniens zur Folge haben könnte.

Graf Szögyény ließ diese Dankesbezeugung durch die Vermittlung des von seinem Urlaube eben zurückgekehrten Staatssekretärs dem Reichskanzler, der sich in Hohenfinow befand, unverzüglich abstatten.

Der Staatssekretär sei, telegraphierte Graf Szögyény (9. Juli)[3], wie er sich überzeugen konnte, mit der gemeldeten

[1] Weisung nach Berlin d. d. Wien, 8. Juli, Nr. 220.

[2] Vergleiche unsere Ausführungen Seite 110 ff.

[3] Telegramm aus Berlin d. d. 9. Juli, Nr. 244.

Stellungnahme der deutschen Regierung vollkommen einverstanden und habe ihm in sehr entschiedener Weise versichert, daß auch seiner Ansicht nach die in Aussicht gestellte Aktion gegen Serbien ohne Verzug in Angriff genommen werden sollte.

Der deutsche Gesandte in Bukarest sei beauftragt, die Demarche an König Carol vorerst auf die Verhandlungen mit Bulgarien zu beschränken, die, soweit der Staatssekretär selbst informiert sei, bisher in konkreter Form noch nicht begonnen hätten.

Das Wiener Kabinett begründet die Verzögerung seiner Demarche (15. Juli)

Als Tag für Tag verging, ohne daß die unmittelbar erwarteten Maßnahmen der Wiener Regierung gegenüber Serbien in Berlin mitgeteilt wurden, sah sich Graf Berchtold bemüßigt, am 15. Juli die notwendigen Aufklärungen durch den k. u. k. Botschafter abzugeben [1]:

Graf Berchtold habe Herrn von Tschirschky bereits die Gründe mitgeteilt, die die Verzögerung der bevorstehenden Auseinandersetzung mit Serbien verursachten. Graf Berchtold würde aber Wert darauflegen, daß der k. u. k. Botschafter dem Reichskanzler, beziehungsweise Staatssekretär in der Sache Nachstehendes streng geheim zur Kenntnis bringe:

Wenn auch die bisherige Untersuchung in Sarajevo genügendes Material liefere [2], so glaube das Wiener Kabinett dennoch mit der sehr energisch gedachten Demarche in Belgrad noch solange zuwarten zu müssen, bis der eben auf der Reise nach Petersburg begriffene Präsident der französischen Republik wieder den russischen Boden verlassen haben werde. Die ins Auge gefaßte Aktion in einem Augenblicke zu beginnen, in dem der Präsident als Gast des Zaren in Rußland gefeiert werde, könnte begreiflicherweise als ein politischer Affront aufgefaßt werden, was das Wiener Kabinett gerne vermieden sehen möchte. Andrerseits scheine es dem Wiener Kabinett auch unklug, den komminatorischen Schritt in Belgrad gerade zu einer Zeit zu machen, in der der friedliebende, zurückhaltende Kaiser Nikolaus und der immerhin vorsichtige Herr Sazonow dem

[1] Weisung nach Berlin d. d. Wien, 15. Juli, Nr. 234.

[2] Vgl. Seite 91 ff.

unmittelbaren Einflusse der beiden Hetzer Iswolsky und Poincaré ausgesetzt wären.

Unter diesen Umständen glaube das Wiener Kabinett, vor Ende der nächsten Woche nicht an die Ausführungen des mit Herrn von Tschirschky bereits besprochenen Planes[1] gehen zu können. Aus dieser auch dem Wiener Kabinett nicht erwünschten Verzögerung lasse sich auch die Haltung der Wiener offiziösen Presse unschwer erklären. Man müsse in Wien momentan einerseits ein Abflauen der der offiziellen Politik günstigen öffentlichen Meinung der Monarchie verhindern, andrerseits nicht durch eine die Situation systematisch zuspitzende Sprache der österreichischen und ungarischen Presse bei anderen Mächten etwa einen Mediationsgedanken aufkommen lassen.

Der Staatssekretär, meldete Graf Szögyény am 16. Juli[2], sehe zwar vollkommen ein, daß mit der in Aussicht genommenen energischen Demarche in Belgrad bis zur Abreise des Präsidenten der französischen Republik aus Petersburg zugewartet werden müsse, bedauere aber diese Verzögerung ganz außerordentlich. Auch befürchte Herr von Jagow, daß die sympathische Zustimmung und das Interesse für die Demarche auch in Deutschland durch diese Verzögerung abflauen werde.

Rom

Die Frage der Einweihung der italienischen Regierung

Über die in Aussicht genommene Demarche des Wiener Kabinetts wurde der k. u. k. Botschafter Herr von Mérey durch ein Privatschreiben des Sektionschefs Grafen Forgách unterrichtet. Eine am 12. Juli nach Rom übermittelte Weisung[3] verständigte den k. u. k. Botschafter, daß die geplante Aktion gegen Belgrad wahrscheinlich gegen Ende des Monats stattfinden werde; die Details würden in der laufenden Woche fixiert werden. Die deutsche Regierung, mit welcher in vollkommenem Einvernehmen vorgegangen

[1] Im Konzept ursprünglich: „ausführlich besprochenen Planes“ (das Wort „ausführlich“ nachträglich gestrichen).

[2] Telegramm aus Berlin d. d. 16. Juli, Nr. 259.

[3] Weisung nach Rom d. d. Wien, 12. Juli, Nr. 801.

werde, sei der vom Grafen Berchtold geteilten Ansicht [1], daß die italienische Regierung nicht eingeweiht und durch das sehr ernste Auftreten der Monarchie in Belgrad vor eine unabwendbare Situation gestellt werde. Doch werde die maßgebende Ansicht des k. u. k. Botschafters erbeten, ob es nicht nützlich wäre, Marquis di San Giuliano einen Tag oder einige Stunden vorher zu verständigen, um ein Froissement des italienischen Ministers zu vermeiden, und damit dieser in der Lage sei, eine Einwirkung auf die italienische Presse und Öffentlichkeit in bundestreuem Sinne zu veranlassen.

Was den Anschluß Bulgariens an den Dreibund anbelange, werde der k. u. k. Gesandte in Sofia während der laufenden Woche vorsichtige Pourparlers mit dem bulgarischen Kabinett beginnen. Sobald man in Wien zur Überzeugung gelange, daß vertragsmäßige Abmachungen derzeit bereits möglich seien, werde die italienische Regierung vom Wiener Kabinett verständigt und zu der notwendigen Kooperation aufgefordert werden.

Äußerungen des k. u. k. Botschafters (14. Juli)

Herr von Mérey äußerte seine Anschauung dahin (14. Juli) [2], wenn er auch für den Fall, daß die Monarchie den kriegerischen Konflikt mit Serbien forcieren wolle, der Ansicht sei, von aussichtslosen vorherigen Verhandlungen mit Italien abzusehen, würde er doch, um ein allzuarges persönliches Froissement Marquis di San Giulianos zu vermeiden, unbedingt anraten, die Ermächtigung zu erhalten, diesem die Aktion des Wiener Kabinetts etwa einen Tag vorher anzukündigen. Eine Einwirkung auf die römische Presse im Sinne der Monarchie, verspreche sich der k. u. k. Botschafter von Seite des italienischen Ministers des Äußern allerdings auch in diesem Falle nicht, aber die Ausschaltung und Überrumpelung des römischen Kabinetts wäre immerhin ein klein wenig

[1] Zu der Stilisierung des Satzes: Die deutsche Regierung sei der vom Grafen Berchtold geteilten Ansicht, vergleiche die Meldung Graf Szögyénys vom 6. Juli: „Auch sei er (der Reichskanzler) ganz damit einverstanden, daß das Wiener Kabinett weder Italien noch Rumänien vorher von einer eventuellen Aktion gegen Serbien verständige.“ (Seite 34 oben.) Die gegenständliche Anregung ging also von Wien und nicht von Berlin aus.

[2] Telegramm aus Rom d. d. 14. Juli, Nr. 512.

gemildert. Bei dem bezüglichen Auftrage sei zu berücksichtigen, daß der Minister des Äußern sich gegenwärtig in Fiuggi aufhalte und sich gegen Ende der nächsten Woche nach Vallombrosa bei Florenz begeben dürfte, daß dem k. u. k. Botschafter also die Möglichkeit der rechtzeitigen Reise geboten sein müßte.

In Erledigung seiner Meldung erhielt der k. u. k. Botschafter am 15. Juli den Bescheid[1], [der gegenwärtig in Wien weilende, in Diensteseinteilung bei der k. u. k. Botschaft am Quirinal stehende k. u. k. außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister] Graf Ambrózy sei zur Beschleunigung seiner Rückkehr verhalten worden, um dem k. u. k. Botschafter einige geheime, auf die Verhandlungen mit Deutschland bezügliche, die bevorstehende Aktion betreffende Piècen zu überbringen[2]. Graf Ambrózy sei über die Absichten des Wiener Kabinetts vollkommen aufgeklärt worden, um Herrn von Mérey alle notwendigen Informationen geben zu können. Weitere Instruktionen, speziell den Text einer der italienischen Regierung zu überreichenden Note, werde ein voraussichtlich am 21. Juli abends in Rom eintreffender Kurier überbringen. Weisung an den k. u. k. Botschafter (15. Juli)

Graf Berchtold erkläre sich einverstanden, daß Herr von Mérey Marquis di San Giuliano die bevorstehende Aktion des Wiener Kabinetts einen Tag früher ankündige[3].

Doch seien die Daten noch nicht endgültig fixiert; der k. u. k. Botschafter werde rechtzeitig telegraphisch avisiert werden, damit er seinen Besuch beim italienischen Minister des Äußern mit demselben telegraphisch vereinbaren könne. Die Überreichung der Note an Serbien dürfte wahrscheinlich am 24. oder 25. Juli erfolgen.

[1] Weisung nach Rom d. d. Wien, 15. Juli, Nr. 820.

[2] Gemeint sein können kaum andere als die von uns bisher behandelten einschlägigen Aktenstücke.

[3] Im Konzept folgte an dieser Stelle der nachträglich durchstrichene Absatz: „Es dürfte sich wahrscheinlich dann darum handeln, daß Eure „Exzellenz Marquis di San Giuliano nächsten Mittwoch, Donnerstag oder „Freitag [22., 23. oder 24. Juli] in seinem Sommeraufenthalt aufsuchen. „Schritt in Belgrad würde an dem darauffolgenden Tage, Überreichung „der an die Mächte gerichteten Note am selben Tage oder am Tage nach „dem Schritte in Belgrad erfolgen."

Feststellungen des k. u. k. Botschafters (16. Juli)

Wie Herr von Mérey in einem Berichte vom 16. Juli hervorhob [1], besitze er bisher über den Charakter und den Inhalt der bevorstehenden Demarche in Belgrad sowie speziell darüber, ob sich das Wiener Kabinett mit der Erfüllung gewisser legitimer Forderungen begnügen oder die kriegerische Abrechnung mit Serbien bei diesem Anlasse unbedingt forcieren werde, ob es sich also dem Wiener Kabinett um einen kleinen diplomatischen oder um einen großen militärischen und politischen Erfolg handle, nur so geringe und vage Informationen, daß er bei Beurteilung der ganzen Angelegenheit auf bloße Hypothesen angewiesen sei.

Angebliche Konfidenzen des deutschen Botschafters in Rom

Einer Meldung des Grafen Szögyény vom 16. Juli zufolge [2] zeigte sich der italienische Botschafter in Berlin während der letzten Tage über die Situation höchst beunruhigt, wenn er auch in den Nachrichten über den Urlaub des k. u. k. Kriegsministers und des k. u. k. Chefs des Generalstabes ein ihm offenbar sehr erwünscht erscheinendes, beruhigendes Symptom erblicke.

Den Schlüssel zur Erklärung dieses Umstandes bot nach der Auffassung des Wiener Kabinetts der Inhalt einer telegraphischen Meldung Herrn von Méreys vom 18. Juli [3]:

Aus Äußerungen des deutschen Botschaftssekretärs Grafen Berchem gegenüber zwei Herren der k. u. k. Botschaft hatten letztere den Eindruck, als ob der seit vierzehn Tagen gleichfalls in Fiuggi befindliche deutsche Botschafter dem italienischen Minister des Äußern bereits Konfidenzen über die Absichten des Wiener Kabinetts gegenüber Serbien gemacht hätte.

Es wäre — äußerte sich Herr von Mérey — nicht das erstemal, daß man deutscherseits in heiklen Fragen zwischen der Monarchie und Italien letzterem einen Liebesdienst zu erweisen trachte.

Vielleicht im Zusammenhange hiermit stehe der Umstand, daß Marquis di San Giuliano, der gegen Ende nächster Woche seine Kur in Fiuggi abschließen, für zwei Tage nach Rom kommen und sich dann nach Vallombrosa begeben

[1] Bericht aus Rom d. d. 16. Juli, Nr. 32/P. A—O.
[2] Telegramm aus Berlin d. d. 16. Juli, Nr. 259.
[3] Telegramm aus Rom d. d. 18. Juli, Nr. 523.

sollte, dem k. u. k. Botschafter soeben schreibe, er werde seine Kur am Dienstag den 21. l. M. unterbrechen und Dienstag nachmittags für 24 Stunden in Rom eintreffen. Erst um den 27. l. M. dürfte er Fiuggi definitiv verlassen.

Der k. u. k. Botschafter müsse somit darauf gefaßt sein, daß der Minister ihn am 21. Juli bezüglich der Spannung zwischen der Monarchie und Serbien interpelliere, wie dies schon der Generalsekretär de Martino zu tun versucht habe. Vorbehaltlich anderweitiger Instruktionen werde sich der Botschafter ganz uninformiert stellen, was allerdings recht peinlich werden könne, wenn er etwa aus den Ausführungen des Ministers entnehme, daß dieser bereits (etwa von deutscher Seite) eingeweiht sei. [1]

Paris

Äußerungen des Herrn Poincaré (4. Juli)

Herr Poincaré, dem der k. u. k. Botschafter Graf Szécsen am 4. Juli den Dank der k. u. k. Regierung für das Beileid der französischen Regierung übermittelte, benützte diesen Anlaß, um seine wärmste Teilnahme für Kaiser und König Franz Joseph und die Monarchie neuerlich zum Ausdruck zu bringen.

Auf die serbenfeindlichen Demonstrationen in der Monarchie anspielend, erwähnte Herr Poincaré, daß nach der Ermordung des Präsidenten Carnot in ganz Frankreich alle Italiener den ärgsten Verfolgungen seitens der Bevölkerung ausgesetzt waren. Der k. u. k. Botschafter machte darauf aufmerksam, daß die damalige Bluttat mit keinerlei antifranzösischer Agitation in Italien im Zusammenhange stand, während man jetzt zugeben müsse, daß in Serbien seit Jahren mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln gegen die Monarchie gehetzt werde.

[1] Zu den angeblichen Konfidenzen des deutschen Botschafters in Rom vergleiche die Ausführungen Seite 117 ff.

Daß die italienische Regierung auch auf anderem Wege über die Absichten der Wiener Regierung orientiert sein konnte, besitzt nach dem Inhalte der Anmerkung 2, Seite 84, immerhin einen gewissen Grad der Wahrscheinlichkeit. Ferner müssen wohl auch die von Graf Berchtold dem italienischen Botschafter in Wien selbst gemachten diesbezüglichen Eröffnungen in Betracht gezogen werden. (Vgl. Anm. 1, Absatz 5, Seite 142.)

Zum Schlusse sprach Herr Poincaré die Überzeugung aus, die serbische Regierung werde der Monarchie bei der gerichtlichen Untersuchung und der Verfolgung eventueller Mitschuldiger sicher das größte Entgegenkommen zeigen. Es sei dies eine Pflicht, der sich kein Staat entziehen könne [1].

Verständigung des k. u. k. Botschafters (8. und 10. Juli) über die vom Wiener Kabinett geplanten Maßnahmen

Wie den k. u. k. Botschafter in Rom, so unterrichtete Sektionschef Graf Forgách auch Graf Szécsen in einem Privatschreiben vom 8. Juli über die vom Wiener Kabinett beabsichtigten Schritte. Zur weiteren Verständigung erhielt Graf Szécsen am 10. Juli die Mitteilung, daß mit Deutschland bezüglich der aus dem Sarajevoer Attentat erwachsenen außerpolitischen Situation und aller ihrer eventuellen Konsequenzen ein vollkommenes Einvernehmen erzielt worden sei [2].

Situationsmeldung des k. u. k. Botschafters (18. Juli)

Ein Bericht des Grafen Szécsen vom 18. Juli besagte [3], daß die Rede, mit der Ministerpräsident Graf Tisza die im ungarischen Abgeordnetenhause eingebrachten Interpellationen über das Attentat von Sarajevo und die Beziehungen der Monarchie zu Serbien beantwortete [4], in Paris einen entschieden guten Eindruck gemacht hätte.

Die Zeitungen anerkannten die sachliche Art und die Mäßigung, mit der Graf Tisza die Vorfälle der jüngsten Zeit besprochen habe, und zeigten auch ein gewisses Verständnis für die Erklärung, daß die Monarchie ihre Interessen und ihre staatliche Würde unter allen Umständen zu wahren wissen werde. Sogar der „Temps“ habe einige anerkennende Worte für die k. u. k. Regierung gefunden.

Natürlich seien aber die Pariser Zeitungen bestrebt, auf den Widerspruch hinzuweisen, der zwischen den Erklärungen des Grafen Tisza und der Sprache gewisser österreichischer und ungarischer Zeitungen bestehe. Sie zögen daraus den Schluß, daß man noch immer unliebsame Überraschungen der österreichisch-ungarischen Politik befürchten müsse, und daß

[1] Telegramm aus Paris d. d. 4. Juli, Nr. 100.

[2] Weisung nach Paris d. d. Wien, 10. Juli, Nr. 142.

[3] Bericht aus Paris d. d. 18. Juli, Nr. $\frac{52}{P}$—E.

[4] Vgl. Seite 70.

schließlich die Vorfälle von Sarajevo als Vorwand benutzt werden würden, um Serbien zu „vergewaltigen".

Graf Szécsen sei bestrebt, in seinen Konversationen mit Politikern und Journalisten dieser Auffassung entgegenzutreten. In einer Besprechung mit Herrn Pichon [damals an der Spitze des „Petit Parisien"] habe er diesem aus österreichischen und ungarischen Zeitungen die Auszüge serbischer Blätter vorgelesen, deren maßlos provokatorische Sprache sichtlich einen gewissen Eindruck machte. Herr Pichon habe schließlich gesagt: „En somme, chaque fois que „vous avec parlé sérieusement avec la Serbie, elle a fini par „entendre raison; je suis convaincu que ce sera aussi le „cas maintenant."

Leider sei, schloß Graf Szécsen seinen Bericht, Herr Pichon momentan nicht Minister des Äußern.

London

Der k. u. k. Botschafter bei Sir Edward Grey (16. Juli)

Während eines Besuches bei Sir Edward Grey am 16. Juli streifte der k. u. k. Botschafter Graf Mensdorff, als das Ereignis von Sarajevo besprochen wurde, das Thema der Beziehungen der Monarchie zu Serbien. Als er von dem beispiellosen Tone der serbischen Presse sprach und die Bemerkung machte, Sir Edward Grey sei hierüber wohl durch die Berichte aus Belgrad unterrichtet, fragte der Staatssekretär, ob nicht ein einziges dortiges Blatt eine anständige Sprache geführt hätte. Der k. u. k. Botschafter erwiderte, vielleicht ein von der serbischen Regierung inspirierter Artikel; jedenfalls sei aber im übrigen die gesamte Belgrader Presse ganz zügellos und von einer Heftigkeit, die in ihren Anklagen und Insinuationen alles übersteige, was man noch erlebt habe.

Im weiteren Verlaufe der Unterredung wies Graf Mensdorff darauf hin, daß die großserbische Propaganda vor allem darauf abziele, revolutionäre Bewegungen in Gebieten hervorzurufen, die einen integrierenden Bestandteil der Monarchie bildeten, was doch kein Staat — und sei er noch so friedliebend — zugeben könne[1]. Sir Edward gab dies

[1] Bericht aus London d. d. 17. Juli, Nr. 34 P—E.

zu, ging aber in eine weitere Erörterung über diesen Gegenstand nicht ein.

Die englische Presse

Die Haltung der maßgebenden englischen Blätter der Monarchie gegenüber war eine völlig objektive. Graf Mensdorff berichtete hierüber am 16. Juli[1]:

Der Leitartikel der „Times" von diesem Tage erkenne das volle Recht der Monarchie an, auf eingehender Untersuchung aller Verästelungen zu bestehen, die unzweifelhaft der Verschwörung zugrunde lägen, auch daß die Monarchie berechtigt sei, Garantien gegen Agitationen zu fordern, die von Serbien an ihre Grenzen getragen würden.

Die provokatorische Sprache der serbischen Presse erfahre eine energische Verurteilung. Vorübergehend werde aber auch auf die heftige Sprache einzelner österreichischer Zeitungen und Zeitschriften hingewiesen.

Mr. Steed habe auch diesmal nicht ganz darauf verzichten können, einige Belehrungen an die Adresse der Monarchie zu richten, doch sei der diesbezügliche Artikel viel günstiger als alles, was seit langem aus seiner Feder gekommen.

St. Petersburg

Konversation des k. u. k. Geschäftsträgers mit Herrn Sazonow (14. Juli)

In der Unterredung, die Herr Sazonow mit dem k. u. k. Legationsrate Grafen Otto Czernin in Angelegenheit des Interviews des Herrn Spalajković am 6. Juli gepflogen hatte, hatte sich der russische Minister als warmer Freund der Monarchie bekannt.[2] Am 14. Juli teilte Herr Sazonow dem Grafen Czernin gesprächsweise mit, er gehe dieser Tage aufs Land und werde erst am 19. Juli, am Tage vor der Ankunft des Präsidenten der französischen Republik, zurückkehren. Aus der gleichzeitigen Abwesenheit der stellvertretenden Beamten des Ministers, Herrn Neratows und des Fürsten Trubetzkoj, lasse sich nach Graf Otto Czernins Ansicht schließen, daß man in Petersburg die äußere politische Lage ruhig auffassen dürfte. Dem deutschen Botschafter, der Graf

[1] Telegramm aus London d. d. 16. Juli, Nr. 98.

[2] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 7. Juli, Nr. 139.

Czernin fragte, ob die ihm zu Ohren gekommenen Gerüchte wahr seien, wonach Graf Czernin als k. u. k. Geschäftsträger auftragsgemäß die russische Unterstützung zur Durchsetzung der österreichisch-ungarischen Forderungen bei der serbischen Regierung angesucht hätte, gab Graf Otto Czernin eine kategorisch verneinende Antwort [1].

Besprechung des k. u. k. Botschafters mit Herrn Sazonow (18. Juli)

Mit Herrn Sazonow, der dem deutschen Botschafter Grafen Pourtalès gegenüber hervorgehoben hatte, daß ihn das Beileid des k. u. k. Kabinetts anläßlich des Todes Herrn von Hartwigs besonders angenehm berührt habe, hatte Graf Friedrich Szápáry am 18. Juli eine Besprechung [2]. Der russische Minister vermied es dabei, die Beziehungen der Monarchie zu Serbien von sich aus zur Sprache zu bringen. Graf Szápáry erwähnte, wie sehr in der Monarchie alles noch unter dem traurigen Eindrucke der jüngsten Katastrophe stehe, auch hob er hervor, welch bedenkliches Symptom das Eindringen terroristischer revolutionärer Methoden in das Nebeneinanderleben der Völker bilde und welche Gefahr dies für alle Staaten, vor allem aber auch für Rußland, bedeute.

Der Minister stellte dies nicht in Abrede, bemerkte aber, daß ihn die letzten Nachrichten aus Wien etwas beunruhigt hätten und sprach seine Überzeugung aus, es werde niemals ein Beweis für die Tolerierung solcher Machenschaften seitens der serbischen Regierung erbracht werden können. Graf Szápáry erwiderte, die bisherigen Resultate der diesbezüglichen Untersuchung seien ihm zwar unbekannt, jede Regierung aber müsse bis zu einem gewissen Grade verantworten, was auf ihrem Territorium vorgehe. Übrigens sei man in Wien überzeugt, daß die serbische Regierung sich den eventuellen Forderungen gegenüber entgegenkommend zeigen werde. Seiner unmittelbar vorher dem Grafen Pourtalès gegenüber geäußerten Besorgnis über die Folgen dieser Forderungen gab Herr Sazonow dem k. u. k. Botschafter gegenüber keinen Ausdruck.

[1] Telegramm aus Petersburg d. d. 14. Juli, Nr. 143.
[2] Telegramm aus Petersburg d. d. 18. Juli, Nr. 146.

5. Der Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten vom 19. Juli

Bemerkungen des k. u. k. Chefs des Generalstabes (beiläufig 10. Juli)

Der k. u. k. Chef des Generalstabes fühlte sich hinsichtlich seiner in dem Ministerrate für gemeinsame Angelegenheiten vom 7. Juli gebotenen Darlegungen veranlaßt, den mit Rücksicht auf seine dienstliche Funktion vertretenen Standpunkt auch noch schriftlich niederzulegen[1]:

Für ihn als Chef des Generalstabes komme nur die präzise Formulierung der Entscheidung in Betracht, ob auf den Ausbruch eines Krieges gegen Serbien direkt hingearbeitet oder ob nur mit der Möglichkeit eines Krieges gerechnet werde.

In welcher Weise das eine oder das andere diplomatisch behandelt werde, entziehe sich selbstverständlich seiner Ingerenz; nur müßte er erneuert hervorheben, daß bei dem diplomatischen Wege alles vermieden werden müsse, was durch Hinausziehen und etwa nur sukzessives Einsetzen der diplomatischen Aktion den Gegnern Zeit zu militärischen Maßnahmen geben würde, so daß die Monarchie dadurch militärisch in die Nachhand käme — was überhaupt von Nachteil sei, es ganz besonders aber Serbien und Montenegro gegenüber wäre.

In diesem Sinne wäre auch alles zu vermeiden, was die Gegner vorzeitig alarmieren und zu Gegenmaßnahmen veranlassen könnte[2]; es müßte vielmehr in jeder Hin-

[1] K. u. k. Chef des Generalstabes, Gstb. Nr. 2508 res., ohne Datum.

[2] Der k. u. k. Chef des Generalstabes streifte hiemit einen heiklen Gegenstand. Mitteilungen in gewissen Organen der österreichischen und der deutschen Presse (9. und 10. Juli) besprachen die Angelegenheit des fraglichen diplomatischen Schrittes in einer Weise, die direkt auf das Konferenzzimmer des Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten vom 7. Juli als den Ort der Provenienz dieser Informationen hinwies. Graf Berchtold fand sich denn auch veranlaßt, diesbezüglich an ein Mitglied des Ministerrates selbst am 11. Juli ein Privatschreiben zu richten. (Hausabschrift des Schreibens d. d. Wien, 11. Juli 1914.) Auch Graf Tisza sah sich bemüßigt, auf Abstellung gewisser — aus einer dem Generalstabe naheliegenden Quelle herrührender, die Sachlage tendenziös entstellender, alarmierender — Nachrichten zu dringen, deren Veröffentlichung in einem Budapester Blatte er selbst hintangehalten habe. (Telegramm d. d. Budapest, 17. Juli, 8 Uhr 50 Minuten p. m., o. Nr.)

sicht ein durchaus friedliches Gepräge zur Schau getragen werden.

Stehe aber der Entschluß zur Demarche fest, dann müsse dieselbe im Hinblick auf die militärischen Interessen in einem einzigen Akt mit kurz befristetem Ultimatum geschehen, dem, wenn es abschlägig beschieden werde, der Mobilisierungsbefehl zu folgen hätte.

Besprechung Graf Berchtolds mit den beiden Ministerpräsidenten und dem königlich ungarischen Minister am allerhöchsten Hoflager (14. Juli)

In dem Ministerrat vom 7. Juli hatte Graf Berchtold die eigenen Absichten in großen Konturen gezeichnet und bis auf die Meinung des Grafen Tisza die Zustimmung der übrigen Konferenzteilnehmer gefunden. Es oblag ihm nunmehr die Aufgabe, die Formulierung der von der Monarchie an Serbien zu stellenden Forderungen vorzunehmen. Hierüber war in einer Besprechung des Grafen Berchtold mit den beiden Ministerpräsidenten und dem königlich ungarischen Minister am allerhöchsten Hoflager (14. Juli) eine vollkommene Übereinstimmung erzielt worden.

Immediatvortrag des Grafen Berchtold (14. Juli)

Es werde nun, wie Graf Berchtold in einem Immediatvortrage an den Kaiser am 14. Juli berichtete [1], an die Redaktion der an Serbien zu richtenden Note geschritten, deren Überprüfung in einer Sonntag, den 19. Juli [2], stattfindenden gemeinsamen Besprechung erfolgen werde. Nach erzielter Übereinstimmung über die Form dieser Note werde dieselbe Samstag, den 25. Juli, in Belgrad überreicht [3] und der serbischen Regierung gleichzeitig eine Frist von 48 Stunden gegeben werden, innerhalb welcher sie die Forderungen der Monarchie annehmen müsse.

Dies Datum [4] sei mit Rücksicht auf den Besuch des Präsidenten der französischen Republik bei dem Zaren gewählt, der vom 20. bis 25. Juli dauern solle, da alle Anwesenden die Auffassung des Grafen Berchtold geteilt hätten, daß die Absendung des Ultimatums während dieser Zusammenkunft als Affront angesehen werden würde, und

[1] Konzept des Immediatvortrages d. d. 14. Juli, C. d. M.

[2] Im Konzept ursprünglich: Samstag, den 18. Juli.

[3] Vergleiche den Antrag Graf Berchtolds in dem Ministerrat vom 19. Juli, Seite 87, 88.

[4] Im Konzept ursprünglich: „Dies späte Datum“ etc.

daß eine persönliche Aussprache des ehrgeizigen Präsidenten der Republik mit dem Zaren über die durch die Absendung des Ultimatums geschaffene internationale Lage die Wahrscheinlichkeit eines kriegerischen Eingreifens Rußlands und Frankreichs erhöhen würde [1].

Graf Tisza habe seine Bedenken gegen ein kurzfristiges Ultimatum aufgegeben, da Graf Berchtold auf die militärischen Schwierigkeiten hingewiesen habe, die sich aus einer Verzögerung ergeben würden. Auch habe Graf Berchtold geltend gemacht, daß selbst nach erfolgter Mobilisierung eine friedliche Beilegung möglich wäre, falls Serbien noch rechtzeitig einlenken würde. In diesem Falle müßte die Monarchie allerdings von der serbischen Regierung fordern, daß sie die Kosten ersetze, welche der Monarchie durch die Mobilisierung erwachsen seien, und sie müßte bis zur Erfüllung dieser Forderungen ein Faustpfand in Serbien besetzen.

Graf Tisza habe ferner ausdrücklich betont, daß er seine Zustimmung zu dem beabsichtigten Vorgehen nur unter der Bedingung erteilen könne [2], daß noch vor Stellung des Ultimatums in einem gemeinsamen Ministerrate der Beschluß gefaßt werde, daß die Monarchie — abgesehen von kleineren Grenzregulierungen — keinen Ländererwerb aus dem Kriege gegen Serbien anstrebe [3].

[1] Der Abschnitt: „Dies späte Datum..." bis „erhöhen würde" nachträgliche Einfügung im Konzept.

[2] Hierauf ursprünglich im Konzept: „nur unter der Bedingung „erteilen könne, daß vor Stellung des Ultimatums ein einheitlicher „Beschluß gefaßt werde, dahin gehend, daß die Monarchie.... anstrebe". Sodann geändert in: „nur unter der Bedingung erteilen könne, daß noch „vor Stellung des Ultimatums in einem gemeinsamen Ministerrate ein „einheitlicher Beschluß gefaßt und von Eurer Majestät allergnädigst zur „Kenntnis genommen werde, daß die Monarchie .... anstrebe". Die endgültige Fassung siehe oben.

[3] Im Konzept folgte ein nachträglich durchstrichener Absatz: „Ich „wage es daher, Eurer Majestät treugehorsamst um die allergnädigste „Ermächtigung zu bitten, einem solchen Beschlusse meinerseits zustimmen „zu dürfen, weil ich der Ansicht bin, daß eine Annexion größerer serbischer „Gebiete an die Monarchie in Ungarn sehr großen Schwierigkeiten be„gegnen würde und daß die diesbezügliche Auffassung des Grafen Tisza „von der Mehrzahl der ungarischen Politiker geteilt wird." (Vergleiche

Der heute (14. Juli) festgesetzte Inhalt der nach Belgrad zu richtenden Note sei ein solcher, daß mit der Wahrscheinlichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung gerechnet werden müsse[1]. Falls Serbien aber trotzdem nachgeben und den Forderungen entsprechen sollte, so würde ein solches Vorgehen des Königreiches nicht nur eine tiefe Demütigung desselben, pari passu damit eine Einbuße des russischen Prestiges am Balkan bedeuten, sondern auch für die Monarchie gewiße Garantien in der Richtung der Eindämmung der großserbischen Wühlarbeit auf ihrem Boden involvieren.

Verlauf des Ministerrates vom 19. Juli

Die Aufgabe des für den 19. Juli anberaumten Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten bildete die Überprüfung der an Serbien zu richtenden Note und die definitive Festsetzung ihres Textes.

Als Gegenstand der offiziellen Beratung war: „Die bevorstehende diplomatische Aktion gegen Serbien“ angesetzt. Die Konferenzteilnehmer waren die gleichen wie gelegentlich der Sitzung vom 7. Juli[2].

Der Vorsitzende eröffnete den Ministerrat[3] und beantragte, daß die Note der königlich serbischen Regierung am Donnerstag, den 23. Juli, um 5 Uhr nachmittags überreicht werde, so daß die 48stündige Frist am Samstag, den 25. l. M., um 5 Uhr nachmittags ablaufe und die Mobilisierungsverordnung noch in der Nacht von Samstag auf Sonntag hinausgegeben werden könne. Seiner Ansicht nach sei es nicht wahrscheinlich, daß der Schritt des Wiener Kabinetts noch vor der Abreise des Präsidenten der französischen Republik von Petersburg bekannt werden werde, aber selbst wenn dies der Fall wäre, würde er hierin keinen großen Nachteil erblicken, nachdem das Wiener

unsere Ausführungen Seite 65 und das Votum des Grafen Tisza Seite 89.)

[1] Die beiden ursprünglichen Fassungen dieses vom Grafen Berchtold selbst umredigierten Satzes lauteten: „daß ein Krieg mit Serbien sehr wahrscheinlich erscheint“; sodann: „daß eine kriegerische Auseinandersetzung höchst wahrscheinlich erscheint“.

[2] Vgl. Seite 51 oben.

[3] Wir verfolgen den Verlauf des Ministerrats ausschließlich in seinen Hauptphasen.

Kabinett den Courtoisie-Rücksichten genügt hätte, indem es das Ende des Besuches abgewartet hätte. Dagegen würde sich Graf Berchtold aus diplomatischen Gründen entschieden gegen eine weitere Verschiebung aussprechen müssen, da man schon jetzt in Berlin nervös zu werden beginne und Nachrichten über die Intentionen der Monarchie schon nach Rom durchgesickert seien, so daß Graf Berchtold nicht für unerwünschte Zwischenfälle gutstehen könnte, wenn man die Sache noch hinausschieben würde.

Mit Rücksicht auf diese Erklärung des Vorsitzenden wurde einstimmig beschlossen, daß die Note am 23. Juli um 5 Uhr nachmittags zu übergeben sein werde.

Der königlich ungarische Ministerpräsident behielt sich vor, falls die Nachricht von der Überreichung des Ultimatums noch am Donnerstag abends aus Belgrad nach Budapest gelangt sein sollte, im ungarischen Abgeordnetenhause eine Erklärung abzugeben.

Der Chef des Generalstabes betonte, daß er auch aus militärischen Gründen eine möglichst rasche Initiierung der Aktion für wünschenswert halten würde.

Der k. u. k. Kriegsminister gab hierauf Aufschlüsse über die verschiedenen Mobilisierungsmaßnahmen, welche er vorbereitet habe. Aus seinen Äußerungen ging hervor, daß alles Erforderliche Mittwoch, den 22. l. M., der Sanktion des Monarchen unterbreitet werden solle, und daß das Einvernehmen mit den beiden Regierungen bezüglich der von den Verwaltungsbehörden vorzunehmenden Amtshandlungen bereits hergestellt worden sei.

Hierauf beschloß der Ministerrat, den Landeschef von Bosnien und der Herzegowina durch Privatschreiben des gemeinsamen Finanzministers von den Absichten der k. u. k. Regierung gegenüber Serbien in Kenntnis zu setzen.

Auf Wunsch des königlich ungarischen Ministerpräsidenten gab der Chef des Generalstabes sodann geheime Auskünfte über die Mobilisierung und erklärte über eine Anfrage des Grafen Tisza, daß die im Falle einer allgemeinen Mobilisierung in Siebenbürgen verbleibenden Sicherungsbesatzungen weitaus genügten, um die innere Ruhe des Landes bei lokalem Aufruhr zu sichern.

Auf Verlangen des k. k. Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh wurde hierauf die Frage akademisch erörtert, was die k. u. k. Regierung zu unternehmen hätte, wenn Italien eine Expedition nach Valona entsenden sollte.

Der Vorsitzende verwies darauf, daß er eine solche Aktion seitens Italiens nicht für wahrscheinlich halte, und daß auch diplomatisch einer solchen entgegengearbeitet werde. Sollte sie dennoch stattfinden, so müßte die k. u. k. Regierung wahrscheinlich pro forma an derselben teilnehmen, doch sei es noch verfrüht, dies ernstlich ins Auge zu fassen.

Hierauf ersuchte der königlich ungarische Ministerpräsident die Anwesenden, den Beschluß zu fassen, von dem er, wie er bei der letzten Besprechung betont hätte, die Zustimmung der königlich ungarischen Regierung zur ganzen Aktion abhängig machen müsse. Der Ministerrat hätte nämlich noch einstimmig auszusprechen, daß mit der Aktion gegen Serbien keine Eroberungspläne für die Monarchie verknüpft seien, und daß dieselbe, bis auf aus militärischen Gründen gebotene Grenzberichtigungen, kein Stück von Serbien für sich annektieren wolle. Er müsse unbedingt darauf bestehen, daß ein solcher einstimmiger Beschluß gefaßt werde [1].

Hiezu erklärte der Vorsitzende, daß er sich dem Standpunkte des königlich ungarischen Ministerpräsidenten nur mit einer gewissen Reserve anschließen könne. Auch er sei der Ansicht, daß, wie die politische Lage jetzt sei, die Monarchie, im Falle sie in einem Kriege mit Serbien den Sieg davontrage, von diesem Lande nichts annektieren, sondern trachten sollte, es durch möglichst große Abtretung von serbischen Gebieten an Bulgarien, Griechenland und Albanien, eventuell auch an Rumänien so zu verkleinern, daß es nicht mehr gefährlich sei. Die Situation am Balkan könne sich ändern, es sei immerhin nicht unmöglich, daß es Rußland gelinge, das jetzige Kabinett in Sofia zu stürzen und dort wieder ein der Monarchie feindselig gesinntes Regime an die Macht zu bringen; Albanien sei auch noch kein verläßlicher Faktor, und er müsse als Leiter der

[1] Vgl. hiezu unsere Ausführungen Seite 65 ff.

auswärtigen Politik mit der Möglichkeit rechnen, daß es der Monarchie am Ende des Krieges wegen der dann vorhandenen Verhältnisse nicht mehr möglich sein werde, nichts zu annektieren, wenn die Monarchie bessere Verhältnisse an ihrer Grenze schaffen wollte, als wie sie jetzt bestünden.

Zu diesem Gegenstande führte der königlich ungarische Ministerpräsident aus, er könne die Reserven des Grafen Berchtold nicht gelten lassen und müsse mit Rücksicht auf seine Verantwortlichkeit als ungarischer Ministerpräsident darauf bestehen, daß sein Standpunkt einstimmig von der Konferenz angenommen werde. Er stelle dies Verlangen nicht nur aus Gründen der inneren Politik, sondern insbesondere auch, weil er persönlich überzeugt sei, daß Rußland sich à outrance zur Wehr setzen müßte, wenn die Monarchie auf der vollständigen Vernichtung Serbiens bestehen würde und weil er glaube, daß eines der stärksten Atouts, um die internationale Situation der Monarchie zu verbessern, darin bestehen würde, daß die Monarchie möglichst bald den Mächten erkläre, keine Gebiete annektieren zu wollen.

Der Vorsitzende erklärte hiezu, ohnedies die Absicht zu haben, diese Erklärung in Rom abzugeben.

Hierauf verwies der k. k. Ministerpräsident Graf Stürgkh auf den Umstand, daß, wenn auch die Besitzergreifung serbischen Territoriums durch die Monarchie ausgeschlossen bleiben solle, es doch noch möglich sein werde, Serbien durch die Absetzung der Dynastie, eine Militärkonvention und andere entsprechende Maßregeln in ein Abhängigkeitsverhältnis zur Monarchie zu bringen. Auch dürfe der Beschluß des Ministerrates nicht etwa notwendig erscheinende strategische Grenzberichtigungen unmöglich machen.

Nachdem der k. u. k. Kriegsminister erklärt hatte, daß er diesem Beschlusse zustimmen würde, jedoch nur unter der Bedingung, daß außer einer Grenzberichtigung auch die dauernde Besetzung eines Brückenkopfes jenseits der Save, etwa des Schabatzer Kreises, hiedurch nicht ausgeschlossen werden dürfe, wurde der nachstehende Beschluß einstimmig gefaßt:

„Der gemeinsame Ministerrat beschließt auf Antrag des „königlich ungarischen Ministerpräsidenten, daß sofort bei

„Beginn des Krieges den fremden Mächten erklärt werde, „daß die Monarchie keinen Eroberungskrieg führt und nicht „die Einverleibung des Königreiches beabsichtigt. Natürlich „sollen strategisch notwendige Grenzberichtigungen sowie die „Verkleinerung Serbiens zu Gunsten anderer Staaten sowie „eventuell notwendige vorübergehende Besetzung serbischer „Gebietsteile durch diesen Beschluß nicht ausgeschlossen „werden."

Der Vorsitzende konstatierte hierauf, daß in allen Fragen vollständige Einmütigkeit erzielt worden sei, und hob den Ministerrat auf[1].

Graf Berchtold konnte jetzt, gestützt auf die Stimmeneinhelligkeit des k. u. k. Ministerrates, an die Durchführung der von dem engsten Stabe seiner Mitarbeiter[2] vorbereiteten diplomatischen Aktion in Belgrad herantreten.

C. Die österreichisch-ungarische Note an Serbien vom 23. Juli 1914

1. Die Genesis der Note

Bericht des k. u. k. Sektionsrates von Wiesner über das Sarajevoer Untersuchungsmaterial

Von Seite des k. u. k. Ministeriums des Äußern war der im Rechtsdepartement eingeteilte Sektionsrat Ritter von Wiesner nach Sarajevo delegiert worden, um Einsicht in die Untersuchungsakten zu nehmen. Er berichtete am

[1] Das vom Schriftführer Grafen A. Hoyos verfaßte Protokoll dieses Ministerrates zirkulierte während der nächsten zwei Wochen bei den Konferenzteilnehmern und gelangte am 5. August zur Unterzeichnung an den Monarchen, elf Tage früher als das Protokoll des Ministerrates vom 7. Juli. (Vgl. Seite 60 unten).

[2] Hiezu gehörten: k. u. k. Sektionschef Johann Graf Forgách von Ghymes und Gács (seinerzeit aus dem ungarischen Komitatsdienste in das k. u. k. Ministerium des Äußern übernommen), außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister Alexander Freiherr Musulin von Gomirje (vor seinem Eintritte in das k. u. k. Ministerium des Äußern im Dienste bei der königlich kroatisch-slawonisch-dalmatinischen Landesregierung). Graf Berchtold selbst erscheint in seiner Eigenschaft als k. u. k. Minister des k. u. k. Hauses und des Äußern — neben den beiden andern gemeinsamen Ministern, den Österreichern, k. u. k. Kriegsminister FZM. von Krobatin, und k. u. k. gemeinsamer Finanzminister Dr. von Biliński — als Ungar.

13. Juli, vor allem die außenpolitische Seite der Untersuchung berücksichtigend, telegraphisch über seine an Ort und Stelle gewonnenen Eindrücke[1]:

Daß die großserbische Propaganda in Bosnien und der Herzegowina von Serbien aus — abgesehen von der Presse auch durch Vereine und sonstige Organisationen — betrieben werde, und daß dies unter Förderung sowie mit Wissen und Billigung der serbischen Regierung geschehe, sei die Überzeugung aller maßgebenden Kreise.

Das Sektionsrat von Wiesner als Basis dieser Überzeugungen von Zivil- und Militärbehörden vorgelegte Material qualifiziere sich wie folgt: Das Material aus der Zeit vor dem Attentat biete keine Anhaltspunkte für eine Förderung der Propaganda durch die serbische Regierung. Dafür, daß diese Bewegung von Serbien aus, unter Duldung seitens der serbischen Regierung, von Vereinen genährt werde, sei das Material, wenn auch dürftig, doch hinreichend.

Zur Untersuchung über das Attentat: Die Mitwissenschaft der serbischen Regierung an der Leitung des Attentats oder dessen Vorbereitung und die Beistellung der Waffen sei durch nichts erwiesen oder auch nur zu vermuten. Es bestünden vielmehr Anhaltspunkte, dies als ausgeschlossen anzusehen.

Durch Aussagen von Beschuldigten sei es kaum anfechtbar festgestellt[2], daß das Attentat in Belgrad beschlossen und unter Mitwirkung des serbischen Staatsbahnbeamten Ciganović und des Majors Tankošić vorbereitet wurde, von welchen beiden auch die Bomben, Brownings, Munition und Zyankali beigestellt worden seien. Die Mitwirkung des Sekretärs der „Narodna Odbrana", Pribičević, sei nicht festgestellt.

Der Ursprung der Bomben aus dem serbischen Armeemagazin Kragujevac sei objektiv einwandfrei erwiesen, doch bestünden keine Anhaltspunkte dafür, daß sie erst jetzt, ad hoc, Magazinen entnommen worden seien, da die Bomben auch aus Vorräten der Komitatschis vom Kriege her stammen können.

[1] Telegramm aus Sarajevo d. d. 13. Juli, 1 Uhr 10 Minuten p. m., ohne Nummer. Vgl. den Auszug im Weißbuch b. d. V. d. U. a. Kr. Seite 33.

[2] Telegramm aus Sarajevo d. d. 13. Juli, 2 Uhr p. m., ohne Nummer. (Fortsetzung und Schluß des vorhergehenden Telegramms.)

Auf Grund der Aussagen der Beschuldigten sei es kaum zweifelhaft, daß Princip, Čabrinović und Grabež mit Bomben und Waffen auf Veranlassung des Ciganović von serbischen Organen geheimnisvoll über die Grenze nach Bosnien geschmuggelt worden seien. Diese organisierten Transporte seien von den Grenzhauptmännern zu Schabatz und Ložnica geleitet und von Finanzwachorganen durchgeführt worden. Wenn es auch nicht festgestellt sei, ob diese den Zweck der Reise kannten, hätten dieselben doch eine geheimnisvolle Mission annehmen müssen.

Die sonstigen Erhebungen nach dem Attentate gäben einen Einblick in die Organisierung der Propaganda der „Narodna Odbrana". Sie enthielten wertvolles verwertbares Material, das jedoch noch nicht nachgeprüft worden sei; schleunigste Erhebungen seien im Zuge.

Sodann äußerte sich Sektionsrat von Wiesner bezüglich der an Serbien zu richtenden Postulate. Falls die bei seiner Abreise bestandenen Absichten noch bestünden, könnten die Forderungen erweitert werden:

A. Unterdrückung der Mitwirkung serbischer Regierungsorgane am Schmuggel von Personen und Gegenständen über die Grenze.

B. Entlassung der serbischen Grenzhauptmänner zu Schabatz und Ložnica sowie der beteiligten Finanzwachorgane.

C. Strafverfahren gegen Ciganović und Tankošić.

Eine ihm selbst notwendig erscheinende mündliche Ergänzung seines Berichtes wollte Sektionsrat von Wiesner sofort nach seiner Ankunft in Wien, am 14. Juli abends, nachtragen.

Entstehung der Note

Für die Beurteilung der österreichisch-ungarischen Begehrnote in staats- und völkerrechtlicher Hinsicht ist die Kenntnis ihrer Entstehung nicht ohne Belang. Bereits in dem Ministerrate vom 7. Juli waren gewisse Punkte in unverbindlicher Weise besprochen worden, die als Forderungen an Serbien in die zu überreichende Note aufgenommen werden könnten[1]. An der Hand der aufbewahrten

[1] Die punktweise Formulierung erscheint bloß im Konzept des Ministerratsprotokolls. Die Punkte betrafen: 1. Bestrafung oder Ausstoßung

Entwürfe läßt sich die Entwicklung und Ausgestaltung dieser Postulate nach ihrer chronologischen Reihenfolge feststellen.

Entwürfe in deutscher Sprache. Erster Entwurf

In dem zeitlich ersten Entwurfe [1] erklärte die k. u. k. Regierung, von dem Hinweis auf die Unzulänglichkeit der Erklärung des serbischen Preßbureaus vom 1. Juli ausgehend, sich mit den daselbst gegebenen platonischen Versicherungen nicht zu begnügen [2] und darauf bestehen zu müssen, daß die serbische Regierung ihren guten Willen, mit der österreichisch-ungarischen Monarchie im Frieden zu leben und ihren völkerrechtlichen Pflichten zu entsprechen, durch geeignete Maßnahmen auf dem Gebiete der inneren Politik Ausdruck gebe.

Als solche geeignete Maßnahmen erachte die k. u. k. Regierung:

1. die Erlassung von Ausnahmsbestimmungen zur Beschränkung der Preßfreiheit,

2. die Überwachung der Tätigkeit der politischen und kulturellen Vereine und die Auflösung jener Vereine, die wie die „Narodna Odbrana", eine gegen den Bestand der Monarchie gerichtete Tätigkeit entfalteten,

3. das Verbot der Waffenausfuhr nach der Monarchie,

4. die sofortige Zensur der an den königlich serbischen Schulen eingeführten Lehrmittel mit großserbischem Inhalte.

Daran schloß sich das Anliegen: Die k. u. k. Regierung dürfe einer gefälligen Rückäußerung der königlich serbischen Regierung über den Zeitpunkt entgegensehen, bis zu dem

an der großserbischen Propaganda beteiligter Offiziere aus der Armee; 2. Entschuldigung der serbischen Regierung wegen der Äußerungen des Herrn Spalajković; 3. Forderung einer Untersuchung über die Lieferung der Bomben; 4. Dienstesenthebung gewisser administrativer Beamten (Affäre Pokrajac); 5. Votierung eines neuen Preßgesetzes. Einschreiten gegen das Blatt „Piemont"; 6. Revidierung des serbischen Vereinsgesetzes; 7. Verbot des Abonnements Österreich-Ungarn feindlicher Blätter für Offiziersvereine und öffentliche Anstalten.

[1] Gemäß der Ausführungen des Immediatvortrages des Grafen Berchtold vom 14. Juli wurde unmittelbar nach der an diesem Tage stattgehabten Besprechung mit den beiden Ministerpräsidenten und dem königlich ungarischen Minister am allerhöchsten Hoflager an die Redaktion der Note geschritten. Entwurf 1 und 2 sind, wie aus inhaltlichen Gründen gefolgert werden kann, wohl früheren Datums.

[2] Vgl. Seite 70, 71.

diese in der Lage sein werde, die eben angeführten Maßnahmen durchzuführen [1].

Zweiter Entwurf

Während der erste Entwurf von der vom königlich serbischen Preßbureau am 1. Juli veröffentlichten Erklärung der königlich serbischen Regierung ausging, machte der einleitende Absatz des zweiten Entwurfes die der österreichisch-ungarischen Regierung übergebene Note der serbischen Regierung vom 18./31. März 1909 (Anerkennung der durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina geschaffenen Rechtslage) zum Ausgangspunkte seiner Argumentationen. An der ursprünglichen Fassung dieses zweiten Entwurfes wurden durch den Fachreferenten, den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Baron Musulin, den eigentlichen Autor der Note, vielfache Änderungen vorgenommen. Der Hauptinhalt lautete vor Vornahme der Korrekturen [2]:

Die königlich serbische Regierung erklärt, die sogenannte großserbische Propaganda, das ist die Gesamtheit jener Bestrebungen zu verurteilen, welche auf die Losreißung von Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie abzielen, und ihrerseits auf serbischem Territorium mit allen Mitteln auf die Unterdrückung dieser Propaganda hinzuwirken. Insbesondere verpflichtet sie sich:

1. Das Erscheinen und die Verbreitung von Preßerzeugnissen großserbischer Tendenz zu verhindern.

2. Sofort mit der Auflösung des Vereines „Narodna Odbrana“ vorzugehen und die gleiche Maßregel überdies gegenüber all jenen serbischen Vereinen zu treffen, die sich

[1] Auf einem beigelegten Bogen findet sich der folgende Bleistiftvermerk von der Hand des Grafen Forgách: „Es kämen noch als „Forderungen eventuell hinzu:

„1. Ausstoßung aus der Armee der kompromittierten Offiziere, Major „Tankošić, Pribičević (?).

„2. Entlassung aus dem diplomatischen Dienste jener serbischen „Diplomaten in Petersburg und Berlin, welche unziemliche Interviews ver„öffentlichten über Attentat und unsere inneren Zustände.

„3. Zuziehung unserer Staatsanwälte und Untersuchungsrichter zur „Untersuchung des Komplotts in Serbien.“

[2] Die vollzogenen Änderungen erhellen aus dem Text des dritten Entwurfes. (S. Seite 97 ff.)

mit der Förderung und Verbreitung der großserbischen Idee befassen.

3. Aus dem gesamten Unterrichte in Serbien, sowohl was das Lehrpersonal als auch die hiebei verwendeten Lehrbehelfe anbelangt, alles zu eliminieren, was der großserbischen Idee in irgend einer Form dient.

4. Gegen jene Organe der serbischen Zivil- und Militärverwaltung, welche dieser Propaganda in irgendeiner Form Vorschub leisten, mit deren Entfernung aus dem königlich serbischen Dienste vorzugehen.

Mit Rücksicht darauf, daß eine im Sinne der großserbischen Idee erfolgte Betätigung der Herren . . . . . bereits festgestellt ist, wird die königlich serbische Regierung die eben genannten Funktionäre aus ihrem Dienste entlassen[1].

Als Bleistiftnotiz des Barons Musulin erscheint die Formulierung der folgenden Punkte nachgetragen:

5. Die Mitwirkung der k. u. k. Regierung bei den von der königlich serbischen Regierung zur Unterdrückung der großserbischen Bewegung eingeleiteten Maßnahmen nach im besonderen zu vereinbarenden Modalitäten zu akzeptieren.

6. Mit Rücksicht auf den Gang der Untersuchung . . . . . .[2]

und endlich:

7. Die k. u. k. Regierung binnen Monatsfrist von den zur Durchführung der in der Note bezeichneten Forderungen getroffenen Maßnahmen zu verständigen.

Als Schlußbemerkung hatte der folgende, ebenfalls nachträglich niedergeschriebene Passus zu gelten:

Die k. u. k. Regierung erwartet die gefällige Antwort der königlich serbischen Regierung auf die vorliegende Note bis längstens . . . . . .

Dritter Entwurf

Für die Datierung des nächsten Entwurfes läßt sich ein Anhaltspunkt aus der von der Hand des Barons Musulin niedergeschriebenen Kopfnotiz gewinnen: Entwurf einer

[1] Der zweite Absatz des Punktes 4 wurde später durchstrichen. Inhaltsgemäß sollte er unter Punkt 6 Verwertung finden.

[2] Zur Ausfüllung dieses Rahmens sollte vermutlich der (durchstrichene) zweite Absatz des Punktes 4 dienen.

Note an Serbien auf Grund der Beschlüsse des gemeinsamen Ministerrates vom 14. Juli 1914 [1]. Dieser dritte Entwurf basierte auf den an dem zweiten Entwurfe vorgenommenen Änderungen und bezieht sich in seinem Schlußabsatze bereits auf den eventuell vorzunehmenden Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Der Text der als telegraphische Weisung an den k. u. k. Gesandten in Belgrad gedachten Note lautete nunmehr:

„Wien, am . . . Juli 1914.

„Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, die nachfolgende „Note an die königlich serbische Regierung zu richten [2]:

„Die Entwicklung der letzten Jahre, insbesondere aber „die Ereignisse der jüngsten Tage, haben gezeigt, daß unter „den Augen der serbischen Regierung von serbischem „Boden aus eine Bewegung in die Gebiete der öster-„reichisch-ungarischen Monarchie getragen wird, die in „ihren Endabsichten auf eine Losreißung einzelner Teile „der Monarchie abzielt und die sich bereits in hochver-„räterischen, auch vor gemeinem Morde nicht zurück-„schreckenden terroristischen Taten äußert.

„Nach den Erklärungen, welche der königlich serbische „Gesandte in Wien namens seiner Regierung mit Note vom „18./31. März 1909 der k. u. k. Regierung abgegeben hat [3], „und die in der Anerkennung der durch die Annexion „Bosniens nnd der Herzegowina an Österreich-Ungarn „geschaffenen neuen Rechtslage gipfelten, war es Pflicht der „serbischen Regierung, im Geiste der von ihr feierlich ver-„sprochenen guten nachbarlichen Beziehungen zur Monarchie „derartige Bestrebungen auf serbischem Boden nicht zu dulden.

[1] Unter dem hier genannten gemeinsamen Ministerrate kann, sofern das Datum, 14. Juli, richtig ist, nur die Besprechung Graf Berchtolds mit den beiden Ministerpräsidenten und dem königlich ungarischen Minister am allerhöchsten Hoflager gemeint sein. (Vgl. Seite 85.)

[2] Nachträgliche Änderung von der Hand des Baron Musulin: „die nachfolgende Note der königlich serbischen Regierung am . . . . . l. M. zu übergeben".

[3] Änderung in: „Nach den Erklärungen, die die königlich serbische Regierung am 18. 31. März 1909 in Wien abgeben ließ," von der Hand des Baron Musulin.

„Da aber die serbische Regierung in dieser Richtung „nichts unternommen hat, im Gegenteil ihrer Verpflichtungen „uneingedenk, die Verherrlichung und Förderung aller gegen „die Monarchie gerichteten Tendenzen in ihrer Presse, in „ihren Vereinen und in ihren Schulen Jahre hindurch und „bis auf den heutigen Tag geduldet und hiedurch eine „Mitschuld[1] an den Ereignissen vom 28. Juni l. J. auf sich „geladen hat, sieht sich die k. u. k. Regierung genötigt, um „der Fortsetzung der von außen in die Gebiete der „Monarchie getragenen anarchistischen Bewegung ein für „allemal ein Ende zu bereiten und um der Verführung und „Verhetzung ihrer Staatsangehörigen endgültig zu steuern, „von der königlich serbischen Regierung die Abgabe der „nachstehenden Erklärung und die Übernahme der folgenden „Verpflichtungen zu verlangen:

„Die königlich serbische Regierung erklärt feierlichst, „die gegen die benachbarte Monarchie gerichtete Propaganda, „das heißt die Gesamtheit jener Bestrebungen zu verurteilen, „welche auf die Losreißung von Teilen der österreichisch-„ungarischen Monarchie abzielen, und gibt ihrem ent-„schiedenen Willen Ausdruck, ihrerseits auf serbischem „Territorium mit allen Mitteln auf die Unterdrückung dieser, „mit terroristischen Mitteln arbeitenden Propaganda hin-„wirken zu wollen. Zu diesem Ende verpflichtet sich die „serbische Regierung, die nachfolgende Erklärung im „Amtsblatte[2] zu veröffentlichen, eine Erklärung, die gleich-„lautend auch durch einen Armeebefehl Seiner Majestät des „Königs zur Kenntnis der Truppen gebracht werden wird:

‚Die königlich serbische Regierung, die die gegen die ‚benachbarte Monarchie gerichtete Propaganda, das heißt ‚die Gesamtheit jener Bestrebungen, die auf die Losreißung[3] ‚von Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie ab-‚zielen, auf das schärfste verurteilt und die beklagenswerten

[1] Zusatz von der Hand des Baron Musulin: „und hiedurch eine moralische Mitschuld".

[2] Zusatz von der Hand des Baron Musulin: „die nachfolgende Erklärung am . . . . . an der ersten Stelle im Amtsblatte".

[3] Zusatz von der Hand des Baron Musulin: „die in letzter Linie auf die Losreißung".

‚Folgen einer verbrecherischen Agitation auf das tiefste ‚bedauert, warnt ihre Staatsangehörigen vor der weiteren ‚Teilnahme an solchen Bestrebungen und macht die Bevöl- ‚kerung des Königreiches darauf aufmerksam, daß sie gegen ‚die eventuellen Schuldtragenden mit wirksamer und voller ‚Strenge vorgehen wird.'

„Abgesehen von dieser Erklärung, verpflichtet sich die „königlich serbische Regierung:

„1. Das Erscheinen und die Verbreitung von Preßerzeug- „nissen, die eine gegen die territoriale Integrität der Mon- „archie gerichtete Tendenz aufweisen, in Zukunft zu ver- „hindern,

„2. sofort mit der Auflösung des Vereines „Narodna „Odbrana" vorzugehen und die gleiche Maßregel überdies „all jenen serbischen anerkannten und geheimen Vereinen „gegenüber zu treffen, die sich mit der Förderung und Ver- „breitung der eben gekennzeichneten Tendenzen befassen[1],

„3. aus dem gesamten Unterrichte in Serbien, sowohl „was das Lehrpersonal als auch die hiebei verwendeten „Lehrbehelfe anbelangt, alles zu eliminieren, was der Agita- „tion gegen den Besitzstand der Monarchie in irgendeiner „Form dient;

„4. gegen jene Organe der serbischen Zivil- und Mili- „tärverwaltung, welche dieser Propaganda in irgendeiner „Form Vorschub leisten, mit deren Entfernung aus dem „königlich serbischen Dienste vorzugehen;

„5. die Mitwirkung von Organen der k. u. k. Regierung „bei den von der königlich serbischen Regierung zur Unter- „drückung der großserbisehen Bewegung[2] einzuleitenden „Maßnahmen nach im besonderen zu vereinbarenden Modali- „täten zu akzeptieren;

„6. mit Rücksicht auf den Gang der Untersuchung[3] ... „.....„ und endlich

[1] Zusatz von der Hand des Baron Musulin: „überdies auch die Bildung neuer solcher Vereine nicht zuzulassen".

[2] „der großserbischen Bewegung" geändert in „der gegen die Monarchie gerichteten Bewegung", von der Hand des Baron Musulin.

[3] Vgl. Punkt 6 des zweiten Entwurfes, Seite 96, und Anmerkung 1 daselbst.

„7. die k. u. k. Regierung von den zur Durchführung „der im Vorstehenden bezeichneten Forderungen getroffenen „Maßnahmen unverzüglich zu verständigen.

„Die k. u. k. Regierung erwartet die gefällige Antwort „auf die vorliegende Note bis längstens ..... „....."

„Euer Hochwohlgeboren wollen gelegentlich der Über- „gabe dieser Note mündlich hinzufügen, daß Sie beauftragt „seien — falls Ihnen inzwischen nicht eine zustimmende „Antwort der königlich serbischen Regierung zugekommen „sein sollte —, nach Ablauf der in der Note vorgesehenen, „vom Tage und von der Stunde Ihrer Mitteilung an zu „rechnenden 48stündigen Frist Ihre Pässe zu verlangen".[1]

Entwürfe in französischer Sprache

Die in französischer Sprache aufgesetzten Entwürfe der Begehrnote fußten im Großen und Ganzen auf der gemäß der Festsetzungen der Ministerbesprechung vom 14. Juli erfolgten Redaktion des dritten deutschen Entwurfes der Note.

In dem an die Adresse des k. u. k. Gesandten gerichteten Schlußabsatze dokumentiert die Einschaltung eines einzigen Wortes die Verschärfung des Tenors der Note: „Gelegentlich der Übergabe der vorstehenden Note wollen „Euer Hochwohlgeboren mündlich hinzufügen, daß Sie „beauftragt seien — falls Ihnen nicht inzwischen eine vor- „behaltlose[2] zustimmende Antwort der königlichen Regie- „rung zugekommen sein sollte —, nach Ablauf der in der „Note vorgesehenen, vom Tage und von der Stunde Ihrer „Mitteilung an zu rechnenden 48stündigen Frist, mit dem „Personal der k. u. k. Gesandtschaft Belgrad zu verlassen."

Endgültiger Text

Das Protokoll des Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten vom 19. Juli führt eingangs an, daß, bevor der Ministerrat sich konstituiert und der Vorsitzende die Sitzung eröffnet hatte, eine formlose Besprechung über die Redaktion

[1] Geändert in „vom Tage und von der Stunde Ihrer Mitteilung an zu rechnenden 48stündigen Frist mit dem Personal der k. u. k. Gesandtschaft Belgrad zu verlassen", von der Hand des Baron Musulin.

[2] Das Wort „vorbehaltlose", Einschaltung von der Hand des Baron Musulin.

der Note stattgefunden habe und daß deren definitiver Text festgestellt worden sei. Im offiziellen Teile der Konferenz wurde sodann auf Antrag des Grafen Berchtold einstimmig beschlossen, die Note solle am 23. Juli, um 5 Uhr nachmittags, in Belgrad überreicht werden. Die in Form eines an den k. u. k. Gesandten in Belgrad, Freiherrn von Giesl, zu richtenden Erlasses gehaltene Note erlangte damit ihre endgültige Fassung [1]. Nach dem Wortlaute der Einbegleitung erhielt der k. u. k. Gesandte den Auftrag, die Note am Donnerstag, den 23. Juli nachmittags, jedenfalls zwischen 4 und 5 Uhr, der königlich serbischen Regierung zu überreichen [2].

Audienz des Grafen Berchtold beim Monarchen (21. Juli)

Ein aus Ischl am 20. Juli vormittags von dem Chef der Kabinettskanzlei Baron Schießl aufgesetztes Telegramm unterrichtete den Grafen Berchtold, der Monarch interessiere sich zu erfahren, ob die Angelegenheit der Note am 19. d. M. zum Abschlusse gelangt sei, und wann das Operat in Ischl einlangen könne. [3] Laut Antwort Graf Berchtolds war die fragliche Angelegenheit zu Ende gediehen; das bezügliche Elaborat, das am 19. Juli nicht fertiggestellt werden konnte, werde mit dem am 20. Juli abgehenden Kurier unterbreitet werden. Graf Berchtold selbst gedenke am 21. Juli früh in Begleitung des Grafen Hoyos in Bad Ischl einzutreffen und noch vormittags vor dem Monarchen zu erscheinen [4].

[1] Die lithographierte Vorlage trägt den von der Hand des Baron Musulin geschriebenen Vermerk: Letzte definitive Fassung vom Sonntag, den 19. Juli. Sie weist mehrere, von Graf Berchtold nachträglich vorgenommene stilistische und sachliche Korrekturen auf. Diese letzteren beziehen sich zum großen Teile auf die Behebung von Verstößen, auf die vom Standpunkte der ungarischen Eigenstaatlichkeit hätte hingewiesen werden können. Der französische Text der Note ist abgedruckt im österreichisch-ungarischen Rotbuch Nr. 7, in deutscher Sprache in der Volksausgabe des österreichisch-ungarischen Rotbuches unter der gleichen Nummer, mit der vorsätzlichen Datierung auf den 22. Juli, statt der tatsächlichen und zutreffenden vom 20. Juli. (Vgl. Seite 109, Anmerkung 2.)

[2] Die Fixierung des Datums erscheint als nachträglicher Bleistiftvermerk von der Hand des Baron Musulin.

[3] Telegramm aus Bad Ischl d. d. 20. Juli, 11 Uhr a. m., o. Nr.

[4] Telegramm an Baron Schießl d. d. Wien, 20. Juli, 1 Uhr 30 Minuten p. m., C. d. M.

2. Die Überreichung der Note in Belgrad

(23. Juli, 6 Uhr nachmittags)

Verhaltungsmaßregeln für den k. u. k. Gesandten bei Überreichung der Note

Die speziellen Weisungen, die dem k. u. k. Gesandten Freiherrn von Giesl für den Fall der Überreichung der Begehrnote erteilt wurden, gingen ihm in einem Privatschreiben des Grafen Berchtold vom 20. Juli zu [1].

Danach stellten die Forderungen das Minimum dar, das die Monarchie verlangen müsse, damit ihr gegenwärtig ganz unhaltbares Verhältnis zu Serbien geklärt werde. Auch müsse die Monarchie darauf bestehen, daß ihr die Entscheidung der serbischen Regierung innerhalb der Frist von 48 Stunden bekanntgegeben werde; eine Verlängerung dieser Frist könnte keinesfalls — etwa unter dem Vorwande, daß die serbische Regierung nähere Auskünfte über die Tragweite und den Sinn einzelner unter diesen Forderungen zu erhalten wünsche — zugestanden werden.

Das Wiener Kabinett könne sich bezüglich seiner Forderungen auf keine Verhandlungen mit Serbien einlassen, nur deren bedingungslose Annahme innerhalb der vorgesehenen Frist könne genügen und das Wiener Kabinett davon abhalten, die weiteren Konsequenzen zu ziehen.

Was die Schritte, welche die k. u. k. Regierung nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu unternehmen gedenke, betreffe, so wolle der k. u. k. Gesandte erklären, hierüber keine Informationen erhalten zu haben. Aus eigener Initiative und ohne sich auf einen Auftrag zu berufen, könne der Gesandte hinzusetzen, daß die Monarchie in den letzten Jahren wegen der feindseligen Haltung des Königreiches schon zweimal zu kostspieligen militärischen Maßregeln genötigt worden sei, und daß sie sich, falls dies neuerlich geschehen sollte, jedenfalls genötigt sehen würde, die serbische Regierung für alle der Monarchie hiedurch verursachten Auslagen haftbar zu machen.

Eine Diskussion über den Inhalt der Note und die Interpretation der einzelnen Forderungen wolle der k. u. k. Gesandte vermeiden und Herrn Pašić, wenn dieser insistieren

[1] Privatschreiben des Grafen Berchtold an Baron Giesl d. d. Wien, 20. Juli, C. d. M.

sollte, erklären, daß er zu einer weiteren Diskussion nicht ermächtigt sei, vielmehr die Annahme pur et simple verlangen müßte. Mündlich müßte der Gesandte von Herrn Pašić auch verlangen, daß ihm die serbische Übersetzung der im Amtsblatte zu publizierenden Deklaration sowie der serbische Text des Armeebefehls vorgelegt werde, damit sich der Gesandte überzeugen könne, daß die Übersetzung richtig sei.

Wie sich der Gesandte im Falle des Abbruches der diplomatischen Beziehungen zu verhalten habe, darüber sei er bereits durch frühere Weisungen genau instruiert.

Sobald die 48stündige Frist, von der Überreichung der Note an gerechnet, verstrichen sei, ohne daß eine Annahme eingelangt wäre, habe der Gesandte daher der serbischen Regierung mittels einer Note mitzuteilen, daß er mit Rücksicht auf den Ablauf des Termins, seinen Instruktionen gemäß Serbien mit dem Personal der Gesandtschaft verlassen und den Schutz der österreichisch-ungarischen Konnationalen und Interessen in Serbien auftragsgemäß der . . . [noch zu bestimmenden fremden] Gesandtschaft übergebe, der ein k. u. k. Kanzleisekretär in dienstlicher Eigenschaft zugeteilt werde. Hiemit seien die diplomatischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien abgebrochen.

Der Gesandte wolle sich darauf nach genauer Durchführung seiner bereits früher erhaltenen Instruktionen zusammen mit dem Personal der Gesandtschaft mit nächstem Schiffe nach Semlin begeben.

Die Tatsache, daß Serbien die Forderungen des Wiener Kabinetts nicht erfüllt habe, beziehungsweise daß die Frist ohne Annahme der Note abgelaufen sei, wolle der k. u. k. Gesandte mittels Chiffretelegramms noch aus Belgrad telegraphieren.

Eine Weisung an Freiherrn von Giesl vom 21. Juli führte ergänzend aus:[1]

Da sich Zeitungsmeldungen zufolge Ministerpräsident Pašić in Wahlangelegenheiten nach Ostserbien begeben haben und erst Ende der Woche nach Belgrad zurückkehren solle,

[1] Weisung an Baron Giesl d. d. Wien, 21. Juli, 7 Uhr p. m., Nr. 76.

erscheine es, falls sich diese Meldungen bestätigten, dem Wiener Kabinette notwendig, daß der k. u. k. Gesandte in Belgrad dem ersten Beamten des serbischen Auswärtigen Amtes am 23. Juli früh in einem Briefe, den ein Konzeptsbeamter der k. u. k. Gesandtschaft zu überbringen hätte, die Verständigung zugehen lasse, der k. u. k. Gesandte sei beauftragt, der königlichen Regierung am Nachmittag eine wichtige Mitteilung zu machen. Der k. u. k. Gesandte würde zu diesem Zwecke zwischen 4 und 5 Uhr nachmittag im Auswärtigen Amte vorsprechen. Seine Mitteilung werde voraussichtlich die schleunige Rückkehr Herrn Pašić' notwendig machen. Der Leiter des Auswärtigen Amtes solle, falls er es für nützlich erachte, sich diesbezüglich sofort mit dem Ministerpräsidenten in Verbindung setzen.

Um jedes Mißverständnis zu vermeiden, sei ausdrücklich zu bemerken, daß dieser Brief des k. u. k. Gesandten nur als ein Akt der Courtoisie zu betrachten sei, um die je frühere Rückkehr und Informierung des Ministerpräsidenten zu ermöglichen, daß aber die Übergabe der Note seitens des k. u. k. Gesandten unter allen Umständen am Nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr, und zwar im Falle der Abwesenheit des Herrn Pašić an dessen Vertreter oder an den ranghöchsten anwesenden Beamten des Auswärtigen Amtes, zu erfolgen habe.

Die vollzogene Übergabe der Note wolle der k. u. k. Gesandte durch vorher vorbereitete Expreßchiffretelegramme in duplo sowohl aus Belgrad als auch aus Semlin in dringendster Weise nach Wien melden. Wegen der Publikation und anderer Maßnahmen wünsche Graf Berchtold die Nachricht noch am 23. Juli vor 7 oder 8 Uhr abends in Wien zu erhalten.

Über ein eventuelles Gespräch bei der Übergabe wolle der k. u. k. Gesandte getrennt ebenfalls sofort telegraphisch berichten.

Situationsbericht des k. u. k. Gesandten (21. Juli)

Seine eigene Auffassung der politischen Sachlage in Serbien legte der k. u. k. Gesandte in einem Berichte vom 21. Juli[1] nieder:

[1] Bericht aus Belgrad d. d. 21. Juli, Nr. 131/P.

Die Besorgnis, die nach dem Attentate herrschte, die Monarchie würde scharfe Forderungen stellen, beginne sich mit dem verzögerten Abschlusse der Untersuchung und dem Ausbleiben der befürchteten Demarche von Tag zu Tag immer mehr zu verflüchtigen und werde bald wie ein böser Traum beim glücklichen Erwachen verschwinden.

Seine Gedankengänge zusammenfassend, stellte der k. u. k. Gesandte fest: Das Prinzip der Nichteinmischung oder der Intervention erst nach hergestelltem Einvernehmen zwischen allen Großmächten habe die Balkankrise verschuldet, nur ein selbständiges Eingreifen der Macht, die hier allein bedroht sei, unter dem Motto: „Wer nicht mit mir ist, ist gegen mich", könne der Meinung des k. u. k. Gesandten nach, den Feind, der sich drohend vor die Monarchie gestellt habe, niederwerfen und dem Reiche nach jahrelangen Krisen die Ruhe geben.

Halbe Mittel, ein Stellen von Forderungen, langes Parlamentieren und schließlich ein fauler Kompromiß wären der härteste Schlag, der Österreich-Ungarns Ansehen in Serbien und seine Machtstellung in Europa treffen könnte.

Serbische Zirkularnote

Hinsichtlich der von der serbischen Regierung vorgenommenen Orientierung teilte Herr von Tschirschky am 21. Juli dem Grafen Berchtold den Inhalt einer Depesche Herrn von Jagows mit [1], derzufolge der königlich serbische Geschäftsträger in Berlin, in Entsprechung einer wahrscheinlich an alle serbischen Vertreter ergangenen Zirkularweisung, dem Staatssekretär erklärt habe, Serbien beabsichtige, die besten und korrektesten Beziehungen mit der Nachbarmonarchie zu unterhalten und sei bereit, alle Forderungen Österreich-Ungarns nach einer strengen Untersuchung des Attentats von Sarajevo zu erfüllen, soweit sie mit der Ehre und Souveränität des Königreiches vereinbar seien. Der königlich serbische Geschäftsträger habe die kaiserlich deutsche Regierung gleichzeitig gebeten, auf das Wiener Kabinett versöhnlich einzuwirken.

Die Antwort Herrn von Jagows an den Vertreter Serbiens hätte, so fügte Herr von Tschirschky bei, dahin

[1] Tagesbericht vom 21. Juli, Nr. 3444.

gelautet, daß nach Ansicht der deutschen Regierung Serbien es an einem korrekten nachbarlichen Verhalten Österreich-Ungarn gegenüber gerade in den letzten Jahren derart habe fehlen lassen, daß es nur zu begreiflich sei, wenn das Wiener Kabinett bei Bekanntgabe seiner Forderungen eine sehr energische Sprache führen sollte.

Die Stunde der Übergabe der Note wird verschoben

Seit dem 21. Juli, 11 Uhr nachts, befand sich der k. u. k. Gesandte in Belgrad im Besitze des die Begehrnote enthaltenden Erlasses [1].

Die Überreichung sollte, wie bisher bestimmt worden war, Donnerstag den 23. Juli, nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr, stattfinden. Eine am Vormittage des 23. Juli erlassene telegraphische Weisung [2] an den k. u. k. Gesandten schuf in dem zeitlichen Arrangement zwischen Tür und Angel noch eine Verschiebung. 9 Uhr 30 Minuten ging an Freiherrn von Giesl die Weisung ab, die für Nachmittag anberaumte Demarche keinesfalls um 4 Uhr, sondern frühestens einige Minuten vor 5 Uhr vorzunehmen. Falls es dem Gesandten möglich sei, wolle er die Demarche auf 6 Uhr verschieben, in welchem Falle auch in der Note der Ablauftermin der 48stündigen Frist auf Samstag, den 25. Juli, 6 Uhr, zu ändern wäre.

Zur Informierung des k. u. k. Gesandten werde hinzugefügt, das Wiener Kabinett wolle tunlichst verhindern, daß die Nachricht über die erfolgte Demarche noch am selben Abend in Petersburg eintreffe, da Präsident Poincaré noch bis 11 Uhr abends daselbst verweile.

Der k. u. k. Gesandte wolle sofort dringendst telegraphieren, ob er die Demarche um 5 Uhr ausführen werde oder ob er sie auf 6 Uhr verschieben könne.

Freiherr von Giesl meldete um 2 Uhr 30 Minuten nachmittags, er werde alles aufbieten, um die Demarche erst um 6 Uhr durchzuführen. [3]

[1] Erlaß nach Belgrad d. d. Wien, 20. Juli, Nr. 3400, Empfangsbestätigung Telegramm aus Belgrad d. d. 22. Juli, 1 Uhr p. m., Nr. 168.

[2] Weisung nach Belgrad d. d. Wien, 23. Juli, 9 Uhr 30 a. m., Nr. 80.

[3] Telegramm aus Belgrad d. d. 23. Juli, 2 Uhr 30 Minuten p. m., Nr. 172.

Angebliche Demissionsabsichten des serbischen Ministerpräsidenten

Um einem eventuellen Schachzug des serbischen Ministerpräsidenten, der angeblich im Momente der Übernahme der Note zu demissionieren beabsichtige, zuvorzukommen, erging noch am 23. Juli, 2 Uhr nachmittags, an Freiherrn von Giesl die Weisung[1]: Die Demission des Kabinetts könnte natürlich weder die Stellung der österreichisch-ungarischen Forderungen, noch den Lauf der 48stündigen Frist beeinflussen, da bekanntlich ein demissioniertes Kabinett die Geschäfte bis zur Bildung des neuen Ministeriums mit voller Verantwortlichkeit weiterzuführen habe.

Die Überreichung der Note: 23. Juli, 6 Uhr p. m.

Seit dem 22. Juli war mittels Dekretes der königlich serbische Finanzminister Paču mit der Vertretung des Regierungschefs und des Ministers des Äußern betraut worden. In einer Besprechung mit Freiherrn von Giesl am 23. Juli vormittags hatte Herr Paču die vom k. u. k. Gesandten betonte Notwendigkeit der Verständigung des abwesenden Ministerpräsidenten Pašić mit der Motivierung der durch ihn selbst besorgten Stellvertretung als unnötig abgelehnt[2].

Freiherr von Giesl ließ sich vormittags durch Herrn Paču, nachdem derselbe eine Weile gezögert hatte, eine Unterredung für 6 Uhr nachmittags anberaumen und wurde mit dem Glockenschlage in Gegenwart des Generalsekretärs Gruić (da Paču nicht französisch sprach) empfangen.

Der k. u. k. Gesandte übergab die Note[3] und fügte bei, daß die Antwort bis Samstag, den 25. Juli, 6 Uhr abends, befristet sei, zu welchem Zeitpunkte er, wenn keine oder eine ungenügende Antwort eintreffe, mit dem Personal der Gesandtschaft Belgrad verlassen würde und erklärte, daß er gleichzeitig mit der Antwort die Übergabe des serbischen Textes der beiden offiziellen Enunziationen wünsche, um dieselben kontrollieren zu können.

Minister Paču bemerkte, ohne die Note gelesen zu haben, daß jetzt die Wahlen stattfänden und daß ein Teil der Minister abwesend sei; er fürchte die physische Unmöglichkeit

[1] Weisung nach Belgrad d. d. Wien, 23. Juli, 2 Uhr p. m., Nr. 81.
[2] Telegramm aus Belgrad d. d. 23. Juli, 2 Uhr p. m., Nr. 171.
[3] Telegramm aus Belgrad—Semlin d. d. 23. Juli, 7 Uhr p. m., Nr. 173.

den vollständigen Ministerrat rechtzeitig zu der augenscheinlich wichtigen Entscheidung einberufen zu können.

Der Ministerrat war schon seit 5 Uhr versammelt. Freiherr von Giesl entgegnete, daß die Rückkehr der Minister im Zeitalter der Eisenbahnen, des Telegraphen und Telephons bei der Größe des Landes nur die Affäre einiger Stunden sein könne und daß er bereits vormittags die eventuelle Verständigung des Herrn Pašić als nützlich angeregt habe. Im übrigen sei dies eine interne Angelegenheit der serbischen Regierung, die der k. u. k. Gesandte weiter nicht zu beurteilen habe. Eine andere Diskussion hatte nicht stattgefunden [1].

Nicht Ultimatum, sondern: Befristete Demarche

Freiherr von Giesl hatte in seiner telegraphischen Berichterstattung vom 23. Juli zur Bezeichnung der Note das Schlagwort „Ultimatum" benützt. Der k. u. k. Gesandte erhielt diesbezüglich — noch nach erfolgter Übergabe der Note — die Direktive [2], daß die von ihm gewählte Benennung insofern unrichtig sei, als auf den fruchtlosen Ablauf der Frist nur der Abbruch der diplomatischen Beziehungen, nicht auch sofort der Eintritt des Kriegszustandes folgen werde. Der Kriegszustand werde erst mit der Kriegserklärung, beziehungsweise mit dem serbischen Angriff auf die Monarchie eintreten.

Nach der im k. u. k. Ministerium des Äußern angewandten Terminologie war der in Belgrad vollzogene Schritt der k. u. k. Regierung als eine „befristete Demarche" zu bezeichnen.

Verständigung des Monarchen

Die Nachricht von der vollzogenen Durchführung der diplomatischen Aktion in Belgrad wurde noch am 23. Juli, 11 Uhr 50 Minuten nachts, telegraphisch an den Chef der Kabinettskanzlei des Monarchen übermittelt, mit der gleichzeitigen Verständigung, daß die 48stündige Frist am Samstag, den 25. Juli [3], 6 Uhr abends, ablaufe [4].

[1] Telegramm aus Belgrad d. d. 23. Juli, 8 Uhr p. m., Nr. 175.

[2] Weisung nach Belgrad d. d. Wien, 23. Juli, 11 Uhr 20 Minuten p. m., Nr. 83.

[3] Im Konzepte irrtümlich: „Samstag, den 26."

[4] Telegramm an Baron Schießl, Bad Ischl, d. d. Wien, 23. Juli, 11 Uhr 50 Minuten p. m., C. d. M.

Die Beschlußfassung des gemeinsamen Ministerrates vom 7. und 19. Juli hatte ihre Realisierung gefunden. Die zu gewärtigenden Konsequenzen — Eintritt des Krieges mit Serbien und Wahrscheinlichkeit einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Rußland — waren bereits in der Sitzung vom 7. Juli ins Auge gefaßt worden. Zu der Frage, welche Stellungnahme die serbische Regierung bekunden werde, gesellte sich die gleich wichtige: welches Echo der Schritt der k. u. k. Regierung bei den europäischen Kabinetten auslösen werde.

3. Die österreichisch-ungarische Zirkularnote an die Signatarmächte vom 24. Juli 1914

Aufgabe der Zirkularnote

Bei der Abfassung der an die Signatarmächte zu richtenden Note war am Ballhausplatze der Grundsatz maßgebend, die Zirkularnote habe den Mächten eine bereits vollzogene Tatsache einfach zur Kenntnis zu bringen und es keineswegs einzuräumen, die Begehrnote an Serbien selbst zum Gegenstande von Erörterungen zu machen.

Die verschiedenen Entwürfe der Zirkularnote — in deutscher und französischer Sprache — dürften zeitlich parallel mit denen der Begehrnote aufgesetzt worden sein [1].

Die Zirkularnote wurde den k. u. k. Botschaftern bei den Signatarmächten am 20. Juli mittels Kuriers zugestellt. Sie trug die Vordatierung auf den 24. Juli, den Tag, an dem ihre Übergabe stattzufinden hatte [2].

Die Instruktion, die den k. u. k. Botschaftern aus Anlaß der Überreichung der Zirkularnote an die Signatarmächte übermittelt wurde, wies eine für die einzelnen Kabinette verschieden gehaltene Formulierung auf.

[1] Die Zirkularnote ist in französischer Sprache im österreichisch-ungarischen Rotbuch unter Nr. 8, in deutscher Sprache unter derselben Nummer in der Volksausgabe des österreichisch-ungarischen Rotbuches abgedruckt.

[2] Die Datierung der Zirkularnote an die Signatarmächte ist im österreichisch-ungarischen Rotbuche Nr. 8, wie jene der Begehrnote vorsätzlich auf den 22. Juli, verlegt. (Vgl. Seite 101, Anmerkung 1.)

Berlin

Einbegleitende Weisung

Für Berlin besagte der einbegleitende Text[1]: Wenn der k. u. k. Botschafter den offiziellen Erlaß der deutschen Regierung am Freitag, den 24. Juli vormittags, persönlich zur Kenntnis bringen werde, wolle er nur bemerken, daß das bereits erzielte vollständige politische Einvernehmen mit dem deutschen Kabinett ihn der Mühe einer weiteren vertraulichen und mündlichen Begründung des Schrittes des Wiener Kabinetts in Belgrad enthebe[2].

Die Gründe, deretwegen das Wiener Kabinett die Demarche in Belgrad erst gestern unternehmen konnte, seien Herrn von Tschirschky bereits seinerzeit mündlich dargelegt worden und inzwischen auch durch Graf Szögyény selbst zur Kenntnis der kaiserlichen Regierung gebracht worden.

Konstatierungen des k. u. k. Botschafters

Graf Szögyény sah sich veranlaßt, nach Erhalt des Erlasses, am 21. Juli, 7 Uhr 50 Minuten p. m., telegraphisch festzustellen[3]:

Dem Erlasse vom 20. Juli entsprechend, könnte die beigeschlossene Note erst am 24. Juli vormittags der Berliner Regierung zur Kenntnis gebracht werden.

Wörtlich fährt Graf Szögyény in seinem Telegramm fort: „Nach meiner ergebensten Meinung hielte ich es für „unbedingt nötig, Inhalt dieses Erlasses der hiesigen Re„gierung sofort, also bevor er auch den anderen Kabinetten „mitgeteilt wird, in vorläufig streng vertraulicher Weise zur „Kenntnis zu bringen. In dieser Ansicht werde ich bestärkt „durch eine in meiner heutigen Unterredung fallengelassene Be„merkung des Staatssekretärs, der mich fragte, ob ich schon „eine Mitteilung aus Wien über den Inhalt der für Belgrad

[1] Erlaß nach Berlin d. d. Wien, 20. Juli, Nr. 3426.

[2] Vergleiche hiezu die Stelle im Privatschreiben des Grafen Szögyény an Graf Berchtold vom 21. Juli (Seite 111 unten): Auch glaube der k. u. k. Botschafter noch hervorheben zu sollen, der Staatssekretär habe ihm klar zu verstehen gegeben, „daß Deutschland selbstredend unbedingt und mit aller Kraft hinter der Monarchie stehen werde, daß es aber für die deutsche Regierung gerade aus diesem Grunde von vitalem Interesse sei, beizeiten darüber informiert zu werden, wohin unsere Wege führen."

[3] Telegramm aus Berlin d. d. 21. Juli, 7 Uhr 50 Minuten p. m., Nr. 271.

„bestimmten Note erhalten habe. Er habe durch Herrn „von Tschirschky erfahren, daß dieselbe bereits am 23. „d. M. überreicht würde, und er glaube doch erwarten zu „können, daß man die deutsche Regierung als Bundes- „genossin früher als die anderen Kabinette von dem Inhalte „und den Modalitäten unseres Belgrader Schrittes benach- „richtigen werde.“ [1]

In einem besonderen Schreiben an Graf Berchtold gab Graf Szögyény noch am selben Tage seiner Ansicht über die unleidliche Situation Ausdruck, die dem Wiener Kabinett (und dem k. u. k. Botschafter selbst) aus der erst zum angegebenen Zeitpunkte vorzunehmenden Durchführung des Erlasses erwachsen könnte:

Mit seinem heutigen Telegramm [2] habe Graf Szögyény dem Grafen Berchtold gemeldet, daß es nach seiner Ansicht dringend notwendig wäre, die von der Wiener Regierung am 23. l. M. an Serbien zu übergebende Note früher als den anderen Kabinetten, und zwar ehestens, dem von Berlin mitzuteilen.

„Da von Kaiser Wilhelm angefangen“, setzt Graf Szögyény sein Schreiben fort, „alle maßgebenden hiesigen Kreise unserer „Aktion Serbien gegenüber von dem ersten Moment an ohne „weitere Bedenken in loyalster Weise ihre Unterstützung „zugesagt haben, so glaube ich, daß wir eine Verstimmung „hier vermeiden sollten, die dadurch entstehen könnte, daß „wir durch gleichzeitige Bekanntgabe unserer Note an „Serbien an alle Kabinette, dasjenige Deutschlands, unseres „Bundesgenossen, auf die gleiche Linie mit den Regierungen „der anderen Großmächte stellen würden. Ich rechne daher „zuversichtlichst darauf, daß Euer Exzellenz mir die Er- „mächtigung erteilen werden, die betreffende Mitteilung der „hiesigen Regierung sofort zu machen.“

„Zum Schlusse“, beendete Graf Szögyény sein Schreiben, „glaube ich noch hervorheben zu sollen, daß der Herr „Staatssekretär mir klar zu verstehen gab, daß Deutschland „selbstredend unbedingt und mit aller Kraft hinter der „Monarchie stehen werde, daß es aber für die deutsche

[1] Vgl. die Ausführungen Seite 73 Mitte.

[2] Vgl. Seite 110, Anmerkung 3.

„Regierung gerade aus diesem Grunde von vitalem Interesse „sei, beizeiten darüber informiert zu werden, wohin unsere „Wege führen, und insbesondere, ob wir eine provisorische „Besetzung serbischen Gebietes vor hätten oder ob wir, „wie dies auch Graf Hoyos bei seiner letzten Unterredung „mit dem Reichskanzler durchblicken ließ, eine Aufteilung „Serbiens als ultima ratio beabsichtigten."

Weisung Graf Berchtolds an den k. u. k. Botschafter (22. Juli)

Den telegraphisch übermittelten Erwägungen Graf Szögyénys begegnete Graf Berchtold am 22. Juli mit der Feststellung[1]: „Der bewußte Erlaß hatte Deutschland gegenüber „lediglich formale Bedeutung: Die offizielle Übergabe „unserer Note sollte in Berlin unter denselben Modalitäten „erfolgen, wie bei den anderen Signatarmächten. Streng „vertraulich haben wir Herrn von Tschirschky die er„wähnte Note (die bekanntlich auch jene an Serbien textuell „anführt) schon gestern [21. Juli] mitgeteilt; sie ist durch „den Herrn Botschafter jedenfalls bereits nach Berlin vor„gelegt worden."

Das Berliner Kabinett ohne Kenntnis des Wortlautes der österreichisch-ungarischen Note an Serbien

Gemäß dieser Konstatierungen des Wiener Kabinetts selbst muß an dieser Stelle die Tatsache festgehalten werden, daß dem Berliner Kabinett der Wortlaut der österreichisch-ungarischen Begehrnote (auch in dem — tatsächlich erfolgten — Falle, daß der Text vom deutschen Botschafter nach Erhalt unverzüglich nach Berlin weitergeleitet wurde) doch erst zu einem Zeitpunkte zukommen konnte, in dem eine Beeinflussung des Wiener Kabinetts seitens der deutschen Regierung durch eingehende Beratung und Antragstellung nicht mehr möglich war[2].

[1] Weisung nach Berlin d. d. Wien, 22. Juli, 1 Uhr p. m., Nr. 249.

[2] Vgl. Seite 142, Anmerkung 1. — Daß in eingeweihten deutschen Kreisen auch späterhin der Eindruck vorherrschend blieb, das Berliner Kabinett sei bei der Festsetzung der Modalität des Vorgehens der Monarchie gegen Serbien nicht aktiv beteiligt, geschweige denn der drängende Teil gewesen, erhellt unter anderem aus dem instruktiven Depeschenwechsel des k. u. k. Ministers des Äußern Grafen Ottokar Czernin mit dem k. u. k. Botschafter in Berlin Prinzen zu Hohenlohe vom Anfang April 1918.

Graf Czernin telegraphierte am 2. April an den k. u. k. Botschafter in Berlin:

Gab es also, wie wir früher feststellen konnten, niemals einen Kronrat zu Potsdam, der den Krieg gegen

„Während meines Aufenthaltes in Bukarest hat Staatssekretär „von Kühlmann die Vorgeschichte des Krieges zur Sprache gebracht und „hiebei die Anschauung geäußert, daß Deutschland lediglich aus Bundes- „treue uns gegenüber sich mit unserem Ultimatum an Serbien einver- „standen erklärt, uns aber keineswegs zu einem energischen Vorgehen „ermutigt habe.

„Da mir bekannt war, daß diese Auffassung sich durchaus nicht mit „den Eindrücken decke, welche unsere damalige Leitung der auswärtigen „Angelegenheiten von der Haltung der maßgebenden Faktoren des Deutschen „Reiches, speziell in dem entscheidenden Monat Juli des Jahres 1914, „gewonnen hatte, habe ich mit Herrn von Kühlmann vereinbart, daß ich „nach meiner Rückkehr nach Wien die betreffenden Akten durchsehen „und ihm dann weitere Mitteilungen zukommen lassen werde.

„Die beiliegenden Pièces [es waren dies 7 Kopien; soweit es sich „konstatieren läßt, partielle Abschriften der folgenden Stücke: Tagesbericht „Nr. 3117 (vgl. Seite 40, Anmerkung 1); Telegramm aus Berlin Nr. 237 „(vgl. Seite 30, Anmerkung 2); Telegramm aus Berlin Nr. 239 (vgl. Seite 32, „Anmerkung 1); Telegramm aus Berlin Nr. 244 (vgl. Seite 73, Anmer- „kung 3); Brief Graf Berchtolds an Grafen Tisza (vgl. Seite 68, An- „merkung 1); Bericht aus Berlin Nr. 60 P (vgl. Seite 41, Anmerkung 1); „das 7. Stück ist nicht feststellbar], welche sämtlich aus der ersten Hälfte „des Monats Juli stammen, bestätigen nun in unzweifelhafter Weise „die von mir Herrn von Kühlmann gegenüber vertretene Auffassung, „daß uns nämlich Deutschland zu einem scharfen Auftreten geradezu „gedrängt hat.

„Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Staatssekretär unter Betonung des „streng geheimen und rein persönlichen Charakters dieser Mit- „teilung Einsicht in diese Schriftstücke zu geben, ihm dieselben jedoch nicht „zu überlassen, falls dies ohne Kränkung des Herrn Staatssekretärs möglich „ist. Euer Exzellenz wollen beifügen, daß auch Graf Wedel schon vor einiger „Zeit auf Grund eines Auftrages des Auswärtigen Amtes dieses Thema „hier zur Sprache gebracht hatte, und daß ihm speziell das Schreiben des „Grafen Berchtold an den Grafen Tisza vom 8. Juli 1914 mitgeteilt „worden ist."

Herr von Kühlmann ließ seinen Dank für die „hochinteressanten Mitteilungen" übermitteln und wollte anläßlich des bevorstehenden Zusammentreffens in Bukarest noch Gelegenheit nehmen, den Inhalt der Dokumente zu besprechen. (Telegramm des k. u. k. Botschafters aus Berlin d. d. 8. April 1918.)

Graf Czernin scheint übrigens von der Beweiskraft der ausgewählten Aktenstücke nicht durchaus überzeugt gewesen zu sein. Wenigstens muß, da die meisten der erwähnten Dokumente in mehrfachen Kopien vorhanden waren und etwa die Preisgabe des Chiffregeheimnisses

Serbien beschlossen hätte, wohl aber einen k. u. k. Ministerrat in Wien am 7. Juli, der diese Materie behandelte, so sehen wir uns jetzt der Tatsache gegenübergestellt, daß die Berliner Regierung an der Abfassung der österreichisch-ungarischen Note an Serbien keinerlei Anteil hatte.

Rom

Einbegleitende Weisung

Herrn von Mérey wurde die Zirkularnote der Wiener Regierung am 20. Juli mit der Weisung zugesendet[1], die praktisch nicht in Frage kam, der Mangel eines sachlich bedingungslosen Vertrauens zur Erklärung der immerhin auffallenden Tatsache herangezogen werden, daß Graf Czernin eigenhändig in dem Konzepte der Weisung die Einschaltung des Passus vornahm: „ihm dieselben (die „Abschriften dem Staatssekretär) jedoch nicht zu überlassen, falls dies „ohne Kränkung des Herrn Staatssekretärs möglich ist".

Auch erscheint noch ein weiterer Umstand beachtenswert. Das Konzept des oberwähnten Telegramms an den Prinzen Hohenlohe d. d. 2. April 1918 war von dem in Dienstesverwendung im k. u. k. Ministerium des Äußern stehenden ehemaligen k. u. k. Botschafter in Rom, Herrn von Mérey, aufgesetzt worden. Derselbe Diplomat legte seine eigene Auffassung über die Stellungnahme des Deutschen Reiches zum Konflikt der Monarchie mit Serbien während der kritischen Tage im Juli 1914 selbst in folgender Zusammenfassung dar (Bericht aus Rom d. d. 27. Juli, Z. 34/P.):

„Mein Gefühl geht sonach dahin, daß das deutsche Kabinett über „die Situation in Petersburg und Paris hinlänglich informiert und beruhigt „ist, um ein Eingreifen von diesen Seiten nur im alleräußersten Falle zu „fürchten, daß es auf verschiedenen Wegen, zum Beispiel in Rom und „Bukarest, auch unserem kriegerischen Konflikt mit Serbien entgegen„zuarbeiten trachtet und sich mit der Hoffnung trägt, es würden auf diese „Art in der Zeit zwischen der Übergabe unseres Ultimatums in Belgrad „und dem Ausbruche der Feindseligkeiten von allen Seiten, von Freund „und Feind, genügende diplomatische und politische Barrièren aufgerichtet „werden, um das Losschlagen zu verhindern. Gelänge dies, so würde „schließlich Serbien in der Hauptsache nachgeben, in der Form aber eine „gewisse Schonung seiner staatlichen Würde zugebilligt erhalten. Es wäre „dies schließlich jener von Euer Exzellenz vorläufig so perhorreszierte „Ausgang, welcher in der Tat für uns eine gegenüber der dermaligen „noch weit verschlechterte Situation schaffen würde.

„Deutschland würde aber wieder in Wien einen billigen und unver„dienten Jubel über sein Eintreten für uns ‚in schimmernder Wehr' ein„heimsen."

[1] Erlaß nach Rom d. d. Wien, 20. Juli, Nr. 3427.

Übergabe, die, falls Marquis di San Giuliano noch von Rom abwesend sein sollte, auch an seinen Stellvertreter erfolgen könne, am Freitag, den 24. Juli, durchzuführen. Nähere mündliche Erläuterungen des k. u. k. Botschafters dürften sich bei diesem Anlasse kaum noch als notwendig erweisen, da Herr von Mérey den italienischen Minister des Äußern ohnehin erst kurz vorher gesehen und ihn auf das Kommende vorbereitet habe.

Instruktionen Marquis di San Giulianos an die italienischen Vertreter in Petersburg und Bukarest (vor 20. Juli)

Bevor noch diese Weisung an den k. u. k. Botschafter am 20. Juli mittels Kurierpost abgesendet worden war, hatte das römische Kabinett einen Schritt unternommen, der sich für die beiden Kaisermächte von folgenschwerer Bedeutung erwies. Er entsprang der Kenntnis Marquis San Giulianos über die Absichten der Monarchie gegen Serbien und über die bundestreue Entschlossenheit des Berliner Kabinetts, für alle eventuellen Konsequenzen einzustehen. Marquis di San Giuliano hatte unverzüglich nach Petersburg und Bukarest Instruktionen erteilt, die dortigen Regierungen auf Umwegen zu veranlassen, in Berlin und Wien drohend aufzutreten, um die österreichisch-ungarische Aktion zu verhindern [1]. Selbstverständlich — so hieß es in einer diesbezüglich Herrn von Mérey noch am 20. Juli zugeschickten Instruktion [2] — würden eventuelle Intimidierungsversuche in Wien wirkungslos bleiben.

Verständigung des römischen Kabinetts (21. Juli)

Bei seiner voraussichtlich am 21. Juli stattfindenden Zusammenkunft mit Marquis di San Giuliano habe der k. u. k. Botschafter ungefähr folgende Sprache zu führen [3]:

Über den Abschluß der Untersuchung in Sarajevo und über die in Belgrad aus diesem Anlasse beabsichtigten Schritte des Wiener Kabinetts seien dem k. u. k. Botschafter noch keine präzisen Informationen zugekommen. Doch sei derselbe verständigt worden, daß das bereits vorliegende Material sowie die seit Jahren fortgesetzten

[1] Wir werden die Folgewirkungen dieser Demarche in der Gestaltung der Krise verschiedentlich zu konstatieren haben. (Vgl. Seite 164, Anmerkung 3, und Seite 201, Anmerkung 1.)

[2] Weisung nach Rom d. d. Wien, 20. Juli, 5 Uhr 30 Minuten p. m., Nr. 842.

[3] Weisung nach Rom d. d. Wien, 20. Juli, Nr. 843.

Wühlereien das Wiener Kabinett zu einer ernsten Sprache in Belgrad zwingen würden.

Der k. u. k. Botschafter sei ermächtigt worden, dies Marquis di San Giuliano mitzuteilen und hinzuzufügen, das Wiener Kabinett erachte bei seinem Schritte in Belgrad den friedlichen Erfolg als durchaus im Bereiche der Möglichkeit gelegen. Jedenfalls sei das Wiener Kabinett überzeugt, daß es bei Klärung des Verhältnisses der Monarchie zu Serbien auf die bundestreue und loyale Haltung Italiens rechnen könnte. Marquis di San Giuliano hätte in richtiger Beurteilung der internationalen Lage sowohl öfters Herrn von Mérey, als auch Graf Berchtold in Abbazia erklärt, Italien brauche ein starkes Österreich-Ungarn. Die Klärung des so mißlichen Verhältnisses der Monarchie zu Serbien erscheine als eine absolute Notwendigkeit zur Erhaltung der gegenwärtigen Situation der Monarchie und der derzeitigen Widerstandskraft des Dreibundes, auf dessen Festigkeit der Friede und das Gleichgewicht Europas beruhe. Im gegenwärtigen Augenblick sei es auch im Interesse Italiens, daß dasselbe offensichtlich die Partei der Monarchie ergreife.

Mitteilungen Herrn von Tschirschkys (20. Juli)

Herr von Tschirschky eröffnete dem Grafen Berchtold in einer Besprechung am 20. Juli[1], man sei in Berlin sehr besorgt wegen der Haltung Italiens angesichts der geplanten Aktion der Monarchie gegen Serbien. Der deutsche Botschafter in Rom hätte unter dem 15. Juli berichtet, daß man in der Umgebung des Marquis di San Giuliano infolge pessimistisch lautender Berichte des Herzogs von Avarna beunruhigt sei. San Giuliano vermeide eine diesbezügliche eingehende Konversation mit Flotow; Luzzati und andere aus der Umgebung des Ministers ließen sich aber dahin vernehmen, daß Österreich-Ungarn sich durch zu weitgehende Forderungen ins Unrecht setzen würde und nicht auf die Unterstützung Italiens rechnen könne.

Unter dem 16. l. M. hätte dann Herr von Flotow gemeldet, daß Marquis di San Giuliano ein völkerrechtliches Gutachten seitens Fusinatos eingeholt habe, demzufolge Reklamationen an einen fremden Staat nur wegen gemeiner

[1] Tagesbericht d. d. 20. Juli, Nr. 3425.

Verbrechen, nicht wegen politischer Propaganda zulässig seien. Die Ermordung des Thronfolgers sei nicht von Untertanen Serbiens begangen worden, daher könne sie nicht zum Gegenstande einer Reklamation gemacht werden.

Der italienische Minister des Äußern hätte sich auch dahin geäußert, daß Italien unmöglich eine Politik der Unterdrückung der nationalen Idee mitmachen könne. Zwischen Wien und Rom hätten sich seit den Triester Erlässen des Prinzen Hohenlohe, die in ganz Italien peinlichstes Aufsehen hervorgerufen hätten, wiederholte Differenzen ergeben, unter deren Einfluß sich eine Stimmung gegen die Monarchie herausgebildet habe, gegen welche anzukämpfen vergebliche Arbeit wäre. Marquis di San Giuliano sehe so viele schwarze Punkte am Horizont der wechselseitigen Beziehungen, daß er an der weiteren Arbeit zur Erhaltung des Einvernehmens beinahe verzweifle. Auch fürchte er, Italien werde die österreichischen Reklamationen nicht unterstützen können, ohne sich in Gegensatz mit den tief eingewurzelten Prinzipien des italienischen Volkes zu setzen.

Herr von Jagow komme angesichts dieser Meldungen zum Schlusse, daß eine Aktion Österreich-Ungarns nicht nur keiner Sympathie in Italien begegnen, sondern eventuell direkten Widerstand finden würde. Der deutsche Staatsminister würde daher dringend raten, daß sich das Wiener Kabinett mit Italien ins Einvernehmen setze, wobei er der Ansicht Ausdruck gebe, daß eine Aktion Italiens gegen Valona (welche Italien zwar nicht intendierte und auch nicht gerne unternehmen würde, zu welcher es aber à titre de compensation genötigt werden könnte) geeignet wäre, Italien zu „beschäftigen", und dessen Aufmerksamkeit von der serbischen Aktion der Monarchie abzulenken.

Graf Berchtold machte in seiner Erwiderung vor allem geltend, es sei sehr bedauerlich, daß Italien allem Anscheine nach bereits Wind von dem geplanten Vorgehen der Monarchie gegen Serbien erhalten habe. Von Wien aus, wo dem italienischen Botschafter keinerlei Andeutung gemacht worden sei[1], könne die italienische Regierung ihre Information nicht gewonnen haben.

[1] Vgl. Seite 142, Anmerkung 1, Absatz 5.

Die Versicherung Herrn von Tschirschkys, das deutscherseits auch keine gegenständliche Mitteilung erfolgt sei, quittierte Graf Berchtold mit der Bemerkung, daß Flotow vielleicht von sich aus einiges erzählt haben könnte. Solche Konfidenzen an Italien, von welcher Seite sie auch ausgegangen sein mögen, erschienen dem Grafen Berchtold höchst bedenklich, und es stünden ihm schon jetzt Anhaltspunkte zur Verfügung, daß es sich Italien angelegen sein lasse, die Aktion des Wiener Kabinetts zu durchkreuzen. Graf Berchtold könnte sich daher auch nicht entschließen, sich jetzt schon in einen Gedankenaustausch über die geplante Aktion mit der italienischen Regierung einzulassen, (was übrigens in dieser Weise seinerzeit in Berlin zwischen Unterstaatssekretär Zimmermann und Graf Hoyos besprochen worden sei)[1]. Das Wiener Kabinett beabsichtige, einen Tag vor Mitteilung der Note an Serbien das Kabinett von Rom diesbezüglich zu informieren, was dem Grafen Berchtold als Courtoisieakt einem unverläßlichen Verbündeten gegenüber vollkommen hinlänglich erscheine.

In merito machte Graf Berchtold geltend, daß durch einen Ministerratsbeschluß bereits festgestellt worden sei, die Monarchie würde kein serbisches Gebiet annektieren, wodurch italienische Kompensationsansprüche, selbst wenn man solche aus einer willkürlichen Interpretation des Artikels VII[2], herleiten wollte, in sich selbst zusammenfielen. Was speziell Valona anbelange, bestehe in der Monarchie eine so starke Strömung in der öffentlichen Meinung gegen die Zulassung einer italienischen Festsetzung auf der jenseitigen [Küste der Adria an der Straße von Otranto, daß sich Graf Berchtold auf eine Transaktion über diesen Punkt nicht einlassen könnte[3].

Wenn italienischerseits das Nationalitätenprinzip in den Vordergrund gestellt werde, so sei darauf zu erwidern, daß die Monarchie nichts anderes anstrebe, als ihren serbischen Staatsangehörigen weitgehende Freiheiten zu geben, beziehungsweise die bereits denselben konzedierten Freiheiten

[1] Die eingeklammerte Bemerkung nachträglicher Zusatz im Konzept.
[2] Vgl. den Text Seite 119, Anmerkung 1.
[3] Vgl. Seite 309.

ungeschmälert zu erhalten, daß die Monarchie aber eben hieran durch die großserbische Wühlarbeit gehindert werde, gegen welche sie Stellung nehmen müsse. Graf Berchtold legte Herrn von Tschirschky auch nahe, über Berlin Marquis di San Giuliano auf den Widerspruch aufmerksam zu machen, der darin gelegen sei, daß dieser einerseits versichere, Italien brauche ein starkes Österreich-Ungarn als Schutzwall gegen den Slawismus, anderseits in kritischen Momenten eine Politik mache, die ihn mit Rußland, der Vormacht des Slawismus, zusammenführe und darauf ausgehe, der Monarchie die Möglichkeit zu benehmen, ihren gegenwärtigen Besitzstand zu erhalten.

Schließlich betonte Graf Berchtold, daß sich das Wiener Kabinett durch solche Machinationen Italiens nicht einschüchtern und sich vom vorgesteckten Pfade nicht ablenken lassen dürfte, um so weniger als er aus der Berichterstattung des k. u. k. Botschafters am Quirinal ersehe, daß Italien derzeit infolge des lybischen Feldzuges noch keineswegs aktionslustig sei und seinem Unmut gegen die Monarchie wohl in Worten, kaum aber in Taten Luft machen werde.

Notiz und Weisung hinsichtlich der Interpretierung des Artikels VII des Dreibundvertrages

Da in Wien mit der wachsenden Wahrscheinlichkeit gerechnet werden mußte, daß die italienische Regierung für den Fall einer kriegerischen Komplikation zwischen der Monarchie und Serbien den Artikel VII des Dreibundvertrages[1] in einem ihr genehmen Sinne zu interpretieren

[1] Der Text des Artikels lautet: „L'Autriche-Hongrie et l'Italie, n'ayant „en vue que le maintien autant que possible du statu quo territorial en „Orient, s'engagent à user de Leur influence pour prévenir toute modifi„cation territoriale qui porterait dommage a l'une ou à l'autre des Puis„sances signataires du présent Traité. Elles se communiqueront à cet „effet tous les renseignements de nature à s'éclairer mutuellement sur „Leurs propres dispositions ainsi que sur celles d'autres Puissances. „Toutefois dans le cas où, par suite des évéments, le maintien du statu „quo dans les régions des Balcans ou des côtes et îles ottomanes dans „l'Adriatique et dans la mer Egée deviendrait impossible et que, soit en „conséquence de l'action d'une Puissance tierce soit autrement, l'Autriche„Hongrie ou l'Italie se verraient dans la nécessité de le modifier par une „occupation temporaire ou permanente de Leur part, cette occupation „n'aura lieu qu'après un accord préalable entre les deux Puissances, basé

versuchen und die Kompensationsfrage aufwerfen werde, wurde dem k. u. k. Botschafter in Rom am 20. Juli eine Notiz zugestellt, die ihm als Richtschnur dienen sollte, um einer allenfalls von Marquis di San Giuliano gesprächsweise vorgebrachten italienischen Interpretation des obgenannten Artikels entgegentreten zu können.

Die Ausführungen der Notiz gipfelten in der Auffassung:

Es hieße den Geist des Dreibundvertrages gründlich verkennen, wenn man Artikel VII dahin interpretieren wollte, daß die temporäre Besetzung von Gebieten eines mit der Monarchie im Kriegszustande befindlichen benachbarten Balkanstaates von einem vorherigen auf Grund einer Kompensation erzielten Einverständnisse mit Italien abhängig wäre.

Der Wortlaut des Artikels VII ließ es indessen fraglos erscheinen, daß man sich in Rom zur österreichisch-ungarischen Interpretierung desselben nicht bequemen werde. Der k. u. k. Botschafter erhielt darum am 21. Juli die Weisung [1], daß er, sofern Marquis di San Giuliano auf seinem Standpunkte verharre, eine weitere Diskussion zu vermeiden habe und sein Verhalten damit begründen solle, es werde wohl keinem der beiden Teile gelingen, den anderen zu seiner Interpretation zu bekehren. Vielmehr schiene es in beiderseitigem Interesse gelegen, anstatt einer juridischen Diskussion über die Auslegung eines Artikels die Situation vom Standpunkte der großen Interessen Österreich-Ungarns und Italiens als Freunde und Bundesgenossen zu besprechen. Auch erscheine es dem Grafen Berchtold nicht unbedenklich, wenn eine Aussprache über den Artikel VII in Rom eine gereizte Stimmung hervorrufen und in der letzten Konsequenz sich vielleicht sogar zu einer Gefährdung des gesamten Vertrages zuspitzen könnte.

„sur le principe d'une compensation réciproque pour tout avantage, terri-
„toriale ou autre, que chacune d'Elles obtiendrait en sus du statu quo
„actuel et donnant satisfaction aux intérêts et aux prétentions bien fondées
„des deux Parties."

[1] Weisung nach Rom d. d. Wien, 21. Juli, Nr. 848.

Zum selben Gegenstande erhielt Graf Szögyény die Instruktion[1], sich dem Staatssekretär gegenüber dahin auszusprechen, daß eine Diskussion zwischen Italien und der Monarchie über die Auslegung des Artikels VII im gegenwärtigen Augenblicke nach Ansicht des Wiener Kabinetts lieber unterbleiben sollte.

Unterredung Herrn von Méreys mit Marquis di San Giuliano (21. Juli)

Herr von Mérey erhielt in seiner Besprechung am Nachmittage des 21. Juli Gelegenheit, den Standpunkt des italienischen Ministers des Äußern kennen zu lernen[2]. Der Minister zeigte sich hinsichtlich der bevorstehenden Demarche des Wiener Kabinetts in Belgrad sehr präokkupiert. Er hörte den Ausführungen Herrn von Méreys aufmerksam zu und machte sich Notizen. Was die Klärung des Verhältnisses der Monarchie zu Serbien anbelange, setzte der Minister weitläufig auseinander, könnte die Monarchie eine Sanierung nicht mit Demütigung und Gewalt, sondern nur mit Konzilianz herbeiführen. Für national gemischte Staaten, wie für die Monarchie, sei dies die einzige Politik, und bei den Deutschen und Polen sei dies der k. u. k. Regierung auch gelungen. Herr von Mérey erklärte dies oft vorgebrachte Raisonnement für rein theoretisch und überdies falsch; die Wirklichkeit sehe anders aus. Auch versäumte er es nicht, auf alles, was die Monarchie für Serbien seit dem Berliner Vertrage getan habe, auf ihre Konzilianz während des Balkankrieges und auf die immer heftigere panserbische Offensive hinzuweisen.

Italien, fuhr der Minister fort, wünsche ein starkes Österreich-Ungarn, aber so wie es sei, ohne territoriale Vergrößerung. Jede solche — das müsse er mit aller Offenheit erklären — würde von Italien, welches eine Politik der Konzilianz und des Gleichgewichtes befolge, als seinen Interessen abträglich betrachtet werden. Die Ausführungen des k. u. k. Botschafters, daß das Wiener Kabinett keine Gebietseinverleibung anstrebe, nahm der Minister mit Befriedigung, eine weitere Bemerkung, daß die Monarchie keinen Überfall auf den Lovčen plane, mit schlecht verhülltem Jubel auf.

[1] Weisung nach Berlin d. d. Wien, 22. Juli, Nr. 250.

[2] Telegramm aus Rom d. d. 21. Juli, Nr. 525.

Marquis di San Giuliano erklärte schließlich, es sei seine entschiedene Absicht, das Wiener Kabinett zu unterstützen, wenn dessen Begehren an Serbien ein solches sei, daß seine Erfüllung legitim erscheine. Andernfalls hätte er die Stimmung seines ganzen Landes gegen sich, das nun einmal liberal seines revolutionären Ursprunges eingedenk sei und für irredentistische Manifestationen, wo immer, Sympathien habe. Er betonte, seine Haltung werde erleichtert, wenn die österreichisch-ungarische Demarche in Belgrad sich, wenn nicht ausschließlich doch worwiegend, auf die Katastrophe in Sarajevo und weniger auf sonstige Agitationen stützen werde.

Herr von Mérey argumentierte gegen alle diese Einschränkungen, die er theoretisch als verfehlt (weil Serbien auf das Niveau eines modernen Kulturstaates stellend), praktisch als ungenügende Freundschaft und Solidarität bezeichnete.

Schließlich bemerkte Marquis di San Giuliano, sein Vertrauen auf die Mäßigung des Wiener Kabinetts gegenüber Serbien gründe sich vor allem auf die Weisheit des Monarchen.

Der k. u. k. Botschafter empfing aus dieser Unterredung im Ganzen wohl den Eindruck vieler freundlichen Phrasen, aber ebenso vieler mentalen Reservationen sowie die Überzeugung, der Minister glaube offenbar vorläufig nicht an den Krieg, sondern an ein Einlenken Serbiens, wobei er vermutlich auf ein intensives diplomatisches Einwirken der Mächte in Wien und Belgrad rechne.

Widersprüche in den Weisungen an den k. u. k. Botschafter

Am 22. Juli, 7 Uhr abends, erging die Weisung an Herrn von Mérey [1], Marquis di San Giuliano im Verfolge der bereits gemachten Mitteilungen streng vertraulich zu eröffnen, daß die Demarche des Wiener Kabinetts in Belgrad nunmehr für Donnerstag, den 23. Juli nachmittags, festgesetzt sei. Die Verständigung der Signatarmächte erfolge am Freitag, den 24. l. M., und es werde der k. u. k. Botschafter an diesem Tage auch in der Lage sein, der italienischen Regierung offizielle Kenntnis von der österreichisch-ungarischen

[1] Weisung nach Rom d. d. Wien, 22. Juli, 7 Uhr p. m., Nr. 852.

Demarche in Belgrad zu geben. Der heutige Schritt erfolge nur in Rom, Berlin und Bukarest, mit spezieller Rücksicht auf das Bundesverhältnis.

Herr von Mérey wolle diese Mitteilung womöglich Marquis di San Giuliano persönlich (wenn dies unmöglich, seinem Vertreter) erst nachmittags (23. Juli) machen. Das Wiener Kabinett wolle nämlich unbedingt vermeiden, daß die Nachricht noch am selben Tage von Rom nach Petersburg gelange.

Bevor noch diese Instruktion in Rom eintraf, hatte Herr von Mérey am 23. Juli, 12 Uhr 10 Minuten vormittags, ein Telegramm nach Wien expedieren lassen[1], das der augenblicklich unklaren Situation Ausdruck gab, in der sich der k. u. k. Botschafter zufolge der erhaltenen gegenständlichen Instruktionen befinde: Graf Berchtold habe den k. u. k. Botschafter in Rom mittels Telegramms vom 15. Juli ermächtigt[2], Marquis di San Giuliano die Demarche in Belgrad (und da die Tatsache einer solchen längst notorisch sei, könnte es sich nur um ihren Inhalt handeln) einen Tag früher anzukündigen. Hierüber sei Herr von Mérey ein telegraphisches Aviso hinsichtlich der bezüglichen Daten in Aussicht gestellt worden.

Im Widerspruch mit diesem bisher nicht widerrufenen Auftrag entnehme Herr von Mérey dem heute — am 22. Juli — durch Kurier übermittelten Erlaß vom 20. Juli, daß, obwohl die Demarche in Belgrad schon am 23. stattfinde, dem Minister des Äußern die betreffende Mitteilung am 24. l. M., also nicht einen Tag früher, sondern sogar einen Tag später zu machen sei.

Angesichts dieser Aktenlage, und da er, Herr von Mérey, in seiner am 21. Juli mit dem Minister gepflogenen Unterredung instruktionsgemäß erklärt habe, über den Schritt in Belgrad noch ohne Informationen zu sein, werfe sich die Frage auf, ob der k. u. k. Botschafter nicht doch die in Rede stehende Mitteilung nicht erst am 24. d. M., sondern schon am 23. machen solle.

[1] Telegramm aus Rom d. d. 22. Juli. Expediert 23. Juli, 12 Uhr 10 Minuten a. m., Nr. 528.

[2] Vgl. Seite 77.

Herr von Mérey glaube annehmen zu sollen, daß Graf Berchtold — leider ohne ihn zu informieren — seine Ansicht geändert habe und daß er selbst sich daher an den Erlaß vom 20. Juli halten solle.

Als die Weisung des Grafen Berchtold vom 22. Juli, 7 Uhr abends [1], am 23. Juli morgens in Rom anlangte, glaubte Herr von Mérey erstens konstatieren zu müssen [2], daß die ihm mit dem Telegramm vom 15. Juli zugesagte rechtzeitige Verständigung (um seinen Besuch bei Marquis di San Giuliano in Fiuggi telegraphisch vereinbaren zu können) nicht erfolgt, sondern daß ihm der Auftrag erst am 23. Juli, also dem Tage, an dem die Demarche bereits ausgeführt werden sollte, zugekommen sei. Zweitens könne von einem Courtoisieakte gegenüber Italien nicht mehr die Rede sein, da entgegen der einschlägigen Verabredung und entgegen den dem deutschen Botschafter am 20. Juli in Wien gemachten Eröffnungen, die Mitteilung über die Belgrader Demarche in Rom nicht einen Tag vor derselben, sondern erst am 23. Juli nachmittags, also gleichzeitig mit derselben, angeordnet wurde.

Hiezu trete noch unglücklicherweise der Umstand, daß der k. u. k. Botschafter krankheitshalber die Durchführung der Demarche dem Grafen Ambrózy überlassen müsse, der sich nach erfolgter telephonischer Verständigung mit Marquis di San Giuliano heute — am 23. Juli — nachmittags per Automobil nach Fiuggi begeben und dem Minister die anbefohlene Mitteilung machen werde.

Äußerungen des italienischen Botschafters in Wien

Bei dem Mißgeschick, das die Verhandlungen zwischen Wien und Rom von Anfang an begleitete, konnten die bundesfreundlichen Äußerungen des italienischen Botschafters in Wien, Herzogs von Avarna, die dem Grafen Berchtold durch Herrn von Tschirschky am 21. Juli mitgeteilt wurden [3], keine hinlängliche Garantie eines gedeihlichen Einvernehmens gewähren. Herr von Tschirschky hatte Graf Berchtold zunächst neuerlich verständigt, Marquis di San Giuliano zeige sich über den zu gegenwärtigenden Schritt Österreich-Ungarns gegen Serbien sehr erregt. Doch

[1] Siehe Seite 122 unten.

[2] Telegramm aus Rom d. d. 23. Juli, 4 Uhr 15 Minuten p. m., Nr. 531.

[3] Tagesbericht vom 21. Juli, Nr. 3443.

habe Herr von Tschirschky kürzlich ein Gespräch mit dem Herzog von Avarna gehabt, der seiner Überzeugung Ausdruck gegeben habe, die italienische Regierung werde in dem österreichisch-ungarisch-serbischen Streitfalle ihre Bundespflicht getreu erfüllen und — sollten in der italienischen Öffentlichkeit auch gegenteilige Stimmen laut werden — auf der Seite Österreich-Ungarns stehen.

Begründung der eigenen Politik durch Graf Berchtold

Die Absicht Graf Berchtolds, dem k. u. k. Botschafter in Rom eine Darstellung der Politik des Wiener Kabinetts in ihrer speziellen Rückwirkung auf die Beziehungen zu Italien zu geben, zeitigte am 21. Juli die Abfassung eines Schreibens an Herrn von Merey, in dem Graf Berchtold die eigenen Anschauungen begründete und charakterisierte[1]:

Für die Haltung des Wiener Kabinetts seien inner- wie außenpolitische Motive maßgebend: die zunehmende Gewißheit, daß die in erschreckendem Maße betriebene Minierarbeit auf bosnisch-herzegowinischem Boden mit Verästelungen nach Dalmatien, Kroatien, Slawonien und Ungarn nur durch energisches Einschreiten in Belgrad, wo die Fäden zusammenliefen, aufgehalten werden könne, und daß unter rumänischer und russischer Konnivenz eine Orientierung am Balkan im Werdeprozesse sei, deren Endziel die Zertrümmerung der Monarchie bilde. Dessen, daß die Verantwortung bei der exponierten Lage der Monarchie, der Unverläßlichkeit und Eifersucht des italienischen Verbündeten, der Hostilität der rumänischen öffentlichen Meinung und dem Gewichte der slawophilen Ratgeber am Zarenhofe keine leichte sei, sei sich Graf Berchtold bewußt. Die Verantwortung dafür, nichts zu tun und weiter die Dinge gewähren zu lassen, bis die Fluten über die Monarchie zusammenschlügen, scheine dem Grafen Berchtold aber noch gewichtiger — wenn auch für den Moment bequemer — als jene, der Gefahr die Stirne zu bieten und die Konsequenzen auf sich zu nehmen.

Bei der Redigierung der an Serbien zu richtenden Note sei für das Wiener Kabinett der Gesichtspunkt maßgebend

[1] Abschrift eines Schreibens Graf Berchtolds an Herrn von Mérey, Konzept d. d. Wien, 21. Juli, expediert 23. Juli.

gewesen, das gute Recht der Monarchie, an Serbien gewisse Forderungen zur Sicherung der inneren Ruhe der Monarchie zu stellen, vor aller Welt zu dokumentieren, diese Forderungen aber derart zu formulieren, daß von Serbien in unzweideutiger Weise gegen die monarchiefeindliche Propaganda pro praeterito und pro futuro Stellung genommen und der Monarchie die Möglichkeit geboten werde, von nun an diesbezüglich mitzusprechen. Es sei dem Wiener Kabinett nicht darum zu tun gewesen, Serbien zu demütigen, sondern hinsichtlich seines nachbarlichen Verhältnisses zur Monarchie eine klare Situation zu schaffen und als praktisches Resultat — entweder bei Annahme der Forderungen einen gründlichen Säuberungsprozeß in Serbien unter Mitwirkung der Monarchie oder bei Ablehnung desselben eine Auseinandersetzung mit den Waffen und in weiterer Folge — die tunlichste Lahmlegung Serbiens zu erzielen.

Wie sich Herr von Mérey denken könne, war es nicht ganz leicht, eine Einigung im gemeinsamen Ministerrate über die Textierung der Note zu erzielen, zumal ein gewisser Unterschied in der Auffassung der Situation zwischen dem Grafen Berchtold und Grafen Stürgkh einerseits und dem Grafen Tisza andrerseits zutage getreten sei, indem letzterer auch in einem bloßen diplomatischen Erfolge ein Mittel zur Befestigung der österreichisch-ungarischen Stellung am Balkan sehe und den Bruch tunlichst vermieden haben wolle, während Graf Berchtold auf Grund des 1909 und 1912 errungenen diplomatischen Erfolges, der der Monarchie auf die Dauer nicht genutzt, sondern das Verhältnis zu Serbien nur verschärft habe, einem neuen friedlichen Triumph äußerst skeptisch gegenüberstehe. Hierüber teile auch Graf Stürgkh vollkommen die Ansicht des Grafen Berchtold. Durch schrittweises Entgegenkommen de part et d'autre sei es schließlich gelungen, diesbezüglich eine Übereinstimmung herzustellen, wie auch hinsichtlich des Endzieles des eventuellen Waffenganges, bezüglich dessen Graf Tisza absolut festgelegt haben wollte, daß eine Annexion serbischen Gebietes an die Monarchie als ausgeschlossen erklärt werden müsse, wozu Graf Berchtold schließlich

unter der Voraussetzung seine Zustimmung gegeben habe, daß strategische Grenzrektifikationen und gewisse Garantien für die zukünftige Haltung Serbiens (Militärkonvention und dergleichen) zu verlangen wären, abgesehen von Gebietsabtretungen an andere Balkanstaaten.

Dem k. u. k. Botschafter in Rom werde nun die gewiß nicht leichte Aufgabe zufallen, die italienische Regierung an der Seite der Monarchie zu erhalten, was, wie Graf Berchtold der telegraphischen Berichterstattung Herrn Méreys entnehme, vorläufig dem Anscheine nach der Fall sei. Das Wiener Kabinett habe den Italienern gegenüber die Allianz, das territoriale Desinteressement und den albanischen Akkord und, was den Artikel VII anbelange, die italienische Okkupation von Inseln im Aegäischen Meere als Atouts in der Hand.

Eine Sonderaktion Italiens gegen Valona würde in der Monarchie den peinlichsten Eindruck hervorrufen. Graf Berchtold glaube, man dürfe in Rom keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß eine solche Aktion, die den albanischen Akkord zunichte machen und die Londoner Beschlüsse verletzen würde, die größten Komplikationen involvieren könnte. Sollte Italien die Monarchie zu einer Kooperation auffordern, wäre dies allerdings eine Verlegenheit für das Wiener Kabinett und ein nicht ungefährliches Experiment; es scheine dem Grafen Berchtold aber kaum vermeidlich, darauf einzugehen.

Graf Berchtold wolle sich nicht länger in Erörterungen aller der verschiedenen Möglichkeiten und Eventualitäten, die in dieser oder in einer anderen Richtung während der nächsten Wochen an das Wiener Kabinett herantreten könnten, einlassen, da dieses dem Spaziergange in einem Labyrinth gleichkäme.

„Vorderhand habe ich", schloß Graf Berchtold den politischen Teil seiner Ausführungen, „das Gefühl, von der „Vorsehung dazu ausersehen worden zu sein, mich den „Ministern, die Friedenspolitik treiben wollten und Kriegs-„politik machen mußten — von Kardinal Fleury bis Lambs-„dorff —, anzuschließen, hoffentlich mit mehr Erfolg als „der letzte Exponent dieser Richtung!"

Einbegleitende Weisung

Graf Szécsen hatte auftragsgemäß der Pariser Regierung die Zirkularnote der k. u. k. Regierung am Freitag, den 24., vormittags, zur Kenntnis zu bringen. Die Darlegung dieser Staatsschrift sei so beredt, hieß es im Texte der einbegleitenden Weisung[1], daß sie den Grafen Berchtold der Aufgabe enthebe, den k. u. k. Botschafter in Paris auch mit einer mündlichen Begründung des Vorgehens gegenüber Serbien zu betrauen. Es werde aber jedenfalls nützlich sein, wenn Graf Szécsen gelegentlich der Übergabe dieser Note daran erinnern wolle, daß sich Frankreich anläßlich der Schwierigkeiten, die in der europäischen Politik der letzten Jahre zutage getreten wären, stets in dankenswerter Weise im Sinne eines Ausgleiches der Gegensätze zwischen den beiden Mächtegruppen betätigt habe.

Graf Szécsen glaubte sofort nach Erhalt des mittels Kuriers am 22. Juli zugestellten Erlasses vom lokalen Gesichtspunkte aus erwähnen zu sollen[2], daß die Koinzidenz der Wiener Demarche in Belgrad mit der Abreise des Präsidenten aus Petersburg, die am 23. Juli abends erfolgen sollte, in Paris wahrscheinlich vielfach kommentiert und als Überrumpelung ausgelegt werden würde. Herr Poincaré verlasse Kronstadt am 23. Juli abends programmäßig und solle am 25. Juli, 10 Uhr früh, in Stockholm eintreffen. Während der Überfahrt dürfte ein telegraphischer Meinungsaustausch ziemlich beschwerlich sein.

Gleichzeitig bat Graf Szécsen um telegraphische Antwort, ob er bei der Übergabe der Kopie der Note eventuell eine vertrauliche Behandlung des Textes verlangen solle oder nicht. Einige der an Serbien gestellten sehr scharfen Forderungen dürften nämlich in der Pariser Presse recht abfällig beurteilt werden, und es wäre vielleicht erwünscht, daß die Pariser Zeitungen den amtlichen Text nicht sofort besäßen. Falls die Veröffentlichung in Wien beabsichtigt sei, so wäre das Verlangen nach vertraulicher Behandlung natürlich zwecklos. Übrigens brächten die Pariser Zeitungen

[1] Erlaß nach Paris d. d. Wien, 20. Juli, Nr. 3428.

[2] Telegramm aus Paris d. d. 22. Juli, Nr. 114 und 115.

bereits Informationen über den Inhalt der an Serbien zu überreichenden Note.

Unterredung des Grafen Berchtold mit dem französischen Botschafter (22. Juli)

In Wien hatte sich der französische Botschafter Herr Dumaine bei Graf Berchtold am 22. Juli auf das Angelegentlichste nach dem Stande des Verhältnisses Österreich-Ungarns zu Serbien erkundigt[1]. Er kam hiebei auch auf alle Eventualitäten zu sprechen, die sich aus einem energischen Schritte der Wiener Regierung beim Belgrader Kabinett ergeben könnten und auf die Gefahr eines Krieges Österreich-Ungarns mit Serbien, besonders mit Rücksicht darauf, daß dieser den Charakter eines Rassenkrieges des serbischen Volkes gegen die Monarchie annehmen könnte. Diese Gefahr malte Herr Dumaine in den drastischesten Farben aus. Trotzdem schloß er seine Ausführungen damit, daß er auf ein kürzliches Gespräch mit seinem russischen Kollegen hinwies, wobei die in Rede stehende Frage erörtert worden sei und er die Überzeugung gewonnen habe, daß Rußland nicht gesonnen sei, für Serbien anläßlich der bevorstehenden Auseinandersetzung mit Österreich-Ungarn stark einzutreten und ihm mehr als eine moralische Unterstützung zu gewähren. Im Falle eines Waffenganges zwischen der Monarchie und Serbien würde Rußland, nach Ansicht des französischen Botschafters, nicht aktiv eingreifen, sondern vielmehr anstreben, daß der Krieg lokalisiert bleibe.

Koinzidenz der Belgrader Demarche mit der Reise Herrn Poincarés

Dem k. u. k. Botschafter in Paris beantwortete Graf Berchtold am 23. Juli die erbetenen Auskünfte dahin[2], daß eine vertrauliche Behandlung des Textes der Zirkularnote nicht verlangt zu werden brauche, da das Wiener Kabinett den betreffenden Text am 24. Juli den Blättern selbst mitteilen werde.

Was die Koinzidenz der Demarche in Belgrad mit der Abreise Herrn Poincarés von Petersburg anbelange, so sei zu bemerken, daß das Wiener Kabinett die Demarche immer für den Moment ins Auge gefaßt habe, in dem — was inzwischen geschehen sei — die Voruntersuchung in Sarajevo

[1] Tagesbericht d. d. 22. Juli, Nr. 3487.
[2] Weisung nach Paris d. d. Wien, 23. Juli, Nr. 152.

abgeschlossen sein werde. Es wäre übrigens noch viel weniger liebenswürdig gewesen, wenn das Wiener Kabinett durch ein früheres Vorgehen die Festesfreude in Petersburg gestört hätte, während es andrerseits auch dem Wiener Kabinett keineswegs hätte passen können, den Schritt in Belgrad zu machen, während Kaiser Nikolaus und die russischen Staatsmänner den Einflüssen der zwei Hetzer Poincaré und Iswolsky ausgesetzt gewesen wären.

London

Einbegleitende Weisung

Bei der Übergabe der Zirkularnote in London sollte Graf Mensdorff am Freitag, den 24. Juli vormittags, dem Staatssekretär oder dessen Stellvertreter darlegen[1], daß die englische Politik und die der Monarchie in den letzten Jahren erfreulicherweise auch in den Fragen des nahen Orients eine konvergierende Tendenz gezeigt hätten; das gegenseitige Vertrauen sei wieder hergestellt und auch die englische Öffentlichkeit zeige (nach einer jetzt ganz überwundenen Periode der Schwankungen) wieder volles Interesse für die Bedeutung der österreichisch-ungarischen Großmachtstellung und für die Lebensinteressen der Monarchie. Bei der in die Wege geleiteten Aussprache mit Serbien handle es sich nun eben um ein solches Lebensinteresse. Die Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers, die in Serbien beschlossen und geleitet wurde (ein zur Verfügung der Mächte stehendes Dossier gebe darüber erschöpfende Auskünfte[2]), habe deutlich gezeigt, wessen man sich zu versehen habe, wenn man Serbien nicht zwinge, alle Verbindungen abzubrechen, die von den politischen Verschwörerzentren (wie der „Narodna Odbrana") nach den Ländern und Gebieten der Monarchie hinüberführten. England, in dem der serbische Königsmord die Gemüter auf das tiefste aufgewühlt habe, werde gewiß begreifen, daß die öffentliche Meinung der Monarchie gebieterisch eine Sühne für die moralische Mitschuld und das verbrecherische Geschehenlassen der Belgrader Kreise fordere. Wie wenig diese Kreise bisher zur Kenntnis der

[1] Erlaß nach London d. d. Wien, 20. Juli, Nr. 3429.

[2] Vgl. hiezu Seite 134, 152, 153, 161, 167, 197 oben, 202.

Verwerflichkeit des Sarajevoer Attentats gelangt seien, bewiesen die Äußerungen serbischer Diplomaten und Offiziere nach dem Attentat, beweise jede Zeile, die in den Belgrader Blättern geschrieben werde, und die Tatsache, daß die serbische Regierung noch keinen Finger gerührt habe, um auf serbischem Boden gegen die serbischen Mitschuldigen des Verbrechens vom 28. Juni vorzugehen.

Anfrage des Grafen Mensdorff betreffs vorzeitiger Mitteilung der Zirkularnote (22. Juli)

Als Graf Mensdorff (nach Erhalt des Erlasses am Nachmittag des 22. Juli) eine telephonische Aufforderung Sir Edward Greys erhielt, am 23. um 3 Uhr nachmittags bei ihm vorzusprechen, und da er es immerhin für möglich erachtete, daß ihm der englische Staatssekretär in Angelegenheit des bevorstehenden Schrittes in Belgrad Mitteilungen machen wolle, erbat sich der k. u. k. Botschafter von Graf Berchtold telegraphisch die Autorisierung[1], eventuell statt am 24. früh schon am 23. nachmittags dem Staatssekretär den offiziellen Erlaß mitzuteilen, mit der Bitte, ihn bis zum 24. vertraulich zu behandeln. Die Antwortdepesche des Grafen Berchtold besagte, daß Graf Mensdorff bei seiner am 23. Juli stattfindenden Unterredung mit Sir Edward Grey die offizielle Übergabe der Zirkularnote für den 24. Juli vormittags ankündigen und ihm gleichzeitig streng vertraulich und mit der ausdrücklichen Bitte um vertrauliche Behandlung den Inhalt derselben mitteilen könne[2].

Unterredung des k. u. k. Botschafters mit Sir Edward Grey (23. Juli). Befristungsfrage

Am 23. Juli nachmittags unterrichtete Graf Mensdorff nach erhaltener Weisung den Staatssekretär auftragsgemäß dahin, er werde die Zirkularnote am 24. Juli überbringen. Unterdessen wolle er ihm streng vertraulich einiges über den Inhalt derselben mitteilen.

Seinerseits äußerte Sir Edward, er habe bisher dem k. u. k. Botschafter gegenüber von dieser Frage nicht gesprochen, weil man die Note in Wien wohl als eine Sache zwischen Serbien und der Monarchie betrachten dürfte und er auch nicht wisse, inwieweit das Wiener Kabinett Beweise von der Mitschuld Serbiens besitze. Man habe ihm aber viel und mit lebhafter Besorgnis davon gesprochen, und

[1] Telegramm aus London d. d. 22. Juli, 7 Uhr 30 p. m., Nr. 106.
[2] Weisung nach London d. d. 23. Juli, 9 Uhr a. m., Nr. 158.

diese Besorgnis sei nicht auf eine Mächtegruppe beschränkt. Seine Antwort sei gewesen, es werde davon abhängen, inwieweit die österreichisch-ungarischen Anklagen gegen Serbien ernstlich begründet seien und welche Genugtuung die Monarchie verlange. Seien ihre Beschwerden gut fundiert und das, was sie von Serbien fordere, für diesen Staat ausführbar, so könne man hoffen, daß Rußland auf die Belgrader Regierung mäßigend einwirken werde. Die Gefahr sei das Aufflammen der slawischen Erregung in der öffentlichen Meinung Rußlands.

Über das, was ihm Graf Mensdorff von der bevorstehenden Demarche mitteilte (die wichtigsten Punkte der Note), wollte sich Sir Edward nicht äußern, bevor er die Note selbst in Händen hätte. Als Graf Mensdorff noch erwähnte, er glaube, es würde auch eine Frist zur Beantwortung gesetzt werden, könne ihm das Nähere aber erst morgen mitteilen, bedauerte Sir Edward die Befristung, weil dadurch die Möglichkeit benommen würde, die erste Erregung zu beruhigen und auf Belgrad einzuwirken, dem Wiener Kabinett eine befriedigende Antwort zu geben. Ein Ultimatum könne man immer noch stellen, wenn die Antwort nicht annehmbar sei.

Graf Mensdorff bemühte sich des Längeren, den österreichisch-ungarischen Standpunkt zu vertreten. Sir Edward anerkannte auch die Schwierigkeiten der Stellung des Wiener Kabinetts, sprach aber nachdrücklich von dem Ernste der Situation. Wenn vier große Staaten, Österreich-Ungarn, Deutschland, Rußland und Frankreich, in einen Krieg verwickelt würden, so folge ein Zustand, der einem wirtschaftlichen Bankerott Europas gleichkomme. Ein Kredit sei nicht mehr zu erlangen, die industriellen Zentren in Aufruhr, so daß in den meisten Ländern, gleichgültig ob Sieger oder Besiegte, „so manche bestehende Institution weggefegt“ werden würde. Noch gab Graf Mensdorff seiner Ansicht Ausdruck, die Monarchie müsse in vorliegendem Falle trotz ihrer bekannten Friedensliebe Serbien gegenüber „sehr fest“ bleiben. Er rechne dabei auf Sir Edward und dessen objektives und faires Urteil. Der Staatssekretär erwiderte, es sei mit einer einfachen Vorstellung in Petersburg diesmal

nicht zu machen. Man müsse Rußland beweisen können, daß die österreichisch-ungarischen Beschwerden wohlbegründet und die Forderungen für einen Staat wie Serbien ausführbar seien. Das beste wäre wohl, wenn zwischen Wien und Petersburg ein direkter Gedankenaustausch geführt werden könne.

Graf Mensdorff fand den englischen Staatssekretär kühl und objektiv wie immer, freundschaftlich und nicht ohne Sympathie für die Monarchie. Über die möglichen Folgen schien Sir Edward unzweifelhaft sehr besorgt. Insbesondere aber befürchtete Graf Mensdorff, Sir Edward werde den Charakter eines Ultimatums der österreichisch-ungarischen Demarche und die kurze Frist kritisieren.

Motivierung der kurzen Befristung durch das Wiener Kabinett

In einer dem k. u. k. Botschafter am 23. Juli vormittags zugeschickten Weisung begegnen wir der folgenden Argumentation des Wiener Kabinetts [1]:

Da unter den Ententemächten England am ehesten für eine objektive Beurteilung des Schrittes zu gewinnen sein dürfte, den das Wiener Kabinett am 23. Juli in Belgrad unternehme, solle Graf Mensdorff bei der Besprechung, die er am 24. Juli gelegentlich der Überreichung der Zirkularnote im Foreign Office haben werde, unter anderem auch darauf hinweisen, daß es Serbien in der Hand gehabt hätte, den ernsten Schritten, die es von Seite der Monarchie erwarten mußte, zu begegnen, wenn es seinerseits spontan das Notwendige vorgekehrt hätte, um auf serbischem Boden eine Untersuchung gegen die serbischen Teilnehmer am Attentat vom 28. Juni einzuleiten und die Verbindungen aufzudecken, die hinsichtlich des Attentats erwiesenermaßen von Belgrad nach Sarajevo führten.

Die serbische Regierung habe bis heute, obwohl eine Anzahl notorisch bekannter Indizien nach Belgrad weise, in diesem Belange nicht nur nichts unternommen, sie habe vielmehr die vorhandenen Spuren zu verwischen getrachtet.

Was die kurze Befristung der österreichisch-ungarischen Forderungen anbetreffe, so sei dieselbe auf die langjährigen

[1] Weisung nach London d. d. Wien, 23. Juli, Nr. 159.

Erfahrungen serbischer Verschleppungskünste zurückzuführen.

Das Wiener Kabinett könne die Forderungen, deren Erfüllung es von Serbien verlange und die eigentlich im Verkehre zweier Staaten, die in Frieden und Freundschaft leben sollen, nur Selbstverständliches enthielten, nicht zum Gegenstande von Verhandlungen und Kompromissen machen und könne es mit Rücksicht auf die volkswirtschaftlichen Interessen der Monarchie nicht riskieren, eine politische Methode zu akzeptieren, die es Serbien freistellen würde, die entstandene Krise nach seinem Belieben zu verlängern.

St. Petersburg

Einbegleitende Weisung

Bei der Überreichung der Zirkularnote in Petersburg hatte Graf Szápáry am 24. Juli vormittags mündlich auszuführen [1]:

Die k. u. k. Regierung wisse sich frei von jedem Gefühl der Mißgunst und des Übelwollens Serbien gegenüber; noch während der Krise vom Jahre 1912 habe es die k. u. k. Regierung durch ihre wohlwollende und territorial desinteressierte Haltung Serbien möglich gemacht, sein Gebiet um fast das Doppelte zu vergrößern. Auch heute sehe sich die Monarchie zu den ernsten Schritten, die sie in Belgrad unternehme, nur aus Gründen der Selbsterhaltung und der Selbstverteidigung genötigt.

Es sei der k. u. k. Regierung lediglich darum zu tun, das Territorium der Monarchie vor dem Eindringen insurrektioneller Miasmen aus dem benachbarten Königreiche zu sichern und der nachsichtigen Duldung zu steuern, die die königlich serbische Regierung bisher allen Bestrebungen entgegengebracht habe, die auf serbischem Boden durch Wort und Tat gegen die Integrität der Monarchie gerichtet waren.

Mit der von Belgrad aus geleiteten Ermordung des Erzherzog-Thronfolgers (ein zur Verfügung der kaiserlichen Regierung stehendes Dossier [2] gebe über die aufgedeckten Zusammenhänge und die Mithilfe der „Narodna Odbrana“

[1] Erlaß nach St. Petersburg d. d. Wien, 20. Juli, Nr. 3430.

[2] Vgl. Seite 130, Anmerkung 2.

erschöpfende Aufschlüsse) mußte die Langmut der k. u. k. Regierung den serbischen Umtrieben gegenüber ein Ende erreichen.

Die Mordtat von Sarajevo müsse aber auch gleichzeitig das Solidaritätsgefühl der großen Monarchien erwecken, deren gemeinsames Interesse es sei, sich gegen den Königsmord zur Wehr zu setzen, von wo er auch komme und wen er auch zunächst treffe.

Ansprache Herrn Poincarés an das diplomatische Korps in St. Petersburg

Der auf Besuch in St. Petersburg weilende Präsident der französischen Republik, Herr Poincaré, hatte am 21. Juli das diplomatische Korps, und zwar die Botschafter einzeln, in Anwesenheit des französischen Ministers des Äußern, Viviani, und des französischen Botschafters, Paléologue, empfangen[1].

Der Präsident drückte dem k. u. k. Botschafter in warmen Worten seine Sympathie anläßlich des Sarajevoer Attentats aus und ging dann auf das politische Gebiet über, indem er nach der Situation in Albanien fragte, worüber sich eine längere Konversation entspann. Sodann erkundigte sich Herr Poincaré hinsichtlich des österreichisch-ungarisch-serbischen Verhältnisses, bemerkte, daß man in Serbien beunruhigt sei, und fragte, welche Auffassung man diesbezüglich in Wien hege. Graf Szápáry erwiderte, man betrachte dort die Sache mit Gelassenheit, weil man überzeugt sei, daß sich Serbien dem, was das Wiener Kabinett zu verlangen haben würde, nicht verschließen werde. Auf die weitere Frage, welche Forderungen man denn an Serbien richten wolle, beschränkte sich Graf Szápáry, darauf zu verweisen, daß die diesbezügliche Untersuchung noch im Gange und ihm über deren Resultat nichts bekannt sei.

Herr Poincaré erging sich hierauf in einem mit großem oratorischen Aufwand und Nachdruck gehaltenen Vortrag, in dem er auseinandersetzte, daß es wohl nur dann zulässig sei, eine Regierung für etwas verantwortlich zu machen, wenn konkrete, gegen dieselbe sprechende Beweise vorlägen; es sei denn, daß es sich um einen bloßen Vorwand handeln würde, was er doch Österreich-Ungarn gegenüber einem so kleinen Lande nicht zumute. In einem solchen

[1] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 21. Juli, Nr. 148.

Falle aber dürfe man nicht vergessen, daß Serbien Freunde habe und daß hiedurch eine für den Frieden gefährliche Situation entstehen würde. Graf Szápáry beschränkte sich auf eine sachliche Erwiderung und hob hervor, daß jede Regierung bis zu einem gewissen Grade für alles verantwortlich sei, was auf ihrem Gebiete vorgehe. Der Präsident suchte diese These durch Konstruktionen analoger Fälle zwischen anderen Staaten zu entkräften, so daß Graf Szápáry sich genötigt sah, darauf zu verweisen, daß alles auf die Umstände ankomme, daß solche Analogien unvollkommen und Generalisierungen untunlich seien. Herr Poincaré schloß die Unterredung, indem er dem Wunsche Ausdruck gab, die Untersuchung werde nicht zu Ergebnissen führen, die zu einer Beunruhigung Anlaß gäben.

„Das vom Standpunkt eines auf Besuch weilenden „fremden Staatsoberhauptes", schloß Graf Szápáry seinen Bericht, „taktlose, wie eine Drohung klingende Auftreten „des Präsidenten, welches von der reservierten, vorsichtigen „Haltung Herrn Sazonows so auffällig absticht, bestätigt die „Erwartung, daß Herr Poincaré hier nichts weniger als „kalmierend einwirken werde. Bezeichnend ist die Verwandt„schaft der juristischen Deduktionen des Präsidenten mit „den Exkursionen Herrn Pašić' in den „Leipziger Neuesten „Nachrichten". Herr Spalajković, den mir Herr Sazonow „noch neulich als „déséquilibré" bezeichnete, dürfte dabei „die Hand im Spiele haben."

Aus der Übereinstimmung der Sprache, die Herr Sazonow schon vor der Ankunft Herrn Poincarés geführt hatte, mit jener des Präsidenten schloß der deutsche Botschafter, daß letzterem von Sazonow die Lektion gemacht worden sei, um auf diese Weise größeren Eindruck hervorzurufen.

Bezeichnend sei, wie Graf Spáparý am 23. Juli meldete [1], daß Sazonow verbreite, Herr Poincaré habe Graf Szápáry gegen Serbien sehr aufgebracht gefunden, während sich dieser „aus naheliegenden Gründen der größten Zurückhaltung" hätte befleißigen müssen.

[1] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 23. Juli, 1 Uhr 25 Minuten p. m., Nr. 152.

Verständigung der übrigen k. u. k. Missionen.

Ein am 23. Juli nach 10 Uhr abends zu expedierendes Zirkulartelegramm teilte allen nicht speziell benachrichtigten k. u. k. Missionen die in Belgrad vollzogene Übergabe der österreichisch-ungarischen Note mit [1].

Endlich trug eine noch am 23. Juli, 11 Uhr mitternachts, aufgegebene telegraphische Weisung den k. u. k. Botschaftern, den Vertretern bei den Balkanmissionen und Graf Hadik in Stockholm auf [2], in Anbetracht der um eine Stunde verschobenen Demarche in Belgrad in dem zur Mitteilung an die bezüglichen Kabinette bestimmten Texte die sinngemäße Korrektur vorzunehmen: die Frist der Beantwortung der österreichisch-ungarischen Begehrnote laufe bis Samstag, den 25. Juli, nachmittags 6 Uhr.

[1] Zirkulartelegramm an alle Missionen (mit Ausnahme der Signatarbotschaften, der Balkangesandtschaften, der Botschaft in Madrid, Rom [Vatikan], Washington, Tokio und der Gesandtschaft in Stockholm) d. d. Wien, 23. Juli, Prot.-Nr. 5108 bis 5129.

[2] Weisung an die Signatarbotschaften, Balkanmissionen und Gesandtschaft Stockholm d. d. Wien, 23. Juli, Prot.-Nr. 5136 bis 5147.

II

Von der Überreichung der österreichisch-ungarischen Note in Belgrad (23. Juli) bis zur Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien (28. Juli)

A. Die Aufnahme der österreichisch-ungarischen Zirkularnote vom 24. Juli und die Maßnahmen der europäischen Kabinette

Berlin

Graf Szögyény überreichte — laut eigener Meldung — die Zirkularnote des Wiener Kabinetts dem deutschen Staatssekretär am 23. Juli und gab ihm am 24. früh die Verschiebung der Ablaufstunde für die Befristung der Begehrnote an Serbien bekannt[1]. Herr von Jagow nahm diese Mitteilung mit Dank entgegen und versicherte, gemäß der Berichterstattung Graf Szögyénys[2], die deutsche Regierung sei mit dem Inhalte dieser Note „selbstverständlich ganz einverstanden“[3]. Überreichung der Zirkularnote

Die eigenartige Lage, in welche die deutsche Regierung als erster und engster Bundesgenosse durch die so spät erfolgte Mitteilung der österreichisch-ungarischen Note versetzt wurde, zeitigte, wie Graf Szögyény richtig vermutete, sehr bald ein unleidliches Zwischenspiel. Äußerungen Herrn von Jagows gegenüber dem italienischen Botschafter

Am 25. Juli teilte Herr von Jagow dem Grafen Szögyény mit[4], der italienische Botschafter in Berlin habe sich

[1] Dem gegenständlichen Erlasse und der besonderen Weisung gemäß (Seite 110 und 112) war die Zirkularnote erst am 24. Juli vormittags zur Kenntnis zu bringen. Nach Th. von Bethmann Hollweg: Betrachtungen zum Weltkriege, I, Seite 138, 139, und G. von Jagow: Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges, Seite 109, hat Graf Szögyény den Text der österreichisch-ungarischen Note an Serbien Herrn von Jagow tatsächlich bereits am 22. Juli spät nachmittags mitgeteilt. Der k. u. k. Botschafter trug damit offenbar seinen im Privatschreiben an Graf Berchtold vom 21. Juli (vgl. Seite 111, 112) geäußerten Bedenken Rechnung.

[2] Telegramm aus Berlin d. d. 24. Juli, Nr. 279.

[3] Vgl. Seite 34, Anmerkung 1. — Im englischen Blaubuch Nr. 18 ist (die Angaben Th. von Bethmann Hollwegs l. c. Seite 139, 140 und G. von Jagows l. c. Seite 110 bestätigend) die gegenteilige Feststellung enthalten.

[4] Telegramm aus Berlin d. d. 25. Juli, Nr. 283.

darüber verwundert gezeigt, daß Graf Berchtold der italienischen Regierung als verbündeten Macht nicht früher Mitteilung von dem Belgrader Schritte gemacht hätte.

Herr von Jagow antwortete, daß auch Deutschland nicht früher von Wien verständigt worden sei, was er auch für die richtige Vorgangsweise halte, da der jetzige Konflikt als eine Angelegenheit zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu betrachten sei.

Es mag Herrn von Jagow nicht leicht gefallen sein, diesen Ausweg der Billigung des Vorgehens des Wiener Kabinetts einzuschlagen, da er doch vor knappen vier Tagen über die bloße Gleichstellung der eigenen Regierung mit den Kabinetten der übrigen Mächte dem k. u. k. Botschafter gegenüber Beschwerde geführt hatte [1].

[1] Vgl. Seite 110, 111. — Eine weitere Bestätigung, daß die serbische Aktion des Wiener Kabinetts keineswegs mit der deutschen Regierung einverständlich vorbereitet wurde, bietet übrigens eine Feststellung Graf Berchtolds selbst. In der italienischen Presse machte, wie Graf Ambrózy am 9. August 1914 meldete (Telegramm aus Rom, Nr. 640) die Meldung der „Tribuna" großen Eindruck, laut welcher es aus dem deutschen Weißbuch hervorgehe, daß das Wiener Kabinett seine Aktion gegen Serbien lange vorher und in allen Details mit Deutschland besprochen habe, während Italien davon erst nach dem Beginne derselben in Kenntnis gesetzt worden sei.

Graf Berchtold sah sich veranlaßt, zu diesem Gegenstande Graf Ambrózy telegraphisch zu erwidern (Weisung nach Rom d. d. Wien, 10. August, Nr. 990):

„Die Textierung des deutschen Weißbuches ist in der Tat geeignet, „den Eindruck hervorzurufen, als ob unsere Aktion gegen Serbien lange „vorher und in allen Details mit Deutschland besprochen worden wäre.

„Darin liegt ebenso eine gewisse Übertreibung, als es andrerseits „nicht ganz den Tatsachen entspricht, daß Italien erst nach dem Beginne „der Aktion von derselben Kenntnis erhalten habe.

„Ich würde Wert darauf legen, daß Euer Hochgeboren sich in diesem „Sinne bei Marquis di San Giuliano vernehmen lassen. Dem Minister „kann der Inhalt meiner einschlägigen Eröffnungen an Herzog Avarna „nicht unbekannt geblieben sein, dem ich wiederholt von unserer Enquête „in Sarajevo wie von dem beabsichtigten Schritte in Belgrad zwecks „Schaffung entsprechender Garantien für die Zukunft gesprochen habe, „deren genaue Formulierung jedoch erst kurz vor der Übergabe möglich „und daher auch dem deutschen, gleichwie dem römischen Kabinett erst „in letzter Stunde bekanntgegeben wurde.

„Der Umstand, daß wir erst nach der Ablehnung unserer Forde„rungen seitens Serbiens zu einer teilweisen Mobilisierung schritten, für

Bei Gelegenheit einer Unterredung, die der deutsche Botschafter Graf Pourtalès mit Herrn Sazonow nach erfolgter Überreichung der österreichisch-ungarischen Note gepflogen hatte [1], erging sich der russische Minister, wie der deutsche Botschafter meldete, in maßlosen Ausfällen gegen Österreich-Ungarn. Die rechtliche Frage müsse von der politischen vollkommen getrennt werden, dann könne Serbien eventuell in den bewiesenen rechtlichen Fragen nachgeben. Die Resultate der österreichisch-ungarischen gerichtlichen Untersuchung würden Herrn Sazonow aber mehr als zweifelhaft erscheinen.

Unterredung Sazonow—Graf Pourtalès (24. Juli)

Die ganze Frage müsse vor die Großmächte zur Überprüfung gebracht werden. Serbien hätte sich nicht Österreich-Ungarn, sondern allen Großmächten gegenüber im Jahre 1909 verpflichtet, also sei die Angelegenheit eine internationale und nicht eine zwischen Österreich-Ungarn und Serbien allein zu regelnde. Die Monarchie wolle Ankläger und Richter zugleich sein, was unstatthaft sei. Wenn Österreich-Ungarn Serbien „verschlinge", sagte Sazonow weiter, so müsse Rußland absolut eingreifen. Allen diesen Angriffen Sazonows auf Österreich-Ungarn trat Graf Pourtalès energisch entgegen; er erhielt, als er auch das monarchische Prinzip vorbrachte, vom russischen Minister des Äußern die ablehnende Antwort, „das habe mit dem monarchischen Prinzip gar nichts zu tun, das sei eine politische Frage".

Der deutschen Regierung, die die Sache Österreich-Ungarns in St. Petersburg bundesgenössisch zu vertreten gesonnen war, schwebte wie bisher, auch weiterhin als Ziel die Lokalisierung des Konflikts zwischen der Monarchie und Serbien vor [2]. Sie berücksichtigte bei diesem Bemühen das dem Bundesgenossen

Bemühen der deutschen Regierung, den Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien zu lokalisieren

„welche vorher keinerlei vorbereitende Maßnahmen getroffen worden „waren, beweist zur Genüge, daß wir mit der Wahrscheinlichkeit der „Annahme unserer Forderungen gerechnet hatten und keinerlei Detail-„vorbereitungen verfügt, geschweige denn mit Deutschland einverständlich „vorbereitet hatten."

[1] Telegramm aus Berlin d. d. 25. Juli, Nr. 290.

[2] Vgl. Seite 144, Anmerkung 1; 147, 150, 173, 227.

als Großmacht zukommende Prestige und suchte gleichzeitig die Gefahren einer europäischen Verwicklung durch ihre Einwirkung auf das mobilisierende Rußland zu bannen[1].

Rom

Überreichung der Zirkularnote

In Rom übergab Graf Ambrózy am 24. Juli um 11 Uhr 30 Minuten vormittags die österreichisch-ungarische Zirkularnote in Abwesenheit des Ministers des Äußern und des Unterstaatssekretärs dem Generalsekretär de Martino[2].

Dieser machte bei Beginn der Lektüre die Bemerkung, es sei sehr geschickt, die Note mit der Zitierung der serbischen Note aus dem Jahre 1909 zu beginnen. Im weiteren Verlaufe der Lektüre sagte er, den persönlichen Charakter dieser Bemerkung betonend, es scheine ihm, daß die Monarchie Serbien geradezu als Großmacht behandle,

[1] In der Berichterstattung des k. u. k. Gesandten in München spiegelt sich die Haltung der Berliner Regierung in folgender Weise wieder:

„Nach vertraulichen Meldungen, die aus Berlin hier eintrafen, erblickt „man daselbst in der drohenden Sprache Frankreichs und Rußlands den „Versuch, Österreich-Ungarn durch Bluff einzuschüchtern. Mitte nächster „Woche werde man wahrscheinlich sehen, daß Rußland Reserven ein-„berufe. Dann heiße es für Wien, wie für Berlin, die Nerven nicht zu „verlieren, „denn jede Gegenmaßnahme würde eine Atmosphäre erzeugen, „bei der die Lokalisierung des Konflikts unmöglich werden könnte". „Deutschlands Bestreben müsse sein, bei den Kabinetten, vor allem in „London, sowie in der Presse den Standpunkt zu vertreten, daß es sich „um eine Auseinandersetzung handle, die nur Österreich-Ungarn und „Serbien angehe und zu der die Monarchie nach dem Vorgefallenen „unbedingt berechtigt sei. Als mot d'ordre gelte: Volle moralische Unter-„stützung Österreich-Ungarns, aber kein Säbelgerassel deutscherseits und „keine Anspielung auf ‚Entscheidung zwischen Deutschtum und Slawentum', „noch auch Hinweise auf die Nibelungentreue mit Spitze gegen Rußland."

(Bericht aus München d. d. 25. Juli, Nr. 69 P.)

Tags darauf (26. Juli) meldete der k. u. k. Gesandte aus München:

„Es ist bezeichnend, daß die in meiner gestrigen Relation gemeldeten „Berliner Beschwichtigungsnachrichten heute nochmals auf das Nachdrück-„lichste wiederholt und appuyiert wurden. Danach wären den russischen „Annoncen über Mobilisierung großer Truppenmassen deutscherseits nur „kühles Zuwarten,' keineswegs aber Gegenrüstungen entgegenzustellen."

(Bericht aus München d. d. 26. Juli, Nr. 70 P.)

[2] Telegramm aus Rom d. d. 24. Juli, Nr. 535.

indem sie sich durch die auf seinem Territorium betriebene Agitation als gefährdet erachte. Über die Publikation, die das Wiener Kabinett von Serbien verlange, bemerkte er, dieses Petitum könne und müsse die Belgrader Regierung annehmen. Zu Punkt 4 der Forderungen äußerte er sich, daß dessen Annahme der serbischen Regierung schwer fallen würde. Als er die Notiz über das Untersuchungsergebnis in Sarajevo gelesen hatte, schien er sehr überrascht.

Am Schlusse der Lektüre meinte Herr de Martino: „Wir scheinen an einem Wendepunkte der Geschichte angekommen zu sein." Der Antwort Graf Ambrózys, der Generalsekretär müsse den rein defensiven Charakter der österreichisch-ungarischen Aktion zugeben, stimmte dieser mit den Worten zu: „Certainement, je n'aurais cru „que l'on puisse constater et prouver la culpabilité d'offi„ciers et de fonctionnaires serbes dans le drame de Sara„jévo." Schließlich versicherte Herr de Martino noch, daß er die Abschrift der Note ehestens an Marquis di San Giuliano leiten werde.

Offizielle Anmeldung des Kompensationsrechtes Italiens auf Grund des Artikels VII des Dreibundvertrages

Als Widerhall auf die Mitteilung der österreichisch-ungarischen Zirkularnote in Rom erfolgte in Wien die offizielle Anmeldung des Kompensationsrechtes Italiens[1]. Herzog von Avarna erschien am 25. Juli beim Grafen Berchtold und teilte ihm aus Anlaß des Konflikts zwischen der Monarchie und Serbien mit, die königlich italienische Regierung behalte sich für den Fall, als dieser Konflikt eine kriegerische Wendung nehme und zu einer — wenn auch nur provisorischen — Besetzung serbischen Territoriums führen sollte, vor, das ihr auf Grund des Artikels VII des Dreibundvertrages zustehende Kompensationsrecht in Anspruch zu nehmen. Die italienische Regierung sei überdies auf Grund des eben angeführten Vertragsartikels der Ansicht, daß das Wiener Kabinett sich vor der eventuellen Besetzung serbischen Gebietes mit ihr ins Einvernehmen setzen müßte.

Im übrigen beabsichtige die italienische Regierung, in dem eventuell bewaffneten Konflikt zwischen Österreich-Ungarn

[1] Tagesbericht d. d. 25. Juli, Nr. 3539.

und Serbien eine freundschaftliche und den Bündnispflichten entsprechende Haltung einzunehmen.

Paris

Überreichung der Zirkularnote

In Paris übermittelte Graf Szécsen am 24. Juli dem mit der Vertretung des abwesenden Ministers des Äußern betrauten Justizminister den Zirkularerlaß, indem er ihm denselben vorlas und eine Abschrift desselben einhändigte[1]. Herr Bienvenu Martin, der durch die Pariser Morgenblätter vom Inhalte der Demarche in Belgrad beiläufig informiert war, schien durch die Mitteilung des Grafen Szécsen ziemlich beeinflußt. Er ließ sich in keine nähere Erörterung des Textes ein, gab aber bereitwillig zu, daß die Ereignisse der letzten Zeit und die Haltung der serbischen Regierung ein energisches Einschreiten seitens der Monarchie ganz begreiflich erscheinen ließen. Der Punkt 5 schien dem Minister besonders aufzufallen, denn er ließ sich denselben zweimal vorlesen. Im übrigen dankte er für die Mitteilung des k. u. k. Botschafters, die, wie er sagte, eingehend geprüft werden würde.

Graf Szécsen nahm die Gelegenheit wahr zu betonen, daß es sich hier um eine Frage handle, die direkt zwischen Serbien und der Monarchie ausgetragen werden müsse, daß es aber im allgemeinen europäischen Interesse liege, wenn die Unruhe, die seit Jahren durch die serbischen Stänkereien gegen die Monarchie aufrecht erhalten werde, endlich einem klaren Zustande Platz mache. Alle Freunde des Friedens und der Ordnung — und zu diesen zähle er Frankreich in erster Linie — sollten daher Serbien ernstlich raten, seine Haltung gründlich zu ändern und den berechtigten österreichisch-ungarischen Forderungen Rechnung zu tragen.

Der Minister gab zu, daß Serbien die Pflicht habe, gegen etwaige Komplizen der Mörder von Sarajevo energisch vorzugehen, eine Pflicht, der es sich wohl nicht entziehen werde. Unter nachdrücklicher Betonung der Sympathie Frankreichs für Österreich-Ungarn und der zwischen den

[1] Telegramm aus Paris d. d. 24. Juli, Nr. 119.

beiden Ländern bestehenden guten Beziehungen sprach Herr Bienvenu die Hoffnung aus, daß die Streitfrage friedlich in einer den Wünschen der Monarchie entsprechenden Weise ausgetragen werden möge. Der Minister vermied dabei jeden Versuch, die Haltung Serbiens irgendwie zu verteidigen und zu beschönigen.

Auf die Leitung der auswärtigen Politik — schloß Graf Szécsen seinen Bericht — habe Herr Bienvenu natürlich keinen Einfluß.

Demarche des deutschen Botschafters in Paris (24. Juli)

Zur Bekundung der Solidarität mit der Monarchie hatte der deutsche Botschafter Baron Schön den Auftrag erhalten, in Paris mitzuteilen[1], nach Ansicht des Berliner Kabinetts sei die Kontroverse der Monarchie mit Serbien eine Angelegenheit, die nur die beiden beteiligten Staaten angehe. Anknüpfend hieran sollte er auch zu verstehen geben, daß, falls sich dritte Staaten einmischen wollten, Deutschland, seinen Allianzpflichten getreu, auf der Seite der Monarchie zu finden sein werde.

Baron Schön führte die ihm aufgetragene Demarche am 24. Juli aus[2]. Herr Bienvenu ließ sich dabei vernehmen, er könne sich noch nicht definitiv äußern; soviel könne er aber schon jetzt sagen, daß die französische Regierung ebenfalls der Ansicht sei, die österreichisch-ungarische Kontroverse mit Serbien ginge nur Belgrad und Wien an, und daß man in Paris hoffe, die Frage werde eine direkte und friedliche Lösung finden.

Dem serbischen Gesandten sei bereits der Rat erteilt worden, seine Regierung möge in allen Punkten, soweit als nur möglich, nachgeben, „insofern ihre Souveränitätsrechte nicht tangiert würden".

Herr Berthelot, der dieser Unterredung beiwohnte, schien zu befürchten, daß die öffentliche Meinung in Rußland einen starken Druck zugunsten des Eingreifens ausüben würde. Könne die russische Regierung diesem Drucke widerstehen, so halte er eine friedliche Verständigung für möglich.

[1] Telegramm aus Paris d. d. 24. Juli, Nr. 120.
[2] Telegramm aus Paris d. d. 24. Juli, Nr. 121.

Bezüglich der österreichisch-ungarischen Forderungen meinte er, die serbische Regierung sollte eine prinzipielle Annahme derselben sofort erklären, hinsichtlich einzelner Punkte aber nähere Details und Aufklärungen verlangen, zum Beispiel über die Art und Weise der Mitwirkung österreichisch-ungarischer Organe bei der in Serbien vorzunehmenden gerichtlichen Untersuchung.

London

Aufklärungen an Sir Edward Grey, betreffend die kurze Befristung der Note

Der englische Staatssekretär hatte sich bei der vertraulichen Mitteilung, die ihm Graf Mensdorff am Nachmittag des 23. Juli über die österreichisch-ungarische Note machte, in einem Sinne geäußert, der es Graf Mensdorff naheliegend erscheinen ließ, Sir Edward werde sich insbesondere an der kurzen Befristung der Note stoßen [1]. Graf Mensdorff erhielt darauf unverzüglich den Auftrag [2], den englischen Minister darüber aufzuklären, daß die in Belgrad vollzogene Demarche nicht als formelles Ultimatum zu betrachten sei, sondern daß es sich um eine befristete Demarche handle, die — wenn die Frist fruchtlos ablaufe — einstweilen nur von dem Abbruche der diplomatischen Beziehungen und von dem Beginne notwendiger militärischer Vorbereitungen gefolgt sein werde, da Österreich-Ungarn unbedingt entschlossen sei, seine berechtigten Forderungen durchzusetzen.

Graf Mensdorff wolle gleichzeitig als seine persönliche Meinung beifügen, daß die Monarchie allerdings Serbien, wenn es nach Ablauf des Termins nur unter dem Drucke der militärischen Vorkehrungen der Monarchie nachgeben würde, zum Ersatze der ihr erwachsenen Kosten verhalten müßte, da die Monarchie bekanntlich 1908 und 1912 zweimal Serbiens wegen habe mobilisieren müssen.

Überreichung der Zirkularnote (24. Juli). Erwägung eines Ge-

Sir Edward Grey las die ihm am 24. Juli überreichte Zirkularnote aufmerksam durch [3]. Bei Punkt 5 fragte er, wie die Einsetzung der Organe der österreichisch-ungarischen Regierung in Serbien zu verstehen sei; das wäre gleich-

[1] Vgl. Seite 132 ff.

[2] Weisung nach London d. d. Wien, 24. Juli, Nr. 161.

[3] Telegramm aus London d. d. 24. Juli, Nr. 108.

bedeutend mit dem Aufhören der staatlichen Unabhängigkeit Serbiens. Graf Mensdorff erwiderte, die Kollaboration, zum Beispiel von Polizeiorganen, tangiere keineswegs die Staatssouveränität.

Gedankenaustausches zwischen den Alliierten Österreich-Ungarns und jenen Rußlands

Des Weiteren wiederholte der Staatssekretär seine gestrigen Bedenken gegen die kurze Befristung, die die Einwirkung anderer Mächte nahezu unmöglich mache. Er bezeichnete die Note als das formidabelste Dokument, das je von einem Staate an einen anderen gerichtet wurde, er anerkannte aber, daß das über die Mitschuld an dem Verbrechen von Sarajevo Gesagte sowie manche der Forderungen berechtigt seien.

Das Hauptbedenken zur Annahme scheine ihm Punkt 5, sodann die kurze Befristung und der Umstand zu sein, daß eigentlich der Text der Antwort diktiert werde.

Was ihn ernstlich beunruhige, sei die Rückwirkung auf den europäischen Frieden. Wenn dieser nicht gefährdet wäre, würde er bereit sein, die Angelegenheit als eine solche zu betrachten, die nur Österreich-Ungarn und Serbien berühre. Er sei aber sehr „apprehensiv", daß mehrere Großmächte in einen Krieg verwickelt werden könnten. Von Rußland, Deutschland und Frankreich sprechend, bemerkte Sir Edward, die Bestimmungen des französisch-russischen Bündnisses dürften ungefähr so lauten, wie die des Dreibundes.

Graf Mensdorff legte dem Staatssekretär ausführlich den Standpunkt des Wiener Kabinetts dar. Er begreife, daß Sir Edward zunächst nur die Frage der Rückwirkung auf den europäischen Frieden erwäge, der Staatssekretär müsse aber auch, um den Standpunkt des Wiener Kabinetts zu würdigen, sich in die Lage der Monarchie versetzen.

Sir Edward wollte in eine nähere Diskussion über dieses Thema nicht eingehen; er müsse die Note auch noch genauer studieren. Jetzt handle es sich darum, zu versuchen, was man noch tun könne, um der drohenden Gefahr zu begegnen. Er habe zunächst den deutschen und den französischen Botschafter zitiert. Mit den Alliierten Österreich-Ungarns und Rußlands, die aber selbst keine direkten Interessen in Serbien hätten, müsse er vor allem in Gedankenaustausch treten.

Zwischendurch wiederholte Sir Edward häufig, er sei hinsichtlich der Erhaltung des Friedens zwischen den Großmächten sehr besorgt.

Äußerungen Sir Edward Greys gegenüber dem deutschen Botschafter (24. Juli). Erste Anregung einer Vermittlung zu viert

Dem Fürsten Lichnowsky gegenüber, der Sir Edward instruktionsgemäß den Standpunkt der deutschen Regierung mitgeteilt hatte, äußerte sich der Staatssekretär, wie Graf Mensdorff gleichfalls am 24. Juli [1] meldete, sehr perplex und beunruhigt. Es sei noch nie in solch einem Tone zu einem unabhängigen Staate gesprochen worden. Sir Edward kritisierte die Form noch mehr als den Inhalt; die kurze Frist mache jede Einwirkung unmöglich. Wenn die deutsche Regierung darauf einginge, möchte er gemeinschaftlich mit ihr eine kurze Fristerstreckung vorschlagen, um noch etwas zu versuchen.

Wenn es nur eine österreichisch-ungarisch-serbische Frage wäre; würde sich der Staatssekretär nicht weiter darum kümmern. Er wisse noch nichts von Petersburg; sollte aber die den Slawen sympathische Strömung einsetzen, so könne er mit Ratschlägen nichts ausrichten.

Den Eindruck seiner Unterredung mit dem englischen Staatssekretär resumierte Fürst Lichnowsky dahin, daß sich Sir Edward mit der deutschen Regierung im Wunsche begegne, den Konflikt zwischen der Monarchie und Serbien zu lokalisieren.

Sollte aber ein Konflikt zwischen der Monarchie und Rußland entstehen, so würde Sir Edward Grey an eine Vermittlung à quatre (England, Deutschland, Frankreich und Italien) zwischen Wien und Petersburg denken.

St. Petersburg

Überreichung der Zirkularnote (24. Juli)

Den erhaltenen Weisungen entsprach der k. u. k. Botschafter Graf Szápáry auftragsgemäß am 24. Juli [2].

Der Minister empfing Graf Szápáry mit den Worten [3], er wisse, was den k. u. k. Botschafter zu ihm führe, und

[1] Telegramm aus London d. d. 24. Juli, 8 Uhr 48 Minuten p. m., Nr. 109.

[2] Telegramm aus Petersburg d. d. 24. Juli, Nr. 156.

[3] Telegramm aus Petersburg d. d. 24. Juli, Nr. 157.

er müsse ihm gleich erklären, er werde zu der österreichisch-ungarischen Demarche keine Stellung nehmen. Graf Szápáry begann mit der Verlesung seines Auftrages. Der Minister unterbrach ihn zum ersten Male bei der Erwähnung der Serie von Attentaten und fragte, ob denn erwiesen sei, daß diese alle in Belgrad ihren Ursprung hätten. Graf Szápáry betonte, sie seien der Ausfluß der serbischen Aufwiegelung. Im weiteren Verlaufe der Vorlesung äußerte Herr Sazonow, er wisse, worum es sich handle: Die Monarchie wolle Serbien den Krieg machen und die angegebenen Gründe sollten der Vorwand sein. Graf Szápáry replizierte, die Haltung der Monarchie [in den letzten Tagen sei ein hinreichender Beweis, daß sie Serbien gegenüber Vorwände weder suche noch brauche. Die seitens Österreich-Ungarns von der serbischen Regierung geforderten solennen Enunziationen riefen merkwürdigerweise den Widerspruch des Ministers nicht hervor; er versuchte nur immer wieder zu behaupten, daß Pašić sich bereits in dem gewünschten Sinne ausgesprochen habe, was Graf Szápáry richtigstellte. „Il dira cela 25 fois, si vous voulez" sagte er. Bei der Erwähnung der Publikationen meinte Herr Sazonow nur, ob dies auf Gegenseitigkeit beruhen werde. Graf Szápáry erwiderte darauf, niemand wende sich in der Monarchie gegen Serbiens Integrität oder Dynastie. Am lebhaftesten erklärte sich Herr Sazonow gegen die Auflösung der „Narodna Odbrana", die Serbien niemals vornehmen werde. Weiteren Widerspruch von Seite des Ministers löste die Beteiligung von k. u. k. Funktionären an der Unterdrückung der subversiven Bewegung aus. Serbien werde also daheim nicht mehr der Herr sein. „Sie werden dann „immer wieder intervenieren wollen und welches Leben „werden Sie da Europa bereiten!" Graf Szápáry erwiderte, es werde, wenn Serbien guten Willen habe, ein ruhigeres sein als bisher.

Die Beilage mit den Ergebnissen der Untersuchung trachtete Herr Sazonow zu zerpflücken und die Richtigkeit der angeführten Resultate in Zweifel zu ziehen. Warum habe man die Serben nicht zu Worte kommen lassen, und wozu die Ultimatumform? Serbien könne vielleicht die

Unrichtigkeit der Anklagen beweisen. Graf Szápáry machte gegenständliche Einwendungen.

Den an die Mitteilung der Note angefügten Kommentar hörte der Minister ziemlich ruhig an; bei dem Passus, daß sich die Monarchie in ihren Gefühlen mit allen zivilisierten Nationen eins wisse, meinte er, dies sei ein Irrtum. Graf Szápáry wies mit allem ihm zu Gebote stehenden Nachdruck darauf hin, wie traurig es wäre, wenn die Monarchie in dieser Frage, bei der alles im Spiele sei, was sie Heiligstes hätte und — was immer der Minister sagen wolle — auch in Rußland heilig sei, in Rußland kein Verständnis fände. Der Minister suchte die monarchische Spitze der Angelegenheit abzubrechen. „L'idée monarchique n'a rien à faire avec cela."

Das zur Verfügung der Regierung gehaltene Dossier betreffend, meinte Herr Sazonow [1], weshalb sich das Wiener Kabinett diese Mühe gegeben habe, da es doch bereits ein Ultimatum erlassen hätte. Dies beweise am besten, daß man in Wien eine unparteiische Prüfung des Falles gar nicht anstrebe. Graf Szápáry entgegnete, daß für das Vorgehen in dieser zwischen Österreich-Ungarn und Serbien spielenden Angelegenheit die durch die eigene Untersuchung der Monarchie erzielten Resultate genügten und daß das Wiener Kabinett bereit sei, den Mächten weitere Aufschlüsse zu geben, weil es nichts zu verstecken hätte, falls dieselben sie interessierten.

Herr Sazonow meinte darauf, jetzt, nach dem Ultimatum, sei er eigentlich gar nicht neugierig: „C'est que vous voulez „la guerre et vous avez brûlé vos ponts." Graf Szápáry erwiderte, die Monarchie sei die friedliebendste Macht auf der Welt, was sie wolle, sei nur die Sicherung ihres Territoriums vor der Revolution und der Dynastie vor Bomben. „On voit „comme vous êtes pacifiques puisque vous mettez le feu à l'Europe" meinte Herr Sazonow.

Was die Monarchie wolle, entgegnete Graf Szápáry nochmals, sei, Ruhe zu haben, und seine Regierung habe dazu die zweckdienlichen Maßnahmen gewählt.

[1] Telegramm aus Petersburg d. d. 24. Juli, Nr. 159.

Auch den von Graf Szápáry auftragsgemäß mündlich vorgetragenen Kommentar hörte der Minister ruhig an, versuchte aber hiebei wieder die Ablehnung des letzten, den Königsmord betreffenden Passus.

An die Ausführung des Auftrages des Grafen Szápáry schloß sich eine längere Diskussion an, in welcher Herr Sazonow unter anderem die Politik des Wiener Kabinetts dem Grafen Forgách unterschieben wollte. Im Verlaufe der weiteren Erörterung ließ Sazonow nochmals die Bemerkung fallen, daß das Wiener Kabinett jedenfalls eine ernste Situation geschaffen habe. Rußland, das Slawentum, die Orthodoxie wurden dabei von ihm nicht genannt; er sprach nur immer von England, Frankreich, Europa und dergleichen, und von dem Eindruck, den der Schritt des Wiener Kabinetts in Petersburg und anderwärts machen werde.

Trotz der relativen Ruhe des Ministers war seine Stellungnahme eine durchaus ablehnende und gegnerische. Nach eineinhalbstündigem Verweilen verließ Graf Szápáry das Arbeitskabinett des Ministers.

Besprechung Sazonow—Graf Pourtalès

Nach fünfstündigem Ministerrate empfing Herr Sazonow am 24. Juli abends den deutschen Botschafter, mit dem er eine lange, zum Teil sehr erregte, schließlich aber freundschaftlich endende Unterredung hatte [1].

Der Minister verfocht Graf Pourtalès gegenüber die — wahrscheinlich als Resultat des Ministerrates zu betrachtende — Ansicht, der österreichisch-ungarisch-serbische Streit sei keine auf diese beiden Staaten beschränkte Angelegenheit, sondern eine europäische, da der im Jahre 1909 durch eine serbische Deklaration erfolgte Ausgleich unter den Auspizien ganz Europas vollzogen worden sei. Herr Sazonow hob hervor, es habe ihn insbesondere der Umstand unangenehm berührt, daß Österreich-Ungarn die Prüfung eines Dossiers angeboten habe, während bereits ein Ultimatum ergangen sei. Rußland würde eine internationale Prüfung dieses Dossiers verlangen. Graf Pourtalès machte Herrn Sazonow sofort darauf aufmerksam, daß Österreich-Ungarn eine Einmischung

[1] Telegramm aus Petersburg d. d. 24. Juli, Nr. 160.

in sein Verhältnis zu Serbien nicht akzeptieren werde und daß auch Deutschland seinerseits eine Zumutung nicht annehmen könne, die der Würde des Bundesgenossen als Großmacht zuwiderlaufe.

Im weiteren Verlaufe des Gespräches erklärte der russische Minister, daß dasjenige, was Rußland nicht gleichgültig hinnehmen könne, die eventuelle Absicht Österreich-Ungarns wäre „de dévorer la Serbie". Graf Pourtalès erwiderte, er nehme eine solche Intention bei Österreich-Ungarn nicht an, da dies dem eigensten Interesse der Monarchie zuwiderlaufen würde. Österreich-Ungarn sei wohl nur daran gelegen, „d'infliger à la Serbie le châtiment justement mérité". Herr Sazonow drückte darauf seine Zweifel aus, ob es sich Österreich-Ungarn, selbst wenn hierüber Erklärungen vorliegen würden, hieran genügen lassen werde.

Die Unterredung schloß mit einem Appell Herrn Sazonows, Deutschland möge mit Rußland an der Erhaltung des Friedens zusammenarbeiten. Der deutsche Botschafter versicherte dem russischen Minister, daß Deutschland gewiß nicht den Wunsch habe, einen Krieg zu entfesseln, daß es aber selbstverständlich die Interessen seines Bundesgenossen voll vertrete.

Abgabe einer Erklärung hinsichtlich des territorialen Desinteressements seitens der Monarchie. Anregung des Grafen Szápáry (24. Juli)

Diesem am 25. Juli, 2 Uhr 30 Minuten a. m., expedierten telegraphischen Berichte fügte Graf Szápáry die Anfrage an Graf Berchtold bei, ob und wann er zur Verwertung des — Italien gegenüber ohnehin unentbehrlichen — Momentes des territorialen Desinteressements der Monarchie ermächtigt werde.

Ohne bis jetzt Ursache für die Annahme zu haben, daß Marquis Carlotti diesbezüglich im Zweifel sei, erscheine Graf Szápáry eine Andeutung darüber sehr angezeigt, ob er sich seinem italienischen Kollegen gegenüber auf den Standpunkt der territorialen Uninteressiertheit stellen dürfe.

Weisung an den k. u. k. Botschafter (25. Juli)

Auf die Anregung des Grafen Szápáry erfloß am 25. Juli der Bescheid Graf Berchtolds, das Moment des territorialen Desinteressements vorläufig weder Herrn Sazonow noch dem italienischen Botschafter gegenüber zu berühren[1].

[1] Weisung nach Petersburg d. d. Wien, 25. Juli, Nr. 175. Expediert 26. Juli, 7 Uhr 40 Minuten a. m.

Am Vormittag des 24. Juli, an dem Graf Szápáry in Petersburg die Zirkularnote überreichte, erhielt Graf Berchtold den Besuch des russischen Geschäftsträgers Fürsten Kudascheff[1]. Graf Berchtold versicherte ihm, er habe ein spezielles Gewicht darauf gelegt, ihn sobald als möglich von dem Schritte des Wiener Kabinetts in Belgrad in Kenntnis zu setzen und ihm diesbezüglich den eingenommenen Standpunkt darzulegen.

Besprechung des Grafen Berchtold mit dem russischen Geschäftsträger Fürsten Kudascheff (24. Juli)

Fürst Kudascheff dankte für diese Aufmerksamkeit, verhehlte jedoch dem Grafen Berchtold seine Beunruhigung über das kategorische Vorgehen des Wiener Kabinetts gegen Serbien nicht, wobei er bemerkte, daß man in St. Petersburg immer besorgt gewesen sei, ob nicht die Demarche die Form einer Demütigung für Serbien haben werde, was nicht ohne Rückwirkung auf Rußland bleiben könnte.

Graf Berchtold ließ es sich angelegen sein, den russischen Geschäftsträger in dieser Richtung zu beruhigen. Nichts liege dem Wiener Kabinett ferner, als Serbien demütigen zu wollen, woran es nicht das geringste Interesse hätte. Auch sei das Bestreben dahin gegangen, nichts in die Note aufzunehmen, was einen solchen Eindruck erwecken könnte. Das Ziel des Wiener Kabinetts bestehe lediglich darin, das unhaltbare Verhältnis Serbiens zur Monarchie zu klären, und zu diesem Zwecke die dortige Regierung zu veranlassen, einerseits die gegen den derzeitigen Bestand der Monarchie gerichteten Strömungen öffentlich zu desavouieren und durch administrative Maßnahmen zu unterdrücken, andrerseits die Möglichkeit zu bieten, der Monarchie von der gewissenhaften Durchführung dieser Maßnahmen Rechenschaft zu geben. Graf Berchtold führte des Längeren aus, welche Gefahr ein weiteres Gewährenlassen der großserbischen Propaganda nicht nur für die Integrität der Monarchie, sondern auch für das Gleichgewicht und den Frieden in Europa nach sich ziehen würde, und wie sehr alle Dynastien, nicht zuletzt die russische, durch die Einbürgerung der Auffassung bedroht erschienen, daß eine Bewegung ungestraft bleiben könne, die sich des Mordes

[1] Tagesbericht vom 24. Juli, Nr. 3578.

als eines nationalistischen Kampfmittels bediene. Schließlich verwies Graf Berchtold darauf, daß die Monarchie keine Gebietserwerbung, sondern bloß die Erhaltung des Bestehenden bezwecke; ein Standpunkt, der bei der russischen Regierung ebenso Verständnis finden müsse, wie es in Wien selbstverständlich erscheine, daß Rußland keinen Angriff auf seine territoriale Integrität gewähren lassen würde.

Fürst Kudascheff bemerkte darauf, er kenne den Standpunkt seiner Regierung nicht und wisse auch nicht, wie sich Serbien zu den einzelnen Forderungen stellen werde. Sein persönlicher Eindruck gehe dahin, daß das Wiener Kabinett von der Regierung eines konstitutionellen Staates Unmögliches verlange. Es komme ihm vor, als ob von jemand gefordert werden würde, zuerst zum Fenster hinauszuspringen und dann über die Stiege zurückzukommen. Daß der Wortlaut der Regierungserklärung und des Armeebefehles von dem Wiener Kabinett vorgeschrieben werde, erscheine ihm als eine starke Demütigung Serbiens. Weiter sei ihm der Punkt aufgefallen, wonach die Monarchie die Mitwirkung ihrer Organe bei der Unterdrückung der gegen die Monarchie gerichteten Propaganda verlange; dies sei wohl nicht mit dem Völkerrecht in Einklang zu bringen. Rußland habe allerdings auch Abmachungen mit Frankreich und Deutschland wegen Etablierung russischer Sicherheitsorgane in diesen Staaten. Dies bilde aber ein „Privileg“ und kein „Recht“. Nicht minder sei es völkerrechtswidrig, die Bestrafung der Schuldigen auf serbischem Boden zu begehren, man könnte höchstens die Auslieferung verlangen. (Was Fürst Kudascheff damit meinte, erschien Graf Berchtold nicht recht klar; doch ließ sich der russische Geschäftsträger auf die Einwendung, daß sich dieses Petit nicht im Widerspruche mit dem Völkerrecht befinde, nicht näher ein.) Auch die kurze Befristung flöße dem russischen Geschäftsträger große Besorgnis ein. Was werde geschehen, wenn dieselbe verlaufe, ohne daß eine zufriedenstellende Antwort von Serbien gegeben werde? Auf die Erwiderung des Grafen Berchtold, daß dann der österreichisch-ungarische Gesandte und das Gesandtschafts-

personal abzureisen hätten, reflektierte Fürst Kudascheff mit dem Bemerken: „Alors c'est la guerre."

Zum Schlusse der Unterredung betonte der Geschäftsträger, daß er nicht ermangeln werde, seiner Regierung die Auskünfte zur Kenntnis zu bringen, die ihm Graf Berchtold über den Schritt des Wiener Kabinetts gegeben habe, namentlich auch in der Richtung, daß von Seite der Monarchie keine Demütigung Serbiens beabsichtigt sei.

Russischer Vorschlag hinsichtlich einer Fristerstreckung für Serbien (25. Juli)

Die kurze Befristung der österreichisch-ungarischen Note hatte auch anderwärts, insbesondere aber bei Sir Edward Grey Bedenken hervorgerufen. Herr Sazonow hatte seine diesbezüglichen Befürchtungen sowohl dem Grafen Szápáry als dem deutschen Botschafter gegenüber betont. In Wien vollzog der russische Geschäftsträger am 25. Juli positive Schritte zur Erwirkung einer Fristverlängerung für Serbien.

Zu diesem Zwecke richtete Fürst Kudascheff an den in Bad Ischl weilenden (oder eventuell noch auf der Hinreise begriffenen) Grafen Berchtold am 25. Juli vormittags ein dringliches Telegramm[1].

Auch sprach der russische Geschäftsträger bei dem ersten Sektionschef Baron Macchio vor[2], dem er den Wunsch seiner Regierung ausdrückte, die in der Note an Serbien angegebene Frist möge verlängert werden. Dieses Ersuchen werde damit begründet, daß die Mächte von dem Schritte des Wiener Kabinetts vollständig überrascht worden seien, und daß die russische Regierung es als eine natürliche Rücksicht des Wiener gegen die anderen Kabinette betrachten würde, wenn den letzteren Gelegenheit gegeben würde, die Grundlage der Mitteilung des Wiener Kabinetts an die Mächte zu prüfen und das in Aussicht gestellte Dossier zu studieren.

[1] Telegramm an Graf Berchtold in Ischl d. d. Wien, 25. Juli, 11 Uhr 5 Minuten a. m., Telegraphenamt 49, Nr. 2089; Telegramm an Graf Berchtold, Schnellzug 109, Linz, d. d. Wien, 25. Juli, 10 Uhr 50 Minuten a. m., Telegraphenamt 49, Nr. 2085.

[2] Telegramm an Graf Berchtold in Ischl d. d. Wien, 25. Juli, 1 Uhr 45 Minuten p. m., Prot. Nr. 5241.

Baron Macchio antwortete dem Geschäftsträger, er werde seine Ausführungen sofort zur Kenntnis des Grafen Berchtold bringen; er könne ihm aber schon jetzt sagen, es bestehe keine Aussicht, daß von Seite des Wiener Kabinetts eine Verlängerung der angegebenen Frist gewährt würde. Was die Gründe anbelange, die die russische Regierung zur Erhärtung des von ihr vorgebrachten Wunsches angeführt habe, so beruhten dieselben anscheinend auf einer irrtümlichen Voraussetzung, da die Note an die Mächte keineswegs den Zweck verfolgt hätte, dieselben einzuladen, ihre gegenständliche Auffassung bekanntzugeben, sondern nur den Charakter einer Information habe, die das Wiener Kabinett als eine Pflicht internationaler Höflichkeit angesehen hätte. Im übrigen betrachte das Wiener Kabinett die Aktion als eine nur Österreich-Ungarn und Serbien berührende Angelegenheit, zu der die Monarchie sehr gegen ihren Wunsch und trotz ihrer seit Jahren bekundeten Langmut und Geduld durch die Entwicklung der Verhältnisse zur Verteidigung ihrer vitalsten Interessen gezwungen worden sei.

Baron Macchio versprach dem russischen Geschäftsträger, ihm eine möglichst baldige Antwort mitzuteilen, und bat daher um eine telegraphische Benachrichtigung, ob Graf Berchtold die erteilte Erwiderung billige.

Depeschenwechsel Graf Berchtold — Baron Macchio in Angelegenheit der Fristerstreckung

Diese von Baron Macchio am 25. Juli, 1 Uhr 45 Minuten nachmittags, ausgestellte Depesche kreuzte sich mit einer aus Lambach um 2 Uhr nachmittags expedierten, für Baron Macchio bestimmten Weisung[1]. Graf Berchtold ersuchte darin Baron Macchio, dem russischen Geschäftsträger in seinem Namen zu antworten, er könne eine Verlängerung der Frist nicht zugeben. Baron Macchio wolle hinzufügen, daß Serbien auch nach dem Abbruche der diplomatischen Beziehungen durch uneingeschränkte Annahme der Forderungen des Wiener Kabinetts eine friedliche Lösung herbeiführen könne, doch würde das Wiener Kabinett in diesem Falle genötigt sein, den Rückersatz aller der Monarchie durch militärische Maßnahmen verursachten Kosten und Schäden von Serbien zu verlangen.

[1] Telegramm des Ministers des Äußern an Baron Macchio d. d. Lambach, 25. Juli, 2 Uhr p. m., ohne Nummer.

Der deutsche Botschafter sei von Vorstehendem zu verständigen [1].

Noch am selben Tage, nachmittags 6 Uhr 40 Minuten, setzte Graf Berchtold in Bad Ischl ein weiteres Telegramm an Baron Macchio auf, das die entschiedene Erwiderung des ersten Sektionschefs dem russischen Staatsträger gegenüber vollkommen billigte und Baron Macchio ersuchte, Fürst Kudascheff dies mitzuteilen [2]. Auch wurde Graf Szápáry am 25. Juli, 9 Uhr abends, von der erfolgten Ablehnung des russischen Vorschlages zur eigenen Orientierung unterrichtet [3].

Instruktion für den k. u. k. Botschafter in St. Petersburg (25. Juli) [5]

Für das Wiener Kabinett begann sich der Schwerpunkt der Krise von Belgrad mehr und mehr nach Petersburg zu verschieben. Es oblag dem Grafen Berchtold, dem k. u. k. Botschafter in Petersburg eine Instruktion zu erteilen, die sich mit der Möglichkeit eines aus der serbischen Differenz hervorgehenden Konflikts mit Rußland befaßte [4].

In dem Augenblicke — besagte der Text [5] —, in dem sich das Wiener Kabinett zu einem ernsten Vorgehen gegen Serbien entschlossen habe, sei es sich natürlich auch der Möglichkeit eines sich aus der serbischen Differenz entwickelnden Zusammenstoßes mit Rußland bewußt gewesen. Das Wiener Kabinett konnte sich aber durch diese Eventualität in seiner Stellungnahme gegenüber Serbien nicht beirren lassen, weil grundlegende staatspolitische Konsiderationen

[1] Eine frühere Benachrichtigung des deutschen Botschafters hinsichtlich dieses Gegenstandes ist nicht feststellbar.

[2] Telegramm aus Bad Ischl d. d. 25. Juli, 6 Uhr 40 Minuten p. m. ohne Nummer. In dem Konzept dieses Telegramms war der folgende Abschnitt nachträglich gestrichen worden:

„Ich ersuche Euere Exzellenz, wenn Sie im Sinne meines Telegrammes „über die Möglichkeit eines späteren Nachgebens Serbiens und über die „Kosten sprechen, dies in inoffizieller Weise zu tun, damit nicht der „Anschein erweckt werde, als sollten wir weitere Verhandlungen mit „Serbien möglich machen."

[3] Weisung nach St. Petersburg d. d. Wien, 25. Juli, 9 Uhr p. m., Nr. 173.

[4] Erlaß nach St. Petersburg d. d. Wien, 25. Juli, Nr. 3530.

[5] Das Konzept dieser Instruktion weist verschiedene Zusätze, Auslassungen und Änderungen der ursprünglichen Vorlage auf. An der Redaktion waren mit eigener Handschrift Graf Berchtold, Graf Forgách und Baron Musulin beteiligt.

die Monarchie vor die Notwendigkeit stellten, der Situation ein Ende zu machen, daß ein russischer Freibrief Serbien die dauernde, ungestrafte und unstrafbare Bedrohung der Monarchie ermögliche.

Für den Fall, als Rußland den Moment für die große Abrechnung mit den europäischen Zentralmächten bereits für gekommen erachten sollte und daher von vorneherein zum Kriege entschlossen wäre, erscheine die nachstehende Instruierung des k. u. k. Botschafters in Petersburg allerdings überflüssig.

Es wäre aber immerhin möglich, daß Rußland die gegebene Gelegenheit als eine Verlegenheit empfinde, daß es nicht so angriffslustig und kriegsbereit sei, wie die „Nowoje Wremja" und die „Birschewija Wjedomosti" es glauben machen wollen und wie es Herr Poincaré und Herr Iswolsky vielleicht wünschen mögen.

Es wäre denkbar, daß Rußland, nach der eventuellen Ablehnung der österreichisch-ungarischen Forderungen durch Serbien und angesichts der sich für das Wiener Kabinett ergebenden Notwendigkeit eines bewaffneten Vorgehens, mit sich selbst zu Rate ginge und daß es sogar gewillt sein könnte, sich von dem aufbrausenden slawischen Solidaritätsgefühl nicht mitreißen zu lassen. Dieser Situation seien die nachfolgenden Darlegungen angepaßt, die der k. u. k. Botschafter im gegebenen Falle und in der ihm geeignet erscheinenden Weise und nach der von ihm zu ermessenden Opportunität bei Herrn Sazonow und dem Ministerpräsidenten verwerten wolle:

Graf Berchtold setze im allgemeinen voraus, daß der k. u. k. Botschafter unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein enges Einvernehmen mit seinem deutschen Kollegen hergestellt habe, der seitens seiner Regierung gewiß beauftragt worden sein dürfte, der russischen Regierung keinen Zweifel darüber zu lassen, daß Österreich-Ungarn im Falle eines Konflikts mit Rußland nicht allein stehen würde.

Den Schritt des Wiener Kabinetts in Belgrad dem russischen Minister des Äußern zu erklären und in überzeugender Weise verständlich zu machen, werde dem k. u. k. Botschafter wohl kaum gelingen.

Es gebe aber ein Moment, das seinen Eindruck auf den russischen Minister des Äußern nicht verfehlen könne, und das sei die Betonung des Umstandes, daß die österreichisch-ungarische Monarchie dem von ihr seit Jahrzehnten festgehaltenen Grundsatze entsprechend, auch in der gegenwärtigen Krise und bei der bewaffneten Austragung des Gegensatzes zu Serbien keinerlei eigennützige Motive verfolge.

Die Monarchie sei territorial gesättigt und trage nach serbischem Besitz kein Verlangen. Wenn der Kampf mit Serbien der Monarchie aufgezwungen werde, so werde dies für sie kein Kampf um territorialen Gewinn, sondern lediglich ein Mittel der Selbstverteidigung und Selbsterhaltung sein.

Der Inhalt des Zirkularerlasses, der an sich schon beredt genug sei, werde in das rechte Licht gerückt durch das Dossier über die serbische Propaganda [1] gegen die Monarchie und die Zusammenhänge, die zwischen dieser Propaganda und dem Attentat vom 28. Juni bestünden.

Auf dies Dossier, das dem k. u. k. Botschafter mit einem speziellen Erlasse zukomme (um Mißverständnissen vorzubeugen, werde bemerkt, daß das Dossier den Mächten nur für den Fall einer Ablehnung der Forderungen an Serbien übermittelt werden solle), wolle der k. u. k. Botschafter die Aufmerksamkeit des Herrn russischen Ministers ganz speziell lenken und dartun, es sei eine in der Geschichte singuläre Erscheinung, daß eine Großmacht die aufrührerischen Umtriebe eines angrenzenden kleinen Staates durch so lange Zeit mit so beispielloser Langmut geduldet hätte, wie Österreich-Ungarn jene Serbiens.

Die Hauptursache, warum die Monarchie so lange gleichmütig geblieben wäre, sei darin zu suchen, daß sie Serbien nicht während jener Periode seiner staatlichen Entwicklung zur Rechenschaft ziehen wollte, in der es dem alten türkischen Erbfeinde gegenüberstand.

Die Monarchie wollte keine Politik gegen das Aufstreben der christlichen Balkanstaaten machen und habe es daher — trotzdem ihr der geringe Wert serbischer Versprechungen bekannt war — nach der Annexionskrise vom Jahre 1908

[1] Vgl. Anmerkung 3, Seite 167.

zugelassen, daß sich Serbien beinahe um das Doppelte vergrößere.

Heute lägen die Dinge anders: Serbien habe seine Aspirationen der Türkei gegenüber durchgesetzt und die Monarchie könne gegen Serbien vorgehen, ohne sich dem Vorwurf auszusetzen, daß sie die freie Entwicklung des serbischen Staates behindern wolle.

Andrerseits habe die subversive Bewegung, die in Serbien gegen die Monarchie genährt werde, inzwischen so exzessive Formen angenommen, daß das monarchische und dynastische Interesse durch die serbische Wühlarbeit bedroht erscheine.

Das Wiener Kabinett müsse annehmen, daß das konservative kaisertreue Rußland ein energisches Vorgehen von Seite der Monarchie gegen diese Bedrohung aller staatlichen Ordnung begreiflich und sogar notwendig finden werde. Daß das Wiener Kabinett bei seinem Vorgehen nicht von dem Wunsche einer Zurückdrängung des orthodoxen Slawentums geleitet sei, sei schon früher angedeutet worden.

Der k. u. k. Botschafter könne dies Moment dem russischen Minister des Äußern gegenüber auch mit dem Hinweise darauf entsprechend illustrieren, daß sich die Monarchie derzeit nur in einem Gegensatze zu Serbien befinde, während ihre Beziehungen zu Montenegro normal und freundnachbarlich geblieben seien.

Das Wiener Kabinett habe sich in der Tat — was die nach Österreich-Ungarn getragene großserbische Agitation anbelange — über Montenegro nicht zu beklagen und auch das Dossier, das der k. u. k. Botschafter Herrn Sazonow zu übergeben habe, enthalte kein Material gegen das genannte Königreich. Wenn der k. u. k. Botschafter in seinem Gespräche mit Herrn Sazonow an diesem Punkte angelangt sei, werde der Moment gekommen sein, an die Aufstellung der Beweggründe und Absichten des Wiener Kabinetts den Hinweis zu knüpfen, daß es zwar — wie der k. u. k. Botschafter bereits in der Lage gewesen sei, darzulegen [1] —

[1] Graf Szápáry hatte inzwischen die Weisung erhalten, die Frage des territorialen Desinteressements nicht zu streifen. (Siehe Seite 154 unten.)

keinen territorialen Gewinn anstrebe und auch die Souveränität des Königreiches nicht anzutasten gedächte, daß es aber andrerseits zur Durchsetzung seiner Forderung bis zum Äußersten gehen und auch vor der Möglichkeit europäischer Verwicklungen nicht zurückschrecken würde.

Daß das Wiener Kabinett bisher, soviel an ihm lag, bestrebt war, den Frieden zu erhalten, den man auch in Wien als das kostbarste Gut der Völker betrachte, zeige der Verlauf der letzten vierzig Jahre und die geschichtliche Tatsache, daß sich der Monarch den Namen eines Hüters des Friedens erworben hätte.

Das Wiener Kabinett würde eine Störung des europäischen Friedens schon deshalb auf das Lebhafteste bedauern, weil es stets der Ansicht gewesen sei, daß die Aufteilung des türkischen Erbes und das Erstarken der Balkanstaaten zur staatlichen und politischen Selbständigkeit auch alle Möglichkeit eines Gegensatzes zwischen der Monarchie und Rußland beseitigt hätte; und weil das Wiener Kabinett immer bereit war, die wohlverstandenen großen politischen Interessen Rußlands bei der eigenen politischen Orientierung zu berücksichtigen, und weil es endlich immer gehofft hätte, daß die gleichen konservativen monarchischen und dynastischen Interessen der drei Kaiserreiche nicht für alle Zukunft ohne heilsame Rückwirkung auf ihre politischen Beziehungen bleiben würden.

Eine weitere Duldung der serbischen Umtriebe hätte die staatliche Existenz der Monarchie untergraben, ihren Bestand als Großmacht, daher auch das europäische Gleichgewicht in Frage gestellt. Das Wiener Kabinett aber sei überzeugt, daß es Rußlands eigenstes, von seinen friedlichen Staatsleitern wohlverstandenes Interesse sei, daß das gegenwärtige europäische, für den Weltfrieden so nützliche Gleichgewicht erhalten bleibe. Die Aktion gegen Serbien, in welcher Form immer sie erfolge, sei eine durchaus konservative und ihr Zweck die notwendige Erhaltung der europäischen Stellung der Monarchie.

Eine spezielle Weisung trug Graf Szápáry am 25. Juli noch auf[1], sich über den Punkt der Beteiligung von k. u. k. Weisung hinsichtlich des Punktes 5 der Begehrnote

[1] Weisung nach St. Petersburg d. d. Wien, 25. Juli, 1 Uhr p. m., Nr. 172.

Funktionären bei der Unterdrückung der subversiven Bewegung in Serbien (Punkt 5 der Note), der den besonderen Widerspruch Herrn Sazonows hervorgerufen hatte, dahin zu äußern, daß dessen Einschaltung lediglich praktischen Rücksichten entspringe und keineswegs der Absicht, die Souveränität Serbiens zu tangieren. Das Wiener Kabinett denke bei Punkt 5, „collaboration", an die Errichtung eines geheimen „bureau de sûreté" in Belgrad, das nach Art der analogen russischen Einrichtungen in Paris und Berlin funktionieren und mit der serbischen Polizei und Verwaltungsbehörde kooperieren würde.

Anzeichen einer Verschärfung der Situation

Ein im amtlichen Organ der russischen Regierung am 24. Juli veröffentlichtes Communiqué besagte, die kaiserliche Regierung verfolge, lebhaft besorgt durch die überraschenden Ereignisse und durch das an Serbien gerichtete Ultimatum Österreich-Ungarns, mit Aufmerksamkeit die Entwicklung des österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikts, in dem Rußland nicht indifferent bleiben könne [1]. Tags darauf erschien die Haltung der Petersburger Presse geändert; auch räumte die bisher beobachtete vollkommene Gleichgültigkeit der öffentlichen Meinung einer bemerkbaren Erregung den Platz. Noch vermochte Graf Szápáry nicht zu entscheiden, ob dies alles als Begleitmusik zu den russischen Demarchen geplant war, die bestimmt waren, die Entschließung des Wiener Kabinetts zu verzögern, oder ob ein noch ernsterer Hintergrund vorhanden sei [2].

Gerüchte über militärische Maßnahmen Rußlands

Seit dem 25. Juli wurden in Petersburg sowohl in diplomatischen wie in russischen Kreisen mit großer Bestimmtheit Nachrichten über militärische Maßnahmen Rußlands kolportiert. So wollte der dänische Gesandte aus ganz verläßlicher Quelle wissen, daß noch am 24. Juli abends die Mobilisierungsordre für die Grenzbezirke gegen Österreich-Ungarn und Deutschland erflossen sei [3].

[1] Vgl. Rotbuch, Nr. 15.

[2] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 25. Juli, Nr. 182.

[3] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 25. Juli, Nr. 161.

In Wien glaubte man (Tagesbericht vom 11. Februar 1915, Nr. 965) annehmen zu können, „daß nach der Überreichung des Ultimatums in „Belgrad der italienische Botschafter das Petersburger Kabinett autoritativ

B. Die serbische Antwortnote an Österreich-Ungarn vom 12./25. Juli 1914 und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien (25. Juli, 6 Uhr nachmittags)

Ministerrat in Belgrad (24. Juli)

Am 24. Juli, morgens 5 Uhr, war Herr Pašić nach Belgrad zurückgekehrt; seit 10 Uhr vormittags tagte ein Ministerrat, der aber bis zum Abend noch keine Beschlüsse gefaßt haben sollte [1].

Aus Diplomatenkreisen hatte Freiherr von Giesl gehört, daß die Verlegung der Regierung nach Nisch geplant sei. Das Regierungsorgan brachte eine kurze Meldung über die am 23. Juli erfolgte Übergabe der Note, welche schwerste Bedingungen enthalte, und bezeichnete die Situation als äußerst ernst und kritisch. Alle übrigen Blätter, von denen einige wegen allzu heftiger Ausfälle gegen die Monarchie konfisziert wurden, gaben der übereinstimmenden Ansicht Ausdruck, daß sich Serbien nur einer Forderung fügen könne, die die Selbständigkeit nicht tangiere.

In Beamtenkreisen wurde am 24. Juli das Gerücht lanciert, daß die Regierung bereits gestern abends aus Petersburg ein Telegramm erhalten habe, wonach Serbien unbedingt auf Rußland zählen könne. Demgegenüber konnte Freiherr von Giesl konstatieren, daß die serbische Regierung vom Inhalte der österreichisch-ungarischen Note augenscheinlich vollkommen überrascht wurde. Nach übereinstimmenden Informationen hatte denn auch der Ministerrat unter Vorsitz des Kronprinzen bis abends keine bindenden Beschlüsse gefaßt.

„von der unerschütterlichen vereinbarten Entschlossenheit der deutschen „und österreichisch-ungarischen Regierungen verständigen konnte und daß „dies dazu beigetragen haben mag, daß in Rußland die allgemeine Mobili-„sierung ohne Zaudern sofort angeordnet wurde." (Vergleiche die angeblichen Konfidenzen des deutschen Botschafters in Rom (Seite 79, Anmerkung 1) und die Demarchen Marquis di San Giulianos (Seite 115).

[1] Telegramm aus Belgrad d. d. 24. Juli, 6 Uhr 40 Minuten p. m. Nr. 180.

Es wurde erklärt, daß die Antwort auf keinen Fall noch am 24. Juli erteilt würde, da noch nicht sämtliche Minister anwesend seien [1].

Weisungen an den k. u. k. Gesandten (24. Juli)

Am Ballhausplatz setzte man voraus, daß Freiherr von Giesl auf Grund der ihm zuteil gewordenen Instruktionen bereits alle Vorkehrungen getroffen habe, um nach eventuell fruchtlosem Ablauf der 48stündigen Frist Belgrad mit dem Personal der Gesandtschaft sofort verlassen zu können [2]. Das Ergebnis der 48stündigen Frist, das nur die vorbehaltlose Annahme der österreichisch-ungarischen Forderungen oder die Ablehnung derselben sein könne (jede bedingte oder mit Reserve begleitete Annahme habe der k. u. k. Gesandte als Ablehnung aufzufassen), sollte sofort in wenigen Worten von Semlin aus in claris an die Kabinetts- und an die Militärkanzlei des Monarchen nach Ischl und sowohl in claris von Semlin, wie in Ziffern von Belgrad aus an das Ministerium des Äußern und an Graf Tisza nach Budapest telegraphiert werden.

Fortdauer des Ministerrates in Belgrad (24. Juli abends, 25. Juli früh)

Am 25. Juli, 1 Uhr nachmittags, depeschierte der k. u. k. Gesandte [3]:

Der Ministerrat sei am 24. Juli abends und 25. Juli morgens abermals zusammengetreten. Die Antwort auf die österreichisch-ungarische Note solle nach mehrfachen Versionen noch vor dem Ablaufe der Frist übergeben werden. Freiherr von Giesl höre, daß ein Hofzug zusammengestellt werde; das Geld der Nationalbank und der Eisenbahn sowie die Akten des Ministeriums des Äußern würden in das Innere des Landes gebracht. Ein Teil der Diplomaten sei der Auffassung, der Regierung folgen zu müssen; speziell auf der russischen Gesandtschaft werde eifrig gepackt.

Die Garnison habe in Feldausrüstung die Stadt verlassen. Die Munitionsdepots der Festung würden evakuiert. Am Bahnhof herrsche starker militärischer Verkehr. Die Sanitätskolonnen hätten Belgrad in der Richtung nach Süden verlassen. Freiherr von Giesl gedenke im Falle des Abbruches

[1] Telegramm aus Belgrad d. d. 24. Juli, Nr. 181.
[2] Weisung nach Belgrad d. d. Wien, 24. Juli, Nr. 85.
[3] Telegramm aus Belgrad-Semlin d. d. 25. Juli, 1 Uhr p. m., Nr. 182.

der Beziehungen Belgrad mit dem Zuge 6 Uhr 30 Minuten zu verlassen.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien

Am 25. Juli, 7 Uhr 45 Minuten abends, wurde vom Legationssekretär Franz Graf Kinsky in Wien die nachfolgende Telephondepesche zur Weiterleitung an den in Bad Ischl weilenden Grafen Berchtold aufgenommen:

„Gesandter Baron Giesl telephoniert aus Semlin nach Budapest: Zwei Minuten vor 6 Uhr abends wurde Antwortnote überreicht; da sie in mehreren Punkten unbefriedigend, hat Baron Giesl die Beziehungen abgebrochen und ist abgereist.

Um 3 Uhr nachmittags wurde in Serbien die allgemeine Mobilisierung angeordnet.

Regierung und diplomatisches Korps sind nach Kragujevac abgereist."

Die instruktionsgemäß aus Semlin in claris aufgegebene Depesche des Freiherrn von Giesl lautete[1]: „Ich habe „infolge ungenügender Antwort der königlich serbischen „Regierung auf unsere am 23. l. M. gestellten Forderungen „die diplomatischen Beziehungen mit Serbien für abgebrochen „erklärt und mit dem Personal der Gesandtschaft Belgrad „verlassen."

Zirkulartelegramm an die k. u. k. Missionen

Die telegraphische Verständigung vom Abbruche der diplomatischen Beziehungen zu Serbien an alle k. u. k. Missionen erfolgte noch am Abend des 25. Juli[2].

Das Dossier des Wiener Kabinetts

Ebenfalls noch am 25. Juli wurde an die k. u. k. Funktionäre das in der Zirkularnote an die Signatarmächte angekündigte Dossier, das die großserbische Propaganda und ihre Zusammenhänge mit dem Sarajevoer Attentate zum Gegenstand hatte[3], abgeschickt[4], um dem Eindruck der serbischen Antwortnote im Auslande zu begegnen.

[1] Telegramm aus Semlin d. d. 25. Juli, 8 Uhr p. m., ohne Nummer.

[2] Zirkulartelegramm an die k. u. k. Missionen d. d. Wien, 25. Juli, Prot. Nr. 5240.

[3] Das weitläufige Dokument ist abgedruckt im österreichisch-ungarischen Rotbuch Nr. 19. Über die Verwertung des Dossiers vergleiche die Ausführungen Seite 130, 134, 152, 153, 161, 197 oben, 202, 209, 210 und 285.

[4] Protokoll Nr. 3540 bis 3560 und 3569, 3570, d. d. 25. Juli.

Die serbische Antwortnote

Die vom k. u. k. Gesandten als unzulänglich erachtete Antwortnote der serbischen Regierung[1] kam den österreichisch-ungarischen Forderungen in weitem Umfange entgegen. Die Argumentation der Note brachte gewisse Vorbehalte zum Ausdrucke, insbesondere hinsichtlich des Punktes 4: Entlassung der durch die gerichtliche Untersuchung kompromittierten Offiziere und Beamten aus dem Militär- und Zivildienste; Punkt 5: Mitwirkung von k. u. k. Organen bei der strafprozeßlichen Untersuchung auf dem Gebiete des Königreiches Serbien; Punkt 7: Bekanntgabe der Schuldbeweise gegen Ciganović; Punkt 9: Beweise und Überführungsmittel hinsichtlich der Interviews serbischer Diplomaten; und schloß ihre Ausführungen mit der Bereitwilligkeitserklärung, eine friedliche Lösung anzunehmen, sei es durch Übertragung der Entscheidung dieser Frage an das internationale Gericht im Haag, sei es durch Überstellung der Entscheidung an die Großmächte, welche an der Ausarbeitung der von der serbischen Regierung am 18./31. März 1909 abgegebenen Erklärung mitgewirkt hatten.

Das Dokument selbst wurde von Graf Berchtold als „sehr geschickt verfaßt" bezeichnet[2].

C. Die k. u. k. Regierung und die europäischen Kabinette

Berlin

Bekanntgabe des Abbruches der Beziehungen zu Serbien durch das Wiener Kabinett

Die offizielle Verständigung von dem Abbruche der diplomatischen Beziehungen zwischen Wien und Belgrad wurde dem k. u. k. Botschafter in Berlin am 26. Juli nachmittags zugeschickt[3]:

Nachdem Serbien die von der Monarchie aufgestellten Forderungen abgelehnt habe, habe die Monarchie die Beziehungen zu diesem Lande abgebrochen.

[1] Vgl. den Originaltext in französischer Sprache im österreichisch-ungarischen Rotbuche Nr. 25, in deutscher Sprache unter derselben Nummer in der Volksausgabe des Rotbuches.

[2] Vgl. Seite 217 unten.

[3] Weisung nach Berlin d. d. Wien, 26. Juli, Nr. 270.

Die königlich serbische Regierung habe die Erfüllung der Forderungen, welche die Monarchie zur dauernden Sicherung ihrer durch Serbien bedrohten vitalsten Interessen stellen mußte, abgelehnt und damit bekundet, daß sie nicht willens sei, ihre subversiven, auf die stete Beunruhigung einiger Grenzländer der Monarchie und ihre schließliche Lostrennung aus dem Gefüge der Monarchie gerichteten Bestrebungen aufzugeben.

Zu seinem Bedauern und sehr gegen seinen Willen sei daher das Wiener Kabinett in die Notwendigkeit versetzt worden, Serbien durch die schärfsten Mittel zu einer grundsätzlichen Änderung seiner bisherigen feindseligen Haltung zu zwingen. Der kaiserlich deutschen Regierung sei es wohl bekannt, daß der Monarchie hiebei aggressive Tendenzen fernlägen, und daß es ein Akt der Selbstverteidigung sei, wenn sich das Wiener Kabinett nach jahrelanger Duldung endlich entschließe, den großserbischen Wühlereien auch mit dem Schwerte entgegenzutreten.

Es gereiche dem Wiener Kabinett zur aufrichtigen Genugtuung, bei der deutschen Regierung und dem ganzen deutschen Volke volles Verständnis dafür zu finden, daß das nach den Ergebnissen der Untersuchung in Belgrad vorbereitete und von dortigen Sendlingen ausgeführte Attentat von Sarajevo die gegen Serbien bisher bewiesene Langmut der Monarchie erschöpfen mußte, und daß die Monarchie jetzt mit allen Mitteln bestrebt sein müsse, sich Garantien gegen die Fortdauer der gegenwärtigen unleidlichen Verhältnisse an ihrer südöstlichen Grenze zu verschaffen. Das Wiener Kabinett hoffe zuversichtlich, daß die bevorstehende Auseinandersetzung mit Serbien zu keinen weiteren Komplikationen Anlaß geben werde; sollte dies aber dennoch der Fall sein, so stelle das Wiener Kabinett mit Dankbarkeit fest, daß Deutschland in oft erprobter Treue seiner Bundespflichten eingedenk sein und die Monarchie in dem aufgezwungenen Kampfe gegen einen anderen Gegner unterstützen werde.

Der Umstand, daß es das Wiener Kabinett unterließ, die serbische Antwortnote der Berliner Regierung unaufgefordert mitzuteilen, bildet ein auffallendes

Die deutsche Regierung erbittet vom Wiener

Kabinett den Wortlaut der serbischen Antwortnote (27. Juli)

Gegenstück zu der Tatsache, daß das Berliner Kabinett erst gleichzeitig mit den übrigen Mächten vom Wortlaute der österreichisch-ungarischen Begehrnote in Kenntnis gesetzt wurde. Wie damals (21. Juli) der k. u. k. Botschafter in Berlin die unverzügliche Mitteilung der Begehrnote urgierte, so erhielt jetzt Herr von Tschirschky den telegraphischen Auftrag (27. Juli), Graf Berchtold zu ersuchen, den Wortlaut der serbischen Antwortnote ehestens mitzuteilen [1]. Es wäre dies, wie Herr von Jagow dem Grafen Szögyény sagte, aus dem Grunde erwünscht, um England gegenüber der Unrichtigkeit der erhobenen Behauptung entgegenzutreten, daß die serbische Antwort in den Hauptpunkten den Wünschen des Wiener Kabinetts entspreche.

Bisher hatte bloß der serbische Geschäftsträger den angeblichen Inhalt der Antwort des Herrn Pašić am 27. Juli mittags Herrn Jagow mitgeteilt [2].

[1] Telegramm aus Berlin d. d. 27. Juli, 5 Uhr 50 Minuten p. m., Nr. 303.

[2] Kaiser Wilhelm erhielt den Text der serbischen Antwortnote erst am 28. Juli morgens zur Einsicht. Er charakterisierte ihren Inhalt mit der eigenhändigen Bemerkung:

„Eine brillante Leistung für eine Frist von 48 Stunden. Das ist mehr, als man erwarten konnte. Ein großer moralischer Erfolg für Wien. Damit fällt jeder Kriegsgrund fort und Giesl hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen. Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung befohlen."

An den Reichskanzler erfloß gleichzeitig der Bescheid des Kaisers:

„Neues Palais, 28. Juli 1914, 10 Uhr vormittags.

Eure Exzellenz! Nach Durchlesung der serbischen Antwort, die ich heute morgen enthielt, bin ich überzeugt, daß im Großen und Ganzen die Wünsche der Donaumonarchie erfüllt sind. Die paar Reserven, welche Serbien zu einzelnen Punkten macht, können meines Erachtens durch Verhandlungen wohl geklärt werden. Aber die Kapitulation liegt darin urbi et orbi verkündet und durch sie entfällt jeder Grund zum Kriege. Dennoch ist dem Stück Papier wie seinem Inhalt nur beschränkter Wert beizumessen, solange er nicht in die Tat umgesetzt wird. Die Serben sind Orientalen, daher verlogen, falsch und Meister im Verschleppen. Damit diese schönen Versprechungen Wahrheit und Tatsache werden, muß eine douce violence geübt werden. Das würde dergestalt zu machen sein, daß Österreich ein Faustpfand (Belgrad) für die Erzwingung und Durchführung der Versprechungen besetzte und solange behielte, bis tatsächlich die Petita durchgeführt sind. Das ist auch notwendig, um der zum drittenmal umsonst mobilisierten österreichischen Armee eine äußere Satisfaktion

In Berlin setzte man — wie Graf Szögyény meldete — allgemein als sicher voraus [1], daß auf die eventuell abweisende Antwort Serbiens sofort die Kriegserklärung der Monarchie, verbunden mit kriegerischen Operationen, erfolgen werde [2]. Man sehe in jeder Verzögerung des Beginnes der kriegerischen Operationen eine große Gefahr betreffs der Einmischung anderer Mächte. Man rate dringend, sofort vorzugehen und die Welt vor ein Fait accompli zu stellen. Graf Szögyény teile diese Ansicht des Auswärtigen Amtes vollkommen.

Die Frage des Termins der zu gewärtigenden Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien

Der hiezu erst am 27. Juli nachts nach Berlin abgeschickte Bescheid Graf Berchtolds führte aus [3], die Kriegserklärung

d'honneur zu geben, den Schein eines Erfolges dem Ausland gegenüber und das Bewußtsein, wenigstens auf fremdem Boden gestanden zu haben, ihr zu ermöglichen. Ohne dies dürfte bei Unterbleiben eines Feldzuges eine sehr üble Stimmung gegen die Dynastie aufkommen, die höchst bedenklich wäre. Falls Eure Exzellenz diese meine Auffassung teilen, so würde ich vorschlagen, Österreich zu sagen, der Rückzug Serbiens sei erzwungen und man gratuliere dazu. Natürlich sei damit ein Kriegszustand nicht mehr vorhanden, wohl aber eine Garantie nötig, daß die Versprechungen ausgeführt würden. Das würde durch die vorübergehende Besetzung eines Teiles von Serbien wohl erreichbar sein, ähnlich wie wir im Jahre 1871 in Frankreich Truppen stehen ließen, bis die Milliarden bezahlt waren. Auf dieser Basis bin ich bereit, den Frieden mit Österreich zu vermitteln. Dagegen lautende Vorschläge oder Proteste von anderer Seite würde ich unbedingt abweisen, umsomehr, als alle mehr oder weniger offen an mich appellieren, den Frieden erhalten zu helfen. Das werde ich tun nach meiner Manier so schonend für das österreichische Nationalgefühl und für die Waffenehre seiner Armee als möglich. Denn an letztere ist schon bereits seitens des obersten Kriegsherrn appelliert worden und sie ist dabei, dem Appell zu folgen. Also muß sie unbedingt eine Satisfaction d'honneur haben. Das ist eine Vorbedingung für meine Vermittlung, daher wollen Eure Exzellenz mir in dem skizzierten Sinne einen Vorschlag unterbreiten, der nach Wien mitgeteilt werden soll. Ich habe im obigen Sinne an den Chef des Generalstabes durch Plessen schreiben lassen, der ganz meine Ansicht teilt.

Gez.: Wilhelm I. R."

(Veröffentlicht in den Tagesblättern nach der Wiedergabe in der Zeitschrift „Deutsche Politik".)

[1] Telegramm aus Berlin d. d. 25. Juli, 2 Uhr 15 Minuten p. m., Nr. 285. Vgl. Weißbuch betreffend d. V. d. U. a. Kr., Seite 33.

[2] Daß eine analoge Überzeugung auch anderwärts vorherrschte, erhellt aus den Feststellungen Seite 192 unten, 211 Mitte, 213, 215.

[3] Weisung nach Berlin d. d. Wien, 27. Juli, Nr. 274. Expediert 27. Juli, 11 Uhr 10 Minuten p. m.

erfolge in den nächsten Tagen. Der Beginn der Kriegsoperationen müsse jedoch bis zur Beendigung des Aufmarsches verzögert werden, um dann mit voller Kraft den entscheidenden Schlag führen zu können. Hiezu werde noch eine gewisse Zeit erforderlich sein, da das Wiener Kabinett, durch die Erfahrungen der letzten Jahre gewitzigt, mit den militärischen Maßnahmen in größerem Stile nicht beginnen wollte, bevor es feststand, daß es tatsächlich zum Kriege kommen werde.

Den zutreffenden Grund gab wohl präziser eine Mitteilung Herrn von Jagows an Graf Szögyény vom 27. Juli nachmittags an[1]: Herr von Tschirschky habe telegraphiert, General Conrad von Hötzendorf hätte ihm vertraulich mitgeteilt, daß, um mit entsprechendem militärischen Nachdruck gegen Serbien vorgehen zu können, die österreichisch-ungarische Mobilisierung erst am 12. August perfekt werden könnte.

Der Staatssekretär habe gleichzeitig bedauert, daß der Termin des Beginnes des militärischen Eingreifens der Monarchie so lange hinausgeschoben werden müsse.

Das Berliner Kabinett und die englischen Vermittlungsanregungen (24., 26. Juli)

In einer Unterredung mit Fürst Lichnowsky hatte Sir Edward Grey am 24. Juli die Anregung einer Vermittlung zu viert (England, Frankreich, Italien und Deutschland) gegeben und sich bemüht, die Zusicherung der Unterstützung seitens Deutschlands zu erlangen[2].

Überdies hatte Sir Edward Grey am 25. Juli an Fürst Lichnowsky in einem Privatschreiben das Ersuchen gestellt, das Berliner Kabinett wolle sich in Wien für eine wohlwollende Berücksichtigung der serbischen Antwortnote einsetzen.

Dies Anliegen Sir Edward Greys war seitens der Berliner Regierung an das Wiener Kabinett weitergeleitet worden[3].

Von Sir Edward Grey war sodann am 26. Juli nach Paris, Berlin und Rom dem Anliegen Ausdruck gegeben

[1] Telegramm aus Berlin d. d. 27. Juli, 5 Uhr 50 Minuten p. m., Nr. 305.

[2] Vgl. Seite 149 unten, 150.

[3] Vgl. die Ausführungen Seite 198.

worden[1], durch die Abhaltung einer Botschafterkonferenz (England, Deutschland, Frankreich und Italien) den nötigen Zeitvorsprung zu gewinnen, um die zwischen Österreich-Ungarn und Serbien obschwebende Angelegenheit bei Enthaltung jeglicher militärischen Operationen seitens Serbiens, Österreich-Ungarns und Rußlands zur Regelung zu bringen.

Dieser Vorschlag Sir Edward Greys war seitens der deutschen Regierung mit der Begründung abgelehnt worden, es erscheine Deutschland nicht angängig, den Bundesgenossen wegen seiner Auseinandersetzungen mit Serbien gleichsam vor einen europäischen Schiedsgerichtshof zu ziehen[2]. Die deutsche Vermittlungstätigkeit habe zuvörderst die Behebung der Gefahr eines österreichisch-russischen Konflikts zum Ziele.

Die englischen Vermittlungsvorschläge — angebliche Stellungnahme Herrn von Jagows

An dieser Stelle wird eine vom k. u. k. Botschafter in Berlin am 27. Juli um 9 Uhr 15 Minuten p. m. nach Wien übermittelte Depesche eingehend zu berücksichtigen sein[3], deren Inhalt — ohne kritische Überprüfung seiner Angaben — danach angetan erscheint, ein verzeichnetes Bild der Stellungnahme der deutschen Regierung gegenüber den englischen Vermittlungsvorschlägen zu geben.

Das Dokument lautet in wörtlicher Wiedergabe:

„Staatssekretär erklärte mir in streng vertraulicher Form „sehr entschieden, daß in der nächsten Zeit eventuell Ver„mittlungsvorschläge Englands durch die deutsche Regierung „zur Kenntnis Eurer Exzellenz gebracht würden.

„Die deutsche Regierung versichere auf das Bündigste, „daß sie sich in keiner Weise mit den Vorschlägen „identifiziere, sogar entschieden gegen deren Berück„sichtigung sei und dieselben, nur um der englischen Bitte „Rechnung zu tragen, weitergebe.

„Sie gehe dabei von dem Gesichtspunkte aus, daß es „von der größten Bedeutung sei, daß England im jetzigen

[1] Blaubuch Nr. 36.

[2] Vgl. Blaubuch Nr. 43; ferner Seite 196 unten.

[3] Telegramm aus Berlin d. d. 27. Juli, 9 Uhr 15 Minuten p. m., Nr. 307. Eingetroffen am 28. Juli, 9 Uhr a. m. Vgl. Weißbuch betreffend d. V. d. U. a. Kr., Seite 33.

„Momente nicht gemeinsame Sache mit Rußland und Frank-
„reich mache. Daher müsse alles vermieden werden, daß
„der bisher gut funktionierende Draht zwischen Deutsch-
„land und England abgebrochen werde. Würde nun Deutsch-
„land Sir Edward Grey glatt erklären, daß es seine
„Wünsche an Österreich-Ungarn, von denen England glaubt,
„daß sie durch Vermittlung Deutschlands eher Berück-
„sichtigung bei uns finden, nicht weitergeben will, so würde
„eben dieser vorerwähnte, unbedingt zu vermeidende Zustand
„eintreten.

„Die deutsche Regierung würde übrigens bei jedem
„einzelnen derartigen Verlangen Englands in Wien dem-
„selben auf das Ausdrücklichste erklären, daß sie [1] in keiner
„Weise derartige Interventionsverlangen Österreich-Ungarn
„gegenüber unterstütze und nur um Wunsch Englands zu
„entsprechen, dieselben weitergebe.

„So sei bereits gestern die englische Regierung durch
„den deutschen Botschafter in London und direkt durch
„ihren hiesigen Vertreter an ihn, Staatssekretär, heran-
„getreten, um ihn zu veranlassen, den Wunsch Englands
„betreffs unserseitiger Milderung der Note an Serbien zu
„unterstützen. Er, Jagow, habe darauf geantwortet, er wolle
„wohl Sir Edward Greys Wunsch erfüllen, Englands Be-
„gehren an Euer Exzellenz weiterzuleiten, er selbst könne
„dasselbe aber nicht unterstützen, da der serbische Konflikt
„eine Prestigefrage der österreichisch-ungarischen Monarchie
„sei, an der auch Deutschland partizipiere.

„Er, Staatssekretär, habe daher die Note Sir Edward
„Greys an Herrn von Tschirschky weitergegeben, ohne
„ihm aber Auftrag zu erteilen, dieselbe Euer Exzellenz
„vorzulegen; darauf hätte er dann dem englischen Kabinett
„Mitteilung machen können, daß er den englischen Wunsch
„nicht direkt ablehne, sondern sogar nach Wien weiter-
„gegeben habe.

„Zum Schlusse wiederholte mir Staatssekretär seine
„Stellungnahme und bat mich, um jedwedem Mißverständ-
„nisse vorzubeugen, Euer Exzellenz zu versichern, daß er

[1] In der Vorlage: daß es ..

„auch in diesem eben angeführten Fall, dadurch, daß er „als Vermittler aufgetreten sei, absolut nicht für eine „Berücksichtigung des englischen Wunsches sei."

Zunächst erscheint die Feststellung notwendig, daß der eigentliche Gegenstand, das ist der materielle Inhalt des englischen Vorschlages vom 26. Juli, in unverständlicher Weise wiedergegeben ist.

Das Telegramm Graf Szögyénys formuliert nämlich den Vorschlag Sir Edward Greys dahin, daß Deutschland den Wunsch Englands hinsichtlich einer von Österreich-Ungarn vorzunehmenden Milderung der Note an Serbien unterstützen möge[1]. Was wollte dieser am 27. Juli aufgesetzte Satz besagen, da doch die Note bereits am 23. Juli, 6 Uhr abends, in Belgrad überreicht und am 25. der Abbruch der diplomatischen Beziehungen vollzogen worden war? Entgegen den Ausführungen des k. u. k. Botschafters müssen wir konstatieren, daß es sich an dieser Stelle sinngemäß nur um den Konferenzvorschlag Sir Edward Greys (vom 26. Juli) handeln kann, der von Deutschland mit der obenerwähnten Begründung allerdings Sir Edward Grey gegenüber direkt abgelehnt worden war[2].

Eine weitere unrichtige Angabe sachlichen Belanges in der vorliegenden Berichterstattung Graf Szögyénys wird durch das Zeugnis der Tatsachen selbst widerlegt und aufgeklärt.

Nach den Ausführungen des Telegramms habe Herr von Jagow dem Grafen Szögyény erklärt, es würden in der nächsten Zeit eventuell Vermittlungsvorschläge Englands durch die deutsche Regierung zur Kenntnis des Grafen Berchtold gebracht werden.

„Die deutsche Regierung würde übrigens bei jedem ein-„zelnen derartigen Verlangen Englands in Wien demselben

[1] Vgl. Seite 174 Mitte. — Diese Formulierung kann als weiterer Beleg (siehe Seite 31, Anmerkung 1) für die mit fortschreitender Krise sich steigernde Ungenauigkeit der Berichterstattung des bejahrten k. u. k. Botschafters in Berlin dienen. Ist nun freilich der Mangel an positiver Zuverlässigkeit in der Berichterstattung des Grafen Szögyény einmal festgestellt, so werden auch die bisher auf Grund ausschließlich seiner Meldungen gezogenen Schlüsse einer Revision zu unterziehen sein.

[2] Vgl. Blaubuch Nr. 43.

„auf das Ausdrücklichste erklären, daß sie in keiner Weise „derartige Interventionsverlangen Österreich-Ungarn gegen- „über unterstütze und nur, um dem Wunsche Englands zu „entsprechen, dieselben weitergebe."

Welches Maß von Zuverläßlichkeit kommt diesem Teil der Meldung Graf Szögyénys angesichts der Tatsache zu, daß die deutsche Regierung einen weiteren Vorschlag Sir Edwards, und zwar hinsichtlich der Annahme der serbischen Antwortnote oder ihrer Geltendlassung als Grundlage für Besprechungen, in Wien am 28. Juli tatsächlich zur Erwägung vorlegen ließ und gleichzeitig erklärte, die Rolle des Vermittlers nicht abweisen zu können?

Notiz der deutschen Botschaft in Wien (28. Juli)

Herr von Tschirschky überreichte nämlich an diesem Tage dem Grafen Berchtold die folgende Notiz der deutschen Botschaft in Wien:

„Der kaiserliche Botschafter in London meldet:

‚Soeben ließ mich Sir E. Grey zu sich kommen und ‚bat, Eurer Exzellenz von Nachstehendem Kenntnis zu ‚geben:

‚Der serbische Geschäftsträger habe ihm soeben den ‚Wortlaut der serbischen Antwort auf die österreichische ‚Note übermittelt. Es gehe aus derselben hervor, daß Serbien ‚in einem Umfange den österreichischen Forderungen ‚entgegengekommen sei, wie er es niemals für möglich ‚gehalten habe; bis auf einen Punkt, der Teilnahme öster- ‚reichischer Beamten an den gerichtlichen Untersuchungen, ‚habe Serbien tatsächlich in alles eingewilligt, was von ihm ‚verlangt worden ist. Es sei klar, daß diese Nachgiebigkeit ‚Serbiens lediglich auf einen Druck von Petersburg zurück- ‚zuführen sei.

‚Werde sich Österreich nicht mit dieser Antwort be- ‚gnügen, beziehungsweise werde diese Antwort vom Wiener ‚Kabinett nicht als Grundlage für friedliche Unterhand- ‚lungen betrachtet oder gehe Österreich gar zur Besetzung ‚von Belgrad vor, welches vollkommen wehrlos daliege, ‚so sei es vollkommen klar, daß Österreich nur nach einem ‚Vorwand suche, um Serbien zu erdrücken. In Serbien ‚solle aber alsdann Rußland und der russische Einfluß auf

‚dem Balkan getroffen werden. Daß Rußland dem nicht ‚gleichgültig zusehen könne und es als eine direkte Heraus- ‚forderung auffassen müsse, sei klar. Daraus würde der ‚fürchterlichste Krieg entstehen, den Europa jemals gesehen ‚habe, und niemand wisse, wohin ein solcher Krieg führen ‚könne.

‚Deutschland hätte sich, so meinte der Minister, wieder- ‚holt und so noch gestern mit der Bitte an ihn gewandt, in ‚Petersburg in mäßigendem Sinne Vorstellungen zu erheben. ‚Diesen Bitten habe er stets gern entsprochen und sich ‚während der letzten Krise Vorwürfe aus Rußland zugezogen, ‚daß er sich zu sehr auf die deutsche und zu wenig auf die ‚russische Seite stelle. Nun wende er sich mit der Bitte an ‚die deutsche Regierung, ihren Einfluß beim Wiener Kabinett ‚dahin geltend zu machen, daß man die Antwort aus Belgrad ‚entweder als genügend betrachte oder aber als Grundlage ‚für Besprechungen. Er sei überzeugt, daß es in der Hand ‚der kaiserlichen Regierung liege, die Sache durch ent- ‚sprechende Vorstellungen zu erledigen, und er betrachte es ‚als eine gute Vorbedeutung für die Zukunft, wenn es uns ‚beiden abermalig gelänge, durch unseren beiderseitigen ‚Einfluß auf unsere Verbündeten den Frieden Europas gesichert ‚zu haben. Ich fand Sir Edward Grey zum ersten Male ver- ‚stimmt. Er sprach mit großem Ernst und schien von der ‚deutschen Regierung auf das Bestimmteste zu erwarten, ‚daß es ihrem Einfluß gelingen möge, die Frage beizulegen. ‚Er wird noch heute ein statement im House of Commons ‚machen, worin er seinen Standpunkt zum Ausdruck bringt. ‚Ich bin auf jeden Fall der Überzeugung, daß, falls es jetzt ‚doch noch zum Kriege käme, wir mit den englischen Sym- ‚pathien und der britischen Unterstützung nicht mehr zu ‚rechnen hätten, da man in dem Vorgehen Österreichs alle ‚Zeichen üblen Willens erblicken würde.‘

Fortfahrend sagt die Notiz:

„Nachdem wir bereits einen englischen Konferenzvorschlag „abgelehnt haben, ist es uns unmöglich, auch diese englische „Anregung a limine abzuweisen. Durch eine Ablehnung jeder „Vermittlungsaktion würden wir für die Konflagration vor „der ganzen Welt verantwortlich gemacht und als die eigent-

„lichen Treiber zum Kriege hingestellt werden. Das würde „auch unsere eigene Stellung im Lande unmöglich machen, „wo wir als die zum Kriege Gezwungenen dastehen müssen. „Unsere Situation ist um so schwieriger, als Serbien scheinbar „sehr weit nachgegeben hat. Wir können daher die Rolle „des Vermittlers nicht abweisen und müssen den englischen „Vorschlag dem Wiener Kabinett zur Erwägung unterbreiten, „zumal London und Paris fortgesetzt auf Petersburg ein- „wirken.

„Erbitte Graf Berchtolds Ansicht über die englische „Anregung, ebenso wie über Wunsch Herrn Sazonows, mit „Wien direkt zu verhandeln.

„gezeichnet: Bethmann Hollweg.

„Wien, den 28. Juli 1914.“ [1]

Die Überreichung dieser — inhaltlich wortgemäß angeführten — Notiz der deutschen Botschaft in Wien widerlegt also ihrerseits die Richtigkeit der in der fraglichen Depesche des Grafen Szögyény vom 27. Juli enthaltenen diesbezüglichen Ausführung [2].

Weisungen Graf Berchtolds an den k. u. k. Botschafter (28. Juli)

Mittels einer am 28. Juli, 11 Uhr 50 Minuten p. m., expedierten Weisung [3] beauftragte Graf Berchtold den k. u. k. Botschafter in Berlin, Herrn von Jagow in seinem Namen für die Mitteilung der Gründe, die das deutsche Kabinett bestimmten, die englischen Vermittlungsvorschläge an das Wiener Kabinett weiterzuleiten, bestens zu danken und beizufügen, daß Graf Berchtold die Motive für diese Haltung des deutschen Kabinetts vollauf würdige.

Mittlerweile habe auch Herr von Tschirschky die englische Anregung zur Kenntnis gebracht; Graf Berchtold werde den deutschen Botschafter am 29. Juli von den

[1] Die seitens des Wiener Kabinetts am 29. Juli besorgte Erledigung dieser Notiz, siehe Seite 229 ff.

[2] Damit erscheinen auch die im Weißbuch betreffend d. V. d. U. a. Kr., Seite 39, mitgeteilten, auf Grund der Auskünfte des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg und des Staatssekretärs von Jagow erbrachten, Angaben bestätigt.

[3] Weisung nach Berlin d. d. Wien, 28. Juli, Nr. 284. Expediert 28. Juli, 11 Uhr 50 Minuten p. m.

Gründen unterrichten [1], die ihm die Annahme derselben untunlich erscheinen lassen [2].

Um 11 Uhr nachts war überdies der Bescheid Graf Berchtolds an den k. u. k. Botschafter in Berlin ergangen [3], der englische Konferenzvorschlag, insoweit er den Konflikt der Monarchie mit Serbien im Auge habe, sei angesichts des bereits eingetretenen Kriegszustandes durch die Ereignisse überholt.

Noch waren diese beiden Depeschen Graf Berchtolds nach Berlin nicht abgeschickt, als vom k. u. k. Botschafter am 28. Juli, 7 Uhr 40 Minuten p. m., die Nachricht übermittelt wurde [4], daß der englische Vermittlungsvorschlag, laut welchem Deutschland, Italien, England und Frankreich zu einer Konferenz in London zusammen treten sollten, um die Mittel zur Beilegung der jetzigen Schwierigkeiten zu finden, deutscherseits mit der Begründung abgelehnt worden

Meldung des k. u. k. Botschafters über die Ablehnung des englischen Vorschlages einer Botschafterkonferenz durch die Berliner Regierung (28. Juli)

[1] Vgl. Seite 229 ff.

[2] Im Konzept ursprünglich: „Mittlerweile hat mir Herr von „Tschirschky die englische Anregung im Wege einer schriftlichen Notiz „zur Kenntnis gebracht und ich habe Veranlassung genommen, den Herrn „kaiserlich deutschen Botschafter auf demselben Wege von den Gründen „zu unterrichten, die uns die Annahme derselben untunlich erscheinen „lassen."

Sodann geändert in:

„Mittlerweile hat mir Herr von Tschirschky die englische Anregung „zur Kenntnis gebracht und ich werde den Herrn kaiserlich deutschen „Botschafter morgen von den Gründen unterrichten, die uns die Annahme „derselben untunlich erscheinen lassen."

Wir werden auf den Umstand der Auslassung der Worte „im Wege einer schriftlichen Notiz" und auf die Textesänderung hinsichtlich der Modalität der Beantwortung in der Folge noch hinzuweisen haben. (Vgl. unsere Ausführungen Seite 229 ff. und 231 und Anmerkung 3 daselbst.) Auch muß weiters vermerkt werden, daß das Wiener Kabinett (soweit sich dies aus dem gegenständlichen Aktenmaterial feststellen läßt) den k. u. k. Botschafter in Berlin von der durch Graf Berchtold selbst bereits (28. Juli) vollzogenen Ablehnung des englischen Vermittlungsvorschlages Sir M. Bunsen gegenüber (vgl. Seite 203 ff.) nicht verständigte.

[3] Weisung nach Berlin d. d. 28. Juli, Nr. 283. Expediert 28. Juli, 11 Uhr p. m.

[4] Telegramm aus Berlin d. d. 28. Juli, 7 Uhr 40 Minuten p. m., Nr. 314.

sei, daß eine Konferenz nicht das geeignete Mittel wäre, um einen Erfolg zu erzielen [1].

Die russischen Rüstungen (Meldung des deutschen Militärattachés)

Wie der deutsche Militärattaché aus Petersburg am 26. Juli meldete [2], habe das Gardekorps Ordre erhalten, nach Krasnoje Selo zurückzukehren, desgleichen sollten alle Regimenter in ihre Garnisonen wieder einrücken; die Manöver sollten abgebrochen werden.

Bei dem deutschen Generalstab war die — allerdings nicht als sicher zu betrachtende — Nachricht eingelaufen, daß vier Jahrgänge russischer Reserve einberufen worden seien. Sollte dies wirklich zutreffen, so käme es nach Ansicht des Großen Generalstabes einer allgemeinen Mobilisierung Rußlands gleich.

Weiters war in Berlin die — übrigens auch nicht als feststehend geltende — Nachricht eingelangt, daß die Militärbezirke Moskau, Warschau, Kiew und Odessa mobilisiert wurden.

Dem Grafen Szögyény wurde am 27. Juli im Auswärtigen Amte die Eröffnung gemacht [3], daß sich nach neuesten Nachrichten die Meldung der Einberufung von vier Jahrgängen der Reserve und die Mobilisierung der russischen Militärbezirke nicht zu bewahrheiten scheine.

Herr Sazonow habe dem deutschen Botschafter erklärt, er könne ihm „garantieren, daß russischerseits keine Mobili-„sierung vorgenommen worden sei."

Weiters habe sich der russische Minister des Äußern Graf Pourtalès gegenüber geäußert, „daß Rußland nur dann

[1] Da die Ablehnung des englischen Vorschlages einer Botschafterkonferenz deutscherseits bereits am 27. Juli erfolgt war (Blaubuch Nr. 43), (vgl. Seite 173), erfolgte die Berichterstattung Graf Szögyénys vom 28. Juli, 7 Uhr 40 Minuten p. m., etwas verspätet.

Zur Tatsache, daß das Wiener Kabinett dieses Telegramm Graf Szögyénys — und nicht die vom Grafen Berchtold direkt vorgenommene Ablehnung des englischen Vermittlungsvorschlages gegenüber Sir M. Bunsen (vgl. Seite 203) — den k. u. k. Missionen am 29. Juli mitteilte, vgl. unsere Ausführungen Seite 229 ff.

[2] Telegramm aus Berlin d. d. 26. Juli, 8 Uhr 38 Minuten p. m., Nr. 297.

[3] Telegramm aus Berlin d. d. 27. Juli, 4 Uhr 20 Minuten p. m., Nr. 301.

„mobilisieren würde, wenn Österreich-Ungarn eine feind-
„liche Haltung gegen Rußland einnehmen werde. Rußland
„wünsche den Frieden und hoffe, daß Deutschland es darin
„unterstützen werde".

Der deutsche Militärattaché in Petersburg habe auch gemeldet, der russische Kriegsminister habe ihm sein Ehrenwort gegeben, daß weder ein Mann noch ein Pferd mobilisiert seien, doch seien natürlicherweise gewisse militärische Vorsorgen getroffen worden; Vorsorgen, die, wie der deutsche Militärattaché seiner Meldung als von sich aus hinzugefügt habe, allerdings ziemlich weitgehend seien.

Weisung an den k. u. k. Botschafter in Berlin (28. Juli)

In Erwiderung des vorstehenden Telegramms Graf Szögyénys führte Graf Berchtold am 28. Juli aus[1]: Vom k. u. k. Militärattaché in Petersburg lägen analoge Meldungen über russische Rüstungen vor.

Der k. u. k. Botschafter wolle sich sofort zum Reichskanzler oder Staatssekretär begeben und ihm folgendes im Namen des Grafen Berchtold mitteilen:

Nach übereinstimmenden Nachrichten aus Petersburg, Kiew, Warschau, Moskau und Odessa treffe Rußland umfangreiche militärische Vorbereitungen. Herr Sazonow habe zwar ebenso wie der russische Kriegsminister unter Ehrenwort versichert, daß eine Mobilisierung bisher nicht angeordnet wurde, der letztere habe jedoch dem deutschen Militärattaché mitgeteilt, daß die gegen Österreich-Ungarn gelegenen Militärbezirke Kiew, Odessa, Moskau und Kasan mobilisiert werden würden, wenn österreichisch-ungarische Truppen die serbischen Grenzen überschritten.

Unter diesen Umständen halte es der k. u. k. Chef des Generalstabes für unbedingt nötig, darüber ohne Verzug Klarheit zu gewinnen, ob die Monarchie mit starken Kräften gegen Serbien marschieren könne oder ob sie ihre Hauptmacht gegen Rußland zu verwenden haben werde. Von der Entscheidung dieser Frage hänge die ganze Anlage des Feldzuges gegen Serbien ab. Falls Rußland die erwähnten

[1] Weisung nach Berlin d. d. Wien, 28. Juli, Nr. 282. Expediert 28. Juli, 11 Uhr p. m.

Militärbezirke tatsächlich mobilisiere, wäre es schon mit Rücksicht auf die große Bedeutung des Zeitgewinnes für Rußland unerläßlich, daß sowohl Österreich-Ungarn als, nach der ganzen Situation, auch Deutschland sofortige weitestgehende Gegenmaßregeln ergriffen.

Die Ansicht des Barons Conrad scheine dem Grafen Berchtold höchst beachtenswert, und er würde das Berliner Kabinett dringend ersuchen, der Erwägung näherzutreten, ob nicht Rußland in freundschaftlicher Weise darauf aufmerksam gemacht werden sollte, daß die Mobilisierung der genannten Bezirke einer Bedrohung Österreich-Ungarns gleichkäme und daher, falls sie tatsächlich erfolge, sowohl von der Monarchie als vom verbündeten Deutschen Reiche mit den weitestgehenden militärischen Gegenmaßregeln beantwortet werden müßte.

Um Rußland ein eventuelles Einlenken zu erleichtern, scheine es dem Wiener Kabinett angezeigt, daß ein solcher Schritt vorerst von Deutschland allein unternommen werden sollte, doch wäre das Wiener Kabinett natürlich bereit, den Schritt auch zu zweien zu machen.

Eine deutliche Sprache scheine dem Grafen Berchtold in diesem Augenblicke das wirksamste Mittel, um Rußland die ganze Tragweite eines drohenden Verhaltens zum Bewußtsein zu bringen.

Auch wäre zu überlegen, ob nicht die günstigen Dispositionen, die nach den dem Berliner Kabinett zugekommenen Nachrichten in Bukarest bestünden, zu benützen wären, um auch von Rumänien her einen Druck auf Rußland auszuüben. Zu diesem Zwecke scheine es dem Grafen Berchtold wünschenswert, daß der k. u. k. und der deutsche Gesandte in Bukarest unverzüglich angewiesen würden, an König Carol mit dem Ersuchen heranzutreten, sei es durch eine solenne Demarche in St. Petersburg (eventuell auch ein geheimes Telegramm König Carols an Kaiser Nikolaus) oder durch die öffentliche Bekanntgabe des Bündnisses, offen zu erklären, daß Rumänien im Falle einer europäischen Konflagration an der Seite des Dreibundes gegen Rußland kämpfen würde.

Diese Klarstellung müßte, um ihrem Zweck zu entsprechen, bis spätestens 1. August erfolgen [1].

Graf Szögyény wolle schließlich bemerken, Graf Berchtold nehme an, daß die maßgebenden deutschen Faktoren angesichts des die beiden Reiche bedrohenden Verhaltens Rußlands seinen Vorschlägen zustimmen würden.

Rom

Offizielle Mitteilung des Abbruches der Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien (26. Juli)

Dem römischen Kabinett wurde die Abweisung der serbischen Antwortnote mit folgender Motivierung offiziell mitgeteilt [2]: Der königlich italienischen Regierung sei es wohl bekannt, daß dem Wiener Kabinett aggressive Tendenzen ferne lägen, und daß es ein Akt der Selbstverteidigung sei, wenn es sich nach jahrelanger Duldung endlich dazu entschließe, den großserbischen Wühlereien eventuell mit dem Schwerte entgegenzutreten. Man werde dem Wiener Kabinett in Rom das Zeugnis nicht versagen können, daß es trotz der schwersten Provokationen Serbien gegenüber seit einer Reihe von Jahren die größte Langmut habe walten lassen, obwohl ihm die immer kühner auftretende großserbische Propaganda die schwersten Besorgnisse einflößen mußte. Nachdem nunmehr aber das nach den Ergebnissen der Untersuchung in Belgrad vorbereitete und von den dortigen Sendlingen ausgeführte Attentat in Sarajevo deutlich beweise, daß man in Serbien zur vermeintlichen Förderung seiner Ziele auch vor den gewalttätigsten Mitteln nicht zurückschrecke, sei das Wiener Kabinett zur Erkenntnis gelangt, es sei höchste Zeit, sich mit allem Nachdrucke Garantien gegen den Fortbestand der gegenwärtigen unleidlichen Verhältnisse an der südöstlichen Grenze der Monarchie zu verschaffen.

Da nun die friedlichen Mittel, um Serbien zu einer Änderung seiner Haltung zu bewegen, erschöpft seien, sei die Entscheidung durch die Waffen voraussichtlich.

[1] Der Satz: „Diese Klarstellung müßte, um ihren Zwecken zu entsprechen, bis spätestens 1. August erfolgen", erscheint im Konzept als nachträglicher Zusatz von der Hand Graf Berchtolds.

[2] Weisung nach Rom d. d. Wien, 26. Juli, Nr. 884.

Als Italien vor kurzer Zeit genötigt war, zur Befestigung seiner Stellung im Mittelmeer und zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen Krieg zu führen, habe die Monarchie in bundesfreundlicher Gesinnung die Erfolge seiner Waffen mit Freuden begrüßt und die sich hieraus ergebende Erweiterung der italienischen Machtsphäre bereitwilligst anerkannt.

Dem freundschaftlichen Charakter des Bundesverhältnisses entsprechend, habe nunmehr Herzog von Avarna die offizielle Erklärung abgegeben, daß Italien im Falle des Eintretens eines kriegerischen Konflikts zwischen der Monarchie und Serbien seiner Bundespflichten eingedenk sein werde. Hievon nehme das Wiener Kabinett mit dankbarer Genugtuung Kenntnis.

Rekriminationen der italienischen Regierung (26. Juli)

Dem k. u. k. Botschafter in Rom stattete der Sekretär des Ministers des Äußern, Biancheri, am 26. Juli einen Krankenbesuch ab.

In einer längeren unverbindlichen Konversation über den Konflikt der Monarchie mit Serbien[1] hob der italienische Funktionär, der hiebei offenbar die Auffassung seines Chefs zum Ausdrucke brachte, den für jeden Staat inakzeptablen Ton der Note und den Umstand hervor, daß letztere den Kabinetten nicht früher mitgeteilt worden sei, so daß dieselben jeden Engagements frei seien; daß ihnen die Note nachträglich aber dann doch mitgeteilt worden sei, was ihnen Gelegenheit zur Einmischung gebe und mit der These unvereinbar sei, es handle sich um eine ausschließlich die Monarchie und Serbien angehende Angelegenheit. Wozu dann die Mitteilung an die Signatarmächte? Auch von Italien, das man früher weder gefragt noch verständigt habe, könne man nicht verlangen, daß es eventuell im weiteren Verlaufe des Konflikts für die Monarchie vom Leder ziehe. Käme es zu zeitweisen oder definitiven Okkupationen von österreichisch-ungarischer Seite, so stehe das Anrecht Italiens auf Kompensationen außer Zweifel.

[1] Telegramm aus Rom d. d. 26. Juli, Nr. 541. Expediert 27. Juli, 2 Uhr a. m.

Herr von Mérey trat allen diesen Thesen nachdrücklichst entgegen, wobei er aber, wie er in seiner Meldung feststellte, die zwar nicht überraschende, aber höchst bedauerliche Konstatierung machte, daß sich Herr Biancheri sowohl hinsichtlich der Kritik der Redaktion der österreichisch-ungarischen Note, wie bezüglich der Unterlassung ihrer früheren Mitteilung, wie vollends betreffs der Kompensationen theoretisch auf die Übereinstimmung zwischen Rom und Berlin berief.

Herr von Mérey war überzeugt, Italien werde an das Wiener Kabinett mit allerlei dasselbe irgendwie bindenden Anträgen hinsichtlich einer Mediation oder Kompensation herantreten. Seines Erachtens sollte sich die Monarchie absolut ablehnend verhalten, ja keinerlei Engagements eingehen und die römische Presse und Regierung sich gebärden lassen. Je entschlossener und unerschütterlicher man in Wien sei, desto mehr werde dies in Italien nützen.

Unterredung Herrn von Tschirschkys mit Graf Berchtold (26. Juli). Deutschland erklärt sich mit der italienischen Interpretation des Artikels VII solidarisch

Der deutsche Botschafter in Wien hatte am 26. Juli bei Graf Berchtold vorgesprochen[1] und ihm auftragsgemäß den Inhalt eines Telegramms des deutschen Botschafters in Rom mitgeteilt, worin der Letztere über eine Unterredung mit Marchese di San Giuliano betreffs der österreichisch-ungarisch-serbischen Krise referierte.

Darnach solle der italienische Minister des Äußern in sehr gereiztem Tone den österreichisch-ungarischen Schritt in Belgrad besprochen und betont haben, derselbe stelle sich als ein aggressiver Akt dar, für dessen Konsequenzen die italienische Regierung nicht herangezogen werden könne. Der Dreibundvertrag sei rein defensiver Natur, der Vorstoß der Monarchie gegen Serbien aber offensiv; wenn Rußland dadurch in den Kampf hineingezogen werden sollte, wäre für Italien der Casus foederis nicht gegeben und es würde sich passiv verhalten.

Baron Flotow bemühte sich im Laufe der mehrstündigen Unterredung, den Minister von seinem Standpunkt abzubringen, ihm die österreichisch-ungarische Aktion als einen Akt der Notwehr und Selbsterhaltung darzustellen und den

[1] Tagesbericht d. d. 26. Juli, Nr. 3577.

defensiven Charakter einer eventuellen militärischen Stellungnahme Deutschlands und Österreich-Ungarns gegen ein Eingreifen Rußlands hervorzuheben, wodurch Italien nach dem Bündnisvertrage verpflichtet werde, an der Seite Österreich-Ungarns und Deutschlands zu kämpfen.

Marchese di San Giuliano, der seine Anschauungsweise mit großer Zähigkeit vertrat und auf die außerordentlichen Schwierigkeiten verwies, die ihm seitens der öffentlichen Meinung seines Landes angesichts dieses Konflikts bereitet würden, bei welchem die Sympathien nicht auf österreichisch-ungarischer, sondern auf gegnerischer Seite stünden, habe schließlich geltend gemacht, daß die Monarchie nach Artikel VII des Dreibundvertrages auch im Falle vorübergehender Besetzung eines Gebietes am Balkan Italien gegenüber kompensationspflichtig sei, daß also Italien die Erfüllung der Stipulationen dieses Abkommens verlangen müßte.

Herr von Tschirschky betonte hiebei, daß sich die deutsche Regierung in letzterer Beziehung mit der italienischen Regierung solidarisch erkläre, da nach dem Wortlaute des Allianzvertrages, so ungelegen dies im gegenwärtigen Falle erscheinen möge, für jede auch vorübergehende Okkupation von Gebieten „dans les régions des Balcans“ — sei es von Österreich-Ungarn, sei es von Italien — vom anderen Kontrahenten Kompensationsansprüche auf Grund vorhergehenden Übereinkommens gefordert werden könnten.

Auf die Entgegnung Graf Berchtolds, daß das Wiener Kabinett diesbezüglich anderer Auffassung sei, da dem Geiste des Dreibundvertrages und speziell des Artikels VII zufolge die fragliche Kompensationsbestimmung sich bloß auf türkisches Gebiet beziehen könne, replizierte Herr von Tschirschky mit der Bemerkung, daß die Abfassung des Artikels VII „unglücklicherweise“ eine solche sei, den Anspruch der italienischen Regierung vollkommen zu rechtfertigen, und daß daher die deutsche Regierung in dieser Frage sich auf Seite der italienischen Regierung stellen müsse, somit zwei Stimmen gegen eine in die Wagschale fallen würden.

Graf Berchtold verhehlte dem Botschafter sein Befremden über die starre Haltung des römischen Kabinetts in

dieser Frage nicht. Während des lybischen Feldzuges hätten die italienischen Truppen eine Reihe von ottomanischen Inseln im Ägäischen Meere besetzt, was für die Monarchie einen Kompensationsanspruch begründet habe. Graf Berchtold hätte damals zugegeben, daß man Rhodus, Karpathos und Stampalia, welche am Ausgange des Ägäischen Meeres in das Mittelmeer gelegen seien, noch ausschalten könne, die übrigen aber unbedingt als in das Gebiet des Agäischen Meeres fallend rechnen müsse, für welche der Monarchie ein Kompensationsanspruch zustehe. Graf Berchtold hätte letzteren damals nicht geltend gemacht, müßte aber nun, falls Italien eine so weitgehende und intransigente Interpretation für sich in Anspruch nehmen sollte, die Gegenrechnung der Monarchie präsentieren. Im übrigen sei er der Ansicht, daß die Frage jetzt, da die Monarchie ja nicht die Absicht hätte, weder temporär noch definitiv serbische Gebiete zu besetzen — (vorübergehende Kriegsoperationen könnten doch nicht als temporäre Besetzung klassifiziert werden) — nicht auf die Tagesordnung zu stellen wäre.

Unterredung des Grafen Berchtold mit dem italienischen Botschafter (26. Juli) (Italien reklamiert sein Kompensationsrecht für den Fall einer wenn auch nur provisorischen Besetzung serbischen Territoriums)

Der italienische Botschafter, Herzog von Avarna, der ebenfalls am 26. Juli bei Graf Berchtold erschienen war[1], teilte aus Anlaß des Konflikts zwischen der Monarchie und Serbien mit, daß sich die italienische Regierung für den Fall, als dieser Konflikt eine kriegerische Wendung nehmen und zu einer — wenn auch nur provisorischen — Besetzung serbischen Territoriums führen sollte, vorbehalte, das ihr auf Grund des Artikels VII des Dreibundvertrages zustehende Kompensationsrecht in Anspruch zu nehmen. Die italienische Regierung sei überdies auf Grund des eben angeführten Vertragsartikels der Ansicht, daß sich die Monarchie vor der eventuellen Besetzung serbischen Gebietes mit ihr ins Einvernehmen setzen müßte.

Im übrigen beabsichtige die italienische Regierung in dem eventuell bewaffneten Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien eine freundschaftliche und den Bündnispflichten entsprechende Haltung einzunehmen.

[1] Weisung nach Rom d. d. 26. Juli, Nr. 887. Expediert 26. Juli, 11 Uhr 45 Minuten p. m.

Weisung an den k. u. k. Botschafter in Rom (26. Juli)

Dem k. u. k. Botschafter in Rom ließ Graf Berchtold die Information über die Mitteilung des Herzogs von Avarna noch in der Nacht des 26. Juli zukommen, wobei er bemerkte, er habe noch keine Gelegenheit gefunden, Herzog von Avarna den eigenen Standpunkt gegenüber dessen Erklärungen darzulegen.

Da es heute noch ungewiß sei, ob und in welchem Ausmaße sich die Monarchie zu einer provisorischen Besetzung serbischen Gebietes veranlaßt sehen werde, scheine Graf Berchtold eine Diskussion über diesen Gegenstand verfrüht und er werde bestrebt sein, eine solche vorläufig noch hinauszuschieben.

Ratschläge Herrn von Jagows an das Wiener Kabinett (27. Juli)

Herr von Jagow erklärte sich (27. Juli) mit der ihm durch Graf Szögyény mitgeteilten Stellungnahme Graf Berchtolds dem italienischen Standpunkte gegenüber vollkommen einverstanden[1] und fand es ganz angezeigt, daß derselbe vorerst in keine Auseinandersetzung über die Interpretation des Artikels VII eingegangen sei. Trotz alledem sei Herr von Jagow der Meinung, daß Graf Berchtold schon jetzt, ohne Berufung auf den Artikel VII, in ausdrücklicher Weise der italienischen Regierung erklären solle, daß er, falls eine als nicht nur vorübergehend anzusehende Okkupation serbischen Gebietes gegen den Willen des Wiener Kabinetts doch als unvermeidliche Verfügung erachtet würde, mit einer Kompensation (ohne irgendwelche Angabe über ihren Umfang) an Italien einverstanden sein werde.

Durch eine derartige Erklärung, meinten Herr von Jagow und Herr Zimmermann, würde Italien, das fortwährend in Berlin in diesem Sinne Vorstellungen erhebe, beruhigt werden.

Ausführung der Weisung vom 26. Juli (28. Juli)

Den mit der Instruktion vom 26. Juli erhaltenen Auftrag[2] ließ Herr von Mérey, der noch bettlägerig war, durch Graf Ambrózy ausführen[3]. Zugleich wies er Graf Ambrózy an, um den Auftrag, angesichts der nicht unbedenklichen Haltung der italienischen Regierung in der Kompensationsfrage, nicht in einen unverdienten Dank ausklingen zu lassen,

[1] Telegramm aus Berlin d. d. 27. Juli, Nr. 302.

[2] Siehe Seite 183, 184.

[3] Telegramm aus Rom d. d. 28. Juli, Nr. 546.

beizufügen, Graf Berchtold behalte sich vor, in eine Diskussion der Kompensationsfrage in einem gefahrlosen Zeitpunkte einzugehen. Der Minister des Äußern, bei dem sich Graf Ambrózy seines Auftrages entledigte, bat, die Mitteilung einem seiner Sekretäre zu wiederholen, der sich darüber Notizen machte. Die eigene Antwort versprach Marquis di San Giuliano eventuell am 29. Juli zu erteilen.

Nach seiner Kenntnis der Sachlage und auf Grund seiner Besprechung mit Herrn Biancheri, glaubte Herr von Mérey vor einer mißverständlichen oder allzu optimistischen Auffassung der durch den Herzog von Avarna vollzogenen Demarche warnen zu sollen[1].

Dieselbe habe offenbar in erster Linie, um nicht zu sagen ausschließlich, der Ankündigung der Kompensationsansprüche gegolten und die daran geknüpfte freundschaftliche, übrigens sehr vage und unverbindliche Phrase, sei wohl nur eine captatio benevolentiae gewesen.

Die teilweise überschwengliche Quittierung der letzteren bei gleichzeitiger Vermeidung der Diskussion über das schwierige Thema erscheine Herrn von Mérey bedenklich, da sie italienischerseits entweder als eine stillschweigende Zustimmung oder dahin interpretiert werden könnte, daß die Monarchie mit einem militärischen Konflikt selbst nicht rechne und daher die Kompensationsfrage als gegenstandslos betrachte.

Charakteristischerweise sei die Nachricht über die bundesfreundlichen Äußerungen Italiens nur von Wien aus in die römischen Journale gelangt, während sie von der Consulta der Presse bisher vorenthalten wurde. Das ceterum censeo Herrn von Méreys bleibe daher, Kompensationsansprüche rundweg in Abrede zu stellen und sich ja in keine heiklen Verhandlungen oder Engagements einzulassen. Gegenteiligenfalls würde die Monarchie Italien die Rolle eines Mannes einräumen, der seinem in die Donau gestürzten Freunde sagen würde: „Ich ziehe dich nicht heraus. Wenn du dir „aber aus eigener Kraft heraushilfst, dann müßtest du mir „eine Entschädigung geben."

[1] Telegramm aus Rom d. d. 28. Juli, Nr. 547.

Demarchen Herrn von Tschirschkys bei Graf Berchtold in der Kompensationsfrage (27. und 28. Juli)

Welche Besorgnisse die Berliner Regierung hinsichtlich der österreichisch-ungarisch-italienischen Unstimmigkeiten in der Kompensationsfrage bereits hegte, dokumentieren die am 27. und 28. Juli bei Graf Berchtold unternommenen Demarchen Herrn von Tschirschkys[1].

Beide Male erschien der deutsche Botschafter im persönlichen Auftrage Kaiser Wilhelms, des Reichskanzlers sowie des Staatsministers, um den Grafen Berchtold angesichts der ernsten Lage und der drohenden Gefahren „um Himmelswillen" zu bitten, sich mit Italien über die Interpretation des Artikels VII des Dreibundvertrages ins Reine zu setzen. Italienischerseits werde das Vorgehen der Monarchie gegen Serbien als ein aggressiver Akt auch gegenüber Rußland angesehen und daher der Standpunkt vertreten, Italien könne sich bei dem defensiven Charakter des Dreibundvertrages nicht als verpflichtet ansehen, in einem eventuell daraus entstehenden Kampfe mit Rußland auf die Seite der Monarchie zu treten. Weiter sei erklärt worden, und zwar sowohl durch den italienischen Botschafter in Berlin wie durch San Giuliano und Salandra in Rom, daß Italien nur dann eine freundschaftliche Haltung einnehmen könnte, wenn das Wiener Kabinett die italienische Interpretation des Artikels VII des Dreibundvertrages akzeptieren würde.

Herr von Tschirschky, der beauftragt war, Graf Berchtold zu erklären, die deutsche Regierung interpretiere den Artikel VII in der gleichen Weise wie die italienische, richtete (wie die gegenständliche Aufzeichnung des k. u. k. Ministeriums des Äußern besagt) einen feierlichen und nachdrucksvollen Appell an den Grafen Berchtold, diese Situation tunlichst bald ins klare zu bringen, da die ganze militärische Aktion Deutschlands aufs Spiel gesetzt würde, wenn Italien den Casus foederis nicht anerkennen sollte.

Erklärungen des Herzogs von Avarna (28. Juli)

Herzog von Avarna, der gleichfalls am 28. Juli bei Graf Berchtold vorsprach, gab im Auftrage seiner Regierung eine analoge Erklärung ab, wie kürzlich (25. Juli) Baron Macchio gegenüber, dahingehend, man hätte in Rom erwartet,

[1] Weisung nach Rom d. d. Wien, 28. Juli, Nr. 892, und Weisung nach Berlin d. d. Wien, 28. Juli, Nr. 280. Expediert am 28. Juli, 1 Uhr p. m.

das Wiener Kabinett würde in einem Falle, wie der gegenwärtige (Demarche in Belgrad), der unter die Bestimmung des Artikels VII des Dreibundvertrages („dans les Balcans") falle, zuerst das Einvernehmen mit den beiden Verbündeten pflegen; daß ferner die italienische Regierung für den Fall, als der drohende Konflikt eine kriegerische Wendung nehmen und zu einer, wenn auch nur provisorischen Besetzung serbischen Territoriums führen sollte, sich vorbehalte, das ihr auf Grund des Artikels VII des Dreibundvertrages zustehende Kompensationsrecht in Anspruch zu nehmen, worüber vorhergehend ein Einvernehmen herzustellen wäre, schließlich, daß die königlich italienische Regierung in dem eventuellen Waffengange zwischen Österreich-Ungarn und Serbien eine freundschaftliche und den Bündnispflichten entsprechende Haltung einnehmen wolle.

Graf Berchtold erwiderte dem italienischen Botschafter, daß der Streitfall der Monarchie mit Serbien nur diese und Serbien angehe und daß das Wiener Kabinett übrigens an keine territoriale Erwerbung dächte; eine Besetzung serbischen Gebietes daher nicht in Frage käme.

Auf die Bemerkung des Herzogs von Avarna, daß es den Mächten gegenüber von großem Vorteil wäre, wenn das Wiener Kabinett eine bindende Erklärung hierüber abgeben würde, entgegnete Graf Berchtold, dies sei aus dem Grunde nicht möglich, da man derzeit nicht voraussehen könne, ob die Monarchie nicht durch den Verlauf des Krieges in die Lage gebracht würde, gegen ihren Willen serbisches Territorium okkupiert zu halten. Bei normaler Abwicklung sei dies allerdings nicht zu erwarten, da die Monarchie absolut kein Interesse hätte, die Zahl ihrer serbischen Untertanen noch zu vermehren.

Graf Berchtold ersuchte Herrn von Mérey (28. Juli)[1], Marquis di San Giuliano von der abgegebenen Erklärung des Herzogs von Avarna und der darauf erteilten Antwort Mitteilung zu machen und hinsichtlich der aus dem Artikel VII des Dreibundvertrages abgeleiteten Kompensationsansprüche Nachstehendes zu bemerken:

Bereitwilligkeit des Wiener Kabinetts, bei einer nicht nur als vorübergehend anzusehenden

[1] Weisung nach Rom d. d. Wien, 28. Juli, Nr. 892.

Okkupation serbischen Gebietes in Meinungsaustausch über die Kompensationsfrage zu treten

Wie bereits dem italienischen Botschafter gegenüber erklärt wurde, lägen territoriale Erwerbungen durchaus nicht in den Absichten des Wiener Kabinetts. Sollte es sich aber dennoch wider Erwarten gezwungen sehen, zu einer nicht als nur vorübergehend anzusehenden Okkupation serbischen Gebietes zu schreiten, so sei es bereit, für diesen Fall mit Italien in einen Meinungsaustausch über eine Kompensation zu treten. Auf der andern Seite erwarte man in Wien von Italien, daß das Königreich den Verbündeten in den zur Erreichung seiner Ziele nötigen Aktionen nicht hindern, sondern ihm vielmehr die in Aussicht gestellte bundesfreundliche Haltung unentwegt bewahren werde.

Graf Berchtold fügte noch als geheim hinzu: er habe sich zu diesem Entgegenkommen entschlossen, weil es sich gegenwärtig um ein großes Spiel handle, das an sich mit bedeutenden Schwierigkeiten verbunden, ohne festes Zusammenhalten der Dreibundmächte gänzlich undurchführbar wäre.

Weisung an den k. u. k. Botschafter in Berlin (28. Juli) (Trentino)

Diese für den k. u. k. Botschafter in Rom bestimmte Instruktion wurde gleichzeitig Graf Szögyény nach Berlin mit dem Auftrage übermittelt[1], sich im erwähnten Sinne Herrn von Jagow gegenüber auszusprechen und sich weiters dahin vernehmen zu lassen, das Wiener Kabinett habe den Eindruck, daß an manchen Stellen Italiens an Kompensationen auf Kosten von Gebieten der Monarchie, speziell der mit italienischer Bevölkerung, etwa des Trentino, gedacht werde. Demgegenüber wolle Graf Szögyeny auf das Nachdrücklichste erklären, daß die Frage einer Loslösung irgendeines Teiles der Monarchie nicht einmal Gegenstand einer Erörterung bilden dürfe.

Zweifel der italienischen Presse an einer Kriegsabsicht Österreich-Ungarns

Die Tatsache, daß Österreich-Ungarn nach Ablehnung der serbischen Antwortnote nicht sofort durch operative militärische Maßnahmen vollendete Tatsachen schuf, wurde nicht bloß in Berlin releviert[2], sondern wurde auch — wie Herr von Mérey am 27. Juli berichtete[3] — von der gesamten römischen Presse mit Erstaunen registriert und in

[1] Weisung nach Berlin d. d. Wien, 28. Juli, Nr. 280.
[2] Vgl. Seite 171 oben, 211 Mitte, 213, 215.
[3] Telegramm aus Rom d. d. 27. Juli, Nr. 548.

dem Sinne kommentiert, daß Österreich-Ungarn offenbar doch eine friedliche Beilegung des Konflikts anstrebe.

Paris

In Paris hatte Graf Szécsen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien neben dem Hinweise auf die allgemeinen Gründe der Ablehnung noch im besonderen mit folgender Erwägung zu motivieren[1]:

Instruktion an den k. u. k. Botschafter anläßlich der Mitteilung des Abbruches der diplomatischen Beziehungen zu Serbien

Infolge der Unzulänglichkeit der serbischen Antwortnote und infolge der immer kühner auftretenden Provokationen und der daraus hervorgehenden Bedrohung der Integrität der Monarchie sei das Wiener Kabinett in die Notwendigkeit versetzt worden, Serbien durch die schärfsten Mittel zu einer grundsätzlichen Änderung seiner bisherigen feindseligen Haltung zu zwingen.

Die französische Regierung werde begreifen, daß die Monarchie nun endlich den Augenblick für gekommen halten müsse, um sich mit dem größten Nachdrucke Garantien zu verschaffen, die in absoluter Weise die Unterdrückung der serbischen Aspirationen und damit die Ruhe und Ordnung an den südöstlichen Grenzen der Monarchie gewährleisten würden.

Da die zu diesem Zwecke aufgewendeten friedlichen Mittel erschöpft seien, müsse eventuell die Entscheidung durch die Waffen angerufen werden. Die österreichisch-ungarische Regierung habe sich hiezu nicht leicht und nur darum entschlossen, weil ihr Vorgehen, dem jede aggressive Tendenz fernliege, nicht anders als ein unaufzuschiebender Akt der Selbstverteidigung dargestellt werden könne und weil sie einem europäischen Interesse zu dienen glaube, wenn sie Serbien die Möglickeit benehme, auch fernerhin wie seit den letzten zehn Jahren ein Element der allgemeinen Beunruhigung zu sein.

In der Haltung Frankreichs während der Annexionskrise, in den wertvollen, von dem Wiener Kabinett dankbar

[1] Weisung nach Paris d. d. Wien, 26. Juli, Nr. 163.

anerkannten Beweisen einer gerechten Würdigung der politischen Bestrebungen zu jener Zeit, dürfe das Wiener Kabinett ein Unterpfand dafür erblicken, daß ihm die französische Regierung auch in einem aufgezwungenen Kampfe ihre Sympathien nicht versagen und daß sie die auf dessen Lokalisierung gerichteten Bemühungen vorkommenden Falles unterstützen werde.

Äußerungen im französischen Ministerium des Äußern (26. Juli)

Noch bevor Graf Szécsen diese am 26. Juli, 4 Uhr 30 Minuten nachmittags, abgegangene telegraphische Weisung zugekommen war, wurde ihm anläßlich eines Besuches im französischen Ministerium des Äußern am 26. Juli vertraulich Einsicht in ein Telegramm des französischen Vertreters in Belgrad gewährt, das den Inhalt der serbischen Antwortnote zusammenfaßte [1].

Laut dieser Darstellung akzeptiere Serbien alle Wünsche des Wiener Kabinetts rückhaltlos, erkläre sich bereit, das Preßgesetz zu modifizieren und bitte nur hinsichtlich der Teilnahme von österreichisch-ungarischen Organen an der Untersuchung in Serbien, die es im Prinzip auch annehme, um nähere Auskünfte.

Als Herr Berthelot sein Erstaunen darüber aussprach, daß diese Antwort, die einer vollkommenen Kapitulation gleichkomme, nicht akzeptiert wurde, antwortete Graf Szécsen, er kenne den Text der serbischen Note nicht, müsse aber vermuten, daß in derselben Reserven enthalten seien, die deren anscheinend entgegenkommenden Charakter modifizierten und die Antwort als unannehmbar erscheinen ließen.

Sollte, führte Graf Szécsen in seiner Meldung aus, Serbien die österreichisch-ungarischen Wünsche wirklich rückhaltslos akzeptiert haben, so würde die intransigente Haltung des Wiener Kabinetts in Paris, so fürchte er, einen sehr ungünstigen Eindruck machen.

Die Sprache Herrn Berthelots sei sonst sehr versöhnlich gewesen; er habe die Hoffnung ausgedrückt, das jedenfalls sehr große Entgegenkommen Serbiens werde eine Basis für weitere Verhandlungen bieten.

[1] Telegramm aus Paris d. d. 26. Juli, Nr. 125.

Die erwähnte Depesche aus Belgrad scheine 20 Stunden unterwegs gewesen zu sein, ein Umstand, den Herr Berthelot relevierte, ohne daran einen Kommentar zu knüpfen.

Mitteilung des Abbruches der diplomatischen Beziehungen zu Serbien (27. Juli)

Bei dieser im Pariser Auswärtigen Amt vorherrschenden Stimmung hatte Graf Szécsen, als er am 27. Juli auftragsgemäß die Mitteilung des Abbruches der diplomatischen Beziehungen der Monarchie zu Serbien erstattete, keinen leichten Stand[1]. Herr Bienvenu Martin schien peinlich überrascht und äußerte sich, die serbische Regierung habe in so weitgehendem Maße den österreichisch-ungarischen Wünschen Rechnung getragen, daß die übriggebliebenen Differenzen so unbedeutend erschienen, daß niemand verstehe, warum es wegen derselben zum Bruche und zur Anwendung schärfster Maßregeln kommen könne.

Ohne es direkt zu sagen, schien Herr Bienvenu Martin anzunehmen, der Ausbruch der Feindseligkeiten mit Serbien müsse einen allgemeinen Krieg zur Folge haben. Er äußerte sich, Österreich-Ungarn würde eine furchtbare Verantwortung auf sich laden, wenn es, nachdem Serbien so viel nachgegeben habe, wegen der verbleibenden kleinen Differenzen einen Weltkrieg hervorrufe. Graf Szécsen erwiderte, das ganze Bestreben der Monarchie sei darauf gerichtet, ihrerseits den Konflikt mit Serbien zu lokalisieren; die Gefahr weiterer Komplikationen würde nur eintreten, wenn eine dritte Macht sich in diesen Konflikt einmischen würde. In dieser Hinsicht könne Frankreich sehr nützlich wirken.

Der Minister versicherte, Frankreich höre nicht auf, in Belgrad zur Nachgiebigkeit zu raten. Er gebe die Hoffnung nicht auf, Serbien werde Mittel und Wege finden, um das Wiener Kabinett ganz zufriedenzustellen.

Wenn Serbien die Note nachträglich ohne Vorbehalt akzeptieren würde, müsse dies doch genügen. Ferner fragte der französische Minister Grafen Szécsen, was unter dem von Graf Berchtold erwähnten „schärfsten Mitteln" zu verstehen sei, worauf der k. u. k. Botschafter entgegnete, er könne dieselben nicht näher präzisieren. Herr Bienvenu Martin hoffte, es werde nur ein Ultimatum sein, um Serbien

[1] Telegramm aus Paris d. d. 27. Juli, Nr. 131.

die Möglichkeit zu geben, seine Antwort in befriedigendem Sinne zu ergänzen.

Die weitgehende Nachgiebigkeit Serbiens, die in Paris für unmöglich gehalten wurde, habe, meldete Graf Szécsen des Weiteren, starken Eindruck gemacht. Angesichts der Haltung des Wiener Kabinetts verbreite sich die Ansicht, daß die Monarchie den Krieg um jeden Preis wolle, was die Stimmung ungünstig beeinflusse.

Herr Poincaré habe den Besuch in Kopenhagen und Christiania abgesagt, was ihn sicher sehr verstimmen werde. Er treffe am 29. Juli in Paris ein, Herr Iswolsky am 27. oder 28. Juli. „Wir werden jetzt wahrscheinlich", schloß Graf Szécsen seinen Bericht, „eine schärfere Tonart zu hören bekommen."

Demarche des deutschen Botschafters (26. Juli)

Baron Schön brachte auftragsgemäß im Pariser Auswärtigen Amt am 26. Juli zur Sprache, die Monarchie wolle die territoriale Integrität Serbiens nicht antasten. Diese Mitteilung wurde (gemäß einer Meldung Graf Szécsens vom 26. Juli [1]) vom stellvertretenden Minister des Äußern mit sichtlicher Freude zur Kenntnis genommen. Der deutsche Botschafter knüpfte hieran das Ansuchen, Frankreich möge, wie dies auch die deutsche Regierung tue, in Petersburg einwirken, daß Rußland den Serben zur Nachgiebigkeit rate. Der Minister versicherte, daß Frankreich lebhaft die Beilegung des Konflikts wünsche und war erstaunt, daß die serbische Note, die, wie er sagte, allen Wünschen der Monarchie Rechnung trage, nicht annehmbar befunden wurde.

Er kam auch auf die Idee Herrn Sazonows zu sprechen, daß, nachdem die serbische Erklärung vom März 1909 den Mächten notifiziert worden sei, diese berufen seien, die Haltung Serbiens zu prüfen und zu diesem Zweck die Mitteilung des betreffenden Dossiers verlangen sollten.

Baron Schön legte Herrn Bienvenu Martin die Undurchführbarkeit dieser Idee dar, worauf der Minister zugab, die Monarchie könnte sich in dem vorliegenden Falle einem europäischen Areopag nicht unterwerfen.

[1] Telegramm aus Paris d. d. 26. Juli, Nr. 128.

Am 28. Juli wurde Graf Szécsen, der in einer Meldung vom 26. Juli auf die Notwendigkeit der Bekanntgabe des offiziellen Textes der serbischen Antwortnote hingewiesen hatte [1], beauftragt [2], das ihm mit Postsendung übermittelte Dossier und die an diesem Tage ebenfalls im Postwege abgehenden kritischen Bemerkungen zu der serbischen Antwortnote sowohl den französischen Staatsmännern wie der Öffentlichkeit gegenüber nach Tunlichkeit zu verwerten. Speziell wolle er auf das Moment den Nachdruck legen, daß Serbien, nur um Europa irrezuführen, in seiner Note sich den Anschein der Nachgiebigkeit gegeben, aber keinerlei Garantien für die Zukunft geboten habe; nahezu jede seiner Zusagen sei durch Vorbehalte und Reserven wertlos gemacht. Seine wahre Gesinnung habe es durch seine Mobilisierung gezeigt, während die Monarchie vor Ablauf der befristeten Note keine militärischen Maßnahmen getroffen hatte.

Weisung an den k. u. k. Botschafter (28. Juli)

London

Graf Mensdorff hatte bei Bekanntgabe des Abbruches der diplomatischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien dieselbe Sprache zu führen wie sein österreichisch-ungarischer Kollege in Paris.

Weisung an den k. u. k. Botschafter aus Anlaß der Mitteilung des Abbruches der diplomatischen Beziehungen zu Serbien

Nach der Darlegung der Motive, die das Wiener Kabinett zu seinem ablehnenden Standpunkt gedrängt hatten, sollte Graf Mensdorff an die Adresse Sir Edwards Greys folgende spezielle Ausführungen richten [3]:

Das hochentwickelte Gerechtigkeitsgefühl des englischen Volkes und seiner leitenden Staatsmänner könne dem Wiener Kabinette nicht Unrecht geben, wenn es sich dazu entschließen müßte, mit dem Schwerte zu verteidigen, was der Monarchie sei; wenn sich diese endlich mit einem Lande auseinandersetze, dessen feindselige Politik die Monarchie seit Jahren zu den kostspieligsten Maßregeln zwinge, die den Wohlstand derselben auf das empfindlichste beeinträchtigten. Im Vertrauen auf die glücklicherweise wieder

[1] Telegramm aus Paris d. d. 26. Juli, Nr. 129.
[2] Weisung nach Paris d. d. Wien, 28. Juli, Nr. 169.
[3] Weisung nach London d. d. Wien, 26. Juli, Nr. 172.

hergestellten traditionell freundschaftlichen Beziehungen zu England dürfe das Wiener Kabinett auf die Sympathien der königlich großbritannischen Regierung bei einem der Monarchie aufgezwungenen Kampfe hoffen und darauf rechnen, daß sie die auf dessen Lokalisierung gerichteten Bestrebungen vorkommendenfalls unterstützen werde.

Durchführung der Weisung (26. Juli)

Instruktionsgemäß verständigte Graf Mensdorff die Londoner Regierung am 26. Juli von dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Serbien [1]. Sir A. Nicolson, den der k. u. k. Botschafter in Abwesenheit Sir Edward Greys sprach, war sehr beunruhigt, hoffte aber noch immer, daß irgendein Mittel gefunden werde, um den Beginn der Feindseligkeiten zu verhindern.

Herrn von Tschirschkys Mitteilungen über das Schreiben Sir Edward Greys an den deutschen Botschafter in London (26. Juli)

In Wien hatte Herr von Tschirschky dem Grafen Berchtold am 26. Juli auftragsgemäß mitgeteilt [2], daß laut eines in London am 25. l. M., 3 Uhr nachmittags, aufgegebenen Telegramms des Fürsten Lichnowsky, Sir Edward Grey diesem die Skizze einer Antwortnote Serbiens übersendet und in dem begleitenden Privatschreiben bemerkt habe, er hoffe, das Berliner Kabinett würde sich angesichts des versöhnlichen Tenors dieser Antwort in Wien für deren Annahme verwenden [3].

Graf Berchtold halte es für angezeigt, daß Graf Mensdorff dem Staatssekretär gegenüber auf die Sache zurückkomme und ihn darauf aufmerksam mache, daß fast zu derselben Zeit, als er dies Schreiben an Fürst Lichnowsky richtete, nämlich am 25. Juli um 3 Uhr nachmittags, Serbien bereits die allgemeine Mobilisierung seiner Armee angeordnet habe, was beweise, daß in Belgrad zu einer friedlichen Austragung der Sache keine Neigung bestand. Die, wie es scheine, schon vorher nach London telegraphierte Antwort sei mit einem den Anforderungen des Wiener Kabinetts nicht entsprechenden Inhalte erst um 6 Uhr nach erfolgter Ausschreibung der Mobilisierung dem k. u. k. Gesandten in Belgrad überreicht worden.

[1] Telegramm aus London d. d. 26. Juli, Nr. 112.

[2] Weisung nach London d. d. Wien, 26. Juli, Nr. 170. Expediert 27. Juli, 12 Uhr 10 Minuten a. m.

[3] Vgl. Seite 172.

Am 27. Juli vormittags hatte Fürst Lichnowsky mit Sir Edward Grey ein Gespräch geführt, über das Graf Mensdorff nachmittags berichtete [1]. Die serbische Antwort nehme alles an bis auf einen Punkt, über den man sich noch verständigen könnte. Wenn Österreich-Ungarn mit dieser unerhörten Demütigung Serbiens nicht zufrieden sei, so beweise es, daß dies nur ein Vorwand gewesen sei und darauf abziele, Serbien und den russischen Einfluß zu vernichten. Die Okkupation Belgrads wäre ein sehr unüberlegter Schritt und würde die größte europäische Konflagration herbeiführen. Sir Edward werde eine Erklärung im Unterhause abgeben und proponiere Mediation und Konferenz Englands, Deutschlands, Frankreichs und Italiens in London.

Äußerungen Sir E. Greys über die Haltung Österreich-Ungarns (27. Juli)

Sir Edward sei sehr bestimmt gewesen und habe erklärt, man bitte ihn immer, in Petersburg zu beruhigen; nun sei der Moment gekommen, daß Deutschland in Wien kalmiere. Der deutsche Botschafter erschien, wie Graf Mensdorff meldete, sehr beunruhigt und überzeugt, daß wenn die Monarchie in Serbien einmarschiere, England vollständig in das andere Lager hinüberschwenke.

Am gleichen Tage (27. Juli) fand Graf Mensdorff Gelegenheit, Sir Edward persönlich den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Serbien mitzuteilen [2].

Unterredung Sir Edward Grey—Graf Mensdorff (27. Juli). Der englische Vermittlungsvorschlag (Conférence à quatre)

Daran anknüpfend erklärte der k. u. k. Botschafter ausführlich, die Aktion der Monarchie sei keine aggressive, sondern Selbstverteidigung und Selbsterhaltung; die Monarchie beabsichtige weder territoriale Eroberungen noch die Vernichtung der serbischen Unabhängigkeit. Sie wolle eine gewisse Genugtuung für die Vergangenheit und Garantien für die Zukunft.

Sir Edward äußerte sich, er sei sehr enttäuscht, daß das Wiener Kabinett die serbische Antwort so behandle, als wenn sie ganz ablehnend wäre, indeß sie doch die größte

[1] Telegramm aus London d. d. 27. Juli, 2 Uhr 12 Minuten p. m., Nr. 113.

[2] Telegramm aus London d. d. 27. Juli, 8 Uhr 5 Minuten p. m., Nr. 114.

Demütigung bedeute, der sich ein unabhängiger Staat jemals unterworfen habe und eigentlich alle Punkte annehme. Graf Mensdorff verwies darauf, daß gerade die Auslassung des Punktes über die Teilnahme der österreichisch-ungarischen Organe geeignet erscheine, alle übrigen Zusicherungen illusorisch zu machen.

Sir Edward sagte weiter, der deutsche Botschafter habe ihn vor zwei Tagen gebeten, seinen mäßigenden Einfluß in Petersburg geltend zu machen. Er habe geantwortet, es wäre nicht möglich, von Rußland zu verlangen, daß es auf Serbien einwirke, noch weiter zu gehen, als es dies in seiner Antwort bereits getan habe.

Sir Edward hätte geglaubt, diese Antwort würde eine Basis liefern, auf der die vier anderen Regierungen ein befriedigendes Arrangement ausarbeiten könnten.

Das sei seine Idee beim Vorschlage einer Konferenz gewesen.

Die Konferenz würde sich versammeln unter der Voraussetzung, daß sowohl Österreich-Ungarn wie Rußland sich jeder militärischen Operation enthalten würden während des Versuches der anderen Mächte, einen befriedigenden Ausweg zu finden.

Die Erklärung Sir Edwards im Unterhause am 27. Juli habe dies Konferenzprojekt erörtert. Als Sir Edward vom Enthalte militärischer Operationen seitens der Monarchie gegen Serbien sprach, machte Graf Mensdorff die Bemerkung, er fürchte, es sei vielleicht schon zu spät. Der Staatssekretär meinte, wenn das Wiener Kabinett entschlossen sei, unter allen Umständen mit Serbien Krieg zu führen, und voraussetze, daß Rußland ruhig bleiben werde, so nehme es ein großes Risiko auf sich. Könne man in Wien Rußland dazu bewegen, ruhig zu bleiben, sei alles gut und er habe nichts mehr zu sagen. Wenn nicht, seien die Möglichkeiten und die Gefahren unberechenbar.

Als Symptom der Beunruhigung bezeichnete es ferner Sir Edward, daß die große Flotte, die nach den Manövern in Portsmouth konzentriert wurde und am 28. Juli auseinandergehen sollte, vorläufig dort bleiben werde.

„Wir hätten keine Reserven einberufen, aber nachdem „sie versammelt sind, können wir sie in diesem Augenblicke „nicht nach Hause schicken“ [1].

Der Staatssekretär war betrübt und beunruhigt, aber nicht gereizt, wie Fürst Lichnowsky Grafen Mensdorff morgens gesagt hatte.

Die Idee Sir Edwards einer Konferenz habe den Zweck, wenn möglich, die Kollission zwischen den Großmächten hintanzuhalten; Sir Edward dürfte also auf Isolierung des Konflikts hinzielen. Falls aber Rußland mobilisiere und Deutschland in Aktion trete, so falle die Konferenz von selbst in die Brüche.

Sowohl dem deutschen als dem k. u. k. Botschafter gegenüber hatte sich Sir Edward am 27. Juli geäußert [2], daß ihm bereits von Rußland vorgeworfen werde, daß er sich zu sehr auf die Seite Österreich-Ungarns stelle.

Die englische Auffassung des „Vorgeschobenwerdens“ Österreich-Ungarns durch Deutschland. Die Bedeutung dieser Annahme

[1] Die Erklärung zu diesen Maßnahmen Sir Edwards bieten, wie der bereits zitierte Tagesbericht vom 11. Februar 1915, Nr. 965 (Seite 164, Anmerkung 3) feststellen zu können glaubt, die angeblichen Konfidenzen des deutschen Botschafters in Rom an Marquis di San Giuliano (Vgl. Seite 79, Anmerkung 1). Der erwähnte Tagesbericht sagt hierüber:

„Wie wir [das Wiener Kabinett] von sehr beachtenswerter und voll„kommen glaubwürdiger Seite erfahren, hat sich Sir Edward Grey einem „seiner politischen Freunde gegenüber dahin geäußert, daß ihn unsere „[Österreich-Ungarns] Aktion gegen Serbien keineswegs überrascht habe, „da er durch den italienischen Botschafter auf unsere bevorstehende „Aktion aufmerksam gemacht worden war. Marquis Imperiali habe damals, „um die englische Regierung zu einer je energischeren Einsprache in „Berlin und Wien zu bewegen, auch auf die Möglichkeit einer Über„rumpelung durch die deutsche Flotte hingewiesen. Hieraus erklärt sich — „laut eigener Aussage des englischen Staatssekretärs —, „daß die englische Flotte, die Mitte Juli bei Spithead konzentriert worden „war, bis über den ursprünglich beabsichtigten Termin zusammenbehalten „wurde.

„Sir Edward habe sich durch die Mitteilung des italienischen Bot„schafters veranlaßt gesehen, die oberwähnte Maßregel, trotz der Über„raschung seiner Ministerkollegen, vor denen er die streng vertraulichen „Informationen des Botschafters seinem Versprechen gemäß damals ge„heim halten mußte, im Ministerrate zu verlangen und durchzusetzen.“

[2] Telegramm aus London d. d. 28. Juli, Nr. 115.

Graf Mensdorff glaube, Sir Edward wolle mit Deutschland in friedlicher Absicht zusammenarbeiten, wenn er aber Mißtrauen hege, daß Deutschland das Wiener Kabinett „vorgeschoben" habe[1] oder überhaupt den Krieg mit Rußland zu provozieren wünsche, so würde Sir Edward sehr abschwenken und, wie Graf Mensdorff befürchte, sich viel entschiedener auf die russische Seite stellen.

Weisung an den k. u. k. Botschafter (28. Juli)

Der Inhalt der Berichterstattung des k. u. k. Botschafters in London bestimmte Graf Berchtold zur Abfassung folgender Weisung (28. Juli)[2]:

Da das Wiener Kabinett das größte Gewicht darauf lege, daß Sir Edward das Vorgehen der Monarchie gegen Serbien im allgemeinen und speziell die Ablehnung der serbischen Antwort in unparteiischer Weise würdige, ersuche Graf Berchtold den k. u. k. Botschafter, Gelegenheit zu nehmen, Sir Edward das dem Grafen Mensdorff auf dem Postwege übermittelte Dossier im Detail und unter Hervorhebung der besonders markanten Stellen auseinanderzusetzen. In demselben Sinne wolle Graf Mensdorff die kritischen Bemerkungen zu der serbischen Note mit Sir Edward durchsprechen und ihm darlegen, daß das serbische Entgegenkommen nur ein scheinbares war, bestimmt, Europa zu täuschen und daß es für die Zukunft keinerlei Garantien geboten hätte.

Da die serbische Regierung wußte, daß das Wiener Kabinett nur eine vorbehaltlose Annahme seiner Forderungen befriedigen könne, sei die serbische Taktik klar zu durchschauen: Serbien akzeptierte, um Eindruck auf die europäische Öffentlichkeit zu machen, mit allerlei Vorbehalten eine Anzahl der Forderungen, darauf bauend, daß es nicht in die Lage kommen werde, seine Zusagen zu erfüllen. Ein Hauptgewicht bei seiner Besprechung mit Sir Edward Grey wolle Graf Mensdorff auf den Umstand legen, daß die allgemeine Mobilisierung der serbischen Armee für den 25. Juli, nachmittags 3 Uhr, angeordnet worden sei, während die Beantwortung der österreichisch-ungarischen

[1] Vergleiche hiezu die Ausführungen Seite 271, 276, 279 oben.

[2] Weisung nach London d. d. Wien, 28. Juli, Nr. 178. Expediert 28. Juli, 12 Uhr 40 Minuten p. m.

Note erst knapp vor Ablauf der Frist, das heißt wenige Minuten vor 6 Uhr, erfolgte. Die Monarchie habe vorher keine militärischen Vorbereitungen getroffen, sei aber durch die serbische Mobilisierung zu denselben in großem Ausmaße gezwungen worden.

Offizielle Übermittlung der englischen Vermittlungsvorschläge in Wien. Ablehnung derselben durch Graf Berchtold (28. Juli)

Am 28. Juli sprach der englische Botschafter Sir Maurice Bunsen bei Graf Berchtold vor, um auftraggemäß den Standpunkt Sir Edward Greys zum Konflikt der Monarchie mit Serbien auseinanderzusetzen[1]: Die englische Regierung habe mit lebhaftem Interesse den bisherigen Verlauf der Krise verfolgt und lege Wert darauf, das Wiener Kabinett zu versichern, daß sie Sympathien für seinen Standpunkt hege und seine Beschwerden gegen Serbien vollkommen verstehe. Auch wolle sie betonen, daß sie keine warmen Gefühle für Serbien übrig habe, vielmehr wohl wisse, was sich letzteres in der Vergangenheit zuschulden habe kommen lassen.

Wenn somit England keinen Grund habe, den Streitfall der Monarchie mit Serbien an sich zum Gegenstande besonderer Präokkupation zu machen, so könne derselbe doch nicht der Aufmerksamkeit des Londoner Kabinetts entgehen, weil dieser Konflikt weitere Kreise ziehe und dadurch den europäischen Frieden in Frage stellen könne.

Nur aus diesem für England in Betracht kommenden Grunde habe sich Sir Edward veranlaßt gesehen, eine Einladung an die Regierungen jener Staaten zu richten, die an dem Konflikt nicht näher interessiert seien (Deutschland, Italien und Frankreich), um gemeinschaftlich mit ihnen, im Wege fortlaufenden Gedankenaustausches, die Möglichkeiten zu prüfen und zu erörtern, wie die Differenz möglichst rasch ausgeglichen werden könnte. Nach dem Muster der Londoner Konferenz während der letzten Balkankrise sollten nach der Anschauung des englischen Staatssekretärs die Londoner Botschafter der genannten Staaten sich zu dem angegebenen Zwecke in fortlaufendem Kontakt mit ihm halten. Sir Edward Grey habe bereits von den betreffenden Regierungen

[1] Weisung nach London d. d. Wien, 28. Juli, Nr. 179. Expediert 29. Juli, 1 Uhr a. m.

sehr freundschaftlich gehaltene Antworten erhalten, worin dieselben dem angeregten Gedanken zustimmten. Gegenwärtig wäre es der Wunsch des Staatssekretärs, wenn möglich den Ausbruch der Feindseligkeiten zwischen Österreich-Ungarn und Serbien in elfter Stunde zu verhindern, wenn dies aber nicht tunlich wäre, doch vorzubeugen, daß es zu einem blutigen Zusammenstoße komme, eventuell dadurch, daß die Serben sich zurückziehen und den Kampf nicht aufnehmen könnten. Die von Serbien nach Wien gelangte Antwort scheine die Möglichkeit zu bieten, eine Basis für eine Verständigung abzugeben. England sei gerne bereit, hiebei im Sinne des Wiener Kabinetts und nach dessen Wünschen seinen Einfluß zur Geltung zu bringen.

Graf Berchtold dankte dem Botschafter für die Sympathiekundgebung Sir Edward Greys und erwiderte ihm, daß er der Auffassung des Staatssekretärs volle Würdigung zu zollen wisse. Der Standpunkt des englischen Premiers sei aber von dem des Grafen Berchtold naturgemäß verschieden, da England an dem Streitfalle zwischen der Monarchie und Serbien nicht direkt interessiert sei und der Staatssekretär wohl kaum gründlich orientiert sein könne über die schwerwiegende Bedeutung der zu lösenden Fragen für die Monarchie. Wenn Sir Edward Grey von der Möglichkeit rede, den Ausbruch der Feindseligkeiten zu verhindern, so komme dieser Gedanke zu spät, da bereits gestern (27. Juli) serbischerseits auf österreichisch-ungarische Grenzsoldaten geschossen[1] und heute vom Wiener Kabinett der Krieg an Serbien erklärt worden sei. Was die Idee eines Transigierens auf Grund der serbischen Antwortnote anbelange, müsse Graf Berchtold eine solche ablehnen, das Wiener Kabinett hätte die integrale Annahme gefordert, Serbien habe sich durch Winkelzüge aus der Verlegenheit zu ziehen gesucht; dem Wiener Kabinett seien diese serbischen Methoden nur zu gut bekannt. Man dürfe nicht glauben, daß man es mit einer Kulturnation zu tun habe, und dürfe nicht übersehen, wie oft die Langmut des Wiener Kabinetts getäuscht worden sei.

[1] Vgl. Seite 218, 219.

Sir Maurice Bunsen könne dies nun durch seine eigenen in Wien erworbenen Lokalkenntnisse gewiß richtig einschätzen und werde in der Lage sein, dem Staatssekretär hierüber ein genaues Bild zu geben. Sir Edward Grey wolle dem europäischen Frieden dienen, was gewiß nicht auf Widerstand beim Wiener Kabinett stoßen würde. Sir Edward müsse jedoch bedenken, daß der europäische Friede nicht dadurch gerettet würde, daß sich Großmächte hinter Serbien stellten und für dessen Straffreiheit einträten. Denn selbst wenn die Monarchie auf einen solchen Ausgleichsversuch eingehen wollte, würde dadurch Serbien nur um so mehr ermutigt, auf dem bisherigen Pfade weitergehen, was den Frieden binnen der allerkürzesten Zeit abermals in Frage stellen würde.

Der englische Botschafter versicherte Graf Berchtold zum Schlusse, er verstehe den Standpunkt des Wiener Kabinetts vollkommen, er bedauere aber andrerseits, daß unter diesen Umständen der Wunsch der englischen Regierung, einen friedlichen Ausgleich zu erzielen, für den Augenblick keine Aussicht auf Verwirklichung habe. Er hoffe, weiterhin mit dem Grafen Berchtold im Kontakt bleiben zu dürfen, was ihm wegen der großen Gefahr einer europäischen Konflagration von besonderem Wert wäre.

Mit der Versicherung, Graf Berchtold stehe dem Botschafter jederzeit zur Verfügung, schloß die Konversation.

St. Petersburg

Weisung an den k. u. k. Botschafter (26. Juli)

Dem Grafen Szápáry war am 27. Juli, 12 Uhr 40 Minuten vormittags, die Weisung zugeschickt worden[1], eine Gelegenheit herbeizuführen, um sich Herrn Sazonow gegenüber im Sinne des am 25. Juli von Wien abgegangenen Erlasses[2] auszusprechen.

[1] Weisung nach St. Petersburg d. d. 26. Juli, Nr. 185. (Expediert 27. Juli, 12 Uhr 40 Minuten vormittags).

[2] Siehe Seite 159 Mitte. Die Instruktion selbst traf erst am 27. Juli abends in St. Petersburg ein. (Siehe Seite 210 Mitte.)

Unterredung des k. u. k. Botschafters mit Herrn Sazonow (27. Juli). Durchsprechung des Textes der österreichisch-ungarischen Note

Die Unterredung Graf Szápárys mit Herrn Sazonow fand am 27. Juli mittags statt[1].

Der deutsche Botschafter hatte Graf Szápáry bereits vormittag mitgeteilt, er habe Herrn Sazonow heute früh viel ruhiger und entgegenkommender gefunden und habe diesem geraten, eine Aussprache mit Graf Szápáry zu suchen, denn er wisse, daß der k. u. k. Botschafter gegenüber Rußland von den besten Dispositionen beseelt sei, und wie sehr er es bedauere, daß die österreichisch-ungarische Aktion gegen Serbien in Petersburg auf so wenig Verständnis stoße. Herr Sazonow empfing Graf Szápáry im Gegensatze zu seiner Haltung vom 24. Juli sehr liebenswürdig. Er berief sich auf die Mitteilungen des Grafen Pourtalès und sagte, er würde den Grafen Szápáry, wenn dieser sich nicht selbst angesagt hätte, gebeten haben, zu ihm zu kommen, um einmal offen mit ihm zu sprechen. Er selbst sei am 24. Juli etwas überrascht gewesen und habe sich nicht soweit beherrscht, als er gewünscht hätte, und dann sei ihr Gespräch doch nur ein ganz offizielles gewesen[2].

Graf Szápáry erwiderte, auch er hätte den Wunsch gehabt, mit Herrn Sazonow einmal aufrichtig zu sprechen, da er den Eindruck habe, daß man über den Charakter der österreichisch-ungarischen Aktion in Rußland in Irrtümern

[1] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 27. Juli, 2 Uhr 15 Minuten p. m., Nr. 165.

[2] Aus Kopenhagen langte am 27. Juli in Wien eine Nachricht ein, die vielleicht den Schlüssel zur Erklärung des dem k. u. k. Botschafter in Petersburg und auch Grafen Pourtalès unverständlichen Verhaltens und Stimmungswechsels (vgl. Seite 210 unten) des anfänglich erregten russischen Ministers abgeben könnte. Wie der k. u. k. Gesandte Graf Széchényi aus Hofkreisen erfuhr, beginne der König die Situation zuversichtlicher zu beurteilen, seitdem er wisse, daß England die Neutralität wahren wolle, da Dänemark nur im Falle eines aktiven Eingreifens des Inselreiches der Gefahr ausgesetzt sei, in einen Krieg verwickelt zu werden. Diese Aussage wurde durch vertrauliche Mitteilungen bestätigt, vom dänischen Gesandten in Petersburg sei der telegraphische Bericht eingelaufen, daß England bei der russischen Regierung Erklärungen abgegeben habe, sich neutral verhalten zu wollen. (Telegramm aus Kopenhagen d. d. 27. Juli, 11 Uhr 56 Minuten a. m., ohne Nummer.) (Vgl. Seite 271, Anmerkung 2.)

befangen sei. Man imputiere dem Wiener Kabinett, hiemit einen Vorstoß auf den Balkan unternehmen und den Marsch nach Saloniki oder gar nach Konstantinopel antreten zu wollen. Andere wieder gingen so weit, die österreichisch-ungarische Aktion nur als den Auftakt eines von Deutschland geplanten Präventivkrieges gegen Rußland zu bezeichnen. All dies sei teils irrig, teils geradezu unvernünftig. Das Ziel der österreichisch-ungarischen Aktion sei Selbsterhaltung und Notwehr gegenüber einer feindseligen, die österreichisch-ungarische Integrität bedrohenden Propaganda des Wortes, der Schrift und der Tat. Niemandem in Österreich-Ungarn falle es ein, russische Interessen zu bedrohen oder gar Händel mit Rußland suchen zu wollen. Das Ziel jedoch, das sich das Wiener Kabinett vorgesetzt habe, sei es unbedingt entschlossen zu erreichen, und der Weg, den es dazu gewählt hätte, scheine demselben der zweckdienlichste. Da es sich aber um eine Aktion der Notwehr handle, könne Graf Szápáry Herrn Sazonow nicht verhehlen, daß man bei einer solchen jede wie immer geartete Konsequenz in Betracht ziehe. Trotzdem sei sich Graf Szápáry darüber klar, daß, wenn es zu einem Konflikt mit den Großmächten käme, dies die fürchterlichsten Folgen haben müsse und dann die religiöse, moralische und soziale Ordnung auf dem Spiele stehen würde. Graf Szápáry führte sodann in lebhaften Farben den Gedanken an die Konsequenzen eines europäischen Krieges aus.

Herr Sazonow stimmte Graf Szápáry eifrig zu und zeigte sich über die Tendenzen seiner Ausführungen ungemein erfreut. Er erging sich in Versicherungen, daß in Rußland nicht nur er, sondern das ganze Ministerium und, was am meisten ins Gewicht falle, der Souverän von den gleichen Gefühlen gegen Österreich-Ungarn beseelt seien. Er könne nicht leugnen, man habe in Rußland alte Rankünen gegen die Monarchie; er gestehe, er habe sie auch; doch gehöre dies der Vergangenheit an und dürfe in der praktischen Politik keine Rolle spielen. Und was die Slawen anbelange, so sollte er dies dem österreichisch-ungarischen Botschafter zwar nicht sagen, aber er habe gar kein Gefühl für die Balkanslawen. Diese seien für Rußland sogar eine

schwere Last und man könnte sich in Wien kaum vorstellen, was man von ihnen schon zu leiden gehabt habe. Das österreichisch-ungarische Ziel, wie Graf Szápáry es ihm geschildert habe, sei ein vollkommen legitimes, aber er meine, der Weg, den die Monarchie zu dessen Erreichung verfolge, sei nicht der sicherste. Die Note, die das Wiener Kabinett in Belgrad überreicht hätte, sei in der Form nicht glücklich. Er habe sie seitdem studiert, und wenn Graf Szápáry Zeit hätte, möchte er sie nochmals mit ihm durchschauen. Graf Szápáry bemerkte, daß er zu seiner Disposition stehe, aber weder autorisiert sei, den Notentext mit Herrn Sazonow zu diskutieren, noch denselben zu interpretieren. Herrn Sazanows Bemerkungen seien aber natürlich von Interesse. Der Minister nahm sodann alle Punkte der Note durch und fand jetzt von den zehn Punkten sieben ohne allzu große Schwierigkeiten annehmbar. Nur die zwei Punkte, betreffend die Mitwirkung von k. u. k. Funktionären in Serbien, und den Punkt, betreffend die Entlassung von durch Österreich-Ungarn ad libitum zu bezeichnenden Offizieren und Beamten, fand er in dieser Form unannehmbar. Bezüglich des fünften Punktes war Graf Szápáry bereits in der Lage, eine authentische Interpretation zu geben[1]; bei den beiden anderen meinte der k. u. k. Botschafter, daß er deren Interpretation durch die Wiener Regierung nicht kenne, daß aber beide notwendige Forderungen seien. Herr Sazonow meinte, man könnte zum Beispiel eine konsularische Intervention bei Untersuchungen ins Auge fassen, und was die Entlassung anbelange, müßte man doch Beweise gegen die Betreffenden vorbringen. Sonst würde König Peter sofort riskieren, umgebracht zu werden. Graf Szápáry erwiderte, diese Einschätzung durch den Minister bilde die beste Begründung der österreichisch-ungarischen Aktion gegen Serbien. Herr Sazonow meinte ferner, die Monarchie müsse sich vor Augen halten, daß die Dynastie Karageorgević wohl die letzte serbische Dynastie sei, und daß die Monarchie doch nicht einen anarchischen Hexenkessel an ihrer Grenze schaffen wolle? Graf Szápáry

[1] Vgl. Seite 163 unten.

entgegnete, Österreich-Ungarn habe gewiß an der Erhaltung der monarchischen Staatsform ein Interesse; aber auch diese Bemerkung des Ministers beweise, wie notwendig ein entsprechendes Auftreten der Monarchie gegen Serbien sei. Resümierend erklärte der Minister, er finde, daß es sich eigentlich in der Angelegenheit der Note nur um Worte handle und daß sich vielleicht ein dem Wiener Kabinett genehmer Weg finden ließe, wie man über diese Schwierigkeiten hinwegkommen könnte. Würde das Wiener Kabinett die Mediation seines Alliierten, des Königs von Italien, annehmen oder die des Königs von England? Graf Szápáry erwiderte, daß er hierüber nicht in der Lage sei, eine Ansicht zu äußern, daß ihm die Dispositionen seiner Regierung unbekannt, die Dinge im Rollen seien, und daß gewisse Sachen nicht rückgängig gemacht werden könnten. Überdies hätten die Serben schon gestern mobilisiert, und was sich seither noch ereignet habe, sei ihm unbekannt.

Herr Sazonow äußerte am Schlusse seiner Unterredung nochmals in den wärmsten Worten seine Freude über die Aufklärungen, die ihm Graf Szápáry gegeben habe und die ihn wesentlich beruhigt hätten. Er werde auch Kaiser Nikolaus Meldung erstatten, den er an dessen Empfangstage, am 29. Juli, sehen werde.

Seine Gedanken über diese Besprechung resümierte Graf Szápáry dahin:

Der Weg, den die russische Politik in zwei Tagen von der ersten schroffen Ablehnung des österreichisch-ungarischen Vorgehens und der Anregung einer Gerichtssitzung über das österreichisch-ungarische Dossier bis zum Vorschlage der Europäisierung der ganzen Angelegenheit und von da wieder bis zur Anerkennung der Legitimität der österreichisch-ungarischen Ansprüche und zum Suchen nach Mediatoren zurückgelegt habe, sei ein weiter. Trotzdem dürfe nicht übersehen werden, daß neben der rückläufigen diplomatischen Bewegung eine lebhafte militärische Aktivität einhergehe, durch die sich Rußlands militärische und somit auch diplomatische Situation täglich zu Ungunsten der Monarchie zu verschieben drohe.

Gesprächsweise hatte Herr von Sazonow noch erwähnt, ob Graf Szápáry ihm Einsicht in das angekündigte Dossier geben könne, und hatte auf dessen Erwiderung, er sei noch nicht im Besitze desselben, gefragt, ob dasselbe nicht Herrn Schebeko in Wien zugänglich gemacht werden könnte.

Der k. u. k. Botschafter wird ermächtigt, die Erklärung betreffs des territorialen Dessinteressements abzugeben (27. Juli)

Am 27. Juli, abends 10 Uhr 20 Minuten, ging an den k. u. k. Botschafter die ermächtigende Weisung ab, ohne irgendein bindendes Engagement einzugehen[1], Herrn Sazonow und Marquis Carlotti gegenüber sich dahin auszusprechen, daß die Monarchie, solange der Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Serbien lokalisiert bleibe, keinerlei territoriale Eroberungen[2] beabsichtige[3].

Einlangen des Erlasses vom 25. Juli für den k. u. k. Botschafter (27. Juli, spät nachmittags)

Der für den k. u. k. Botschafter bestimmte Erlaß vom 25. Juli langte am 27. Juli erst spät nachmittags in Petersburg ein; das angekündigte Dossier war auch um diese Zeit noch ausständig. Graf Szápáry gedachte sich am 28. Juli bei Herrn Sazonow im Sinne der eben erhaltenen Weisung auszusprechen[4].

Optimistische Auffassung der Situation durch Herrn Sazonow

Wie der k. u. k. Botschafter am 28. Juli morgens meldete[5], habe ihm Graf Pourtalès, der am 27. Juli Herrn Sazonow

[1] Weisung nach St. Petersburg d. d. Wien, 27. Juli, Nr. 187. Expediert 27. Juli, 10 Uhr 20 Minuten p. m. Die Formulierung „ohne irgendein bindendes Engagement einzugehen" erscheint im Konzept als nachträglicher Zusatz von der Hand des Grafen Forgách.

[2] Im Konzept ursprünglich: territorialen Gewinn; von Graf Forgách geändert in: territoriale Eroberungen.

[3] Diese Weisung verdankte — einer der wenigen feststellbaren Fälle — ihre Entstehung einer direkten Anregung des Monarchen. Am 26. Juli hatte der Kabinettsdirektor Freiherr von Schießl an das Ministerium des Äußern jenes Telegramm zurückgestellt, in dem Graf Szápáry um Andeutung darüber bat, ob er sich seinem italienischen Kollegen gegenüber auf den Standpunkt der territorialen Uninteressiertheit stellen dürfe. (Vgl. Seite 154 Mitte.) Freiherr von Schießl teilte gleichzeitig Graf Berchtold mit, der Monarch lasse Graf Berchtold auf den angestrichenen [einschlägigen] Passus dieses Berichtes des Grafen Szápáry aufmerksam machen. Ohne die Entscheidung des Grafen Berchtold beeinflussen zu wollen, scheine es dem Monarchen, als ob Graf Szápáry ermächtigt werden könnte, in dem von ihm beantragten Sinne seinem italienischen Kollegen gegenüber sprechen zu dürfen.

[4] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 28. Juli, Nr. 172. Expediert 28. Juli, 1 Uhr 20 Minuten a. m.

[5] Ebendort.

gesprochen hatte, mitgeteilt, der russische Minister verharre in optimistischer Auffassung, deren Gründe weder dem deutschen Botschafter, noch Graf Szápáry erfindlich seien. Auch die bei dieser Gelegenheit geführte ernste Sprache des Grafen Pourtalès sei an Herrn Sazonow ziemlich wirkungslos abgeprallt.

Die Petersburger Presse vom 27. Juli sei voll Nachrichten, daß die bisherige Sprache der deutschen Diplomaten, weil sie sich als politischer Fehler herausgestellt habe, verändert werde, daß Deutschland einer Mediation nicht ablehnend gegenüberstehe, daß mit einem Ausgleiche zu rechnen sei usw. Emmissäre und Politiker würden auf der k. u. k. Botschaft die Haltung Deutschlands zu denunzieren versuchen. Da die Annahme einer tatsächlichen Abschwenkung ausgeschlossen sei, bleibe nur die Hypothese eines Versuches übrig, in letzter Stunde zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland einen Keil zu treiben.

Nach der Anschauung Graf Szápárys scheine das Ausbleiben der im Auslande gleich für die allerersten Tage nach Ablauf des Ultimatums erwarteten militärischen Operationen den Anlaß zu der irrigen Interpretation zu bilden, Österreich-Ungarns Entschlossenheit sei — vielleicht infolge der Haltung Deutschlands — nicht unabänderlich, und es sei noch Gelegenheit zu Verhandlungen geboten.

Unterredung des russischen Botschafters mit Graf Berchtold (28. Juli). Anregung der Fortführung des aufgenommenen Gedankenaustausches. Durchsprechung der serbischen Antwortnote

Am 28. Juli erschien der russische Botschafter beim Grafen Berchtold, um ihm seine Rückkehr von seinem Urlaub in Rußland mitzuteilen und um gleichzeitig einem telegraphischen Auftrage Herrn Sazonows nachzukommen[1]. Letzterer hätte ihm mitgeteilt, daß er eine längere, sehr freundschaftliche Aussprache mit Graf Szápáry gehabt hätte, in deren Verlaufe Graf Szápáry mit großer Bereitwilligkeit die einzelnen Punkte der serbischen Antwortnote durchgesprochen hätte[2]. Herr Sazonow sei der Ansicht, daß Serbien in weitgehendem Maße den österreichisch-ungarischen Wünschen entgegengekommen sei, daß aber einige Forderungen ihm ganz unannehmbar erschienen, was er auch Graf Szápáry

[1] Weisung nach St. Petersburg d. d. 28. Juli, Nr. 191. Expediert 28. Juli, 11 Uhr 40 Minuten p. m.

[2] Vgl. Seite 206 ff.

nicht verhehlt habe. Es scheine ihm unter diesen Umständen, daß die serbische Antwortnote geeignet sei, den Ausgangspunkt zu einer Verständigung abzugeben, wozu die russische Regierung gerne die Hand bieten möchte. Herr Sazonow wolle daher dem Grafen Berchtold vorschlagen, daß der so glücklich aufgenommene Gedankenaustausch mit Graf Szápáry eine Fortsetzung finde und daß der k. u. k. Botschafter diesbezüglich mit Instruktionen versehen werde.

In seiner Entgegnung betonte Graf Berchtold, daß er auf einen derartigen Vorschlag nicht eingehen könne. Eine Verhandlung über den Wortlaut der vom Wiener Kabinett als unbefriedigend bezeichneten Antwortnote könne in der Monarchie niemand verstehen und niemand billigen. Es wäre dies um so weniger möglich, als sich, wie der Botschafter wisse, bereits eine tiefgehende allgemeine Erregung der öffentlichen Meinung sowohl in Ungarn wie in Österreich bemächtigt hätte, überdies seitens der Monarchie heute der Krieg an Serbien erklärt worden sei.

Auf die mit großer Eloquenz vorgebrachten Auseinandersetzungen des Botschafters, die hauptsächlich darin gipfelten, daß die Monarchie die durchaus nicht abgeleugnete feindselige Stimmung in Serbien durch eine kriegerische Aktion nicht niederringen, im Gegenteil nur steigern würde, gab Graf Berchtold Herrn Schebeko einige Streiflichter hinsichtlich des derzeitigen Verhältnisses der Monarchie zu Serbien, das es unvermeidlich mache, ganz gegen den eigenen Willen und ohne jede egoistische Nebenabsicht, dem unruhigen Nachbar mit dem nötigen Nachdrucke die ernste Absicht zu zeigen, nicht länger eine von der Regierung geduldete, gegen den Bestand der Monarchie gerichtete Bewegung zuzulassen. Die Haltung Serbiens nach dem Empfang der österreichisch-ungarischen Note sei übrigens nicht danach gewesen, eine friedliche Beilegung zu ermöglichen, indem Serbien, noch bevor es der Monarchie seine ungenügende Antwort übergeben ließ, die allgemeine Mobilisierung angeordnet und schon dadurch der Monarchie gegenüber einen feindseligen Akt vorgenommen habe. Trotzdem hätte das Wiener Kabinett noch drei Tage zugewartet. Am 27. Juli seien nun serbischerseits

gegen die Monarchie die Feindseligkeiten an der ungarischen Grenze eröffnet worden[1]. Dadurch sei der Monarchie die Möglichkeit benommen, bei ihrer Serbien gegenüber bewiesenen Langmut weiter zu beharren. Die Herbeiführung einer gründlichen, aber friedlichen Sanierung des Verhältnisses Österreich-Ungarns zu Serbien sei der Monarchie nunmehr unmöglich gemacht worden und die Monarchie sehe sich gezwungen, den serbischen Provokationen in der Form entgegenzutreten, die unter den gegebenen Umständen allein ihrer Würde entspreche.

Die russischen Rüstungen

Die durch das russische offizielle Communiqué vom 24. Juli angedeutete Stellungnahme Rußlands, einem österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikt nicht teilnahmslos gegenüberzustehen, erfuhr während der nächsten Tage ihre Bestätigung dadurch, daß die Vornahme weitgehender russischer Rüstungen immer mehr erkenntlich und bald auch offiziell nicht mehr in Abrede gestellt wurde.

Meldungen des k. u. k. Militärattachés (26. Juli)

Am 26. Juli telegraphierte der k. u. k. Militärattaché in Petersburg: Nachrichten verdichten sich dahin, daß die Militärbezirke Kiew, Warschau, Odessa und Moskau Mobilisierungsbefehl erhielten, bei gleichzeitiger Einziehung von Reservisten; Bezirke Petersburg, Wilna, wahrscheinlich auch Kasan, Befehl zur Vorbereitung der Mobilisierung, jedoch ohne Reservisten. Im ganzen europäischen Rußland erhielten die Truppen Befehl zur Einrückung aus den Lagern in ihre Standorte. Diese Verfügung werde naturgemäß in den nächsten Tagen vielfache Meldungen von Truppenbewegungen im ganzen Reiche zur Folge haben, wobei es sehr schwer sein werde, zu kontrollieren, ob es Einrückungs- oder Mobilisierungstransporte seien. Die Stimmung im Lager bei der Parade am 12. Juli (a. St.) im Gegensatze zu jener am 11. erregt und aggressiv; doch scheine man zum Teil in militärischen Kreisen doch an einen Bluff der Monarchie zu glauben. Es sei schwer, ein Urteil darüber zu fällen, ob eine Geneigtheit Rußlands bestehe, aktiv einzugreifen. Die sehr aggressive Kriegspartei scheine an der Arbeit, die

[1] Siehe Seite 218, 219.

„Stimmung in der Öffentlichkeit, von der dann die Regierung mitgerissen werden soll", vorzubereiten [1].

Bei der Theatervorstellung im militärischen Theater von Krasnoje Selo am 25. Juli abends kam es zu einer spontanen Ovation seitens der Offiziere für den Zaren. Die Offiziere verlangten beim Erscheinen des Kaisers, ganz gegen alle Gebräuche, das Abspielen der Hymne, worauf ein nie endenwollendes Hurra angestimmt wurde. Der Gehilfe des französischen Militärattachés begründete diese Ovation mit Bekanntwerden des Mobilisierungsbefehles „pour quelques circonscriptions". Die Stimmung in Militärkreisen stehe danach mit dem weniger aggressiven Ton, den die Regierung anzuschlagen scheine, im Widerspruche [2].

Vorstellungen des deutschen Botschafters

Bisher hatte Graf Szápáry Herrn Sazonow gegenüber hinsichtlich der russischen Mobilisierungsmaßnahmen absichtlich keine Erwähnung getan, um seinem deutschen Kollegen die Vorhand zu lassen [3].

In den Aussprachen, die Graf Pourtalès mit Herrn Sazonow am 28. Juli pflog, verwies derselbe neuerlich in energischer Weise auf die Gefährlichkeit der russischen Rüstungen, da dieselben unversehens deutsche Gegenmaßnahmen hervorrufen könnten. Herr Sazonow suchte die vom Grafen Pourtalès vorgebrachten Tatsachen abzuleugnen, worauf ihn der deutsche Botschafter auf das Dringendste ersuchte, die militärischen Faktoren scharf zu kontrollieren, damit nicht etwa hinter seinem Rücken gehandelt werde [4].

Ebenso nachdrücklich verwahrte sich Graf Pourtalès gegen die Versuche der russischen Presse, Deutschland und Österreich-Ungarn zu verhetzen. Dies werde nicht gelingen, dazu bedürfe es feinerer Finger als die, welche solche plumpe

[1] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 26. Juli, 4 Uhr 20 Minuten p. m., Nr. 163.

[2] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 26. Juli, 10 Uhr 50 Minuten p. m., Nr. 167.

[3] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 26. Juli, Nr. 168. Expediert 27. Juli, 4 Uhr 30 Minuten a. m.

[4] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 28. Juli, Nr. 175. Expediert 29. Juli, 1 Uhr 15 Minuten a. m.

Manöver inszenierten. Der russische Minister suchte jede Verantwortung in Abrede zu stellen, worauf Graf Pourtalès noch darauf verwies, warum der Minister, wenn er mit diesen Treibereien nicht einverstanden sei, es unterlasse, denselben entgegenzutreten.

Die russischen Mobilisierungsmaßnahmen (27. und 28. Juli)

Wie dem k. u. k. Ministerium des Äußern am 27. Juli aus Odessa telegraphiert wurde, war der Mobilisierungsbefehl für die Militärbezirke Odessa, Kiew und Warschau bereits ergangen, wenn auch noch nicht publiziert worden[1].

Die im russischen Generalstabe am 27. Juli abends vorherrschende Stimmung war — wie der k. u. k. Militärattaché meldete[2] — kompliziert, da einerseits nicht recht an die Energie Österreich-Ungarns, andrerseits auch an eine europäische Beilegung des Konflikts geglaubt werde. Nunmehr würden auch die vorbereitenden Mobilisierungsmaßnahmen im europäischen Rußland — jedoch ohne spezielle Ausnahme gegenüber der deutschen Grenze — zugegeben. Der k. u. k. Militärattaché unterließ es nicht, auf die Bedenklichkeit solcher Maßnahmen, die deutscher- und österreichisch-ungarischerseits ähnliche „Vorbereitungen" provozieren könnten, aufmerksam zu machen. Übrigens äußerten sich mehrere russische Generalstabsoffiziere dem türkischen Militärattaché gegenüber, daß ein österreichisch-ungarischer Bluff noch immer sehr möglich sei, da die Kriegsoperationen ja noch immer nicht begonnen hätten.

* * *

Seit dem 26. Juli war das den europäischen Frieden unmittelbar gefährdende Moment eingetreten: die positiven, Offensivabsichten gegen Österreich-Ungarn und Deutschland bekundenden großzügigen Mobilmachungsvorbereitungen Rußlands. Der Monarchie, mittelbar auch dem an der Krise noch nicht direkt beteiligten Deutschen Reiche,

[1] Telegramm aus Odessa d. d. 27. Juli, 11 Uhr 25 Minuten p. m., Nr. 8544.

[2] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 27. Juli, 11 Uhr 22 Minuten p. m., Nr. 170.

wurde hiedurch die Einleitung der ersten abwehrenden militärischen Schutzmaßnahmen gegen Rußland im Interesse der Selbstverteidigung in der Folge aufgedrängt[1].

D. Die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien

(28. Juli 1914)

Begründung der Ablehnung der serbischen Antwortnote. Communiqué (27. Juli)

Um die öffentliche Meinung auf die bevorstehende Kriegserklärung an Serbien vorzubereiten, brachten die Wiener Abendblätter vom 27. Juli ein offizielles Communiqué, das auch den k. u. k. Botschaftern bei den Signatarmächten und den diplomatischen Funktionären bei den Balkanstaaten zur Verwertung mitgeteilt wurde.

Die kritischen Bemerkungen des k. u. k. Ministeriums des Äußern zur serbischen Antwortnote

Ein Zirkularerlaß übermittelte ferner am 28. Juli sämtlichen k. u. k. Missionen die wortgetreue Übersetzung der serbischen Antwortnote sowie die kritischen Bemerkungen des k. u. k. Ministeriums des Äußern[2]. Den letzteren sollten die k. u. k. Funktionäre zur Verwertung die Gründe entnehmen, die das Ministerium veranlaßt hätten, die Note als unbefriedigend zu qualifizieren.

Partielle Mobisierung in Österreich-Ungarn. 25. Juli abends.

Noch am 24. Juli hatte sich Graf Tisza an Graf Berchtold mit dem Ersuchen gewendet[3], nötigenfalls auch in seinem Namen beim Monarchen zu betonen, daß im Falle einer unbefriedigenden Antwort Serbiens die unverzügliche Anordnung der Mobilisierung unbedingt zu erfolgen hätte. Dieser Auffassung gab Graf Tisza in einem Vortrage an den Monarchen am 25. Juli neuerlichen Ausdruck[4].

[1] Wie sehr ein gegen Rußland — schon gar in einigen wenigen Tagen — vorzunehmender Angriffskrieg außerhalb der Konzeption der Generalstäbe der beiden Zentralmächte lag, erhellt aus der Seite 311, Anmerkung 1, behandelten Feststellung. (Vgl. auch Seite 306 und 307.)

[2] Zirkularerlaß an alle Missionen d. d. 28. Juli, Nr. 3581 bis 3612, 3612a. Die Bemerkungen abgedruckt bei Nebeneinanderstellung mit der serbischen Antwortnote im österreichisch-ungarischen Rotbuch, Nr. 34.

[3] Telegramm des Grafen Tisza d. d. Budapest, 24. Juli, 12 Uhr 50 Minuten p. m., ohne Nummer.

[4] Vortrag des Grafen Tisza d. d. 25. Juli, Kabinettsarchiv.

Der k. u. k. Chef des Generalstabes richtete in der Nacht vom 24. zum 25. Juli (12 Uhr) an den Grafen Berchtold die Verständigung[1], er habe soeben die telegraphische Meldung erhalten, daß in Schabatz am 24. Juli, 4 Uhr nachmittags, die Mobilisierung proklamiert wurde. Serbien scheine also das Ultimatum mit der Mobilisierung zu beantworten. Dies erfordere seitens Österreich-Ungarns sofortiges Handeln; er (der Chef des Generalstabes) erachte es daher für notwendig, daß auch in der Monarchie die Mobilisierung sofort — also nicht am 26., sondern schon am 25. Juli — befohlen werde. Erster Mobilisierungstag hätte der 28. Juli zu sein.

Am 25. Juli abends wurden hierauf die für den Kriegsfall am Balkan vorgesehenen 8 Armeekorps samt den dazugehörigen Landwehr- und Landsturmformationen, u. zw.: VIII. (Prag), IX. (Leitmeritz), III. (Graz), XIII. (Agram), IV. (Budapest), VII. (Temesvár) und die beiden Korps in Bosnien und der Herzegowina, XV. und XVI. mobilisiert.

Immediatvortrag des Grafen Berchtold (27. Juli) Kriegserklärung an Serbien (Entwurf)

Den Entwurf der Kriegserklärung an Serbien unterbreitete Graf Berchtold dem Monarchen am 27. Juli mit folgendem Immediatvortrage[2]:

„Ich nehme mir die ehrerbietigste Freiheit, Euer Majestät „in der Anlage den Entwurf eines Telegramms an das „serbische Ministerium des Äußern zu unterbreiten, welches „die Kriegserklärung an Serbien enthält, und erlaube mir „alleruntertänigst anzuregen, Euer Majestät wollen geruhen, „mich zu ermächtigen, dieses Telegramm morgen früh ab„zusenden und die amtliche Verlautbarung der Kriegs„erklärung in Wien und Budapest gleichzeitig zu veranlassen.

„Mit Rücksicht auf die dem k. u. k. Gesandten Baron „Giesl am 25. d. M. durch Herrn Pašić übergebene, sehr „geschickt verfaßte Antwortnote der serbischen Regierung, „welche inhaltlich zwar ganz wertlos, der Form nach aber „entgegenkommend ist, halte ich es für nicht ausgeschlossen, „daß die Tripelententemächte noch einen Versuch machen

[1] Schreiben des k. u. k. Chefs des Generalstabes an Graf Berchtold d. d. Wien, nachts vom 24. auf den 25. Juli, 12 Uhr.

[2] Konzept von der Hand des Legationsrates Grafen A. Hoyos.

„könnten, eine friedliche Beilegung des Konflikts zu erreichen, „wenn nicht durch die Kriegserklärung eine klare Situation „geschaffen wird.

„Einer Meldung des 4. Korpskommandos zufolge haben „serbische Truppen von Donaudampfern bei Temes-Kubin „gestern unsere Truppen beschossen und es entwickelte sich „auf die Erwiderung des Feuers hin ein größeres Geplänkel. „Die Feindseligkeiten sind hiemit tatsächlich eröffnet worden „und es erscheint daher um so mehr geboten, der Armee in „völkerrechtlicher Hinsicht jene Bewegungsfreiheit zu sichern, „welche sie nur bei Eintritt des Kriegszustandes besitzt.

„Die Notifikation des Kriegszustandes an die neutralen „Mächte würde, vorbehaltlich der allerhöchsten Genehmi- „gung Eurer Majestät, gleichzeitig mit der Kriegserklärung „an deren hiesige Vertreter abgesendet werden.

„Ich erlaube mir zu erwähnen, daß Seine k. u. k. Hoheit „der Oberkommandant der Balkanstreitkräfte, Erzherzog „Friedrich, sowie der Chef des Generalstabes gegen die „Absendung der Kriegserklärung morgen Vormittag nichts „einzuwenden hätten.

In tiefster Ehrfurcht

(gez.) Berchtold."

Der beigelegte Entwurf, der als Telegramm in claris an das königliche Ministerium des Äußern in Belgrad, eventuell in Kragujevac, abgesendet werden sollte, lautete:

„Le Gouvernement Royal de Serbie n'ayant pas ré- „pondu d'une manière satisfaisante à la Note qui lui avait „été remise par le Ministre d'Autriche-Hongrie à Belgrade „à la date du 23 juillet 1914, le Gouvernement Impérial „et Royal se trouve dans la nécessité de pourvoir lui-meme „à la sauvegarde de ses droits et intérêts et de recourir à „cet effet à la force des armes, et cela d'autant plus que „des troupes serbes ont déjà attaqué près de Temes-Kubin „un détachement de l'armée Impériale et Royale. L'Autriche- „Hongrie se considére donc de ce moment en état de guerre „avec la Serbie.

„Le Ministre des Affaires Etrangères d'Autriche-Hongrie,

Comte Berchtold."

Der Monarch setzte in Bad Ischl am 28. Juli seine Entschließung zum Vortrage Graf Berchtolds mit den Worten auf:

„Ich genehmige den beiliegenden Entwurf eines Tele-
„gramms an das serbische Ministerium des Äußern,
„welches die Kriegserklärung an Serbien enthält und erteile
„Ihnen die erbetene Ermächtigung

(gez.) Franz Joseph."

Textesänderung der Kriegserklärung

Ungeachtet dieser Genehmigung durch den Monarchen wurde der endgültige Text der Kriegserklärung nicht im präzisen Wortlaute des vorgelegten Entwurfes abgesendet. Graf Berchtold sah sich nämlich genötigt, den Satz „et cela „d'autant plus que des troupes serbes ont déjà attaqué près „de Temes-Kubin un detachement de l'armée Imperiale et „Royale" aus dem bereits genehmigten Entwurfe zu streichen und diese nachträgliche Änderung dem Monarchen gegenüber mit der folgenden Argumentation in einem Immediatvortrage vom 29. Juli zu begründen:

„Allergnädigster Herr!

„Nachdem die Nachrichten von einem Gefechte bei „Temes-Kubin keine Bestätigung erfahren haben, hingegen „bloß eine Einzelmeldung über ein geringfügiges Geplänkel „bei Gradište vorlag, die wohl nicht geeignet erschien, zur „Begründung eines gewichtigen Staatsaktes herangezogen zu „werden, habe ich es in Anhoffnung der nachträglichen „allerhöchsten Genehmigung Eurer Majestät auf mich ge-„nommen, aus der an Serbien gerichteten Kriegserklärung „den Satz über den Angriff serbischer Truppen bei Temes-„Kubin zu eliminieren.

In tiefster Ehrfurcht

Berchtold."

„Wien, am 29 Juli 1914.

Die Kriegserklärung selbst war also — unter Auslassung des vom Grafen Berchtold eliminierten Satzes[1] — am

[1] Gewissermaßen als Gegenstück der Begründung einer Kriegserklärung kann auf die Einleitungsargumentation hingewiesen werden, mit

28. Juli vormittags an das königliche Ministerium des Äußern abgegangen.

Telegraphische Übermittlung der Kriegserklärung an die serbische Regierung

Die Zustellung der Kriegserklärung an die serbische Regierung begegnete mancherlei Schwierigkeiten. Der gewöhnliche Weg der persönlichen Überreichung an den Minister des Äußern des gegnerischen Staates durch einen diplomatischen Vertreter konnte nicht in Frage kommen, da der k. u. k. Gesandte mit dem Personal der Mission nach Erhalt der Antwortnote Belgrad verlassen hatte. Es wurde daher die Kriegserklärung von Wien aus auf telegraphischem Wege nach Belgrad an die Adresse des Auswärtigen Amtes gerichtet. Da jedoch die direkte Drahtverbindung von Wien nach Belgrad, wohl von serbischer Seite selbst, außer Funktion gesetzt war, nahm die Kriegserklärung den Weg über Czernowitz und Bukarest. Eine Art Empfangsbestätigung, daß das die Kriegserklärung enthaltende Telegramm am 28. Juli, 1 Uhr 20 Minuten nachmittags, im serbischen Ministerium des Äußern übernommen wurde, langte aus Nisch am 1. August an die Adresse des Grafen Berchtold ein [1].

der Graf Berchtold in einem Immediatvortrage vom 27. August dem Monarchen gegenüber die Kriegserklärung an Belgien motivierte:

„Obwohl Österreich-Ungarn nach dem Dreibundvertrage „verpflichtet gewesen wäre, Belgien den Krieg zu erklären, „sobald das Deutsche Reich sich mit diesem Lande im Kriegszustande „befand, hat die Monarchie die diplomatischen Beziehungen zu Belgien „trotz der ihrer Vertretung bereiteten großen Schwierigkeiten nicht abge„brochen . . . . . “.

Es ist unerfindlich, auf welchen Punkt des Dreibundvertrages diese Argumentation Graf Berchtolds Bezug haben soll.

[1] Telegramm d. d. Nisch, Eingangsnummer 220, Wien, 1. August 1914.

III

Von der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien (28. Juli) bis zur Kriegserklärung des Deutschen Reiches an Rußland (1. August)

A. Das Berliner Kabinett

Beziehungen Berlin—Wien—Rom.

Der Unterstaatssekretär pflichtet der vom Grafen Berchtold an Italien abgegebenen Erklärung bei (29. Juli)

Hinsichtlich der von Herrn von Tschirschky am 27. und 28. Juli am Ballhausplatze gemachten Mitteilungen, Italien werde ein kriegerisches Vorgehen seitens der Monarchie gegen Serbien als aggressiven Akt auch gegen Rußland betrachten und sich daher seiner Dreibundverpflichtung im Konfliktsfalle mit Rußland für entbunden erachten, scheine, wie sich Herr Zimmermann in einer Besprechung am 29. Juli Graf Szögyény gegenüber äußerte[1], ein Mißverständnis obzuwalten. Dies sei allerdings im Anfang der österreichisch-ungarischen Kontroverse mit Serbien italienischerseits einmal gesagt, seitdem aber nicht wiederholt worden.

Auch der italienische Botschafter, dem Graf Szögyény rein persönlich den vorerwähnten Standpunkt der italienischen Regierung als ein ihm zugekommenes Gerücht mitteilte, habe sich geäußert, dies sei allerdings einmal von einem italienischen Vertreter im Auslande erklärt worden, derselbe habe aber dafür sofort von Rom einen Verweis erhalten, und es sei dies, wie er Graf Szögyény „ganz kategorisch" versichere, absolut nicht die Auffassung des italienischen Kabinetts.

Was die vom Grafen Berchtold der italienischen Regierung durch Herrn von Mérey abgegebene Erklärung betreffe, sei der Unterstaatssekretär damit einverstanden und glaube sicher annehmen zu können, die italienische Regierung werde sich damit begnügen, daß Graf Berchtold erklärt habe, territoriale Erwerbungen lägen nicht in den Absichten

[1] Telegramm aus Berlin d. d. 29. Juli, Nr. 317.

der Monarchie, und daß das Wiener Kabinett, sollte Österreich-Ungarn sich dennoch zu einer nicht als nur vorübergehend aufzufassenden Okkupation serbischen Gebietes gezwungen sehen, für diesen Fall mit Italien in einen Meinungsaustausch über eine ihm zu gewährende Kompensation treten werde.

Nachrichten, laut welchen man an manchen Stellen in Italien als Kompensation an Gebietsteile Österreich-Ungarns denke, seien auch in Berlin eingelangt. Daß die Loslösung eines Gebietsteiles der Monarchie nicht einmal zur Diskussion gestellt werden dürfe, sei jedoch auch die Berliner Ansicht.

Die Berliner Regierung rät eine „large" Interpretation der Kompensationsfrage an (30. Juli)

Über einen entscheidenden Stimmungswechsel der Berliner Regierungskreise hinsichtlich der österreichisch-ungarisch-italienischen Beziehungen referierte Graf Szögyény am 30. Juli [1]. Während er noch bis vor kurzem bezüglich der Eventualität eines europäischen Konfliktes bei allen maßgebenden Berliner Kreisen die größte Ruhe konstatieren konnte, müsse der k. u. k. Botschafter gestehen, nunmehr das Gefühl zu haben, daß dieselben in den allerletzten Tagen eine nicht bloß auf die größere Aktualität der Frage zurückzuführende Nervosität ergriffen habe.

Der Grund dieses Umschwunges der Stimmung der Berliner Kreise liege unbedingt in der durch die telegraphische Berichterstattung des Grafen Szögyény bereits gemeldeten begründeten Angst, daß Italien seine Bündnisverpflichtungen dem Dreibund gegenüber in einem allgemeinen Konflikt nicht einhalten werde, ja, daß sogar seine allgemeine Haltung der Monarchie gegenüber eine direkt zweifelhafte sein könnte. Sei aber der Dreibund, so argumentiere die deutsche Regierung weiter, nicht als geschlossenes Ganzes zu betrachten, so würden die Chancen für Deutschland und Österreich im großen Konfliktsfalle bedeutend verschlechtert werden. Es müsse also Italien unbedingt dem Dreibund, und zwar als aktiver Faktor, erhalten bleiben.

Deshalb rate man Graf Berchtold auf das Allerdringendste, in der Auslegung des Artikels VII des Dreibundvertrages

[1] Telegramm aus Berlin d. d. 30. Juli, Nr. 328.

möglichst „large“ zu sein und Italien, was die Kompensationsfrage anbetreffe, größtes Entgegenkommen zu bekunden und so schnell wie möglich zu erklären, daß man sofort im Sinne großzügigsten Entgegenkommens auf Verhandlungen über Auslegung des Artikels VII der Kompensationsverpflichtungen einzugehen bereit wäre, wobei selbstredend auch nach Berliner Überzeugung von dem Trentino keine Rede sein könne.

Dieser Wunsch Deutschlands beruhe nach der feststehenden Meinung des Grafen Szögyény absolut nicht auf einem Abflauen seiner Bündnistreue Österreich-Ungarn gegenüber, sondern einzig und allein auf der Überzeugung, daß Österreich-Ungarn und Deutschland unbedingt Italien brauchten, um in den allgemeinen Konflikt mit Sicherheit eintreten zu können.

Die nach Berlin bekanntgegebenen Zugeständnisse seien nach Meldungen des deutschen Botschafters in Rom von dem italienischen Kabinett als nicht genügend betrachtet worden. Wie der k. u. k. Militärattaché dem Grafen Szögyény berichte, habe sich der Generalstabschef Graf Moltke in demselben Sinne hinsichtlich der unbedingten Notwendigkeit eines sofortigen Verständnisses mit Italien geäußert. In Anbetracht des großen Ernstes der Lage schließe sich der k. u. k. Botschafter vollinhaltlich der vorberichteten Überzeugung der deutschen Regierung an.

Meldungen des deutschen Botschafters in Rom (30. Juli)

Zu einer Richtigstellung seiner letzten Äußerungen[1] sah sich der Unterstaatssekretär in einer Unterredung mit Graf Szögyény am 30. Juli veranlaßt[2]. Herr Zimmermann las dem k. u. k. Botschafter ein soeben eingelangtes Telegramm des deutschen Botschafters in Rom vor, laut welchem Marquis di San Giuliano ihm jetzt doch erklärt habe, daß „Italien das kriegerische Vorgehen gegen Serbien als aggressiven Akt gegen Rußland ansehe und sich daher für den daraus eventuell entstehenden Konflikt als von seinen im Dreibunde vorgesehenen Unterstützungsverpflichtungen entbunden

[1] Siehe Seite 223.

[2] Telegramm aus Berlin d. d. 31. Juli, 12 Uhr 35 Minuten a. m., Nr. 334.

betrachte". Auch müsse Italien unbedingt auf Kompensationen auf Grund des Artikels VII bestehen.

Auf die energischen Einwendungen des deutschen Botschafters habe der italienische Minister des Äußern erwidert, er behaupte ja nicht, daß Italien seine Bundesgenossen eventuell nicht unterstützen werde, er sage nur, daß es in diesem Falle auf Grund des Dreibundvertrages nicht verpflichtet sei, Deutschland und Österreich-Ungarn zu unterstützen. Herr von Flotow habe sein Telegramm mit der Bemerkung geschlossen, Österreich-Ungarn solle unbedingt schon jetzt Kompensationen für die eventuelle Besetzung serbischen Gebietes Italien zusichern.

Italien erachtet sich seiner Bündnispflichten entbunden (1. August)

Von Herrn von Jagow erhielt Graf Szögyény am 1. August vormittags die Mitteilung[1] von einem Telegramm des deutschen Botschafters in Rom, demzufolge Marquis di San Giuliano ihm erklärt habe, daß sich Italien seiner Dreibundpflichten für entbunden erachte, da Österreich-Ungarn auf eine Kompensationsgewährung nicht eingegangen sei.

Italien würde, so meinte Marquis di San Giuliano, nicht aktiv mit Deutschland und Österreich-Ungarn gehen, aber unbedingt neutral bleiben.

Vorstellungen Herrn von Jagows hinsichtlich der Haltung des k. u. k. Botschafters in Rom (1. August)

Als Graf Szögyény dem Staatssekretär ein Telegramm des Grafen Berchtold vom 31. Juli zwecks Erzielung eines Einvernehmens in der Kompensationsfrage vorlas[2], bat Herr von Jagow den k. u. k. Botschafter dringendst, Graf Berchtold zu melden, daß, laut übereinstimmender Meldungen Herrn von Flotows aus Rom und des italienischen Botschafters in Berlin, Herr von Mérey den Vorschlag des Grafen Berchtold (vom 28. Juli) in der Kompensationsfrage[3] der italienischen Regierung nicht mitgeteilt habe, daß Herr von Jagow also die berechtigte Furcht hege, der k. u. k. Botschafter werde auch diese letzte Eröffnung in der Kompensationsfrage nicht machen, was von katastrophaler Wirkung sein könnte. Herr von Mérey sei gegen die Gewährung von

[1] Telegramm aus Berlin d. d. 1. August, 2 Uhr 50 Minuten p. m., Nr. 348.

[2] Vgl. Seite 259 ff.

[3] Vgl. Seite 191 unten.

Kompensationen und führe daher die diesbezüglichen Anträge nicht aus.

Graf Szögyény widersprach „selbstredend" dieser Anschuldigung und beeilte sich, nach einem inzwischen mit Graf Forgách gepflogenen telephonischen Gespräche neuerlich den Staatssekretär aufzusuchen, um diesem die Zusicherung hinsichtlich der Ausführung des Auftrages Graf Berchtolds durch die k. u. k. Botschaft in Rom bekanntzugeben.

Beziehungen Berlin—Paris

Demarche des deutschen Botschafters (29. Juli)

Nach der Meldung des k. u. k. Botschafters[1] schien es unzweifelhaft, daß Frankreich im Einvernehmen mit Rußland seit dem 29. Juli gewisse militärische Vorbereitungen treffe. Graf Szécsen erfuhr an diesem Tage vertraulich, der deutsche Botschafter solle diese Vorbereitungen bei Herrn Viviani zur Sprache bringen und darauf hinweisen, Deutschland könnte unter diesen Umständen gezwungen werden, ähnliche Maßnahmen zu treffen, die natürlich nicht geheim bleiben könnten und deren Bekanntwerden in der Öffentlichkeit große Aufregung verursachen würde. So könnten beide Länder, trotzdem sie nur den Frieden anstrebten, zu einer wenigstens teilweisen Mobilisierung gedrängt werden, was gefährlich wäre. Baron Schön solle weiters erklären, daß Deutschland lebhaft wünsche, den Konflikt zwischen der Monarchie und Serbien lokalisiert zu sehen, und hiebei auf die Unterstützung Frankreichs zähle.

Baron Schön hatte übrigens im Auftrage des Berliner Kabinetts am Quai d'Orsay bereits mitgeteilt, die Monarchie habe in Petersburg erklärt, keine Eroberungsabsichten in Serbien zu haben. Der deutsche Botschafter habe dieses Argument seither wiederholt verwertet. Die Nachricht war, wenn auch nicht in offizieller Form, in die Zeitungen gedrungen und es wurde in denselben auf die früheren wiederholten Erklärungen des Wiener Kabinetts, die Monarchie sei territorial saturiert, hingewiesen. Ein Abgehen von diesem Standpunkt würde, nach Graf Szécsens Ansicht[2], jedenfalls

[1] Telegramm aus Paris d. d. 29. Juli, Nr. 136.
[2] Telegramm aus Paris d. d. 30. Juli, Nr. 137.

in Frankreich und auch in England den denkbar schlechtesten Eindruck machen.

Anfrage des deutschen Botschafters betreffs der Neutralität Frankreichs (31. Juli)

In ein kritisches Stadium traten die deutsch-französischen Beziehungen, als Baron Schön am 31. Juli auftragsgemäß erklärte, daß wenn die angeordnete allgemeine russische Mobilisierung nicht binnen zwölf Stunden eingestellt werde, Deutschland gleichfalls mobilisiere. Baron Schön fragte gleichzeitig an, ob Frankreich im Falle eines deutsch-russischen Krieges neutral bleibe. Die diesbezügliche Antwort werde binnen achtzehn Stunden erbeten, der Termin laufe am 1. August, 1 Uhr nachmittags, ab [1].

Auf diese Anfrage erhielt Baron Schön den Bescheid: Frankreich würde in diesem Falle das tun, was seine Interessen erheischen.

Die Formulierung dieser Antwort erklärte Herr Viviani, nach der Meldung Graf Szécsens vom 1. August [2] damit, daß ein neuer Vorschlag Sir Edwards vorliege, alle Mächte sollten gleichzeitig die kriegerischen Vorbereitungen einstellen. Rußland habe, falls andere Mächte das gleiche täten, den Vorschlag akzeptiert. Da überdies jetzt die österreichisch-ungarische Erklärung vorliege, die staatliche Souveränität Serbiens nicht antasten zu wollen, scheine Herr Viviani eine Verständigung für nicht unmöglich zu halten.

Beziehungen Berlin—Wien—London

Änderung der Auffassung in Berlin

Die optimistische Auffassung, zu der man sich in Berlin hinsichtlich der Haltung Englands in einem europäischen Konflikt bisher bekannte, erfuhr durch die seit dem 29. Juli einlangenden Nachrichten eine Erschütterung. Wie Herr Zimmermann dem k. u. k. Botschafter am 29. Juli mitteilte, habe der französische Botschafter erklärt, daß sich England ganz zweifellos „dès le premier coup de notre côté“ (Frankreich, Rußland) stellen werde [3]. Der italienische Botschafter habe Herrn von Jagow gegenüber derselben

[1] Telegramm aus Paris d. d. 31. Juli, Nr. 143.

[2] Telegramm aus Paris d. d. 1. August, 1 Uhr 35 Minuten p. m., Nr. 146.

[3] Telegramm aus Berlin d. d. 29. Juli, 11 Uhr 40 Minuten a. m., Nr. 324.

Überzeugung Ausdruck gegeben. Der Unterstaatssekretär, der bisher von der wenigstens anfänglichen Neutralität Englands überzeugt schien, sprach sich seit dem 29. Juli abends in dieser Hinsicht im pessimistischen Sinne aus.

Die Mitteilung des Wiener Kabinetts an die k. u. k. Missionen hinsichtlich der Ablehnung des englischen Vorschlages (29. Juli)

Am 29. Juli erging an die k. u. k. Signatarbotschaften und Balkanmissionen die telegraphische Verständigung, nach einer Meldung des Grafen Szögyény aus Berlin vom 28. Juli[1] sei der englische Vermittlungsvorschlag, laut welchem England, Deutschland, Italien und Frankreich zu einer Konferenz in London zusammentreten sollten, um Mittel zur Beilegung der jetzigen Schwierigkeiten zu finden, deutscherseits mit der Begründung abgelehnt worden, daß eine Konferenz nicht das geeignete Mittel wäre, um einen Erfolg zu erzielen[2].

Memoire des Wiener Kabinetts zur Begründung der Ablehnung der durch Herrn von Tschirschky übermittelten englischen Proposition (29. Juli)

Herrn von Tschirschky war am nämlichen Tage von Graf Berchtold in Beantwortung des zur Kenntnis gebrachten englischen Vermittlungsvorschlages ein die ablehnende Haltung des Wiener Kabinetts motivierendes Memoire überreicht worden[3]:

„Die k. u. k. Regierung hat mit dem ergebensten Danke „von der Mitteilung[4] Kenntnis genommen, welche ihr der „Herr kaiserlich deutsche Botschafter am 28. l. M. gemacht „hat in betreff des Ersuchens des englischen Kabinetts[5],

[1] Vgl. Seite 179.

[2] Zirkularerlaß an die Signatarbotschaften und die Balkanmissionen d. d. 29. Juli, Protokoll Nr. 5814 bis 5822. Es muß auffallen, daß sich diese Mitteilung an die k. u. k. Missionen auf die deutscherseits bereits am 27. Juli erfolgte Ablehnung des englischen Konferenzvorschlages berief und nicht auf die von Graf Berchtold selbst dem englischen Botschafter in der Besprechung am 28. Juli gegenüber vollzogene Abweisung der Vermittlungsvorschläge. (Vgl. Seite 203 ff.)

[3] Der wörtlichen Zitierung der im Konzepte dieses Memoires vorgenommenen Änderungen kommt ein sachliches Interesse zu. Wir verzeichnen daher die gegenständlichen Vermerke.

[4] Ursprünglich im Konzepte: „von dem Inhalte der Notiz"; sodann von der Hand Baron Musulins: „von dem Inhalte des Aide-mémoires"; zuletzt Korrektur des Grafen Berchtold: „von der Mitteilung".

[5] Ursprünglich im Konzept: „die ihr der Herr kaiserlich deutsche Botschafter am 28. l. M. zur Verfügung gestellt hat und die das Ersuchen des englischen Kabinetts betraf". (Umänderung von der Hand des Grafen Berchtold.)

„die kaiserlich deutsche Regierung möge ihren Einfluß beim „Wiener Kabinett dahin geltend machen, damit dieses die „Antwort aus Belgrad entweder als genügend betrachte oder „aber als Grundlage für Besprechungen annehme[1]. Zu der „Aussprache des Herrn englischen Staatssekretärs zu Fürst „Lichnowsky möchte die k. u. k. Regierung zunächst darauf „aufmerksam machen, daß die serbische Antwortnote keines„wegs, wie dies Sir Edward Grey anzunehmen scheint, „eine Zustimmung zu allen unseren Forderungen mit einer „einzigen Ausnahme impliziere, daß vielmehr in den meisten „Punkten Vorbehalte formuliert sind, welche den Wert der „gemachten Zugeständnisse wesentlich herabdrücken. Die „Ablehnung betreffe aber gerade jene Punkte, welche einige „Garantie[2] für die faktische Erreichung des angestrebten „Zweckes enthalten."

„Die k. u. k. Regierung kann ihre Überraschung über „die Annahme nicht unterdrücken, als ob ihre Aktion gegen „Serbien Rußland und den russischen Einfluß am Balkan „treffen wolle, denn dies hätte zur Voraussetzung, daß die „gegen die Monarchie gerichtete Propaganda nicht allein „serbisch, sondern russischen Ursprunges sei. Wir sind „bisher vielmehr von der Auffassung ausgegangen, daß das „offizielle Rußland diesen der Monarchie feindlichen Ten„denzen fernstehe, und es richtet sich unsere gegenwärtige „Aktion ausschließlich gegen Serbien, während unsere „Gefühle für Rußland, wie wir Sir E. Grey versichern „können, durchaus freundschaftliche sind.

„Im übrigen muß die k. u. k. Regierung darauf hin„weisen, daß sie zu ihrem lebhaften Bedauern nicht mehr „in der Lage ist, zu der serbischen Antwortnote im Sinne „der englischen Anregung Stellung zu nehmen, da im

[1] An dieser Stelle folgte im Konzept ein mit den Worten eingeleiteter Absatz: „In Beantwortung dieser Notiz beehrt sich die k. u. k. Regierung mitzuteilen, daß sie zu ihrem lebhaften Bedauern nicht mehr in der Lage ist, ..." (Fortsetzung in unserem Texte Seite 230, Zeile 2 von unten). Der Passus von: „Zu der Aussprache" bis: „Im übrigen muß die k. u. k. Regierung darauf hinweisen": Einschaltung auf einem besonderen Bogen.

[2] Im Konzepte: „jenen Punkt, welcher die wirksamste Garantie für die faktische Erreichung des angestrebten Zweckes enthält". (Korrektur von der Hand Graf Berchtolds.)

„Zeitpunkte des hier gemachten deutschen Schrittes [1] der „Kriegszustand zwischen der Monarchie und Serbien bereits „eingetreten war und die serbische Antwortnote demnach „durch die Ereignisse bereits überholt ist.

„Die k. u. k. Regierung erlaubt sich bei diesem Anlasse „darauf aufmerksam zu machen, daß die königlich serbische „Regierung noch vor Erteilung ihrer Antwort mit der Mobili„sierung der serbischen Streitkräfte vorgegangen ist und daß „sie auch nachher drei Tage verstreichen ließ, ohne die Ge„neigtheit kundzugeben, den Standpunkt ihrer Antwortnote „zu verlassen [2], worauf unsererseits die Kriegserklärung erfolgte.

„Wenn im übrigen das englische Kabinett seinen Einfluß „auf die russische Regierung im Sinne der Erhaltung des „Friedens zwischen den Großmächten und der Lokalisierung „des uns durch die jahrelangen serbischen Umtriebe aufge„zwungenen Krieges geltend zu machen sich bereit findet, „so kann dies die k. u. k. Regierung nur begrüßen."

Dies Memoire, das eine direkte Bezugnahme auf die deutsche schriftliche Notiz — bei Benennung als einer solchen — vorsätzlich vermied (wie es aus den diesbezüglich konsequent vorgenommenen Änderungen im Konzept erhellt) [3], wurde am 29. Juli, 11 Uhr 40 Minuten nachmittags, den k. u. k. Botschaftern in Petersburg, London, Paris und Rom telegraphisch zugestellt [4]. Ein weiteres Exemplar

[1] Ursprünglich im Konzepte: „Im Zeitpunkte des Einlangens der dortigen Notiz". (Korrektur von der Hand des Grafen Forgách.)

[2] Im Konzepte hierauf die folgenden Worte durchstrichen: „sondern mit der Eröffnung der Feindseligkeiten begonnen hat".

[3] Die gleiche Absicht erkennen wir in dem Bestreben des Wiener Kabinetts, in dem Konzept der Weisung an den Grafen Szögyény vom 28. Juli (vgl. Seite 178) jede ursprüngliche Erwähnung der deutschen schriftlichen Notiz umzuformulieren. (Vgl. Seite 179, Anmerkung 2.)

[4] Weisung nach St. Petersburg d. d. Wien, 29. Juli, Nr. 193.
Weisung nach London d. d. Wien, 29. Juli, Nr. 182.
Weisung nach Paris d. d. Wien, 29. Juli, Nr. 172.
Weisung nach Rom d. d. Wien, 29. Juli, Nr. 900.
} Expediert 29. Juli, 11 Uhr 40 Minuten p. m.

ging am gleichen Tage mit Depeschenkasten an Graf Szögyény ab; ein Exemplar endlich wurde Herrn von Tschirschky selbst ausgefolgt.

Der englische Vermittlungsvorschlag vom 29. Juli

Der Ausbruch des Krieges zwischen Österreich-Ungarn und Serbien, im Gefolge damit die offenkundige Aussichtlosigkeit direkter Besprechungen zwischen Petersburg und Wien, vollends die Einleitung der russischen Mobilisierung, hatten die Gefahr einer internationalen Konflagration in greifbare Nähe gerückt. Am 29. Juli vormittags war vom englischen Staatssekretär dem deutschen Botschafter Fürsten Lichnowsky neuerlich eine Formel vorgeschlagen worden, mittels welcher die vier an der Krise nicht direkt beteiligten Großmächte — England, Deutschland, Frankreich und Italien — in den Stand gesetzt werden sollten, den schwergefährdeten Frieden zu erhalten.

In der an den englischen Botschafter in Berlin, Sir E. Goschen, zu diesem Gegenstande gerichteten Weisung Sir Edward Greys vom 29. Juli lautete der dem Fürsten Lichnowsky zur Weiterleitung nach Berlin übermittelte Vorschlag:

„I pointed out, however, that the Russian Government, „while desirous of mediation, regarded it as a condition „that the military operations against Servia should be sus- „pended, as otherwise a mediation would only drag on „matters, and give Austria time to crush Servia. It was, of „course, too late for all military operations against Servia „to be suspended. In a short time, I supposed, the Austrian „forces would be in Belgrade, and in occupation of some „Servian territory. But even then it might be possible to „bring some mediation into existence, if Austria, while saying „that she must hold the occupied territory until she had „complete satisfaction from Servia, stated that she would not „advance further, pending an effort of the Powers to mediate „between her and Russia.“ [1].

Dieser Vorschlag Sir Edward Greys war nach der Aussage des deutschen Botschafters unverzüglich nach Berlin telegraphiert worden [2].

[1] Blaubuch Nr. 88.

[2] Daselbst Schlußabsatz.

Im Auftrage des Reichskanzlers machte der deutsche Botschafter in Wien Herr von Tschirschky am 30. Juli Graf Berchtold Mitteilung über die erwähnte Unterredung zwischen Sir Edward Grey und Fürst Lichnowsky. Diese Besprechung hatte nach dem Wortlaute der im k. u. k. Ministerium des Äußern aufgesetzten gegenständlichen Aufzeichnung — Tagesbericht vom 30. Juli; Weisung an die k. u. k. Botschafter in London, Berlin und Petersburg vom 31. Juli[1] — folgenden Inhalt:

Intervention der deutschen Regierung in Wien (30. Juli)

„Sazonow habe die englische Regierung wissen lassen, „daß er nach der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an „Serbien nicht mehr in der Lage sei, mit Österreich-Ungarn „direkt zu verhandeln und daher die Bitte ausspreche, England „möge seine Vermittlung wieder aufnehmen. Als Voraus„setzung betrachte die russische Regierung die vorläufige „Einstellung der Feindseligkeiten.

„Zu dieser russischen Eröffnung bemerkte Sir Edward „Grey zu Fürst Lichnowsky, England denke an eine Ver„mittlung à quatre und halte dieselbe für dringend geboten, „wenn nicht ein Weltkrieg entstehen solle.

„In privater Weise hat Sir Edward Grey dem deutschen „Botschafter zu verstehen gegeben, daß England zwar, wenn „es sich nur um ein Eingreifen Rußlands handeln würde, „neutral bleiben könnte, daß es aber, wenn auch Deutschland „und Frankreich[2] in die Aktion trete, nicht untätig bleiben, „sondern zu sofortigen Entschlüssen und Handlungen ge„zwungen wäre. Das englische Kabinett müsse mit der „öffentlichen Meinung rechnen, die wegen der österreichi„scherseits bewiesenen Hartnäckigkeit umzuschlagen beginne.

„Dem italienischen Botschafter, den Sir Edward Grey „kurz nach dem Fürsten Lichnowsky empfing, sagte der „englische Staatssekretär, er glaube Österreich-Ungarn jede „mögliche Genugtuung verschaffen zu können. Ein demütiges „Zurückweichen Österreich-Ungarns käme nicht in Frage,

[1] Weisung nach London d. d. Wien, Nr. 194; nach Berlin, Nr. 308, nach St. Petersburg, Nr. 208, alle drei d. d. 31. Juli, expediert 1. August 3 Uhr 45 Minuten a. m.

[2] Die Worte „Deutschland und“ Zusatz im Konzept von der Hand des Grafen Forgách.

„da die Serben auf alle Fälle gezüchtigt und mit Zustimmung „Rußlands genötigt würden, sich den österreichisch-ungari- „schen Wünschen unterzuordnen. Österreich-Ungarn könne „also, auch ohne einen Weltkrieg zu entfesseln, Bürgschaften „für die Zukunft erlangen."

Befürwortung des englischen Vorschlages durch die deutsche Regierung

Herr von Tschirschky war beauftragt, an die im Vorstehenden wiedergegebenen Äußerungen Sir Edward Greys die nachstehenden Konsiderationen des deutschen Reichskanzlers zu knüpfen[1]:

„Wenn Österreich-Ungarn jede Vermittlung ablehne, „würden Österreich-Ungarn und Deutschland einer Koalition „von ganz Europa gegenüberstehen, da auch Italien und „Rumänien nicht mit ihnen gingen.

„Österreich-Ungarns politischem Prestige, der Waffen- „ehre seiner Armee und seinen berechtigten Ansprüchen „Serbien gegenüber könnte durch die Besetzung Belgrads „und anderer Punkte Genüge getan werden. Auch seine „Stellung am Balkan — Rußland gegenüber — würde Öster- „reich-Ungarn durch die erfolgte Demütigung Serbiens zu „einer starken machen. Unter diesen Umständen müsse „es das deutsche Kabinett dringendst und nach- „drücklichst der Erwägung der k. u. k. Regierung „anheimstellen, die Vermittlung Englands unter „den angegebenen ehrenvollen Bedingungen anzu- „nehmen. Es wäre für Österreich-Ungarn und „Deutschland ungemein schwer, die Verantwortung „für die Folgen einer ablehnenden Haltung zu „tragen"[2].

Dieser durch Herrn von Tschirschky dem Wiener Kabinett „dringendst und nachdrücklichst" übermittelte Vorschlag Sir E. Greys, im Anschlusse an die Eröffnungen Herrn Sazonows einer Vermittlung à quatre zuzustimmen, erfuhr durch Graf Berchtold die folgende, mit Rücksicht auf ihre Folgenschwere eine ausführlichere Darlegung erheischende Erledigung.

[1] Fortsetzung der eben zitierten Weisung nach Londen, Berlin und St. Petersburg vom 31. Juli.

[2] Vom Autor gesperrt.

Mittels der vorerwähnten, am 31. Juli aufgesetzten und erst am 1. August um 3 Uhr 45 Minuten vormittags expedierten telegraphischen Weisung wurde den k. u. k. Botschaftern in London, Berlin und Petersburg von der Demarche Herrn von Tschirschkys in Angelegenheit des englischen Vermittlungsvorschlages und von den diesbezüglichen Erwägungen der deutschen Regierung zur persönlichen Information Mitteilung gemacht. Der k. u. k. Botschafter in Berlin Graf Szögyény erhielt hiebei den Auftrag: Weisung an den k. u. k. Botschafter in Berlin (31. Juli)

„Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Herrn Staatssekretär „für die uns durch Herrn von Tschirschky gemachten Mit„teilungen verbindlichst zu danken und ihm zu erklären, „daß wir trotz der Änderung, die in der Situation seither „durch die Mobilisierung Rußlands eingetreten sei, in voller „Würdigung der Bemühungen Englands um die Erhaltung des „Weltfriedens gerne bereit seien, dem Vorschlag Sir E. Greys, „zwischen uns und Serbien[1] zu vermitteln, näher„zutreten[2].

„Die Voraussetzungen unserer Annahme seien jedoch „natürlich, daß unsere militärische Aktion gegen das König„reich einstweilen ihren Fortgang nehme, und daß das „englische Kabinett die russische Regierung vermöge, die „gegen uns gerichtete Mobilisierung seiner Truppen zum „Stillstand zu bringen, in welchem Falle wir selbstverständ„lich auch die uns durch die russische Mobilisierung auf„gezwungenen defensiven militärischen Gegenmaßregeln in „Galizien sofort rückgängig machen würden."

Graf Berchtold erklärte also „in voller Würdigung der Bemühungen Englands um die Erhaltung des Weltfriedens", das Wiener Kabinett sei gerne bereit, dem Vorschlag Sir E. Greys, zwischen der Monarchie und Serbien zu vermitteln, näherzutreten. Worauf gründete er diese — mindestens unpräzise — Formulierung des englischen Vermittlungsvorschlages? Der Chiffre-Irrtum des Grafen Szögyény

In den Ausführungen Herrn von Tschirschkys war unmißverständlich von der Absicht Englands die Rede, eine

[1] Im Original gesperrt.

[2] Ursprünglich im Konzept „anzunehmen". Die Formulierug „näherzutreten" Änderung von der Hand des Grafen Forgách.

Vermittlung à quatre herbeizuführen. Den Schlüssel zu der überraschenden Konzeption des Grafen Berchtold bietet der — Chiffre-Irrtum in einem Telegramm des k. u. k. Botschafters in Berlin. Graf Szögyény hatte nämlich — ebenfalls in Angelegenheit des Greyschen Vorschlages — am 30. Juli, 5 Uhr 15 Minuten nachmittags, depeschiert:

„Nr. 327

„Chiffre.

„Geheim.

„Staatssekretär hat, wie er mir sagt, Herrn von Tschirschky „beauftragt, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß laut eines Tele„gramms Fürsten Lichnowsky Sir E. Grey das Ersuchen „an die deutsche Regierung gestellt habe, Euer Exzellenz „nahezulegen, nach eventueller Besetzung Belgrads und „auch anderer strategischer Punkte Halt zu machen und in „Verhandlungen mit Serbien einzutreten.

„Herr von Jagow sieht es vollkommen ein, daß nach „unserer erfolgten Kriegserklärung und Mobilisierung unserer „Armee wir eine militärische Genugtuung haben müssen, „was durch die Besetzung in Serbien dann erlangt sei, so „daß wir darauf nach seiner Ansicht in die Pourparlers „eintreten könnten."

Dieses Telegramm traf in Wien am 30. Juli, 8 Uhr nachmittags, ein.

Der unterlaufene Chiffre-Fehler war von Graf Szögyény bemerkt und noch am selben Tage in einem um 7 Uhr 15 Minuten nachmittags nach Wien abgeschickten Telegramm richtiggestellt worden, das folgendermaßen lautet:

„Nr. 330.

„Chiffre.

„Zu meinem Telegramm 327 von heute. Nach erstem „Absatz soll es nicht heißen „in Verhandlungen mit Serbien „einzutreten", sondern „mit den Mächten einzutreten"."

In dem ersten Telegramm des Grafen Szögyény (vom 30. Juli, 5 Uhr 15 Minuten nachmittags) hat Graf Berchtold das Wort „Serbien" eigenhändig durchstrichen und darüber mit Bleistift das Wort „Mächten" gesetzt. Es ist also ausgeschlossen, daß Graf Berchtold, der die sinngemäße Korrektur des Textes selbst besorgte, sich von dem Irrtum

in der chiffrierten (ersten) Depesche des Grafen Szögyény nicht überzeugt hätte. Da das korrigierende (zweite) Telegramm Graf Szögyénys bereits am 30. Juli, 10 Uhr abends, in Wien eingelangt war, hätte dieses als Basis der am 31. Juli aufgesetzten und gar erst am 1. August frühmorgens expedierten Weisung nach Berlin dienen müssen[1].

Die deutsche Regierung erhält von Wien keine Beantwortung ihrer Anempfehlung des englischen Vermittlungsvorschlages vom 29. Juli

Als nun die deutsche Regierung im Laufe des 30. und 31. Juli von Seite des englischen Botschafters wiederholte Male um Antwort befragt wurde, vermochte sie, da sie physisch noch nicht im Besitze der von Wien erst am Morgen des 1. August expedierten Erledigung ihrer Befürwortung des englischen Vorschlages sein konnte, bloß zu konstatieren, daß ihr trotz wiederholter dringlicher Anfragen[2] eine gegenständliche Antwort aus Wien nicht zugekommen sei[3]. In mittelbarer Folge aber mußte in London während dieser entscheidenden Stunden die unerschütterliche Überzeugung von der mala fides der deutschen Regierung erstehen[4].

Wie wehrlos die deutsche Regierung dem Verdachte der ihrerseits beabsichtigten und durchgeführten Vereitlung dieses Vermittlungsvorschlags Sir Edward Greys auch in der Folgezeit gegenüberstand, erweist sich aus den weiteren

[1] Wir sind auf Grund unserer Feststellungen nunmehr in der Lage, auf die im Weißbuch betreffend d. V. d. U. a. K., Seite 41, in den Schlußfolgerungen offengelassene Frage, warum die Antwort des Wiener Kabinetts auf den Vorschlag Sir Edward Greys vom 29. Juli nachmittags „nicht sofort erfolgt ist", genauen Aufschluß zu geben und erhellen damit diesen „einen der wesentlichsten Punkte, der noch der Aufklärung bedarf". (Vgl. ebendort.)

[2] Es wäre sachlich wichtig festzustellen, welche Erledigung die von der Wiener deutschen Botschaft im Auftrage der Berliner Regierung vollzogenen gegenständlichen Urgenzen im einzelnen gefunden haben.

[3] Blaubuch Nr. 98, 107, 112.

[4] Vgl. hiezu das Telegramm des Grafen Szögyény d. d. Berlin, 31. Juli, 12 Uhr 35 Minuten a. m. Nr. 333: „Wie mir Unterstaatssekretär heute „abends (30. Juli) versicherte, sei die deutsche Regierung auf Grund zu„verlässiger Nachrichten nunmehr, im Gegensatze zu ihrer kürzlich noch „gehabten Überzeugung leider sicher, daß England unbedingt sofort gegen „Deutschland und Österreich-Ungarn losgehen werde, wenn der „kriegerische Konflikt mit Frankreich und Rußland ausbrechen würde."

Konsequenzen der vom Wiener Kabinett in der geschilderten Weise durchgeführten Erledigung der englischen Vermittlungsanregung.

Am 4. November 1916 teilte der deutsche Botschaftsrat Prinz Stolberg — laut Tagesbericht[1] — dem k. u. k. Ministerium des Äußern auftraggemäß mit, der Reichskanzler habe die Absicht, in seiner nächsten Rede auf die letzten Äußerungen Lord Greys zurückzukommen und im Gegensatz zu den Anschuldigungen des englischen Ministers, daß Deutschland durch seine Weigerung, an der Erhaltung des Friedens mitzuarbeiten, den Ausbruch des Weltkrieges veranlaßt habe, den Beweis zu erbringen, daß die deutsche Regierung bis zum letzten Augenblick ihre Bemühungen zwecks Erhaltung des Friedens fortgesetzt habe, daß dieselben aber durch die russische Mobilisierung gescheitert seien. Herr von Bethmann wolle hiebei auch seine unterm 30. Juli an Herrn von Tschirschky erlassene Instruktion (vide h. a. Telegramm nach London, Berlin, Petersburg d. d. 31. Juli 1914) verwerten und speziell den nachstehenden Passus aus derselben wörtlich verlesen:

„Wir stehen somit, falls die österreichisch-
„ungarische Regierung jede Vermittlung ablehnt,
„vor einer Konflagration, bei der England gegen
„uns, Italien und Rumänien nach allen Anzeichen
„nicht mit uns gehen würden, so daß wir mit Öster-
„reich-Ungarn drei Großmächten gegenüberstünden.
„Deutschland würde infolge der Gegnerschaft
„Englands das Hauptgewicht des Kampfes zu-
„fallen. Das politische Prestige Österreich-Ungarns,
„die Waffenehre seiner Armee sowie seine berech-
„tigten Ansprüche gegen Serbien könnten durch
„die Besetzung Belgrads oder andrer Plätze hin-
„reichend gewahrt werden. Wir müssen daher der
„Erwägung des Wiener Kabinetts dringend und
„nachdrücklich zur Erwägung geben, die Ver-
„mittlung zu den angegebenen Bedingungen an-
„zunehmen. Die Verantwortung für die sonst ein-

[1] Tagesbericht d. d. 4. November 1916, Nr. 5418.

„zutretenden Folgen wäre für Österreich-Ungarn „und uns eine ungemein schwere."

Zu diesem von ihm beabsichtigten Vorgange erbitte er sich die Zustimmung des Herrn Ministers.

An vorstehende Ausführungen knüpfte Prinz Stolberg die Bemerkung, daß es aus den Akten des Auswärtigen Amtes hervorgehe, daß das Wiener Kabinett den auf Grund der obenerwähnten Instruktion unternommenen Schritt Herrn von Tschirschkys unbeantwortet gelassen hätte.

In wörtlicher Fortsetzung sagt der Tagesbericht:

„Es wurde dem deutschen Botschaftsrat sofort erwidert, „daß diese Annahme nur auf einem Irrtum beruhen könne. „Graf Szögyény sei sofort[1] beauftragt worden (h. a. „Telegramm nach Berlin Nr. 308 d. d. 31. Juli 1914), dem „Herrn Reichskanzler für seine Mitteilungen zu danken und „ihn über die Auffassung zu informieren, die seine Anregung „in Wien gefunden hätte. Auch sei der Schritt Herrn von „Tschirschkys und die an Graf Szögyény ergangene gegen- „ständliche Weisung des Wiener Kabinetts in der Pièce „Nr. 51 des über die diplomatische Vorgeschichte des Krieges „vom Wiener Kabinett herausgegebenen Rotbuches ver- „wertet."

Das einschlägige Stück des österreichisch-ungarischen Rotbuches

Hier lautet das ebengenannte Dokument — ohne der deutschen Befürwortung irgendwie Erwähnung zu tun:

Graf Berchtold an die k. u. k. Botschafter in London und St. Petersburg.

Telegramm. Wien, 31. Juli 1914.

„Ich telegraphiere wie folgt nach Berlin:

„Herr von Tschirschky hat auftraggemäß gestern hier „Mitteilung über eine Unterredung zwischen Sir E. Grey „und Fürst Lichnowsky gemacht, in welcher der englische „Staatssekretär dem deutschen Botschafter das Nachfolgende „eröffnete:

‚Sazonow habe die englische Regierung wissen lassen, ‚daß er nach der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an

[1] Vom Autor gesperrt.

‚Serbien nicht mehr in der Lage sei, mit Österreich-Ungarn ‚direkt zu verhandeln und daher die Bitte ausspreche, ‚England möge seine Vermittlung wieder aufnehmen. Als ‚Voraussetzung betrachte die russische Regierung die vor‚läufige Einstellung der Feindseligkeiten.

‚Zu dieser russischen Eröffnung bemerkte Sir E. Grey ‚zu Fürst Lichnowsky, England denke an eine Vermittlung ‚à quatre und halte dieselbe für dringend geboten, wenn ‚nicht ein Weltkrieg entstehen solle.'

„Ich ersuche Euer Exzellenz, dem Herrn Staatssekretär „für die uns durch Herrn von Tschirschky gemachten Mit„teilungen verbindlichst zu danken und ihm zu erklären, „daß wir trotz der Änderung, die in der Situation seither „durch die Mobilisierung Rußlands eingetreten sei, gerne „bereit seien, dem Vorschlag Sir E. Greys, zwischen uns „und Serbien zu vermitteln, näherzutreten.

„Die Voraussetzungen unserer Annahme seien jedoch „natürlich, daß unsere militärische Aktion gegen Serbien „einstweilen ihren Fortgang nehme und daß das englische „Kabinett die russische Regierung bewege, die gegen uns „gerichtete russische Mobilisierung zum Stillstand zu bringen, „in welchem Falle selbstverständlich auch wir die uns durch „dieselbe aufgezwungenen defensiven militärischen Gegen„maßregeln in Galizien sofort wieder rückgängig machen „würden" [1].

Weiters wurde — setzt der erwähnte Tagesbericht fort — dem Prinzen Stolberg gesagt, seine Demarche würde sofort zur Kenntnis des Ministers gebracht und die Stellungnahme

[1] Auch in foro interno erwuchsen dem k. u. k. Ministerium des Äußern aus der in der geschilderten Weise vollzogenen Erledigung des englischen Vorschlages vom 29. Juli Schwierigkeiten. Auf der für den Druck des österreichisch-ungarischen Rotbuches vorbereiteten, die Instruktion für den k. u. k. Botschafter in London, Berlin und Petersburg (siehe Seite 233 ff.) enthaltenden Kopie findet sich der vom Referenten aufgesetzte Bleistiftvermerk: „Die englische Anregung muß irgendwie in diesem Telegramm zum Ausdruck kommen, ebenso Deutschlands Anempfehlung, und [soll] doch nicht uns mit schwerer Verantwortung belasten. Erbitte Besprechung."

In welcher Weise es versucht wurde, diesen Gesichtspunkten zu entsprechen, zeigt der oben abgedruckte Text.

desselben zum Wunsche des Reichskanzlers ihm noch am morgigen Tage mitgeteilt werden.

Dem am 5. November abermals erschienenen deutschen Botschaftsrat wurde, wie der gegenständliche Tagesbericht feststellt[1], auf seine gestern gestellte Anfrage im Auftrage des Ministers geantwortet, daß Baron Burián gegen die Absicht des Reichskanzlers, in seiner nächsten Rede die unter dem 30. Juli 1914 an Herrn von Tschirschky ergangene Instruktion zu verwerten und speziell den von ihm bezeichneten Passus derselben zu verlesen, unter der Voraussetzung nichts einzuwenden habe, daß er auch die zwei letzten Alineas der Pièce Nr. 51 des vom Wiener Kabinett über die diplomatische Vorgeschichte des Krieges herausgegebenen Rotbuches ausdrücklich erwähne und zur Verlesung bringe, da diese Pièce die Antwort des Wiener Kabinetts auf den erwähnten deutschen Schritt enthalte.

„Dies" — schließt der Wortlaut des gegenständlichen Tagesberichtes —, „würde sicherlich auch den Intentionen „des Reichskanzlers entsprechen, da er dadurch hervorheben „könne, daß nicht nur Deutschland, sondern auch die öster„reichisch-ungarische Monarchie, welche durch die serbische „Angelegenheit und Greys Vorschlag am unmittelbarsten „betroffen war, bereit gewesen sei, jede Möglichkeit zur „Verhütung des Weltkonflikts aufzugreifen. Die russische „Mobilisierung und Kriegsabsicht habe jedwede Verhand„lung verhindert"[2].

Überblicken wir das Schicksal dieses in den folgenschwersten Stunden der Weltkrise vorgebrachten Vermittlungsvorschlages Sir E. Greys, so kann es fortab keinem Zweifel unterliegen, daß die deutsche Regierung denselben nach Wien unverzüglich weitergeleitet und daselbst nachdrücklich befürwortet hat. Ebenso unverkenntlich erscheint die weitere Tatsache, daß der englische Vorschlag

[1] Tagesbericht d. d. 5. November 1916, Nr. 5419.

[2] Der letzte Absatz („Dies würde" bis „Verhandlung verhindert") erscheint im Konzept als nachträglicher Zusatz von der Hand des Grafen Forgách.

infolge der dilatorischen und unsachlichen Behandlung seitens des Wiener Kabinetts keine Annahme fand[1].

Besprechung Sir E. Greys mit dem deutschen Botschafter (31. Juli)

Fürst Lichnowsky hatte am 31. Juli Gelegenheit, Sir E. Grey zu sprechen[2]. Der Staatssekretär insistierte wieder, daß, wenn die allgemeine Konflagration überhaupt noch verhütet werden könne, etwas in Petersburg von Seite der Monarchie geboten werden müsse, „das denjenigen, der es nicht annehme, ins Unrecht setzen würde". Dies würde ihm ermöglichen, in Petersburg und Paris sowie auf die öffentliche Meinung, in der sich ja keine Animosität gegen Deutschland geltend mache, einzuwirken.

Der vorstehende Ausspruch erscheine dem Fürsten sehr bezeichnend und als dem Charakter des Staatsseksetärs entsprechend. Fürst Lichnowsky sei überzeugt, daß Sir E. Grey auch in letzter Stunde alles benützen werde, womit man ihm an die Hand gehen könnte.

Übrigens sollte nach dieser Meldung des Grafen Mensdorff Sir Edward nurmehr sehr wenig Hoffnung haben und auch der deutsche Botschafter ganz entmutigt sein. Im Londoner Auswärtigen Amte werde die Situation als nahezu hoffnungslos angesehen, namentlich infolge der Reutermeldung über die deutsche Mobilisierung. Nur die vom Fürsten Lichnowsky am 31. Juli morgens überbrachte Meldung von neuerlichen direkten Besprechungen zwischen Wien und Petersburg hätte Sir Edward wieder etwas Hoffnung gegeben[3].

[1] Vergleiche die Ausführungen Graf Berchtolds in dem Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten vom 31. Juli: „Seine Majestät habe „den Antrag genehmigt, daß wir es zwar sorgsam vermeiden, „den englischen Antrag in meritorischer Hinsicht anzu„nehmen, daß wir aber in der Form unserer Antwort Entgegen„kommen zeigen und dem Wunsche des deutschen Reichs„kanzlers, die Regierung nicht vor den Kopf zu stoßen, auf „diese Weise entgegenkommen. Er (Graf Berchtold) beab„sichtige daher, auf den englischen Vorschlag in sehr ver„bindlicher Form zu antworten, dabei aber ..... zu „vermeiden, auf den meritorischen Teil einzugehen." (G. M. K. P. Z. 514, vgl. Seite 302, 303.)

[2] Telegramm aus London d. d. 31. Juli, 3 Uhr 55 Minuten p. m., Nr. 125.

[3] Telegramm aus London d. d. 31. Juli, 4 Uhr 30 Minuten p. m., Nr. 126.

Wie Graf Mensdorff am 1. August telegraphierte[1], schien Sir Edward Grey dem deutschen Botschafter angedeutet zu haben, England wäre geneigt, neutral zu bleiben, daß aber im Falle der Verletzung der Neutralität Belgiens die englische Meinung völlig auf Seite Frankreichs schwenken würde. Der Staatssekretär habe anfragen lassen, ob Deutschland eine Erklärung abgeben wolle, die Neutralität Belgiens zu respektieren, wie dies Frankreich getan habe. Die deutsche Antwort habe ausweichend gelautet. Sir Edward Grey rege noch eine gegenseitige Zusicherung an, daß sich die an der Grenze massierten deutschen und französischen Truppen nicht angreifen sollten.

Frage der Neutralität Englands

Beziehungen Berlin—Wien—Petersburg

Herr von Tschirschky brachte am 29. Juli Graf Berchtold eine ihm soeben zugekommene Depesche des Reichskanzlers zur Verlesung[2], die den Gedanken erörterte, ob es nicht zweckmäßig wäre, wenn die k. u. k. Regierung in Petersburg ihre Erklärung wiederholen ließe, daß ihr territoriale Erwerbungen in Serbien durchaus fernelägen und daß ihre militärischen Maßnahmen lediglich eine vorübergehende Besetzung Belgrads und anderer bestimmter Punkte des serbischen Gebietes bezweckten[3], um Serbien zur völligen Erfüllung der österreichisch-ungarischen Forderungen und zur Schaffung von Garantien für sein künftiges Wohlverhalten der Monarchie gegenüber zu zwingen, Garantien, auf die Österreich-Ungarn nach den mit Serbien bisher gemachten Erfahrungen unbedingt Anspruch hätte. Die militärische Besetzung wäre gedacht in der Art, wie die deutsche Okkupation in Frankreich nach dem Frankfurter Frieden zur Sicherstellung der Kriegsentschädigung. Sobald diese Forderung erfüllt wäre, würde die Räumung vollzogen werden[4].

Anregungen der deutschen Regierung beim Wiener Kabinett (29. Juli)

[1] Telegramm aus London d. d. 1. August, 11 Uhr 16 Minuten p. m., Nr. 132.

[2] Tagesbericht d. d. 29. Juli, Nr. 3632.

[3] Vergleiche den englischen Vermittlungsvorschlag vom 29. Juli (Seite 232 ff.) und das Telegramm Kaiser Wilhelms an Kaiser Franz Joseph vom 30. Juli, Seite 246, 247.

[4] Vgl. Seite 170, Anmerkung 2.

„Der Herr Reichskanzler würde", heißt es im Tagesbericht wörtlich weiter, „in einem solchen Vorgehen Rußland gegenüber ein zweckdienliches Mittel erblicken, um „gegebenenfalls das Odium eines Weltkrieges, das bei der „gegenwärtigen Stimmung vielleicht uns[1] treffen könnte, „einzig und allein auf Rußland zu schieben. Die Anregung[2] „zu der eben erwähnten Demarche beim Petersburger „Kabinett bittet der Reichskanzler durchaus nicht dahin zu „verstehen[3], als würde er damit einen Druck auf uns aus„üben wollen, oder als läge ihm der Wunsch nahe, uns von „unserer Aktion[4] zurückzuhalten. Es leite ihn hiebei nur das „Bestreben, eine Besserung der Bedingungen, unter denen „wir einen Weltkrieg führen müßten, und eine Verallge„meinerung der Sympathie unserem Standpunkte gegenüber „zu erzielen. Hauptsächlich mit Rücksicht auf die öffentliche „Meinung in England würde es von großem Werte sein, „wenn durch unser konziliantes Vorgehen Rußland gegen„über es allenthalben klar würde, daß im Falle eines Über„greifens unseres Krieges gegen Serbien nicht uns, sondern „Rußland allein die Schuld trifft".

Setzte die deutsche Regierung die Verfolgung ihres hauptsächlichsten Zieles, den bereits ausgebrochenen Krieg der Monarchie gegen Serbien zu lokalisieren, bei den europäischen Kabinetten mit unvermindertem Bemühen fort, so trat sie in Wien mit einem bei fortschreitender Krise wachsenden Nachdrucke für die Wiederaufnahme des unterbrochenen Meinungsaustausches mit St. Petersburg ein.

Graf Pourtalès meldet den Mangel eines Gedankenaustausches zwischen Wien und Petersburg (29. Juli)

Am 29. Juli abends war in Berlin ein Telegramm des Grafen Pourtalès eingelangt und von Graf Szögyény um 10 Uhr 35 Minuten abends nach Wien weitergeleitet worden. Die Depesche hatte nach der Meldung Graf Szögyénys „ungefähr" folgenden Inhalt[5]:

[1] Man wird bei dem Ausdrucke „uns" („wir"), („unser") zu unterscheiden haben, wann derselbe sinngemäß auf die Monarchie allein und wann auf Österreich-Ungarn und Deutschland gemeinsam zu beziehen ist.

[2] Im Konzept ursprünglich: Empfehlung.

[3] Im Konzept ursprünglich: nicht dahin auszulegen.

[4] D. h. der österreichisch-ungarisch-serbischen Aktion.

[5] Telegramm aus Berlin d. d. 29. Juli, 10 Uhr 35 Minuten p. m., Nr. 320.

„Herr Sazonow habe sich Graf Pourtalès gegenüber auf „das Schärfste darüber ausgesprochen, daß die k. u. k. Re- „gierung keinen Gedankenaustausch mit Rußland suche. „Graf Szápáry erkläre immer, er habe keine Instruktionen, „und Herr Schebeko habe aus Wien gemeldet, daß bei „seinem Besuche bei Graf Berchtold ebenfalls kein Ge- „dankenaustausch stattgefunden habe."

Gegenständliche Weisung an den k. u. k. Botschafter in Berlin (30. Juli)

Die zu diesem Gegenstand an den Grafen Szögyény erlassene Weisung Graf Berchtolds besagte [1]:

Es scheine dem Grafen Berchtold notwendig, daß Graf Pourtalès beauftragt werde, Herrn Sazonow gegenüber darauf hinzuweisen, daß Graf Szápáry mit eingehenden Instruktionen [2] für eine Aussprache mit dem russischen Minister versehen sei, die sich dahin zusammenfassen ließen, daß die Monarchie bei ihrer Aktion gegen Serbien keinerlei territorialen Erwerb beabsichtige und auch die selbständige Existenz des Königreiches ganz und gar nicht vernichten wolle [3]. Das Vorgehen der Monarchie richte sich überhaupt nicht gegen das Serbentum, sondern gegen die die Monarchie bedrohende, von Belgrad ausgehende subversive Propaganda.

Nachdrückliche Vorstellungen der Berliner Regierung in Wien (30. Juli)

In Berlin, wo man jede Gelegenheit der Vermittlung zwischen Wien und St. Petersburg auch weiterhin bereitwillig aufgriff [4], wo man aber den Widerspruch zwischen den gegenständlichen Meldungen Graf Pourtalès' und den Mitteilungen des Wiener Kabinetts konstatieren mußte, bezeichnete man nunmehr die Verweigerung jedes Gedankenaustausches mit St. Petersburg als einen

[1] Weisung nach Berlin d. d. 30. Juli, 1 Uhr p. m., Nr. 293.

[2] Vergleiche hiezu den Passus in der Meldung Graf Szápárys vom 31. Juli, daß er „heute (30. Juli) für Herrn Sazonow keine Aufträge" besitze. (Seite 295.)

[3] „. . . und auch die selbständige Existenz des Königreiches ganz und gar nicht vernichten wolle". Ursprünglich im Konzepte „und auch die Souveränität des Königreiches nicht antasten wolle".

[4] Bei der Übergabe einer Notiz über den Inhalt der eben erwähnten Weisung durch Graf Szögyény sprach sich Herr Zimmermann über die darin für Rußland bestimmten Erklärungen erfreut aus und sagte dem k. u. k. Botschafter zu, Graf Pourtalès hierüber Mitteilung zu machen (Telegramm aus Berlin d. d. 31. Juli, 12 Uhr 35 Minuten a. m., Nr. 335).

schweren Fehler und ließ das Wiener Kabinett mit allem Nachdrucke wissen: „Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge[1] in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen“[2].

Mitteilungen Herrn Zimmermanns über den Depeschenwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Nikolaus (29. Juli)

Wie Herr Zimmermann dem k. u. k. Botschafter am 29. Juli mitteilte[3], sei an diesem Tage an Kaiser Wilhelm eine Depesche von Kaiser Nikolaus eingetroffen, die sich mit einem Telegramme des deutschen Kaisers gekreuzt hatte. Kaiser Wilhelm habe dem Zaren telegraphiert, er solle sich doch nicht der Serben, die es jetzt nicht verdienten, annehmen; Österreich-Ungarn habe vollkommen recht, jetzt energisch gegen dieselben vorzugehen. Zum Schlusse seiner Depesche habe Kaiser Wilhelm an Kaiser Nikolaus einen warmen Appell zur Erhaltung des Friedens gerichtet.

Der Zar habe hinwieder in seiner Depesche Kaiser Wilhelm geschrieben, daß die österreichisch-ungarische Monarchie vollkommen im Unrechte sei, in dieser Weise über Serbien herzufallen. „Rußland stehe hinter Serbien“, er appelliere an die Friedensliebe Kaiser Wilhelms, auf Österreich-Ungarn kalmierend einzuwirken.

Ob noch Weiteres in den beiden Kaiserdepeschen gestanden, habe Graf Szögyény nicht konstatieren können, da ihm der Unterstaatssekretär über deren Inhalt nicht mehr mitgeteilt habe.

Depeschenwechsel Kaiser Wilhelms mit Kaiser Franz Joseph (30.u.31.Juli)

Dem Anliegen Kaiser Nikolaus', zwischen Wien und Petersburg zu vermitteln, leistete Kaiser Wilhelm am 30. Juli, 7 Uhr 18 Minuten nachmittags, Folge, indem er an Kaiser Franz Joseph nach Wien, Schönbrunn, die dortselbst um 8 Uhr 10 Minuten abends eingetroffene Depesche richtete:

Übermittlung der Anregung des Zaren durch Kaiser Wilhelm an Kaiser und König Franz Joseph

„Die persönliche Bitte des Kaisers von Rußland, einen „Vermittlungsversuch zur Abwendung eines Weltenbrandes „und zur Erhaltung des Weltfriedens zu unternehmen, habe „ich nicht ablehnen zu können geglaubt und Deiner Regie„rung durch meinen Botschafter gestern und heute Vor„schläge unterbreiten lassen. Sie gehen unter anderem dahin,

[1] Vgl. Seite 232 ff.

[2] Vgl. Weißbuch, betr. d. V. d. U. a. Kr., Seite 38.

[3] Telegramm aus Berlin d. d. 29. Juli, 11 Uhr 40 Minuten p. m., Nr. 321.

„daß Österreich nach Besetzung Belgrads oder anderer „Plätze seine Bedingungen kundgäbe.

„Ich wäre Dir zu aufrichtigstem Dank verpflichtet, wenn „Du mir Deine Entscheidung möglichst bald zugehen lassen „könntest.

In treuester Freundschaft

Wilhelm."

Als Erwiderung auf diese Depesche setzte Graf Berchtold den Entwurf folgender Antwort auf:

Antwort-telegramm Kaiser Franz Josephs (31. Juli, 1 Uhr p. m.)

„Ich beeile mich, Dir für Dein freundschaftliches Tele- „gramm verbindlichst und wärmstens zu danken [1].

„Gleich nachdem Dein Botschafter meiner Regierung „gestern den Vermittlungsvorschlag Sir E. Greys über- „mittelt hatte, ist mir die offizielle Meldung meines Bot- „schafters in St. Petersburg zugekommen, wonach der „Kaiser von Rußland die Mobilisierung aller Militärbezirke „an meinen Grenzen angeordnet hat [2].

„Graf Szögyény meldet mir, Du hättest Kaiser Nikolaus „in einzig treffender Weise schon gesagt, daß die russischen „Rüstungen einzustellen seien, weil sonst die ganze Ver- „antwortung für einen Weltkrieg auf seine Schultern falle.

„Im Bewußtsein meiner schweren Pflichten für die „Zukunft meines Reiches habe ich die Mobilisierung meiner „ganzen bewaffneten Macht angeordnet [3].

„Die im Zuge befindliche Aktion meiner Armee gegen „Serbien kann durch die bedrohliche und herausfordernde „Haltung Rußlands keine Störung erfahren.

[1] Dieser Satz wurde dem mit Maschinenschrift geschriebenen Konzept von Graf Berchtold nachträglich beigefügt.

[2] Am 30. Juli langte — soweit sich dies aus dem einschlägigen Material feststellen läßt — bloß ein einziges Telegramm des Grafen Szápáry aus Petersburg ein und dies behandelte die Taktik Herrn Sazonows. (Vgl. Seite 291.) Es ist daher anzunehmen, daß es sich um die durch den k. u. k. Botschafter eingesandte Meldung des österreichisch-ungarischen Militärattachés vom 29. Juli handelt (vgl. Seite 250), die am 29. Juli, 10 Uhr abends, in Wien eintraf.

[3] „Habe ich die Mobilisierung meiner ganzen bewaffneten Macht angeordnet." Ursprünglicher Wortlaut des Konzeptes: „Habe ich verfügt, daß meine ganze bewaffnete Macht mobilgemacht und die Konzentrierung aller nicht in Serbien verwendeten Truppen an der russischen Grenze durchgeführt werde."

„Eine neuerliche Rettung Serbiens durch Rußlands „Intervention müßte die ernstesten Folgen für meine Länder „nach sich ziehen, und ich kann daher eine solche Inter- „vention unmöglich zugeben.

„Ich bin mir der Tragweite meiner Entschlüsse bewußt „und habe dieselben im Vertrauen auf Gottes Gerechtigkeit „gefaßt, mit der Sicherheit, daß Deine Wehrmacht in un- „wandelbarer Bundestreue für mein Reich und für den „Dreibund einstehen wird.“ [1]

Meldung Graf Szögyénys über einen neuerlichen Depeschenwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Nikolaus

Auf dem Auswärtigen Amte erfuhr Graf Szögyény am 31. Juli von Herrn von Jagow [2], Kaiser Wilhelm habe dem Zaren „zugesagt“, daß er, dem Wunsche des letzteren entsprechend, zu vermitteln suchen werde. Es müsse ein direktes Einvernehmen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland hergestellt werden, doch müsse Rußland seine militärischen Rüstungen einstellen, da dies sonst von Seite Österreich-Ungarns ebensolche zur Folge haben würde, die dann seine — Kaiser Wilhelms [3] — Rolle als „Mediator“ unmöglich machen würden.

Darauf antwortete Kaiser Nikolaus, die Sprache Kaiser Wilhelms differiere sehr bedeutend von der seines Botschafters Graf Pourtalès, er bitte diesbezüglich um Aufklärung und schlage vor, daß der österreichisch-ungarisch-serbische Streitfall vor das Haager Schiedsgericht gebracht werde [4].

In der darauf erfolgten Antwort habe Kaiser Wilhelm den Zaren nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die russischen Rüstungen einzustellen seien, da sonst die ganze Verantwortung eines Weltkrieges „auf seine — des Zaren — Schultern falle“.

[1] Dieses Antworttelegramm Kaiser Franz Josephs ging am 31. Juli, 1 Uhr nachmittags, von Schönbrunn ab; Kaiser Wilhelm hatte eine möglichst baldige Entscheidung erbeten.

[2] Telegramm aus Berlin d. d. 31. Juli, 12 Uhr 38 Minuten a. m., Nr. 332.

[3] Im Originaltelegramme: „die dann seine — Kaiser Nikolaus' — Rolle als Mediator unmöglich machen würden.“ Sinngemäß kann hier nur von Kaiser Wilhelm die Rede sein; ein neuerliches Beispiel für die Eigenart der Meldungen Graf Szögyénys (vgl. Seite 31, Anmerkung 1).

[4] Vgl. Weißbuch betreffend d. V. d. U. a. K., Seite 39.

In dem in englischer Sprache abgefaßten und von Herrn Zimmermann dem k. u. k. Botschafter vorgelesenen Depeschenwechsel zwischen den beiden Monarchen werde in jedem einzelnen Telegramm an die besondere persönliche Freundschaft und an die Erhaltung des Friedens in emphatischen Worten appelliert[1].

Kaiser Wilhelm habe es in keinem seiner Telegramme unterlassen, besonders hervorzuheben, daß Österreich-Ungarn zu seinem Schritt den „Mörder"-Serben gegenüber vollkommen berechtigt sei.

Graf Szápáry über den Depeschenwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und dem Zaren

Über den Depeschenwechsel zwischen dem Zaren und dem Deutschen Kaiser berichtete der k. u. k. Botschafter in Petersburg am 31. Juli abends[2]:

Kaiser Wilhelm hatte sich mit einem Telegramm an Kaiser Nikolaus gewendet, dessen Inhalt Graf Szápáry zwar nicht genau feststellen konnte, das aber auf die Gefahr der russischen Mobilisierung in einem Augenblick hingewiesen haben dürfte, in welchem Österreich-Ungarn noch geneigt sei zu verhandeln, und in welchem die Notwendigkeit der Einstellung der russischen Mobilisierung betont gewesen sein dürfte.

Graf Pourtalès entschloß sich am 31. Juli mittags, wie er behauptete ohne Auftrag, um eine Audienz in Peterhof anzusuchen, wo er die gleichen Argumente bei Kaiser Nikolaus angeblich verwendet haben wollte. Graf Szápáry glaube, der deutsche Botschafter sei einfach beauftragt gewesen, das Telegramm zu überbringen. Kaiser Nikolaus scheine Kaiser Wilhelm ungefähr geantwortet zu haben, daß die Sistierung der verordneten Mobilisierung aus technischen Gründen unmöglich sei, daß er aber sein Wort verpfände,

[1] Zu dem Depeschenwechsel der beiden Herrscher meldete der k. u. k. Gesandte in München unterm 31. Juli (Bericht Nr. 77 P.): „Der Befehl „zur allgemeinen Mobilmachung wird, wie mir mitgeteilt wurde, binnen „der nächsten 24 oder 48 Stunden erwartet, da Seine Majestät der Deutsche „Kaiser noch gewünscht haben, über das Ergebnis der in Wien eingeleiteten „freundschaftlichen Anfrage auf Basis der Greyschen Vorschläge zunächst „noch einen Depeschenwechsel mit dem Zaren, als ein Mittel in zwölfter „Stunde zur Abwendung des europäischen Krieges, durchzuführen."

[2] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 31. Juli, 11 Uhr 17 Minuten p. m., Nr. 189. Eingetroffen in Wien, 2. August, 9 Uhr a. m.

die Armee werde nichts unternehmen, wenn Österreich-Ungarn geneigt sei, mit Rußland in Verhandlung zu treten.

Die russische Mobilisierung

Noch am 26. Juli hatte die deutsche Regierung in Petersburg erklären lassen, daß eine russische Mobilisierung die deutsche nach sich ziehen werde. Darauf war die ausweichende Antwort Herrn Sazonows erfolgt, er könne dem deutschen Botschafter garantieren, daß russischerseits keine Mobilisierung vorgenommen worden sei; allerdings wären gewisse notwendigste militärische Vorsorgen getroffen. Am 29. Juli erhielt hierauf Graf Pourtalès den Auftrag, in Petersburg wissen zu lassen, daß auch die Fortsetzung der jetzigen militärischen Rüstungen Rußlands Deutschland zur Mobilisierung veranlassen könnte[1].

Erklärungen Herrn Sazonows (29. Juli)

Am nämlichen Tage erklärte Herr Sazonow dem deutschen Botschafter, der Umstand, daß Österreich ganze acht Korps mobilisiert habe, sei ein Beweis, daß diese Maßregel nicht allein gegen Serbien gerichtet sei, sondern auch eine Spitze gegen Rußland habe. Aus diesem Grunde werde noch am 29. Juli abends der russische Mobilisierungsbefehl an die an der südwestlichen Grenze gegen Österreich-Ungarn gelegenen Militärbezirke erfolgen.

Herr Sazonow setzte hinzu, daß in Rußland eine Mobilisierung nicht so wie in westeuropäischen Ländern bereits den Krieg bedeute; der russische Soldat könne Monate lang Gewehr bei Fuß an der Grenze stehen. Herr Sazonow habe bis auf Weiteres auch nicht die Absicht, Herrn Schebeko aus Wien abzuberufen. Graf Pourtalès antwortete, daß dann Deutschland wohl auch in den Kriegsvorbereitungszustand übergehen müsse. Dies sei absolut keine Drohung gegen Rußland, „aber Deutschland würde seine Bundespflichten Österreich-Ungarn gegenüber einhalten“[2].

Meldung des k. u. k. Militärattachés (29. Juli)

Hinsichtlich der russischen Rüstungen meldete der k. u. k. Militärattaché unterm 29. Juli[3]:

„Herr Sazonow gab heute vormittags deutschem Bot-
„schafter zu, daß Mobilisierungsbefehl im Sinne, wie

[1] Telegramm aus Berlin d. d. 29. Juli, 6 Uhr 13 Minuten p. m., Nr. 319.

[2] Telegramm aus Berlin d. d. 29. Juli, 10 Uhr 35 Minuten p. m., Nr. 320.

[3] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 29. Juli, 4 Uhr 26 Minuten p. m., Nr. 178. Eingetroffen in Wien 29. Juli, 10 Uhr p. m.

„Kriegsminister für den Fall einer Überschreitung serbischer „Grenze in Aussicht hat, ergangen sei, motiviert damit, daß „Österreich-Ungarn acht Korps mobilisiert, was gegen „Serbien zu viel sei; es sei noch immer kein „Grund zur „Beunruhigung".

„Generalstab leugnet weiter Tatsache Mobilisierungs- „befehls und spricht noch immer von Vorbereitungen gegen „Monarchie im Umfang, wie Kriegsminister sich äußerte, was „aber mit einlaufenden Meldungen aus allen Teilen des „Reiches im Widerspruch scheint.

„Meiner Ansicht nach geschieht soviel, daß man, obwohl „Reservisteneinziehung noch nicht konstatiert, dieselbe jeden „Moment erwarten kann.

Hohenlohe."

Eröffnungen des russischen Botschafters in Wien gegenüber Herrn von Tschirschky (29. Juli)

Die Mitteilungen Herrn Sazonows an Graf Pourtalès erfuhren noch am 29. Juli eine Bestätigung durch die Eröffnungen, die Herr Schebeko dem deutschen Botschafter in Wien machte. Herr von Tschirschky verständigte Graf Berchtold am selben Tage, Herr Schebeko habe ihm berichtet, er habe von seiner Regierung die Verständigung erhalten, daß die Militärbezirke von Kiew, Odessa, Moskau und Kasan mobilisiert würden. Rußland sei in seiner Ehre als Großmacht gekränkt und genötigt, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Weisung an Graf Szögyény (29. Juli): Die Berliner Regierung möge in Petersburg erklären, daß die Fortsetzung der russischen Mobilisierung Gegenmaßregeln in Deutschland und Österreich-Ungarn zur Folge hätte

In der Weisung, die an Graf Szögyény in Erledigung dieser Mitteilung Herrn von Tschirschkys am 30. Juli, 1 Uhr morgens, expediert wurde, führte Graf Berchtold, an die Nachricht des deutschen Botschafters anknüpfend, aus[1]:

[1] Weisung nach Berlin d. d. Wien, 29. Juli, Nr. 291, nach Rom d. d. Wien, 29. Juli, Nr. 904, expediert 30. Juli, 1 Uhr a. m. Das ursprüngliche Konzept dieser Weisung lautet:

„Herr von Tschirschky hat mir soeben mitgeteilt, der russische „Botschafter sage ihm, er habe von seiner Regierung die Verständigung „erhalten, daß die Militärbezirke von Kiew, Odessa, Moskau und Kasan „mobilisiert würden. Rußland sei in seiner Ehre als Großmacht gekränkt „und genötigt, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Die russische „Mobilisierung wird von unseren galizischen Korpskommanden bestätigt „und wurde, einer Meldung des k. u. k. Militärattachés zufolge, heute auch „von Herrn Sazonow dem deutschen Botschafter gegenüber nicht mehr „geleugnet.

„Die russische Mobilisierung wird von unseren galizi-
„schen Korpskommanden bestätigt und wurde, einer Meldung
„des k. u. k. Militärattachés zufolge, heute auch von Herrn
„Sazonow dem deutschen Botschafter gegenüber nicht mehr
„geleugnet. Ich ersuche Eure Exzellenz, vorstehendes unver-
„züglich zur Kenntnis der deutschen Regierung zu bringen
„und hiebei zu betonen, daß, wenn die russischen Mobili-
„sierungsmaßnahmen nicht ohne Säumen eingestellt werden,
„unsere allgemeine Mobilisierung aus militärischen Gründen
„unverzüglich veranlaßt werden muß.

„Als letzten Versuch, den europäischen Krieg hintanzu-
„halten, hielte ich es für wünschenswert, daß unser und der
„deutsche Vertreter in St. Petersburg, eventuell auch in
„Paris, sogleich angewiesen werden, den dortigen Regierungen
„in freundschaftlicher Weise zu erklären, daß die Fortsetzung
„der russischen Mobilisierung Gegenmaßregeln in Deutsch-
„land und Österreich-Ungarn zur Folge hätte, die zu
„ernsten Konsequenzen führen müßten.

„Eure Exzellenz wollen hinzufügen, daß wir uns selbst-
„verständlich in unserer kriegerischen Aktion in Serbien
„nicht beirren lassen werden.

„Die k. u. k. Botschafter in St. Petersburg und Paris
„erhalten unter einem die Weisung, die vorerwähnte

„Ich beabsichtige, den k. u. k. Botschafter in Petersburg unverzüglich
„zu beauftragen, die Anfrage an die russische Regierung zu richten, was
„diese Maßnahmen zu bedeuten haben, und hinzuzufügen, daß wir uns in
„unserer Aktion gegen Serbien hiedurch nicht beirren lassen werden.

„Ich ersuche Eure Exzellenz, vorstehendes unverzüglich zur Kenntnis
„der deutschen Regierung zu bringen und hiebei zu betonen, daß, falls
„die russische Mobilisierung tatsächlich erfolgt, der Rest unserer Armee
„sofort mobil gemacht wird.

„Ich erachte es für dringend notwendig, daß Deutschland in Rußland
„und Frankreich kategorisch erkläre, daß selbst die einseitige Mobilisierung
„Rußlands gegen Österreich-Ungarn die Mobilmachung Deutschlands gegen
„Rußland auslösen müßte.

„Eine sofortige Demarche Deutschlands in Petersburg und Paris ist
„deshalb unerläßlich, weil, wenn die russischen Mobilisierungsmaßnahmen
„nicht ohne Säumen eingestellt werden, unsere allgemeine Mobilisierung
„aus militärischen Gründen sofort veranlaßt werden muß."

Das Weitere wie in der an Graf Szögyény abgeschickten Instruktion.

„Erklärung abzugeben, sobald ihr deutscher Kollege analoge „Instruktionen erhält[1].

„Wir überlassen es der deutschen Regierung, ob Italien „von diesem Schritte zu verständigen wäre. Herr von Mérey „erhält für jeden Fall eine Abschrift dieses Telegramms „mit der Weisung, die italienische Regierung zu informieren, „sobald deutscher Botschafter hiezu beauftragt wird."

Die Berliner Regierung erklärt, der Wiener Anregung nicht entsprechen zu können, und dringt auf die Herstellung eines direkten Einvernehmens zwischen Österreich-Ungarn und Rußland (30. Juli)

Diese Weisung an Graf Szögyény fand durch eine am 31. Juli, 12 Uhr 38 Minuten vormittags, aufgegebene Depesche des k. u. k. Botschafters die Beantwortung, daß Herr von Jagow nach Rücksprache mit dem Reichskanzler den k. u. k. Botschafter ersucht habe, Graf Berchtold zu melden, daß die deutsche Regierung zu ihrem lebhaftesten Bedauern der Anregung des Grafen Berchtold nicht entsprechen könne.

Motiviert werde die Haltung der Berliner Regierung mit dem Hinweise auf die vom Kaiser Wilhelm über Wunsch Kaiser Nikolaus' übernommene Vermittlungstätigkeit und mit der Betonung der Notwendigkeit der Herstellung eines direkten Einvernehmens zwischen Österreich-Ungarn und Rußland[2].

[1] Weisung nach St. Petersburg d. d. Wien, 29. Juli, Nr. 196, nach Paris d. d. Wien, 29. Juli, Nr. 175. Expediert 30. Juli, 12 Uhr 30 Minuten a. m.

[2] Telegramm aus Berlin d. d. 31. Juli, 12 Uhr 38 Minuten a. m., Nr. 332. Diese Antwortdepesche Graf Szögyénys wies im Wortlaute ihres ersten Absatzes einen durchaus unklaren Inhalt auf:

„Nach Rücksprache mit dem Reichskanzler ersuchte mich Staats-„sekretär, Eurer Exzellenz zu melden, daß deutsche Regierung zu ihrem „lebhaftesten Bedauern Eurer Exzellenz Anregung nicht entsprechen kann, „da sie noch vor kurzem ihre Vertreter in Petersburg und Paris ange-„wiesen habe, den dortigen Regierungen zu erklären, daß die Fortsetzung „der russischen Mobilisierung Gegenmaßregeln in Deutschland und „Österreich-Ungarn zur Folge hätte, die zu ernsten Konsequenzen führen „müßten."

Der Inhalt der übrigen präzis formulierten Absätze erhellt aus unseren obenstehenden und den auf Seite 248 gebrachten Ausführungen.

In dem zitierten Texte des ersten Absatzes der Antwort des Grafen Szögyény begegnen wir gewissen Sätzen aus der korrespondierenden Weisung Graf Berchtolds (vgl. Seite 252). Es liegt also eine — vielleicht technischen Gründen — entspringende Unstimmigkeit vor.

Bestätigt wird der Mangel einer unbedingten sachlichen Klarheit in der Darstellungsweise des k. u. k. Botschafters in Berlin übrigens auch

Allgemeine Mobilisierung in Rußland (30. Juli abends)

Durch die am 30. Juli abends ausgegebene und am 31. Juli früh mit Maueranschlag kundgegebene allgemeine Mobilisierungsordre für die gesamte Armee und Flotte Rußlands wurde jede Möglichkeit einer in Wien seitens der

durch ein im Anschlusse an die nachstehende Episode erfolgtes Eingeständnis des k. u. k. Botschafters selbst:

Graf Szögyény hatte am 27. Juli Erklärungen des russischen Kriegsministers an den deutschen Militärattaché in Petersburg nach Wien telegraphisch gemeldet. (Telegramm aus Berlin d. d. 27. Juli, Nr. 301.) Die diesbezügliche Depesche schloß mit den Worten: „Ich ersuche Eure „Exzellenz, vom Berichte des deutschen Militärattachés auch Herrn von „Tschirschky gegenüber keine Erwähnung zu machen."

Graf Berchtold ersuchte am 29. Juli Grafen Szögyény hierüber mit dem Hinweise um Aufklärung, daß die Konversationen mit dem deutschen Botschafter, die derzeit sehr vertraulich und rege seien, durch derartige Einschränkungen naturgemäß erschwert würden. Übrigens habe Herr von Tschirschky aus Berlin von der Meldung des deutschen Militärattachés in Petersburg Kenntnis erhalten und auch Graf Kageneck dem k. u. k. Kriegsministerium hierüber Mitteilung gemacht. (Weisung nach Berlin d. d. Wien, 29. Juli, Nr. 289.)

Graf Szögyény erwiderte am 30. Juli: „Ich habe Eure Exzellenz „ersucht, Herrn von Tschirschky von der Meldung kaiserlich deutschen „Militärattachés keine Erwähnung zu tun, weil mich Unterstaatssekretär „bei Verlesung derselben bat, von der Bemerkung des Militärattachés „„Vorsorgen, die allerdings ziemlich weitgehend seien", Eurer Exzellenz „keine Erwähnung zu tun, da dieselben in Wien vielleicht unnötig „alarmieren könnten. Ich hielt es daher für zweckmäßiger und auch dem „zwischen mir und dem Auswärtigen Amte bestehenden, auf persönlichem „Vertrauen basierten Einverständnis dienlicher, wenn das Auswärtige „Amt nicht durch Herrn von Tschirschky erfährt, daß Mitteilungen, die „mir mit der Bitte, sie nicht weiterzugeben, gemacht wurden, selbst„verständlich von mir doch gemeldet werden. Wobei ich zugeben muß, „daß die Fassung des in Rede stehenden Passus meines Telegramms „vom 27. l. M. vielleicht nicht ausführlich genug war; um so mehr als „mein Ersuchen um Nichtmitteilung sich nur auf die persönliche Impression „des deutschen Militärattachés beziehen sollte." (Telegramm aus Berlin „d. d. 30. Juli, Nr. 326.)

Sachlich verdient in der eben erwähnten Depesche Graf Szögyénys der Umstand festgehalten zu werden, daß Herr Zimmermann den k. u. k. Botschafter mit der Begründung ersuchte, von der bewußten Bemerkung des deutschen Militärattachés über die russischen „Vorsorgen, die allerdings ziemlich weitgehend seien", dem Grafen Berchtold gegenüber keine Erwähnung zu tun, „da dieselben in Wien vielleicht unnötig alarmieren könnten".

Berliner Regierung vorzunehmenden weiteren Vermittlung ausgeschaltet[1]. Der Befehl zur allgemeinen Mobilisierung dürfte, nach Ansicht Graf Szápárys, dem Zaren mittels falscher Nachrichten über die deutsche und österreichisch-ungarische Mobilisierung abgerungen worden sein[2].

Äußerungen Herrn Sazonows über die russische Mobilisierung (31. Juli Mitternacht)

In der Nacht vom 31. Juli auf den 1. August erhielt der deutsche Botschafter in Petersburg den Auftrag[3], Herrn Sazonow in nachdrücklichster Weise auf die Gefährlichkeit der russischen Mobilisierung aufmerksam zu machen[4] und ihm mitzuteilen, daß man deutscherseits einstweilen zwar noch keine Mobilisierung, jedoch den „Schutz gegen Kriegsgefahr" verfügt habe. Der russische Minister, den Graf Pourtalès um Mitternacht wecken ließ, verwies darauf, daß die Sistierung der Mobilisierung unmöglich sei, daß Kaiser Nikolaus aber bereits so bindende Zusagen erteilt habe, „daß zu einer Beunruhigung doch kein Anlaß sei".

Eintritt des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Rußland (1. August 5 Uhr nachm.)

Am 1. August, 12 Uhr 52 Minuten p. m., erhielt Graf Pourtalès den Auftrag, falls die russische Regierung hinsichtlich der Einstellung ihrer Kriegsmaßnahmen bis 5 Uhr nachmittags keine befriedigende Antwort erteile, zu dieser Stunde offiziell bekanntzugeben, daß sich Deutschland nach Ablehnung seiner Forderungen mit Rußland als im Kriegszustande befindlich betrachte[5].

Hierüber traf in Wien am 2. August, 4 Uhr p. m., das folgende Telegramm Graf Szögyénys ein[6]:

Der Staatssekretär erklärte mir soeben: Von Rußland ist keine Antwort auf die deutsche Anfrage eingelangt.

Russische Truppen haben die deutsche Grenze bei Schwidden (südöstlich Bialla) überschritten.

[1] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 31. Juli, 11 Uhr 25 Minuten a. m., Nr. 183. Eingetroffen am 1. August, 9 Uhr a. m.; Telegramm aus Berlin d. d. 31. Juli, 7 Uhr p. m., Nr. 340. (Vgl. Weißbuch betr. d. V. d. U. a. Kr. S. 50.)

[2] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 31. Juli, 2 Uhr 5 Minuten p. m., Nr. 185. Eingetroffen 1. August, 2 Uhr 30 Minuten a. m.

[3] Telegramm aus Petersburg d. d. 1. August, 2 Uhr 20 Minuten a. m., Nr. 192.

[4] Vgl. Weißbuch 1914, Anlage Nr. 24.

[5] Weißbuch 1914, Anlage Nr. 26.

[6] Telegramm aus Berlin d. d. 2. August, 3 Uhr 6 Minuten a. m., Nr. 357.

Rußland hat daher Deutschland angegriffen.

Deutschland betrachtet sich daher im Kriegszustande mit Rußland.

Deutscherseits erfolgt keine Kriegserklärung mehr[1].

Russischer Botschafter hat heute vormittags Pässe zugestellt erhalten und reist voraussichtlich heute abends ab."

B. Das Wiener Kabinett

Verhandlungen mit Italien

Weisung an den k. u. k. Botschafter (29. Juli): Die Geneigtheit des Wiener Kabinetts, in Kompensationsverhandlungen einzutreten, ist geheim zu halten

Von seiner ursprünglichen Politik des Ablehnens jeglicher Kompensation an Italien war Graf Berchtold unter deutscher Beeinflussung soweit abgewichen, daß er am 28. Juli nach Rom die Geneigtheit des Wiener Kabinetts zu Kompensationsverhandlungen auch für den Fall einer nur als provisorisch anzusehenden Besetzung serbischen Territoriums mitteilen ließ[2]. An Herrn von Mérey war in dieser Angelegenheit am 29. Juli die nachträgliche Weisung ergangen[3], Graf Berchtold betrachte es als selbstverständlich, bitte dies jedoch Marquis di San Giuliano ausdrücklich zu sagen, daß die Mitteilung betreffs der eventuellen Aufnahme von Kompensationsverhandlungen als streng geheim zu betrachten sei, und daß wegen der in der Monarchie herrschenden öffentlichen Meinung derzeit von einer Verlautbarung derselben als äußerst bedenklich unbedingt abzusehen wäre.

Antwort der italienischen Regierung hinsichtlich des Anerbietens der k. u. k. Regierung, auf Kompensationsverhandlungen einzugehen (29. Juli)

Herr von Mérey hatte in seinem Telegramm vom 28. Juli die Antwort der italienischen Regierung auf die Vorschläge des Wiener Kabinetts in Aussicht gestellt[4]. Diese Antwort wurde ihm am 29. Juli durch den Kabinettschef des Ministers in schriftlicher Form, aber mit dem Bemerken, sie habe als mündlich erteilt zu gelten, zugestellt.

Diese Antwort bestätige, wie der k. u. k. Botschafter am 29. Juli nachmittags meldete[5], vollständig den Eindruck,

[1] Eine neuerliche Bestätigung der mangelnden Exaktheit in der Berichterstattung des k. u. k. Botschafters in Berlin.

[2] Vgl. Seite 191.

[3] Weisung nach Rom d. d. 29. Juli, Nr. 896.

[4] Vgl. Seite 189.

[5] Telegramm aus Rom d. d. 29. Juli, Nr. 552.

daß es der italienischen Regierung vor allem andern auf die Kompensationsfrage ankomme, daß sie dieselbe jetzt forcieren wolle, daß sie sich hiebei auf Deutschland berufe, und daß sie charakteristischerweise die betreffenden Konversationen in Wien und Berlin führen wolle.

Je entgegenkommender, zufriedener, dankbarer sich das Wiener Kabinett gegenüber der Haltung Italiens zeigen werde, desto weitgehender und insistierender würden die römischen Prätensionen werden.

Aufforderung an den k. u. k. Botschafter, zur Kompensationsfrage Stellung zu nehmen (30. Juli)

Ohne noch im Besitze der vom 29. Juli datierten Meldung Herrn von Méreys zu sein, hatte sich Graf Berchtold unter dem Eindrucke der vom k. u. k. Botschafter in Berlin und von Herrn von Tschirschky mitgeteilten Besorgnisse der deutschen Regierung veranlaßt gesehen, am 30. Juli an Herrn von Mérey das Ersuchen zu stellen, seine Anschauung hinsichtlich der Haltung Italiens gegenüber der Kompensationsfrage wie auch bezüglich seiner Bündnispflichten mitzuteilen und sich darüber zu äußern, ob, beziehungsweise in welcher Weise er eine Lösung dieser hochaktuellen Frage für möglich halte[1].

Unterredung Herrn von Méreys mit Marquis di San Giuliano (29. Juli)

Herr von Mérey hatte inzwischen (29. Juli) den italienischen Minister des Äußern von der Erklärung des Herzogs von Avarna, von der Antwort des Grafen Berchtold bezüglich der Frage der territorialen Erwerbungen und von dem Standpunkte desselben bezüglich der Kompensationsfrage samt der daran geknüpften Erwartung[2], mündlich, aber ganz exakt in Kenntnis gesetzt.

Der Minister, der sich die Materie mit Schlagworten notierte, sagte, er müsse, da es sich um schwerwiegende und delikate Angelegenheiten handle, dieselben überlegen und mit dem Ministerpräsidenten besprechen, bevor er antworte. Hiebei bemerkte Marquis di San Giuliano neuerlich, diese Frage sollte (da er jetzt nach der Kur leidend sei) in Wien verhandelt werden[3].

[1] Weisung nach Rom d. d. 30. Juli, Nr. 908. Expediert 31. Juli, 2 Uhr a. m.

[2] Vgl. Seite 191 unten.

[3] Telegramm aus Rom d. d. 30. Juli, Nr. 554.

Marquis di San Giuliano über die Haltung Italiens im Falle eines europäischen Krieges (30. Juli)

Die Haltung Italiens im Falle eines europäischen Krieges erörterte der italienische Minister bei einer Unterredung mit Herrn von Mérey am 30. Juli aus eigenem Antriebe[1]: Da der Dreibund rein defensiven Charakter habe, und da das Wiener Kabinett durch sein violentes Vorgehen gegen Serbien die europäische Konflagration provoziert und sich überdies mit der römischen Regierung nicht vorher ins Einvernehmen gesetzt habe, obliege Italien keine Verpflichtung, an dem Kriege teilzunehmen. Damit sei aber nicht gesagt, daß Italien bei Eintritt dieser Eventualität sich nicht die Frage stellen werde, ob es seinen Interessen besser entspreche, sich militärisch an die Seite der Monarchie zu stellen oder neutral zu bleiben. Marquis di San Giuliano persönlich neige mehr der ersten Alternative zu und halte dieselbe auch für die wahrscheinlichere, vorausgesetzt daß Italiens Interessen am Balkan dabei gewahrt werden und daß die Monarchie dort nicht Veränderungen anstrebe, welche ihr eine Vormachtstellung — zum Schaden Italiens — einräumen würden.

Standpunkt Herrn von Méreys hinsichtlich der Kompensationsfrage (31. Juli)

Der Instruktion vom 30. Juli kam Herr von Mérey mittels eines am 31. Juli, 1 Uhr nachmittags, aufgegebenen Telegrammes nach[2]. Unter Hinweis auf seine bisherigen, in den einschlägigen Telegrammen und Berichten niedergelegten Ansichten führte Herr von Mérey aus, daß entgegen seinen Ratschlägen, Graf Berchtold unter dem Drucke der deutschen Regierung dem römischen Kabinett in der Kompensationsfrage bereits zu Dreivierteln entgegengekommen sei. Eine zum großen Teil gelungene Chantage setze aber bezüglich des Restes natürlich um so stärker ein. Tatsächlich habe auch am 31. Juli Marquis di San Giuliano bemerkt, er habe in Beantwortung der Erklärung Graf Berchtolds nach Wien mitgeteilt, daß dieselbe vag und ungenügend sei. Es sei daher augenblicklich eine besonders schwierige Aufgabe für Herrn von Mérey, einen Rat in einer Situation zu erteilen, in die sich das Wiener Kabinett gegen seine Ansicht und gegen seine wiederholte Warnung begeben habe.

[1] Telegramm aus Rom d. d. 30. Juli, Nr. 560.
[2] Telegramm aus Rom d. d. 31. Juli, Nr. 569.

Nach der Überzeugung des k. u. k. Botschafters hänge die Frage, ob Italien am Kriege teilnehme oder neutral bleibe, nicht wirklich von der Kompensation ab, sondern hauptsächlich von der in Rom herrschenden Beurteilung der ganzen europäischen Situation und von militärischen Erwägungen. Das Wiener Kabinett könnte daher riskieren, in der Kompensationsfrage weitgehende Engagements einzugehen, ohne vielleicht den Zweck, die militärische Kooperation Italiens, zu erreichen.

Nachdem sich ferner das Wiener Kabinett über das Kompensationsobjekt offenbar nicht im Klaren sei oder doch nicht im Voraus eine Kompensation fixieren könne, insolange es selbst nicht wisse, was die Monarchie bekomme, so könne das Wiener Kabinett nach dem Erachten des k. u. k. Botschafters äußerstenfalls nur noch einen Schritt weitergehen und erklären, daß die Monarchie nach Abschluß des lokalisierten oder allgemeinen Krieges bereit sei, Italien im Sinne des Artikels VII des Dreibundvertrages eine adäquate Kompensation einzuräumen, falls die Monarchie selbst Territorien auf dem Balkan, sei es definitiv, sei es in einer die italienische Okkupation des Dodekanes übersteigenden Dauer okkupieren sollte und falls Italien seine Bundespflichten exakt erfülle.

Besprechung Herzog von Avarna — Graf Berchtold über die Kompensationsfrage (31. Juli). Textierung einer Vereinbarung durch den Herzog von Avarna und Herrn von Tschirschky

Während man sich in Rom anschickte, den in der Kompensationsfrage eingeschlagenen Weg zielsicher weiter zu verfolgen, glaubte Graf Berchtold in seiner Besprechung mit dem Herzog von Avarna am 31. Juli die Angelegenheit zu einer befriedigenden Lösung, das heißt zum Stillstande, gebracht zu haben. Ein am 31. Juli aufgesetztes Telegramm Graf Berchtolds orientierte Herrn von Mérey und Graf Szögyény hierüber [1]:

Graf Berchtold habe am 31. Juli über die Kompensationsfrage eine lange Unterredung mit dem Herzog von Avarna gehabt, bei welcher ein vollkommenes Einvernehmen erzielt worden sei. Der deutsche und der italienische Botschafter hätten darauf auf Basis dieser Unterredung eine den Herzog von Avarna vollständig befriedigende Textierung

[1] Weisung nach Rom d. d. 31. Juli, 11 Uhr 30 Minuten p. m., Nr. 914; Weisung nach Berlin d. d. 31. Juli, 11 Uhr 30 Minuten p. m., Nr. 307.

ausgearbeitet, welche morgen (1. August) nach Rom telegraphiert werde [1].

Graf Berchtold hoffe, daß die Frage nunmehr im Einvernehmen aller Dreibundmächte gelöst erscheine. Herr von Mérey wolle Marquis di San Giuliano von Vorstehendem sofort in Kenntnis setzen und hinzufügen, das Wiener Kabinett würde nunmehr (woran Graf Berchtold übrigens nie gezweifelt hätte) mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß Italien seine Bündnispflicht voll und ganz erfüllen werde.

Eine zur Absendung an die k. u. k. Botschafter in Rom und Berlin vorbereitete, den Text der Vereinbarung in der Kompensationsfrage enthaltende, aber nicht abgeschickte Instruktion führte aus [2]:

Text der vom Herzog von Avarna und Herrn von Tschirschky aufgesetzten, von Graf Berchtold akzeptierten — nach Rom nicht übermittelten — Vereinbarung in der Kompensationsfrage (31. Juli)

Der italienische Botschafter habe Graf Berchtold am 31. Juli auftraggemäß mitgeteilt, angesichts der Möglichkeit einer territorialen Erwerbung Österreich-Ungarns am Balkan müsse die italienische Regierung geltend machen, daß nach Artikel VII des Dreibundvertrages einem solchen Erwerb ein Akkord mit Österreich-Ungarn auf Grund wechselseitiger Kompensationen vorhergehen müsse.

Italien wolle jedoch den Kriegsoperationen Österreich-Ungarns keinerlei Schwierigkeiten bereiten, unter der Reserve seiner auf dem zitierten Artikel basierenden Ansprüche.

Hinsichtlich der Kompensationen halte es Marquis di San Giuliano für dringend, daß von Seite der Monarchie die italienische, auch von Deutschland akzeptierte Interpretation des Artikels VII angenommen werde, dahingehend, daß Italien für jede Akquisition Österreich-Ungarns am Balkan (Serbien, Montenegro etc.) ein Kompensationsanspruch zustehe.

Es sei für die italienische Regierung notwendig, diesbezüglich eine explizierte Antwort von Österreich-Ungarn zu erhalten, weil der gegenwärtig bestehende Zweifel jede Aktion Italiens paralysiere.

Wenn Österreich-Ungarn diese Idee nicht akzeptieren könnte, müßte Italien eine Richtlinie verfolgen, die jedem

[1] Vgl. Seite 262 unten.

[2] Konzept (in der Hauptsache) von der Hand des Grafen Berchtold.

Gebietserwerb Österreich-Ungarns am Balkan entgegengesetzt wäre.

Hinsichtlich der als Antwort dem italienischen Botschafter abzugebenden Erklärung Graf Berchtolds hätten Pourparlers zwischen ihm, dem Herzog von Avarna und Herrn von Tschirschky stattgefunden. Graf Berchtold habe den von den beiden Botschaftern formulierten Text akzeptiert. Derselbe laute:

Si cependant par la force des choses l'Autriche-Hongrie serait obligée à faire des acquisitions territoriales dans la Péninsule Balcanique, notamment en Serbie et au Monténégro, le Gouvernement I. et R. est prêt à se concerter avec l'Italie au sujet des compensations à lui accorder, soit que l'Italie prête son concours à l'Autriche-Hongrie dans le cas que se présente le casus foederis visé par le traité, soit qu'elle prête son concours sans que le casus foederis se présente.

Cette déclaration contient les éléments qui constituent la substance même de l'interprétation que Vous donnez à l'Art. VII et que je consens à Vous faire, bien que je ne partage pas cette interprétation même.

Obigen Wortlaut habe Herzog von Avarna gebilligt.

Wie dem k. u. k. Botschafter bekannt sei, bestünden zwischen den Verbündeten militärische Abmachungen betreffs Beistellung italienischer Truppenkontingente an den Rhein für den Kriegsfall mit Frankreich. Überdies habe der Chef des Generalstabes, Baron Conrad, bei seiner letzten Begegnung mit dem seither verstorbenen italienischen Generalstabschef Pollio mündlich verabredet, daß bei Eintritt des Casus foederis italienische Truppenkontingente der Monarchie nach Galizien zur Verfügung gestellt würden.

Angesichts der nun kaum mehr ausweichlichen europäischen Konflagration lege die österreichisch-ungarische wie die deutsche Armeeleitung das größte Gewicht darauf, daß Italien seinen Engagements nachkomme und baldigst darüber Klarheit geschaffen werde, umsomehr als Rumäniens Haltung, nach geheimen Informationen, zum Teil von Italiens Stellungnahme bedingt sein werde.

Der k. u. k. Botschafter wolle Marquis di San Giuliano von der zwischen Graf Berchtold und dem italienischen Botschafter vereinbarten Formel Kenntnis geben und unter Hinweis auf den Umstand, daß der Minister die Führung der Verhandlung in Wien ausdrücklich gewünscht habe, sowie darauf, daß das Wiener Kabinett die von Herzog von Avarna mit dem deutschen Botschafter formulierte Erklärung angenommen habe, bei dem Minister des Äußeren nachdrücklich dahin wirken, daß Italien sich raschestens entschließe, seinen Bundespflichten vollinhaltlich nachzukommen.

Graf Berchtold halte es nicht für ausgeschlossen, daß Marquis di San Giuliano an dem Wortlaute des obenstehenden französischen Textes einiges auszusetzen haben werde, und ermächtige den k. u. k. Botschafter für diesen Fall zur Abgabe folgender Interpretationen:

Der Ausdruck „acquisitions territoriales" sei Graf Berchtold vorgeschlagen worden. Er habe denselben angenommen, sei aber bereit, denselben über Verlangen San Giulianos durch „occupations" zu ersetzen.

Die ausdrückliche Erwähnung Serbiens und Montenegros könnte den Anschein erwecken, als ob die Monarchie einen Angriff gegen Montenegro beabsichtigen würde. Dies sei nicht der Fall und es könnte nach dem Worte „Montenegro" eingeschoben werden „si le Montenégro prenait part à la lutte".

Zur Information des k. u. k. Botschafters füge Graf Berchtold noch bei, daß das Wiener Kabinett Italien das Recht einer Kompensation auch für den allerdings unwahrscheinlichen Fall einer Lokalisierung unseres Konflikts mit Serbien zuerkenne, sofern die Monarchie zu einer nicht als nur vorübergehend anzusehenden Okkupation serbischen Gebietes schreiten müsse.

Mitteilung an den k. u. k. Botschafter, daß das Wiener Kabinett die italienische Interpretation des Artikels VII annehme (1. August)

Dem k. u. k. Botschafter in Rom wurde am 1. August ein Telegramm des Grafen Berchtold mit dem Auftrage zugestellt[1], er wolle sich sofort zu Marquis di San Giuliano begeben, um ihm zu eröffnen, daß Graf Berchtold mit dem Herzog von Avarna und Herrn von Tschirschky vereinbart

[1] Weisung nach Rom d. d. Wien, 1. August, Nr. 916, expediert 12 Uhr 15 Minuten p. m.

habe, die italienische Interpretation des Artikels VII des Dreibundvertrages anzunehmen unter der Voraussetzung, daß Italien seinen Bündnispflichten in dem gegenwärtigen Konflikt voll nachkomme.

Die dem Herzog von Avarna gegebene Erklärung lautete [1]:

„Je considére qu'une divergence de vue sur l'inter-„prétation de l'article VII forme un élément d'incertitude „pour nos relations du présent et de l'avenir qui pourrait „être préjudiciable aux rapports intimes entre les deux „Puissances. J'accepte l'interprétation donnée à l'article VII „par l'Italie et l'Allemagne à condition que l'Italie observe „une attitude amicale par rapport aux opérations de guerre „engagées actuellement par l'Autriche-Hongrie et la Serbie „et remplira ses devoirs d'allié dans le cas où le conflit „actuel pourrait amener une conflagration générale."

Herr von Mérey wolle diese Erklärung Marquis di San Giuliano unverzüglich zur Kenntnis bringen. Zur persönlichen Information des k. u. k. Botschafters füge Graf Berchtold bei, er habe diese Erklärung dem italienischen Botschafter deshalb abgegeben, weil ihm die deutsche Regierung in allerernstester Weise zu verstehen gab, San Giuliano habe gestern erklärt, sich infolge der Weigerung des Wiener Kabinetts, die italienisch-deutsche Auslegung des Artikels VII anzunehmen, an den Vertrag nicht gebunden zu erachten.

Konstatierungen des k. u. k. Botschafters in Berlin

Noch am Abend des 1. August wurde dem Grafen Szögyény im Auswärtigen Amte der Text des von Herrn von Tschirschky aufgesetzten und dem Grafen Berchtold übermittelten Entwurfes der an Italien hinsichtlich der Auslegung des Artikels VII zu übergebenden Antwort vorgelesen[2].

Wenn derselbe auch in merito, meldete Graf Szögyény, mit dem Inhalte der ihm von Wien aus übermittelten, nach

[1] Weisung nach Rom d. d. Wien, 1. August Nr. 917.
Weisung nach Berlin d. d. Wien, 1. August Nr. 313.
} Beide expediert 1 Uhr 30 Minuten p. m.

[2] Telegramm aus Berlin d. d. 1. August, Nr. 355. Expediert 2. August 1 Uhr 57 Minuten a. m.

Rom gegebenen Antwort, soweit er es in der Schnelligkeit habe feststellen können, übereinstimme, so sei die Textierung doch eine sehr verschiedene gewesen.

Italienischer Ministerrat (1. August)

In einem am 1. August abgehaltenen Ministerrate zeigte sich, wie Marquis di San Giulano Herrn von Mérey mitteilte [1], die Tendenz, daß Italien im Falle eines europäischen Krieges neutral bleibe. Maßgebend hiefür sei die Erwägung gewesen, daß Italien weder die Verpflichtung noch das Interesse habe, an dem Kriege teilzunehmen. Der Dreibund sei rein defensiv, der Krieg aber von der Monarchie provoziert worden, ohne daß das Wiener Kabinett früher die italienische Regierung von der Aktion verständigt hätte. Wie könne man Italien zumuten, daß es Gut und Blut opfere und bei seiner Küstenentwicklung die größte Gefahr laufe? Dies alles, um ein Kriegsziel zu erreichen, das seinem Interesse direkt zuwiderlaufe, nämlich eine Veränderung des status quo am Balkan, sei es zum materiellen, sei es zum moralischen Vorteil Österreich-Ungarns. Nachdem Marquis di San Giuliano und Herr von Mérey fast eine ganze Stunde hierüber lebhaft debattiert hatten, wobei der italienische Minister unter andern auch die „chikanöse" Politik Österreich-Ungarns in Albanien sowie die Behandlung der Italiener in der Monarchie erwähnt hatte, meinte er schließlich, es sei noch immer nicht gesagt, da ein formeller Beschluß noch nicht vorliege, daß Italien nicht doch — eventuell vielleicht erst später — an dem Kriege teilnehme. Dabei fiel wieder das Wort Kompensation.

Begründung der Haltung Italiens durch den k. u. k. Botschafter (1. August)

Zur Motivierung der Haltung Italiens meldete der k. u. k. Botschafter [2]:

Obwohl er selbst sowohl wie sein deutscher Kollege (für Deutschland habe ja die Sache ungleich mehr praktische Bedeutung) alles aufböten, um auf die Regierung im Sinne der Kooperation einzuwirken, neige vorläufig die Wage weitaus mehr nach der Neutralität.

Für diese eigentlich erst in den letzten Tagen durchgedrungene Tendenz sei der vollen Überzeugung des k. u. k.

[1] Telegramm aus Rom d. d. 1. August, 1. Uhr 50 Minuten a. m., Nr. 570.

[2] Telegramm aus Rom, 1. August, 9 Uhr 45 Minuten p. m., Nr. 575.

Botschafters nach in allererster Linie der Umstand entscheidend gewesen, daß, entgegen der italienischen (und der Berliner) Annahme, England nicht neutral bleibe, sondern eingreife. Seine ausgebreiteten und schlecht geschützten Küsten dem Bombardement englischer Schiffe auszusetzen und die samt der österreichisch-ungarischen Flotte, der vereinigten französischen und englischen Mittelmeerflotte doch inferiore italienische Marine den Kampf aufnehmen zu lassen, erscheine in Rom als eine entsetzliche Perspektive.

Hiezu trete der infolge des lybischen Feldzuges (60.000 Mann seien noch in Lybien) ganz desorganisierte Zustand der Armee und, wie der k. u. k. Botschafter bestimmt erfahre, die Angst vor inneren Unruhen.

Das letzte Wort sei noch immer nicht gesprochen, aber vorläufig laute die Losung: Neutralität.

Vielleicht könnte daran gedacht werden, daß Österreich-Ungarn und Deutschland Italien erklärten, sie würden, falls Italien seine Bundespflicht nicht bis auf den letzten Mann loyal erfülle, sondern neutral bleibe, sich gleichfalls von ihren Allianzpflichten völlig lossagen und Italien als aus dem Dreibunde ausgetreten betrachten.

Depeschenwechsel zwischen Kaiser und König Franz Joseph und König Viktor Emanuel (1. und 2. August)

Die Anordnung der allgemeinen russischen Mobilisierung veranlaßte Kaiser Franz Joseph, am 1. August[1] die nachstehende Depesche an König Viktor Emanuel zu richten:

„La Russie qui s'arroge le droit de s'immiscer dans „notre conflit avec la Serbie a mobilisé son armée et sa „flotte et menace la paix de l'Europe.

„D'accord avec l'Allemagne je suis décidé de défendre „les droits de la Triple Alliance et j'ai ordonné la mobilisation „de toutes mes forces militaires et navales. Nous devons „trente années de paix et de prospérité au traité qui nous „unit et dont je constate avec satisfaction l'interprétation „identique par nos gouvernements.

„Je suis heureux en ce moment solennel de pouvoir „compter sur le concours de mes Alliés et de leurs „vaillantes armées[2] et je forme les voeux les plus chaleureux

[1] Expediert 5 Uhr p. m.

[2] Im Konzept folgen an dieser Stelle die nachträglich ausgestrichenen Ausführungen: Je recommande tout particulièrement l'archiduc Frédéric

„pour le succès de nos armes et pour un glorieux avenir „de nos pays."

Der italienische König beantwortete die Depesche am 2. August[1]: „J'ai reçu le télégramme de Votre Majesté.

„Je n'ai pas besoin d'assurer Votre Majesté que l'Italie „qui a fait tous les efforts possibles pour assurer le maintien „de la paix et qui fera tout ce qu'elle pourra pour contribuer „à la rétablir aussitôt que possible gardera une attitude „cordialement amicale envers ses alliés conformément au „traité de la Triple Alliance, à ses sentimente sincères et aux „grands intérêts qu'elle doit sauvegarder".

Verhandlungen mit Frankreich

Unterredung des k. u. k. Botschafters mit Herrn Viviani (30. Juli)

Der Umschwung der öffentlichen Stimmung zu Ungunsten der Monarchie, der sich seit dem 27. Juli in der Pariser Presse geltend zu machen anfing, spiegelte sich bis zum 30. Juli in den Unterredungen des k. u. k. Botschafters mit den französischen Staatsmännern nicht wieder.

An diesem Tage hatte Graf Szécsen mit Herrn Viviani eine lange, friedlich und versöhnlich geführte Unterredung[2]. Der französische Staatsmann hörte die Ausführungen des k. u. k. Botschafters über die Haltung Serbiens, über die Ursachen, die das Wiener Kabinett bestimmten, die Antwort des Herrn Pašić nicht zu akzeptieren, sehr aufmerksam an. Seine Hauptthese war, man wisse jetzt nicht, was die Monarchie wolle, und so sei jeder Vermittlung der Weg gesperrt. Graf Szécsen erwiderte, die Monarchie habe Serbien ihre Forderungen sehr deutlich mitgeteilt; nachdem sie nicht erfüllt wurden, sei der Kriegszustand eingetreten.

Als persönliche Ansicht fügte Graf Szécsen bei, daß, wenn Serbien geneigt wäre, nachzugeben, es leicht Mittel

qui se trouve à la tête de mes troupes à la bienveillance de Votre Majesté et je regrette que le précipitation des évènements ne lui aie pas permis d'aller présenter ses hommages a Votre Majesté et de se faire auprès d'Elle l'interprète de mes voeux les plus chalereux.

[1] Hausabschrift des Telegramms des Königs von Italien an Kaiser und König Franz Joseph d. d. Rom, 2. August.

[2] Telegramm aus Paris d. d. 30. Juli, Nr. 139.

finden könnte, um in Wien anzufragen, welche Bedingungen die Monarchie jetzt stelle. „Was geschieht aber mit Rußland?“, fragte Herr Viviani. Graf Szécsen antwortete, die Monarchie hätte von Rußland nichts verlangt und wünschte nur, daß es sich nicht einmische. Der Minister meinte, man müsse trachten, eine Lösung zu finden, die Rußland eine Demütigung erspare und kam auf den englischen Vorschlag der Beratung der vier Botschafter zurück, worauf Graf Szécsen erklärte, derselbe sei bisher nicht sehr klar.

Die Pariser Zeitungsnachrichten über eine französische Mobilisierung dementierte der Minister auf das Entschiedenste. Graf Szécsen wies auf das diesbezügliche, von Rußland gegebene Beispiel hin, dessen mögliche Folgen der Minister als sehr gefährlich bezeichnete. Noch erwähnte Graf Szécsen, es sei sehr nützlich, wenn Rußland die Mobilisierung nicht fortsetze und wenn es diesbezüglich eine beruhigende Erklärung abgeben würde. Herr Viviani bemerkte hiezu, zuerst müsse Rußland darüber beruhigt werden, daß die Monarchie Serbien nicht vernichten wolle.

Angebliche Absichten der Monarchie, den Sandschak wiederzugewinnen (30. Juli)

In Paris war übrigens vielfach die Ansicht verbreitet, die Monarchie strebe die Wiedereroberung des Sandschaks an [1]. Dies würde, sage man, für Rußland den Krieg bedeuten. Graf Szécsen werde von Regierungskreisen und anderen Politikern vielfach gedrängt, irgendwelche beruhigende Aufklärungen über die österreichisch-ungarischen Absichten abzugeben, die den russischen Alarmnachrichten gegenüber verwertet werden könnten. Die Hauptbesorgnis in Paris heiße: Sandschak, Annexion gewisser serbischer Distrikte, Antasten der staatlichen Unabhängigkeit, Protektorat über Serbien. Viele Leute in Paris, auch in Regierungskreisen, wünschten den Frieden und möchten Argumente haben, die sie den russischen und den französischen Hetzereien entgegenstellen könnten.

Instruktionen für Graf Szécsen (31. Juli)

Auf Grund dieser Meldungen ermächtigte Graf Berchtold am 31. Juli den k. u. k. Botschafter, sich den französischen Staatsmännern gegenüber in folgendem Sinne zu äußern [2]:

[1] Telegramm aus Paris d. d. 30. Juli, Nr. 141.

[2] Weisung nach Paris d. d. 31. Juli, 7 Uhr p. m., Nr. 181.

Was die von Herrn Viviani ausgesprochene Befürchtung betreffe, die Monarchie wolle Serbien vernichten, so wolle Graf Szécsen Herrn Viviani unverzüglich darauf aufmerksam machen, daß das Wiener Kabinett in Petersburg bereits offiziell mitgeteilt hätte, bei seiner Aktion gegen Serbien auf keine territoriale Erwerbung auszugehen und die staatliche Souveränität des Königreiches nicht antasten zu wollen. Ebenso sei der Ansicht mit Nachdruck entgegenzutreten, als ob die Monarchie eine Wiederbesetzung des Sandschaks beabsichtige. Es sei aber natürlich, daß alle auf das Desinteressement Österreich-Ungarns gegebenen Erklärungen nur für den Fall gelten würden, daß der Krieg zwischen der Monarchie und Serbien lokalisiert bleibe.

Durchführung des Auftrages (31. Juli)

Den erhaltenen Auftrag führte Graf Szécsen noch am Abend des 31. Juli aus. Da der Ministerpräsident nicht erreichbar war, teilte er den Inhalt seiner Instruktion Herrn Berthelot mit. Derselbe nahm die Äußerungen des k. u. k. Botschafters zur Kenntnis und brachte seine persönliche Ansicht zum Ausdruck, daß die serbische Frage angesichts der heute unternommenen deutschen Demarche[1] ganz in den Hintergrund trete[2].

Situationsbericht des k. u. k. Botschafters (30. Juli)

Aus einem Situationsbericht Graf Szécsens vom 30. Juli ergab sich das folgende Bild über die Stimmung und Haltung Frankreichs[3]:

Die Stimmung in Frankreich der Monarchie gegenüber habe sich in den letzten Tagen entschieden verschlechtert.

Die Ablehnung der serbischen Antwort, die man zu Anfang nicht recht begreiflich fand und die man nun, da die Gründe dafür in den Zeitungen dargelegt wurden, nicht verstehen wolle, die österreichisch-ungarische Kriegserklärung an Serbien, die russische Mobilisation hätten die Gefahr einer allgemeinen Konflagration viel nähergerückt, und da es sich nicht leugnen lasse, „que c'est nous qui avons déclenché le mouvement", so werde natürlich die

[1] Vgl. Seite 228.

[2] Telegramm aus Paris d. d. 31. Juli, Nr. 144.

[3] Bericht aus Paris d. d. 30. Juli, Z. $\frac{56}{P}$ — B.

Monarchie für alle Gefahren und deren schon jetzt zutage tretende finanzielle Folgen verantwortlich gemacht.

Die Rückkehr der Herren Poincaré und Iswolsky habe die Zeitungskampagne gegen die Monarchie auch gefördert.

Man habe in Frankreich trotz chauvinistischen Nationalstolzes, trotz berechtigten patriotischen Selbstgefühls mit vollem Recht Angst vor dem Kriege und dessen unabsehbaren Folgen. „Mais la peur est une mauvaise conseillère."

Der allgemeine Eindruck sei, daß Serbien sich in seiner Antwortnote so tief gedemütigt habe, wie dies selten ein Staat getan. Man glaube, daß die zwischen den österreichisch-ungarischen Forderungen und der serbischen Antwort bestehenden Differenzen, für die man übrigens kein besonderes Verständnis zeige, durch Verhandlungen leicht geregelt hätten werden können. Man hätte, glaube Graf Szécsen, nichts dagegen gehabt, wenn Serbien die österreichisch-ungarische Note tale quale angenommen hätte. Aber man könne nicht begreifen, daß wegen gewisser redaktioneller Fragen ein Weltbrand entstehen solle.

Graf Szécsen sei vielfach befragt worden, was nun geschehen solle, was die Monarchie jetzt verlange. Er habe stets darauf geantwortet: Die Monarchie hätte Forderungen an Serbien gestellt, die es nicht erfüllt habe, dies habe schließlich zum Kriegszustande geführt. Es sei nun an Serbien, wenn es ein Ende dieses Kriegszustandes herbeiführen wolle, anzufragen, welches jetzt die Forderungen der Monarchie seien. Je länger die kriegerischen Operationen dauerten, je größere Opfer sie erforderten, desto schwerer dürften die Bedingungen Österreich-Ungarns werden.

Die französische Mobilisierung

Frankreich hatte am 1. August die allgemeine Mobilisierung angeordnet. Herr Margerie, der dies Grafen Szécsen mitteilte[1], erklärte gleichzeitig, die französische Regierung habe dem Vorschlage Sir Edwards betreffs gleichzeitiger Einstellung der militärischen Maßnahmen zugestimmt. Die französische Mobilisierung sei rein defensiv und sei nur eine Antwort auf die deutschen Maßnahmen. Sobald Deutsch-

[1] Telegramm aus Paris d. d. 1. August, 10 Uhr 50 Minuten p. m., Nr. 148.

land den Greyschen Vorschlag annehme und die militärischen Maßnahmen einstelle, werde Frankreich ein gleiches tun. Von der Mobilisierung bis zu der Kriegserklärung sei übrigens ein langer Weg, speziell in Frankreich, wo die Zustimmung des Parlaments nötig sei, das bisher nicht einberufen wurde. Zwischen Deutschland und Frankreich bestünden gar keine Streitfragen und man könne sich in Paris die deutsche Haltung und die Sprache des Botschafters nur mit dem Wunsche Deutschlands, den Krieg herbeizuführen, erklären.

Graf Szécsen trat dieser Anschauung entgegen. Herr Margerie erwähnte mit Befriedigung die Besprechung Graf Szápárys mit Herrn Sazonow in Petersburg und betonte nachdrücklichst den französischen Wunsch, eine Detente herbeizuführen.

Besprechung Graf Szécsens mit Herrn Iswolsky (1. August)

In einer Konversation, die Graf Szécsen am 1. August mit Herrn Iswolsky pflog[1], setzte der k. u. k. Botschafter den russischen Diplomaten in Kenntnis von der Mitteilung, die er am 31. Juli hinsichtlich des territorialen Desinteressements der Monarchie Herrn Viviani gemacht hatte. Der russische Botschafter zeigte lebhaftes Interesse und behauptete, von einer Mitteilung seitens der Monarchie in Petersburg, daß sie die staatliche Souveränität des Königreiches nicht antasten wolle, bisher nichts gehört zu haben. Herr Iswolsky erwähnte die Pourparlers in Petersburg, welche eine Verständigung nicht unmöglich erscheinen ließen. Das deutsche Ultimatum, sagte er, habe die Situation äußerst kritisch gestaltet. Herr Iswolsky, der die russische Mobilisierung, außer jener von dreizehn Korps an der österreichisch-ungarischen Grenze, noch immer leugne, schloß seine Ausführungen mit dem Bemerken, er wisse, Herr Sazonow sei noch immer zu einer Konversation bereit.

Verhandlungen mit England

Die bisherige Haltung des Londoner Kabinetts

Wesentlich entscheidend für die Wendung, welche die aus dem österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikt erwachsene europäische Krise nahm, war die Haltung Eng-

[1] Telegramm aus Paris d. d. 1. August, Nr. 145.

lands. In Wien und Berlin glaubte man bisher Grund zur Annahme zu haben, das Londoner Kabinett werde sich letzten Endes im Sinne der Neutralität aussprechen. Auf dem Wege über Kopenhagen war man in Wien am 30. Juli zur Kenntnis gelangt, daß England in Petersburg vor drei Tagen seine Neutralität hatte mitteilen lassen und konnte sich nunmehr auch die bis dahin unerklärlich erscheinende entgegenkommende Art Herrn Sazonows zurechtlegen [1]. Der unvermittelt zutage getretene Umschwung in der Haltung des russischen Ministers schien auf die inzwischen erfolgte Zurückziehung der Neutralitätserklärung Englands zurückzuführen zu sein [2].

Die Frage des „Vorgeschobenwerdens" der Monarchie durch Deutschland

Wo lag das psychologische Moment, das Sir Edward Grey veranlaßte, den anfänglich eingenommenen Standpunkt der Neutralität aufzugeben? Es scheint letztlich in der vorherrschend gewordenen Überzeugung des englischen Staatssekretärs begründet gewesen zu sein, daß die Monarchie bei ihrer Aktion gegen Serbien durch Deutschland „geschoben" werde. Wiederholtemale hatte der k. u. k. Botschafter Graf Mensdorff hingewiesen, er glaube, Sir Edward wolle mit Deutschland friedlich zusammen arbeiten. Sollte der englische Staatssekretär aber das unbehebbare Mißtrauen hegen, daß Deutschland die Monarchie vorgeschoben habe oder überhaupt einen Krieg mit Rußland zu provozieren wünsche, so würde Sir Edward abschwenken und sich viel entschiedener auf Rußlands Seite stellen [3].

Zu der vom k. u. k. Botschafter befürchteten Auffassung scheint Sir Edward – spätestens seit dem 30. Juli – tatsächlich gelangt zu sein. Die Überzeugung Sir Edwards resultierte aus

[1] Vgl. Seite 206 ff.

[2] Zu diesem Gegenstande meldete der k. u. k. Gesandte Graf Széchényi aus Kopenhagen am 30. Juli, der deutsche Gesandte habe aus dänischen Hofkreisen die Nachricht erhalten, daß England allerdings vor drei Tagen in Petersburg eine Neutralitätserklärung abgegeben habe, daß es jedoch 48 Stunden später — wahrscheinlich über Pression aus Paris — nachgegeben und seinen Standpunkt mit der Motivierung geändert hätte, daß es inzwischen zu einer anderen Auffassung seiner Bündnispflichten gelangt sei. (Telegramm aus Kopenhagen d. d. 30. Juli, 6 Uhr 16 Minuten p. m., Nr. 9.) (Vgl. Seite 206 Anmerkung 2; Seite 229 oben.)

[3] Siehe Seite 201, 202, 276, 279 oben.

dem Schicksale seiner Vermittlungsvorschläge in Berlin und Wien, wobei sich die Eindrücke des Staatssekretärs offenbar dahin verdichteten, das Berliner Kabinett sei der Spiritus rector der auf eine europäische Konflagration zusteuernden Politik der beiden Zentralmächte. Daß Sir Edward zu einer solchen Anteilsbemessung der Initiative und politischen Führung zwischen dem Wiener und dem Berliner Kabinett gelangen konnte und geradezu gelangen mußte, war, da der englische Staatsmann die Geschehnisse bloß nach ihrer Erscheinungsform, nicht aber nach ihren letzten Zusammenhängen zu beurteilen vermochte, durchaus begreiflich.

Weisung an den k. u. k. Botschafter (29. Juli)

„Österreich-Ungarn wird durch niemanden geschoben"

Um seinen in nachdrücklicher Weise geäußerten Erwägungen und Bedenken Rechnung zu tragen, wurde Graf Mensdorff am 29. Juli beauftragt[1], mit allen zur Verfügung stehenden Argumenten den Staatssekretär darüber aufzuklären, daß das Wiener Kabinett bei seiner Aktion gegen Serbien durch niemanden geschoben werde, sich vielmehr lediglich von dem vitalen Interesse der Monarchie beraten lasse, das es ihr zur Pflicht mache, der großserbischen Wühlarbeit in ihren Grenzländern in energischer Weise ein Ziel zu setzen.

Es sei ebenso der Monarchie wie Deutschlands aufrichtigster Wunsch, daß das gute Verhältnis zwischen den europäischen Großmächten nicht gestört werde und der Weltfriede erhalten bleiben möge.

Die durch die jahrelangen Provokationen seitens Serbien erzeugte Mißstimmung gegen dieses Land habe sich aber unter dem Eindrucke der furchtbaren Bluttat in Sarajevo zu einer derartigen Empörung gesteigert, daß besonders die kaisertreue eigene südslawische Bevölkerung es nicht mehr verstanden hätte, wenn das Wiener Kabinett das bisherige Geschehenlassen noch weiter fortgesetzt hätte.

Besprechung Graf Mensdorff—Sir Edward Grey (29. Juli)

Bei einer Besprechung Graf Mensdorffs mit Sir Edward Grey am 29. Juli[2] erklärte dieser, die Situation sei viel

[1] Weisung nach London d. d. 29. Juli, Nr. 184. Expediert 30. Juli, 2 Uhr 20 Minuten a. m.

[2] Telegramm aus London d. d. 29. Juli, 4 Uhr 32 Minuten p. m., Nr. 119.

ernster geworden, und er sei heute sehr besorgt. Von Berlin melde man die russische Mobilisierung, von Wien die seitens der k. u. k. Regierung erfolgte Ablehnung, mit Rußland direkt zu verhandeln; somit rücke die Gefahr einer großen europäischen Komplikation immer näher.

Sir Edward sagte wiederholt, die Monarchie würde voraussichtlich die Unterstützung und Sympathie aller Mächte haben, wenn sie sich damit begnügen würde, daß Serbien alle ihre Forderungen akzeptiere und daß der Monarchie nebstdem noch eine Garantie der Mächte für die Einhaltung der Versprechungen gegeben werde.

Graf Mensdorff wies darauf hin, daß es dazu nach der Kriegserklärung und dem Beginne der Feindseligkeiten wohl zu spät sein dürfte. „Dann ist es vielleicht auch zur Verhütung des allgemeinen Krieges zu spät", rief Sir Edward aus.

Graf Mensdorff kam immer wieder darauf zurück, daß man die Frage des österreichisch-ungarisch-serbischen Konfliktes von der Frage des allgemeinen Krieges trennen und darauf einwirken müsse, daß Rußland nicht denselben durch seine Intervention herbeiführe.

Hierauf bemerkte Sir Edward: „Wenn die Mächte nur in Rußland raten sollten, daß es passiv bleibe, so ist es gleichbedeutend, Ihnen freie Hand zu geben, was Rußland nicht annehmen wird. Irgend etwas müßten Sie uns zum mindesten geben, das wir in Petersburg verwerten können."

Sir Edward wolle die Pro und Kontra des österreichisch-ungarischen Standpunktes nicht diskutieren. Was ihn beschäftige, seien Fakten und das Wichtigste: Wie kann ein europäischer Krieg noch verhindert werden? Auch ohne territoriale Erwerbungen könnte die Monarchie Serbien in das Verhältnis eines Vasallen bringen und dadurch Rußland vollständig vom Balkan eliminieren.

Graf Mensdorff erwiderte, nach den ehemaligen Abmachungen der Monarchie mit Rußland, von denen Sir Edward am 27. Juli gesprochen habe, wäre ja Serbien in die Einflußsphäre der Monarchie gerückt. Es wäre absurd zu glauben, daß der russische Einfluß am Balkan ausgeschaltet würde, wenn Belgrad aufhöre, das Pivot der

russischen Balkanpolitik zu sein. Vielmehr sei es die Monarchie, die sich jetzt in legitimer Verteidigung befinde; der Versuch, alle ihre kleinen Nachbarstaaten zu ihren Feinden zu machen, und die ganze Agitation gegen die Monarchie bedrohe ihre Großmachtstellung und daher das Gleichgewicht der Mächte in Europa, für das Sir Edward immer eintrete.

Der Staatssekretär war sehr pessimistisch: „Heute spreche Petersburg noch mit Berlin; wie wird es morgen sein?" Er erwähnte auch, er sei in steter Fühlung mit dem Reichskanzler, der auch ein Mittel suche, um zwischen Wien und Petersburg zu vermitteln.

Der Privatsekretär Sir Edwards, Tyrrell, den Graf Mensdorff später sprach, bestätigte, der Staatssekretär sei sehr beunruhigt und suche fort nach einem Ausweg, um die Konflagration zu verhindern.

Seinen Eindruck betreffs der Haltung des Londoner Kabinetts faßte Graf Mensdorff dahin zusammen: wenn irgend möglich, jeder europäischen Komplikation ferne zu bleiben; russische Interessen ließen England kühl, wenn es sich aber um ein vitales Interesse Frankreichs oder gar um seine Machtstellung handle, so sei keine englische Regierung in der Lage, eine Beteiligung Englands an der Seite Frankreichs zu verhindern.

Resumé des k. u. k. Botschafters über seine Besprechungen mit Sir Edward Grey (22. bis 29. Juli)

In Ergänzung seiner telegraphischen Berichterstattung bot Graf Mensdorff am 29. Juli eine zusammenfassende Darstellung seiner mit Sir Edward in der Zeit vom 22. bis 29. Juli gepflogenen Unterredungen[1]:

Am Mittwoch, den 22. Juli, abends habe der k. u. k. Botschafter durch Kurier die Zirkulardepesche an die Mächte erhalten, die er Freitag, den 24. Juli, mitzuteilen beauftragt war.

Am selben Abend habe Sir Edward Graf Mensdorff aufgefordert, ihn am nächsten Tag zu besuchen.

Daraufhin erbat und erhielt der k. u. k. Botschafter die Ermächtigung, dem Staatssekretär schon Donnerstag, den 23. Juli, zu sagen, daß er ihm am nächsten Vormittag die

[1] Bericht aus London d. d. 29. Juli, Z. 36 P. A.-D.

Note überbringen würde, deren wesentlichen Inhalt er ihm streng vertraulich skizzieren durfte.

Diese Ermächtigung sei für Graf Mensdorff von größtem Werte gewesen, denn er hatte die Erwartung, die, wie er konstatieren konnte, vollständig begründet war, daß Sir Edward am vorigen Donnerstag (23. Juli) durch Graf Mensdorff einen Appell oder dringende Ratschläge an die k. u. k. Regierung richten wollte, damit dieselbe ihre Demarche in Belgrad in einer konzilianten Form mache, um es der serbischen Regierung zu ermöglichen, darauf einzugehen.

Graf Mensdorff habe eine Wiederholung des Vorganges vom Oktober 1908 befürchtet, als Sir E. Grey den verstorbenen Grafen Aehrenthal in letzter Stunde ersuchte, „to reconsider his decision".

Dadurch, daß Graf Mensdorff Sir Edward habe sagen können, die österreichisch-ungarische Demarche in Belgrad sei zur Stunde, als das Gespräch geführt wurde, wahrscheinlich bereits erfolgt, sei für ihn jede Veranlassung, bezüglich derselben noch Ratschläge zu erteilen, entfallen.

Sehr beunruhigt war Sir Edward, als Graf Mensdorff sagte, daß das Wiener Kabinett eine Frist zur Beantwortung der Note stellen würde.

Als Graf Mensdorff dann Freitag vormittags (24. Juli) die Zirkulardepesche übergab, war es wieder die kurze Frist zur Beantwortung, die die Hauptbesorgnis Sir Edwards hervorrief. Es wäre unmöglich für die anderen Mächte, in dieser kurzen Spanne Zeit in Belgrad ihren Einfluß geltend zu machen.

Er bezeichnete die Note an Serbien als „the most formidable document ever addressed by one State to another" und eine Annahme derselben kaum vereinbar mit der Existenz eines unabhängigen Staates, nachdem das Wiener Kabinett ihm ja den Text der Antwort sogar diktiere.

Die Hauptsorge des Staatssekretärs sei aber die Rückwirkung auf den europäischen Frieden gewesen. In allen seinen Konversationen habe Sir Edward betont, daß er, solange als es nur eine Frage zwischen der Monarchie und Serbien sei, keine Veranlassung habe, sich einzumischen.

Ihn beschäftige nur die Möglichkeit des Eingreifens Rußlands, was zu unabsehbaren Folgen führen könnte, die für ganz Europa verhängnisvoll werden müßten. Er sprach zunächst stets von der Eventualität eines Kampfes zwischen vier Großmächten, Österreich-Ungarn, Rußland, Deutschland und Frankreich (auch Fürst Lichnowsky gegenüber tat er das), und nannte weder England noch Italien.

Ein derartiger Krieg würde mit dem Bankerott Europas enden, die Industrien in allen Ländern lahmlegen. Es würde kein Kredit mehr existieren, die Industriearbeiter, ohne Broterwerb, würden losbrechen und so manche bestehende Institution (das heißt das monarchische Prinzip) würde einfach weggefegt werden.

Fürst Lichnowsky, der überhaupt schlechte Nerven habe, sei durch die bestimmte Sprache Sir Edwards sehr impressioniert gewesen,' die der englische Staatssekretär führte, als er hörte, das Wiener Kabinett hätte die serbische Antwort als unbefriedigend zurückgewiesen, nachdem er dieselbe als die weitestgehende Demütigung ansah, der sich jemals ein unabhängiger Staat unterworfen habe.

Fürst Lichnowsky habe stets die Besorgnis, England werde sich vollständig und demonstrativ auf die Seite seiner Ententefreunde stellen, wenn man den Eindruck habe, daß die Monarchie nur einen Vorwand gesucht habe, um Serbien zu vernichten.

Wenn gar das Mißtrauen in London Platz greife, daß Deutschland die Monarchie vorschiebe [1] und einen Krieg mit Rußland provozieren wolle, so würde England unbedingt diese befürchtete Schwenkung vollziehen. (In diesem Punkte könne Graf Mensdorff seinem deutschen Kollegen nur beipflichten, denn wenn man einmal in London glaube, Deutschland treibe zum Kriege, könne die Stimmung sehr gefährlich werden. Bezeichnend sei der Appell an Kaiser Wilhelm, der in zahlreichen Artikeln Londoner Blätter zu finden sei, er möge seinen ganzen Einfluß im Interesse des Friedens geltend machen.)

[1] Siehe Seite 201, 202, 271, 279 oben.

Am Sonntag, den 26. Juli, war Sir E. Grey nicht anwesend und Graf Mensdorff sah nur Sir A. Nicolson ganz kurz, um ihm offiziell den Abbruch der diplomatischen Beziehungen Österreich-Ungarns mit Serbien mitzuteilen.

Montag, den 27. Juli, habe Sir Edward den k. u. k. Botschafter nachmittags im Parlamentsgebäude empfangen, kurz nachdem er seine Erklärung im Unterhause abgegeben hatte.

Er kam immer darauf zurück, daß Serbien ja beinahe alle österreichisch-ungarischen Forderungen angenommen habe, jedenfalls viel mehr, als man der serbischen Regierung zumuten konnte.

Graf Mensdorff versuchte, an der Hand der einzelnen Punkte nachzuweisen, daß gerade die Reserven und Auslassungen in der Antwort geeignet seien, die Durchführung aller österreichisch-ungarischen Forderungen illusorisch zu machen, und betonte, daß nach allen traurigen Erfahrungen der letzten Jahre eine endgültige Regelung des Verhältnisses der Monarchie zu Serbien für dieselbe eine vitale Frage sei. Die Monarchie könnte nicht zugeben, daß in einem kleinen Nachbarstaate der baldige Zusammenbruch der Monarchie auf der Tribüne, in der Presse, in der Armee und in der Schule als Dogma verkündet werde und, als ob die Monarchie in einem schlechteren Zustande als die Türkei wäre, die Territorien bezeichnet würden, die den habgierigen, von Größenwahn erfaßten kleinen Anrainern zufallen sollten.

Keine Großmacht könne sich das bieten lassen. Die Monarchie verteidige ihre Lebensinteressen, für Rußland sei es höchstens eine Prestigefrage.

Sir E. Grey erwiderte, das Prestige spiele am Balkan eine große Rolle, und wenn die österreichisch-ungarische Politik dahin abziele, den russischen Einfluß ganz vom Balkan auszuschalten, so könne man nicht von der russischen Regierung verlangen, daß sie das akzeptiere.

Er sprach noch von den früheren Abmachungen (Mürzsteg), wodurch gerade eine billige Teilung des Einflusses der Monarchie und Rußlands herbeigeführt werden sollte.

Graf Mensdorff verwies darauf, daß bei diesen Abmachungen und namentlich noch weiter zurück, Serbien

stets als in die Einflußsphäre der Monarchie gehörend angesehen wurde. Jetzt habe, im Gegensatze dazu, Rußland gerade Belgrad zum Hauptzentrum seines Einflusses machen wollen.

Sir Edward Grey brachte ferner wiederholt — unzweifelhaft von Petersburg suggeriert — das Argument vor, daß die Monarchie ohne direkten Territorialerwerb einen Zustand schaffen wolle, der Serbien jeder staatlichen Unabhängigkeit beraube und es in ein Vasallenverhältnis zur Monarchie bringe.

Resümierend bemerkte Graf Mensdorff, Sir Edward sehe heute sehr schwarz, weil die direkten Besprechungen zwischen Wien und Petersburg abgebrochen scheinen.

Er sei in steter Verbindung mit Berlin und gebe sich die größte Mühe, im Verein mit dem deutschen Reichskanzler ein Mittel zu finden, um den Bruch zwischen der Monarchie und Rußland zu verhindern.

Vom englischen egoistischen Standpunkt betrachtet, handle es sich für die englische Regierung darum, daß Frankreich nicht hineingezogen werde. Wie Graf Mensdorff wiederholt telegraphisch gemeldet habe, dürfte England wegen eines russischen Interesses nicht aus seiner Neutralität heraustreten. Sobald aber Frankreich in Aktion trete, ändere sich die Lage bedeutend. Keine englische Regierung könne sich dem entziehen, Frankreich beizustehen, wenn es in einem vitalen Interesse bedroht sei. Die absolut ungeschwächte Erhaltung der Großmachtstellung Frankreichs sei ein unverrückbares Grundprinzip der englischen Politik aller Parteien. Das müsse man stets und unentwegt vor Augen halten, wenn man die Haltung Englands in großen europäischen Fragen in Betracht ziehe.

Besprechung Sir Edwards mit dem k. u. k. Botschafter 30. Juli)

Bei einer Besprechung mit Sir Edward am 30. Juli[1] machte Graf Mensdorff neuerlich auf den unbefriedigenden Charakter der serbischen Note aufmerksam und erklärte mit größtem Nachdrucke, die Monarchie hege ebenso wie Deutschland den aufrichtigen Wunsch, die guten Beziehungen unter den Großmächten nicht gestört zu sehen. Auch

[1] Telegramm aus London d. d. 30. Juli, 10 Uhr p. m., Nr. 121.

betonte Graf Mensdorff, das Wiener Kabinett werde durch niemand geschoben[1], was Sir Edward auch anerkannte. Trotzdem war seine Beurteilung der Lage eine sehr pessimistische und er meinte, wir steuerten einem allgemeinen Kriege entgegen. Die Versicherungen des Grafen Mensdorff, daß die Monarchie gezwungen sei, sich mit Serbien auseinanderzusetzen, daß sie aber keinen Streit mit irgendeiner Großmacht habe, beantwortete der Staatssekretär stets damit, daß es dann unbegreiflich sei, warum man es in Wien absolut abgelehnt habe, die glücklich begonnene Konversation zwischen Herrn Sazonow und Graf Szápáry fortzusetzen, die wie ein Hoffnungsstrahl auf ganz Europa gewirkt hätte. Jetzt mobilisiere Rußland, morgen vielleicht Deutschland und Frankreich. Auch die Konversation zwischen Berlin und Petersburg scheine nicht einen günstigen Verlauf zu nehmen.

Auf die Bemerkung Graf Mensdorffs, er rechne auf Sir Edward, um in Petersburg zu beruhigen, erwiderte der Staatssekretär, es würden ihm zwei entgegengesetzte Standpunkte angeraten: sich unbedingt auf die Seite Rußlands und Frankreichs zu stellen, wodurch der Krieg verhindert werden könnte (Graf Mensdorff warf ein, das würde wohl höchstens das Gegenteil herbeiführen), oder zu erklären, daß England unter keiner Bedingung an einem Kriege Frankreichs und Rußlands teilnehmen würde. Letzteres, versicherte er, würde den Krieg auch nicht verhindern.

Sir Edward sei stets mit Berlin in Verbindung und bemühe sich noch weiter im Interesse des Friedens. Um in Petersburg etwas zu erwirken, müsse er aber irgend etwas haben; wenn er mit leeren Händen käme und nur verlange, Rußland solle bei Seite stehen, bis die Monarchie mit Serbien abgerechnet habe, werde er nichts durchsetzen können.

Graf Mensdorff verwies wieder ausführlich darauf, daß für die Monarchie die Austragung ihrer Differenzen mit Serbien eine Existenzfrage sei, für alle andern höchstens eine Prestigefrage. Sir Edward meinte, er müsse mit Fakten rechnen, und wenn das Wiener Kabinett glaubte, Rußland

[1] Siehe Seite 201, 202, 271, 276.

würde die Vernichtung Serbiens ruhig hinnehmen, so sei dies ein Irrtum. England kümmere nicht der Kampf der Monarchie mit Serbien, nur dessen Rückwirkung auf das Verhältnis zwischen den Großmächten. Das Wiener Kabinett aber habe die Konversation mit Petersburg abgebrochen und brächte auch den anderen Mächten nichts, was sie in Petersburg verwerten könnten.

Auf diesen letzten Punkt antwortete Graf Mensdorff, es sei jetzt, da der Krieg begonnen habe, für die Monarchie schwer, irgend etwas zu sagen. Was könnte denn das Wiener Kabinett Sir Edward zur Vermittlung an die Hand geben? Der Staatssekretär erwiderte, er wolle lieber keine Anregung machen, nachdem eine solche in der Monarchie wie eine unberufene Einmischung angesehen werden könnte. Graf Mensdorff versicherte, alles von Sir Edward Kommende würde in Wien stets mit Rücksicht und freundschaftlicher Sympathie aufgenommen werden, drang aber nicht weiter, da er eine Anregung jetzt für vielleicht nicht erwünscht hielt. Im Laufe der Konversation konnte Graf Mensdorff indessen konstatieren, es erscheine nach Ansicht Sir Edwards irgendeine Erklärung seitens der Monarchie, daß sie nach Besetzung der Hauptstadt und eines Teiles des Landes als Pfand innehalten würde, falls Serbien die Forderungen befriedige (etwa mit Garantie der Mächte, daß Serbien seine Versprechungen einhalte), als einziges Mittel, den großen Konflikt zu verhüten. Sir Edward verwahrte sich aber ausdrücklich dagegen, irgendeine Suggestion zu machen. Sowohl Sir Edward wie sein Privatsekretär beurteilten die Lage sehr ernst. Auch letzterer beklagte hauptsächlich den Abbruch der direkten Konversation mit Sazonow. Auch meinte Tyrrell, Deutschland habe nicht sehr glücklich seine Besprechung mit Petersburg begonnen. Sazonow sei entschlossen, unter keiner Bedingung die Rolle Iswolskys im Jahre 1909 zu spielen. Kaiser Nikolaus solle diesmal auch sehr aufgebracht sein. Auch bemerkte Tyrrell, wenn Frankreich in Aktion trete, werde die Stellung der britischen Regierung eine sehr schwierige sein.

Der Eindruck Graf Mensdorffs ging dahin, daß man sich in London eifrigst bemühe, den Frieden zu erhalten, und

jedem Versuch, der dahin ausgehe, vollste Unterstützung angedeihen lassen werde. Auch sei man bestrebt, der Monarchie sehr weitgehende Satisfaktion und Garantien für die Zukunft gegenüber Serbien zu verschaffen, wenn, wozu es vielleicht jetzt zu spät sei, das Wiener Kabinett irgendeine Erklärung bezüglich der künftigen Existenz Serbiens als unabhängiger Staat geben könnte, die für Rußland irgendwie akzeptabel wäre.

Weisung an den k. u. k. Botschafter betreffs der Erklärung des territorialen Desinteressements (31. Juli)

Die von dem k. u. k. Botschafter im letzten Absatze seiner Meldung gegebene Anregung wurde vom Grafen Berchtold insofern aufgegriffen, als Graf Mensdorff am 1. August, 7 Uhr morgens, eine am 31. Juli aufgesetzte Weisung zugestellt wurde [1], der zufolge der k. u. k. Botschafter nochmals aufmerksam machen sollte, das Wiener Kabinett habe Rußland und allen Mächten offiziell erklärt, daß die Monarchie Serbiens Existenz als unabhängiger Staat nicht anzutasten gedenke und daß ihre Aktion auf keinen territorialen Gewinn abziele. Trotzdem habe Rußland die die Monarchie bedrohende Mobilisierung schon seit mehreren Tagen angeordnet.

Besorgnisse und Vorstellungen des Fürsten Lichnowsky (30. Juli)

Fürst Lichnowsky hatte sich in einer Unterredung mit Graf Mensdorff am 30. Juli sehr beunruhigt und aufgeregt gezeigt. Der deutsche Botschafter sehe, meldete Graf Mensdorff am 30. Juli [2], die letzte Hoffnung, den Weltkrieg zu verhüten darin, daß die k. u. k. Regierung die Suggestion annehme, auf dem Wege über Berlin mit St. Petersburg zu verhandeln. Österreich-Ungarn sollte sich mit der bisherigen Besetzung serbischen Gebietes als Pfand begnügen und seine Bedingungen stellen, über welche mit Rußland verhandelt werden könnte. Am besten sei es, neue Bedingungen zu formulieren und nicht auf das Ultimatum zurückzukommen, was nur zu irritierenden Rekriminationen Anlaß geben würde. Diesmal hätte man sich in Berlin ebenso wie in Wien verrechnet, in der Annahme, Rußland werde nicht eingreifen. Es sei nur mehr ein letzter Hoffnungsstrahl, Europa vor der Katastrophe eines allgemeinen Krieges zu

[1] Weisung nach London d. d. Wien, 31. Juli, Nr. 195. Expediert 1. August, 7 Uhr a. m.

[2] Telegramm aus London d. d. 30. Juli, Nr. 122.

bewahren. Sir Edward habe ihm in freundschaftlichster Weise, aber ganz klar zu verstehen gegeben, daß, wenn Frankreich in den Krieg gezogen würde, die englische Flotte sogleich eingreife.

Der Pessimismus des Fürsten Lichnowsky wurde übrigens auch von dem russischen Botschafter in London, Graf Benckendorff, geteilt, der seine letzte Hoffnung auf das Vermeiden des allgemeinen Krieges in die Wiederaufnahme einer direkten Konversation zwischen Wien und St. Petersburg setzte [1].

Demarche des k. u. k. Botschafters (1. August)

Graf Mensdorff führte am 1. August vormittags die ihm am 31. Juli übermittelten beiden Aufträge aus [2]. Der erste betraf die Bekanntgabe der neuerlichen Erklärung des Wiener Kabinetts hinsichtlich des territorialen Desinteressements in Serbien [3]; der zweite ging dahin, Sir Edward über die bezüglich der Aussprache Graf Berchtolds mit Herrn Schebeko russischerseits obwaltenden Mißverständnisse aufzuklären [4]. Der Staatssekretär bemerkte hiezu, er setze seine Bemühungen unentwegt fort und verwerte alles, was man ihm an die Hand gebe.

Das an den k. u. k. Botschafter in Berlin, in London und in Petersburg am 1. August morgens, 3 Uhr 45 Minuten, expedierte Telegramm, das Graf Mensdorff über die Erledigung des deutscherseits in Wien vorgebrachten englischen Vermittlungsvorschlages (vom 29. Juli) orientieren sollte [5], traf in London am 1. August nachmittags ein. Graf Mensdorff beeilte sich, dasselbe, da Fürst Lichnowsky noch ohne Instruktion war, mit dessen Wissen sofort Sir Edward Grey informativ und vertraulich vorzutragen. Der Staatssekretär versprach, ohne die erhaltene Nachricht als Mitteilung der k. u. k. Regierung durch Graf Mensdorff zu bezeichnen, den Inhalt als von zuverlässiger Seite kommend zu verwerten. Er wiederholte auch jetzt, daß er auch in letzter Stunde bereit sei, alles aufzubieten, um den Frieden zu erhalten.

[1] Telegramm aus London d. d. 31. Juli, Nr. 123.
[2] Telegramm aus London d. d. 1. August, Nr. 131.
[3] Vgl. Seite 267 unten.
[4] Vgl. Seite 211 ff, 292 ff.
[5] Vgl. Seite 233 ff.

Auftrag an den k. u. k. Botschafter, England die Vorteile der Neutralität vorzuhalten (1. August)

Die inzwischen in Wien bekannt gewordene Geste Englands, aktiv in den Weltkrieg einzugreifen, veranlaßte Graf Berchtold, dem k. u. k. Botschafter in einer am 1. August, 11 Uhr nachts, übermittelten Weisung anheimzustellen, in seiner nächsten Konversation mit Sir Edward Grey oder anderen englischen Politikern die folgenden Argumente zu verwerten[1].

Durch ein Jahrhundert sei die englische Politik von dem Gegensatze zu Rußland beherrscht gewesen. Erst nach dem Burenkrieg und den ostasiatischen Niederlagen Rußlands habe England den Kurs geändert und sich die diplomatische Eindämmung des deutschen Einflusses zum Ziel gesetzt. Seither habe sich Rußland jedoch nicht nur ganz erholt, sondern es nehme gegenwärtig militärisch wie wirtschaftlich eine fast präponderierende Stellung ein. Entspreche es unter solchen Umständen den englischen Interessen, sich aktiv an einer Aktion zu beteiligen, deren eventueller Erfolg nur darin bestehen könne, die Macht Rußlands enorm zu steigern und die Aufrollung der Meerengen- und der kleinasiatischen Fragen näherzurücken? Wäre es vom Standpunkt Englands nicht gefährlich, eine Entwicklung zu fördern, die in letzter Konsequenz zu einer Bedrohung der englischen Stellung in Indien führen müsse?

Durch eine abwartende und neutrale Haltung im Falle des europäischen Konflikts würde England vollkommen freie Hand behalten, zu dessen Ergebnis seinen Interessen entsprechend Stellung zu nehmen, ohne durch frühere Parteinahme gebunden zu sein. Hiedurch würde England sich auch die Möglichkeit offen halten, bei den späteren Friedensverhandlungen im Interesse des europäischen Gleichgewichtes die vermittelnde Rolle fortzusetzen, in der es sich während der Balkankrise so große Verdienste erworben habe.

Militärische Maßnahmen in England

Bis zum 31. Juli bestanden laut Meldung des k. u. k. Botschafters die militärischen Maßnahmen in England in der Kriegsausrüstung der Befestigungen, im Vorkaufsrecht auf die Walliser Kohlenreservoire, in der Annahme eines

[1] Weisung nach London d. d. Wien, 1. August, 11 Uhr p. m., Nr. 199.

Bereitschaftszustandes regulärer und auch eines Teiles der Territorialarmee, ohne eine ausgesprochene Mobilisierung[1].

Verhandlungen mit Rußland

Anregungen des russischen Botschafters in seiner Besprechung mit Graf Berchtold (28. Juli)

Im Verlaufe seines mit dem Grafen Berchtold am 28. Juli geführten Gespräches[2] hatte Herr Schebeko bemerkt, es wäre nicht unmöglich, daß eine zwischen den Kabinetten von Wien und Petersburg eingeleitete Konversation über die serbische Frage auch zu einer Besprechung jener Angelegenheiten führen könne, welche die Beziehungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn direkt beträfen, was diesen Beziehungen zum Vorteil gereichen könnte.

In seiner Erwiderung an den russischen Botschafter hatte Graf Berchtold zwar eine weitere Konversation über den Streit der Monarchie mit Serbien als untunlich bezeichnet, die weitere Anregung Herrn Schebekos bezüglich einer Besprechung der beide Kabinette direkt berührenden Fragen jedoch nicht abgelehnt, da er es für nützlich hielt, die Frage noch offen zu lassen und auf diese Weise dem Wiener Kabinett die Möglichkeit zu wahren, die Konversation hierüber fortzusetzen, wenn sich hiezu eine Gelegenheit ergäbe.

Besprechung des k. u. k. Botschafters mit Herrn Sazonow (29. Juli). Graf Szápáry ohne Weisung hinsichtlich der von Herrn Sazonow angeregten Mediation

Die ihm mit dem Erlasse d. d. 25. Juli am 27. d. M. abends zugekommenen Aufträge führte Graf Szápáry in einer Besprechung mit Herrn Sazonow am 29. Juli durch[3].

Da Graf Szápáry schon am 27. Juli aus eigenen Stücken die meisten in der zitierten Weisung enthaltenen Konsiderationen vorgebracht hatte, wiederholte er dieselben präziser, mit dem Hinweis, daß er nunmehr im selben Sinne und auf Grund von Instruktionen sprechen könne. Der Minister schien entäuscht, da er erwartet hatte, Graf Szápáry werde zu der von ihm am 27. Juli angeregten Mediation Stellung nehmen[4]. Er fragte, ob Graf Szápáry auf seine diesbezügliche Meldung Antwort erhalten hätte,

[1] Telegramm aus London d. d. 31. Juli, Nr. 124.
[2] Tagesbericht d. d. 29. Juli, Nr. 3631. — Vgl. Seite 211.
[3] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 29. Juli, 10 Uhr a. m., Nr. 173.
[4] Vgl. Seite 206 ff.

was dieser verneinte. Sazonow meinte, dies bedeute nicht allzu viel Gutes und konstatierte, daß die Situation jedenfalls ernst sei. Die serbische Antwort sei so konziliant gewesen, daß er erstaunt sei, daß man dieselbe als ungenügend angesehen habe. Graf Szápáry kritisierte die Note des Herrn Pašić und hob hervor, daß besonders der am meisten im Vordergrund stehende Punkt der Mitwirkung bei der Untersuchung über das Attentat unglaublicherweise glatt abgelehnt worden sei. Wenn sich die serbische Regierung wenigstens auch hier auf eine Bitte um Interpretierung beschränkt hätte! Herr Sazonow erklärte hierauf, die Monarchie sei also nur wegen des einen Punktes mit Serbien uneinig. Graf Szápáry korrigierte, die serbische Regierung sei auch bei vielen anderen Punkten nur der Form nach entgegengekommen, daß aber die Ablehnung dieses Punktes wohl den schlechtesten Eindruck hervorrufen müsse. Sodann bat Herr Sazonow nochmals dringend um die Übermittlung des Dossiers, welches den Mächten versprochen worden sei und noch nicht vorliege. Man wolle dasselbe doch sehen, bevor der Krieg mit Serbien begonnen habe. Wenn der Kriegsausbruch einmal erfolgt sei, sei es zu spät, Dossiers zu prüfen. Dies alles besprach der Minister trotz sichtlicher Enttäuschung in ziemlich ruhiger und freundschaftlicher Weise, so daß der k. u. k. Botschafter den Eindruck hatte, Herr Sazonow setze noch Hoffnung darauf, im Dossier etwas zu finden, was ihm das Abrücken von Serbien ermöglichen könnte.

Die Erklärung des territorialen Desinteressements, dessen Ankündigung Herrn Sazonow wohl ohnehin erwartet hatte, machte ihm nicht viel Eindruck. Daß das Wiener Kabinett die Souveränität Serbiens zu schonen gedenke, wollte er unter Hinweis auf die Natur der österreichisch-ungarischen Forderungen nicht recht gelten lassen. Daß die Monarchie nicht eine gegen Rußland gerichtete Balkanpolitik machen wolle, führte zu einer längeren akademischen und historischen Erörterung über die Reformära, Sandschakbahn usw. Die ganze Unterredung spielte sich in vollkommen freundschaftlicher Form ab. Graf Szápáry verabschiedete sich sodann, da der Minister zum Zaren nach Peterhof beschieden war.

Nach Graf Szápárys Ansicht klammere sich der Minister bei der vorhandenen Unlust, mit der Monarchie in Konflikt zu geraten, an Strohhalme, in der Hoffnung, doch noch der gegenwärtigen Situation zu entkommen. Der k. u. k. Botschafter müsse speziell konstatieren, daß Herr Sazonow im Gegensatze zu früheren Spannungsperioden diesmal nie von öffentlicher Meinung, Slawentum, Orthodoxie gesprochen habe und stets politisch sachlich diskutiere, indem er besonders das Interesse Rußlands an dem Unterbleiben einer Infeodierung Serbiens hervorhebe. Die seither erfolgte Kriegserklärung an Serbien werde nunmehr bald die wahren Absichten Rußlands in Erscheinung treten lassen.

Die öffentliche Meinung sei bis jetzt merkwürdig ruhig gewesen, so daß eine Berufung auf dieselbe einstweilen schwer gewesen wäre; die Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien dürfte allerdings eine starke Reperkussion hervorbringen.

In diplomatischen Kreisen sei die Stimmung im allgemeinen sehr pessimistisch. Der die englischen und die Petersburger Verhältnisse sehr genau kennende japanische Botschafter halte ein Eingreifen Rußlands für unvermeidlich.

Graf Szápáry bittet um Instruktionen zwecks Rückäußerung auf die Mediationsanregung Herrn Sazonows (29. Juli)

Um eine Kränkung Herrn Sazonows, der irgendeine Rückäußerung auf seine Mediationsanregung erwärte, zu vermeiden und um dem Anscheine zu entgehen, als ob die österreichisch-ungarische Kriegserklärung sozusagen die Antwort auf seinen Vorschlag gewesen sei, richtete Graf Szápáry am 29. Juli vormittags die unvorgreifliche Anfrage an Graf Berchtold [1], ob er dem russischen Minister sagen könne, die Erklärung des Kriegszustandes sei schon beschlossen gewesen, als Graf Szápárys Telegramm in Wien eingetroffen sei, beziehungsweise als Herr Schebeko die analoge Anregung machte. Sollte Herrn Schebeko irgendwelche Antwort auf die russischen Vorschläge zuteil geworden sein, so erbitte Graf Szápáry hierüber Mitteilung.

Weisung an Graf Szápáry

Dieses am 29. Juli um halb vier Uhr nachmittags in Wien einlangende Telegramm des k. u. k. Botschafters

[1] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 29. Juli, 11 Uhr 27 Minuten a. m., Nr. 176.

beantwortete Graf Berchtold mit einer am 29. Juli, 11 Uhr 45 Minuten nachmittags, expedierten Depesche [1].

(30. Juli): Der k. u. k. Gesandte kann eventuell auf eine unverbindliche allgemein gehaltene Erörterung eingehen.

Der k. u. k. Botschafter könne jedenfalls der Wahrheit entsprechend Herrn Sazonow gegenüber darauf hinweisen, daß, als die Meldung Graf Szápárys über die Mediationsanregung Herrn Sazonows eintraf [2], „die Erklärung des Kriegszustandes bereits endgültig beschlossen gewesen sei“ [3].

Eine zweite hinsichtlich der Vermittlungsanregung Herrn Sazonows an Graf Szápáry ergangene Weisung führte aus [4]:

Aus dem Telegramm des Grafen Szápáry vom 29. Juli ersehe Graf Berchtold, daß Herr Sazonow die Antwort Graf Berchtolds betreffs der Proposition des russischen Ministers zur Fortführung der mit dem Grafen Szápáry eingeleiteten Konversation möglicherweise mißverstanden habe.

Graf Berchtold sei selbstverständlich nach wie vor bereit, die einzelnen Punkte der durch die Ereignisse übrigens bereits überholten, an Serbien gerichteten Note Österreich-Ungarns durch den Grafen Szápáry Herrn Sazonow zu erläutern. Auch würde Graf Berchtold besonderen Wert darauf legen, bei dieser Gelegenheit der ihm durch Herrn Schebeko verdolmetschten Anregung des russischen Ministers des Äußern entsprechend, auch die die Beziehungen der Monarchie zu Rußland direkt berührenden Fragen einer freundschaftlichen und vertrauensvollen Aussprache zu unterziehen, wovon eine Behebung der in diesem Belange bedauerlicherweise bestehenden Unklarheiten und die Sicherstellung der so wünschenswerten friedlichen Entwicklung der nachbarlichen Verhältnisse zu erhoffen wäre.

[1] Weisung nach St. Petersburg d. d. 29. Juli, 11 Uhr 45 Minuten p. m., Nr. 194.

[2] 27. Juli, 4 Uhr 30 Minuten p. m. (Telegramm aus St. Petersburg d. d. 27. Juli, Nr. 165). (Vgl. Seite 206.)

[3] Die Worte „beschlossen gewesen“ stehen im Konzepte auf Rasur.

[4] Weisung nach St. Petersburg d. d. 30. Juli, 1 Uhr 20 Minuten p. m., Nr. 198.

Graf Szápáry wolle Herrn Sazonow von sich aus fragen, welche Belange der Minister dieser Konversation zugrunde legen würde, eventuell auch auf eine unverbindliche, allgemein gehaltene Erörterung, die natürlich jeden Gegensatz zu russischen Interessen a limine ausschalten müßte, eingehen und die Bereitwilligkeit aussprechen, dem Grafen Berchtold hierüber Meldung zu erstatten.

Zweite Besprechung des k. u. k. Botschafters mit Herrn Sazonow (29. Juli)

Da der deutsche Botschafter dem Grafen Szápáry mitgeteilt hatte, Herr Sazonow zeige sich über das Refus des Grafen Berchtold, den Gedankenaustausch mit Rußland fortzusetzen und über die angeblich weit über das notwendige Maß hinausgehende und daher gegen Rußland gerichtete Mobilisierung Österreich-Ungarns sehr aufgeregt, suchte Graf Szápáry Herrn Sazonow am 29. Juli neuerlich auf, um einige vorhandene Mißverständnisse aufzuklären und hiebei näheren Einblick in die russischen Pläne zu gewinnen[1].

Herr Sazonow begann damit zu konstatieren, daß Österreich-Ungarn kategorisch einen weiteren Gedankenaustausch ablehne. Graf Szápáry stellte richtig, daß Graf Berchtold es zwar abgelehnt hätte, nach allem was vorgefallen, über die Notentexte und den österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikt überhaupt zu diskutieren, daß Graf Szápáry aber feststellen müsse, er sei in der Lage gewesen, eine viel breitere Basis des Gedankenaustausches dadurch anzuregen, daß er erklärte, das Wiener Kabinett wünschte keine russischen Interessen zu verletzen, hätte nicht die Absicht, serbisches Territorium an sich zu bringen und gedächte auch nicht, die Souveränität Serbiens anzutasten. Graf Szápáry sei überzeugt, daß Graf Berchtold über österreisch-ungarische und russische Interessen immer bereit sein würde, mit Petersburg Fühlung zu nehmen.

Herr Sazonow meinte, in territorialer Hinsicht habe er sich überzeugen lassen, aber was die Souveränität anbelange, müsse er den Standpunkt festhalten, die Aufzwingung der österreichisch-ungarischen Bedingungen sei ein Vasallentum.

[1] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 29. Juli, 11 Uhr p. m., Nr. 180. Eingetroffen am 30. Juli, 11 Uhr a. m.

Dieses aber verstoße gegen das Gleichgewicht am Balkan, und letzteres sei das in Frage kommende russische Interesse. Darauf kam Herr Sazonow wieder auf die Diskussion über die Note, auf die Aktion Sir E. Greys zurück und wollte Graf Szápáry neuerlich nahelegen, daß man das legitime Interesse der Monarchie zwar anerkenne und voll befriedigen wolle, daß dies aber in eine für Serbien annehmbare Form gekleidet werden sollte. Denn man streite sich da wirklich nur um Worte herum. Graf Szápáry meinte, das in Frage stehende Interesse sei kein russisches, sondern ein serbisches und versuchte, als Herr Sazonow geltend machte, russische Interessen seien in diesem Falle eben serbische, dem circulus vitiosus durch den Übergang auf ein anderes Thema ein Ende zu machen.

Der k. u. k. Botschafter erwähnte weiter, er habe gehört, man sei in Rußland beunruhigt, daß die Monarchie für die Aktion gegen Serbien acht Korps mobilisiert habe. Herr Sazonow bestätigte, daß nicht er, der hievon gar nichts gewußt habe, sondern Kaiser Nikolaus, auf eine Information des Generalstabschefs, diese Bedenken geäußert habe. Graf Szápáry suchte dem Minister darzulegen, daß auch ein militärisches Kind sich leicht überzeugen könne, daß die südlichen Korps der Monarchie keine Bedrohung Rußlands bedeuten könnten. Auch machte Graf Szápáry Herrn Sazonow auf die Erfahrung Österreich-Ungarns im bosnischen Feldzuge aufmerksam. Bei diesem Anlasse erwähnte er auch die ungewisse Haltung Montenegros, bezüglich welcher Herr Sazonow einwarf, Herr von Giers habe telegraphiert, der König habe seiner Abneigung gegen Serbien und seiner austrophilen Gesinnung laut Ausdruck gegeben. Graf Szápáry erwiderte, daß die Monarchie bei allem Vertrauen in König Nikolaus hierin noch keine militärische Garantie erblicken könnte, und bedeutete dem Minister, daß es gut wäre, wenn sein kaiserlicher Herr über die wahre Situation informiert würde, um so mehr, als es dringend geboten sei, wenn man den Frieden wolle, dem militärischen Lizitieren, das sich jetzt auf Grund falscher Nachrichten einzustellen drohe, ein rasches Ende zu bereiten. Herr Sazonow meinte (wie der k. u. k. Botschafter in seiner

Meldung bemerkte: sehr charakteristischerweise), er könne dies dem Genralstabschef mitteilen, denn dieser sehe den Zaren alle Tage. Der Minister hingegen gehe in einer Zeit wie in der gegenwärtigen zum normalen Dienstagempfang und erfahre erst durch den Zaren, was die Militärs demselben zutrügen.

Herr Sazonow teilte ferner mit, es werde heute ein Ukas unterzeichnet, der eine Mobilisierung in ziemlich weitem Umfange anordne. Er könne dem Grafen Szápáry aber auf das Alleroffiziellste versichern, daß diese Truppen nicht dazu bestimmt seien, über die Monarchie herzufallen; sie würden nur Gewehr bei Fuß bereit stehen für den Fall, als Rußlands Balkaninteressen gefährdet würden. Eine note explicative werde dies feststellen, denn es handle sich nur um eine Vorsichtsmaßregel, die Kaiser Nikolaus gerechtfertigt gefunden habe, da die Monarchie, die ohnedies den Vorteil rascherer Mobilisierung habe, nunmehr auch den so großen Vorsprung hätte. Graf Szápáry machte Herrn Sazonow in ernsten Worten auf den Eindruck aufmerksam, den eine solche Maßnahme in der Monarchie erwecken werde. Er könne nur bezweifeln, daß die note explicative diesen Eindruck zu mildern geeignet sein werde, worauf der Minister sich nochmals in Versicherungen über die Harmlosigkeit dieser Verfügung erging.

Während der Minister mit Graf Szápáry solcherart in vertraulichem Gedankenaustausch stand, erhielt Herr Sazonow durch das Telephon die Nachricht, Österreich-Ungarn hätte Belgrad beschossen. Herr Sazonow war auf Grund dieser Mitteilung wie ausgewechselt und meinte, indem er seine bisherigen Argumente wieder aufnahm, er sehe jetzt, wie Kaiser Nikolaus recht gehabt habe. „Sie wollen nur Zeit mit Verhandlungen gewinnen, aber Sie gehen vorwärts und beschießen eine ungeschützte Stadt!“ „Was wollen Sie eigentlich noch erobern, wenn Sie die Hauptstadt im Besitz haben?“ Das Argument, daß ein solches Vorgehen gegen Serbien das Gegenteil einer Bewegung gegen Rußland bilde, störte den Minister wenig. „Was sollen wir noch konversieren, wenn Sie so vorgehen“, sagte er. Als Graf Szápáry Herrn Sazonow

verließ, befand sich dieser in äußerst aufgeregter Stimmung, und auch Graf Pourtalès, der den russischen Minister nachher neuerlich aufsuchte, mußte wenigstens für diesen Tag (29. Juli) auf eine ruhige Konversation verzichten.

Ansichten des k. u. k. Botschafters über die Taktik Herrn Sazonows (30. Juli)

Die sich häufenden Indizien diplomatischer und militärischer Natur ermöglichten es, wie Graf Szápáry in Fortsetzung seines Berichtes meldete [1], nunmehr eine Vermutung über die von Herrn Sazonow beabsichtigte Taktik auszusprechen. Der Minister scheue den Krieg ebenso wie sein kaiserlicher Herr und suche, ohne aus dem serbischen Feldzug Österreich-Ungarns die sofortige Konsequenz zu ziehen, der Monarchie die Früchte desselben, wenn möglich ohne Krieg, streitig zu machen, sollte es aber zum Kriege kommen, in denselben besser als jetzt gerüstet einzutreten. Durch eine von friedlichen Erklärungen begleitete, scheinbar nur gegen Österreich-Ungarn gerichtete, zugleich Rumänien eine Rückendeckung bietende Mobilisierung solle Deutschland tunlichst ausgeschaltet, auf Österreich-Ungarn in der serbischen Kampagne möglichst ein Druck ausgeübt und, sobald die Operationen zu einem Erfolge geführt hätten, die Rettung Serbiens durch Rußland vorgenommen werden. Sollten die übrigen Balkanstaaten sich rühren und aus dem Vorgehen der Monarchie Profit ziehen wollen, so würde Rumänien zum Schutze des Bukarester Friedens vorgeschoben. Wollte Österreich-Ungarn hiegegen Stellung nehmen, könnte es zum europäischen Kriege mit Rumänien auf russischer Seite kommen. Wollte aber Österreich-Ungarn und Deutschland aus der russischen Mobilisierung schon jetzt die Konsequenzen ableiten und einen militärischen Vorsprung Rußlands nicht aufkommen lassen, stünde das friedliche Rußland als angegriffen da und hätte mehr Aussicht, auf diese Weise Frankreich und vielleicht sogar England mitzureißen, und die günstige moralische und militärische Situation der Monarchie würde geschädigt. Rußland umgehe die Klemme, die sich aus der Berechtigung des österreichisch-ungarischen Vorgehens gegen Serbien ergebe, und wäre doch in der Lage — vielleicht sogar ohne Krieg zu führen — seine

[1] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 30. Juli, 1 Uhr a. m., Nr. 181.

Balkaninteressen zu wahren. Unter Anführung solcher Konsiderationen dürfte Kaiser Nikolaus für die ihm gewiß wenig sympathische Mobilisierung gewonnen worden sein. Daß die militärischen Kreise eifrig am Werk sein dürften, diesen komplizierten politischen Kalkül, wenn nur irgend möglich, auf eine einfachere Form zu reduzieren und durch Stimmungmachen und Einwirkung auf den Kaiser im Wege falscher Nachrichten, sobald eine gewisse Kriegsbereitschaft erreicht sei, die Ereignisse nach Tunlichkeit zu überstürzen, sei allerdings keineswegs ausgeschlossen.

Besprechung des Grafen Berchtold mit dem russischen Botschafter (30. Juli). Graf Berchtolds Stellungnahme zur Beschwerdeführung Herrn Sazonows: 1. betreffs der Ablehnung seiner Proposition hinsichtlich einer Aussprache mit dem k. u. k. Botschafter in Petersburg, 2. es hätte kein Gedankenaustausch zwischen Graf Berchtold und Herrn Schebeko stattgefunden

Die Mitteilungen, die Graf Szápáry auf die eigenen Wahrnehmungen und auf seine Verständigungen durch Graf Pourtalès basiert hatte, bewirkten, daß Graf Berchtold am 30. Juli Herrn Schebeko zu sich bitten ließ[1], um ihm auseinanderzusetzen, daß allem Anscheine nach ein Mißverständnis über die Konversation am 28. Juli vorliegen müsse, indem Graf Berchtold gemeldet worden sei, Herr Sazonow sei von der glatten Ablehnung seiner Proposition bezüglich der Aussprache mit Graf Szápáry peinlich berührt, wie nicht minder davon, daß kein Gedankenaustausch zwischen Graf Berchtold und Herrn Schebeko stattgefunden habe.

Was den ersten Punkt anbelange, habe Graf Berchtold dem Grafen Szápáry bereits telegraphisch freigestellt, auch weiterhin etwa seitens Herrn Sazonows gewünschte Erläuterungen der Note — welche übrigens durch den Kriegsausbruch überholt erscheine — zu geben. Es könne sich dies allerdings nur im Rahmen nachträglicher Aufklärungen bewegen, da es niemals in der Absicht des Wienes Kabinetts gelegen habe, von den Punkten der Note etwas abhandeln zu lassen. Auch hätte Graf Berchtold den Grafen Szápáry ermächtigt, die speziellen Beziehungen Österreich-Ungarns zu Rußland mit Herrn Sazonow freundschaftlich zu besprechen. (Wie Graf Berchtold bei dieser Gelegenheit habe feststellen können, stammte die Anregung hiezu nicht von Herrn Sazonow, sondern war eine gesprächsweise fallengelassene Idee Herrn Schebekos[2].)

[1] Weisung nach St. Petersburg d. d. 30. Juli, Nr. 202. Expediert 31. Juli, 1 Uhr 40 Minuten a. m.

[2] Vgl. Seite 287.

Daß Herr Sazonow sich darüber beklagen konnte, es hätte kein Gedankenaustausch zwischen Herrn Schebeko und Graf Berchtold stattgefunden[1], müsse auf einem Irrtum beruhen, da sie beide — Schebeko und Graf Berchtold — am 28. Juli nahezu dreiviertel Stunden lang die aktuellen Fragen durchgesprochen hätten[2], was Herr Schebeko dem Grafen Berchtold mit dem Bemerken bestätigte, er habe Herrn Sazonow in ausführlicher Weise über diese Unterredung referiert.

Herr Schebeko habe dann ausgeführt, warum man in Petersburg das Vorgehen der Monarchie gegen Serbien mit solcher Besorgnis betrachte. Österreich-Ungarn sei eine Großmacht, die gegen den kleinen serbischen Staat vorgehe, ohne daß man in Petersburg etwas darüber wisse, was das Wiener Kabinett mit demselben vorhätte, ob die Monarchie dessen Souveränität tangieren, ihn ganz niederwerfen oder gar zertreten wollte. Durch historische und andere Bande mit Rußland verbunden, könne letzterem das weitere Schicksal Serbiens nicht gleichgültig sein. Man habe es sich in Petersburg angelegen sein lassen, mit allem Nachdrucke auf Belgrad einzuwirken, daß es alle Forderungen der Monarchie erfülle, allerdings zu einer Zeit, wo man nicht wissen konnte, was für Forderungen die Monarchie nachmals gestellt habe. Aber selbst bezüglich dieser Forderungen würde man alles einsetzen, um wenigstens das Mögliche durchzubringen.

Graf Berchtold erinnerte den Botschafter daran, daß das Wiener Kabinett wiederholt betont hätte, die Monarchie wolle keine Eroberungspolitik in Serbien treiben, auch dessen Souveränität nicht antasten, sondern bloß einen Zustand herstellen, der ihr Sicherheit biete gegen Beunruhigung seitens Serbiens. Hieran knüpfte Graf Berchtold eine längere Erörterung des unleidlichen Verhältnisses der Monarchie zu Serbien, auch gab er Herrn Schebeko deutlich zu verstehen, in welch' hohem Maße die russische Diplomatie an diesen Zuständen schuld sei, was Herr

[1] Vgl. Seite 286.
[2] Vgl. Seite 211 ff.

Schebeko durchaus nicht ableugnete, nur nahm er seinen Minister in Schutz und stellte ihn als Antagonisten einer solchen Politik hin.

Im weiteren Verlaufe der Unterredung erwähnte Graf Berchtold die nunmehr zu seiner Kenntnis gelangte russische Mobilisierung. Nachdem sich dieselbe auf die Militärbezirke Odessa, Kiew, Moskau und Kasan beschränke, trage sie einen hostilen Charakter gegen die Monarchie. Was der Grund hievon sei, wisse er nicht, da ja gar kein Streitfall zwischen der Monarchie und Rußland existiere. Österreich-Ungarn habe ausschließlich gegen Serbien mobilisiert, gegen Rußland nichts, was schon allein aus dem Umstande zu ersehen sei, daß das erste, zehnte und elfte Korps nicht mobilisiert worden seien[1]. Bei dem Umstande jedoch, daß Rußland offensichtlich gegen die Monarchie mobilisiere, müßte auch die Monarchie ihre Mobilisierung erweitern, wobei Graf Berchtold jedoch ausdrücklich erwähnen wolle, daß diese Maßnahme selbstverständlich keinen feindseligen Charakter gegen Rußland trage und lediglich als die notwendige Gegenmaßnahme gegen die russische Mobilisierung zu betrachten sei.

Graf Berchtold bat schließlich Herrn Schebeko, dies nach Petersburg zu melden, was der russische Botschafter ihm auch zusagte.

Der k. u. k. Botschafter glaubt ohne neuerlichen ausdrücklichen Auftrag die am 30. Juli aufgetragene Demarche (eventuelles Eingehen auf eine unverbindliche allgemein gehaltene Erörterung) unterlassen zu sollen

Sobald Graf Szápáry in den Besitz der an ihn am 30. Juli, 1 Uhr 20 Minuten nachmittags, expedierten Weisung gelangt war[2], telegraphierte er am 31. Juli, 2 Uhr 45 Minuten nachmittags[3], daß er, wie Graf Berchtold seiner Berichterstattung vom 29. Juli habe entnehmen können, ohne einen diesbezüglichen Auftrag abzuwarten, die Konversation mit Herrn Sazonow nahezu auf der ihm nunmehr aufgetragenen Grundlage wieder aufgenommen habe, und daß dieselbe, ohne daß sich die beiderseitigen Standpunkte wesentlich genähert hätten, auf die inzwischen eingetroffene

[1] D. h. die galizischen Korps. (Vgl. Seite 307.)

[2] Vgl. Seite 287 ff.

[3] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 31. Juli, 2 Uhr 45 Minuten p. m., Nr. 186.

Nachricht von der Beschießung Belgrads, die Herr Sazonow wohl als Beweis des tatsächlichen Ausbruches der Feindseligkeiten betrachtete, vom Minister in brüsker Weise abgebrochen worden sei.

Mit Rücksicht darauf, daß sich inzwischen aus der von dem deutschen Botschafter mit dem russischen Minister des Äußern geführten Konversation ergeben habe, daß Rußland sich selbst mit einer formellen Erklärung, Österreich-Ungarn werde weder das serbische Territorium schmälern, noch die serbische Souveränität antasten, noch russische Balkan- oder sonstige Interessen verletzen, nicht zufrieden geben würde und daß seither russischerseits die allgemeine Mobilisierung angeordnet worden sei, glaube der k. u. k. Botschafter ohne einen neuerlichen ausdrücklichen Auftrag des Grafen Berchtold die anbefohlene Demarche unterlassen zu sollen.

Situationsbericht des k. u. k. Botschafters

Ein am 31. Juli, 2 Uhr 55 Minuten nachmittags aufgegebenes — vom k. u. k. Botschafter offenbar noch am 30. Juli verfaßtes — Telegramm des k. u. k. Botschafters besagte [1], daß sich Graf Szápáry, da er heute für Herrn Sazonow keine Aufträge besaß und seine gestrige Konversation mit Herrn Sazonow ein durchaus negatives Resultat hatte, nicht veranlaßt gesehen habe, das Auswärtige Amt aufzusuchen.

Die Situation sei übrigens heute noch unklarer als bisher. Dem italienischen Botschafter habe Fürst Trubetzkoj erklärt, die Situation sei eine durchaus veränderte, da die Monarchie Belgrad, „eine offene Stadt", an dem Tage beschossen hätte, an dem das Wiener Kabinett die Anwendung der ein solches Vorgehen angeblich verbietenden Haager Bestimmungen in Aussicht gestellt hätte. Dieses Argument scheine ein vorbedachtes, weil Herr Sazonow Graf Szápáry gegenüber in dem Momente, als er die Nachricht von der Beschießung Belgrads telephonisch erhielt, eine analoge Bemerkung gemacht habe.

[1] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 31. Juli, 2 Uhr 55 Minuten p. m., Nr. 182.

Der deutsche Botschafter, der den russischen Minister heute vor dem Kronrate gesehen und ihm neuerlich ins Gewissen geredet hatte, habe Herrn Sazonow nach dessen Rückkehr vom Kronrate aus Peterhof nochmals gesprochen, ohne daß die Konversation neue Momente aufgewiesen hätte. Der hieraus zu ziehende Schluß scheine der zu sein, daß man auch in der heutigen Beratung in Peterhof zu keiner klaren Stellungnahme gekommen sei.

Auffallend sei es, daß, während man bisher täglich stundenlang vor der k. u. k. Botschaft das Gejohle demonstrierenden Pöbels (wie es verlaute, durch Herrn Maklakow bezahlte Hooligans) hören konnte, heute um die Botschaft fast vollkommene Stille herrsche. Der mit dem Auswärtigen Amte in engsten Beziehungen stehende Journalist Bogacki, Korrespondent des „Russkoje Slowo", habe sich abends persönlich auf der Botschaft eingefunden und sich sehr aufgeregt erkundigt, ob die in der Stadt umlaufenden Gerüchte von einem österreichisch-ungarischerseits wegen der russischen Mobilisierung ergangenen Ultimatum richtig seien; dies wäre doch bedauerlich, da es ein irreparabler Schritt sei. Auch die Zeitung „Rjetsch" habe sich auffallend erkundigt, ob Nachrichten aus Wien eingetroffen seien.

Die Stimmung in der ruhigen Bürgerschaft, besonders in industriellen und finanziellen Kreisen, weise seit dem 31. Juli eine Reaktion auf, da die Furcht vor den ökonomischen Folgen eines Krieges um sich greife.

Im Ministerrate sollten sich Herr Sazonow und der sehr maßgebende Herr Kriwoschein gegen den Krieg einsetzen, auch der Handelsminister Timaschow solle unter dem Eindrucke der Mißstimmung der wirtschaftlichen Kreise stehen. An der Spitze der Kriegspartei gehe neben den Militärs der Minister des Innern Maklakow einher, der auch die, übrigens unglaublich matten, Demonstrationen durch Verteilung von ein bis drei Rubeln organisieren solle. Merkwürdigerweise solle auch Ministerpräsident Goremykin für die Opportunität eines Krieges im Ministerrate eingetreten sein.

Eine Klärung der Situation, die allerdings auch sehr unvermittelt eintreten könne, müsse bis auf Weiteres noch abgewartet werden.

Sollte der Zustand der Unentschlossenheit andauern, werde Graf Szápáry versuchen, auf den Ministerpräsidenten durch Vorweisung der Wiener Publikation über die serbische Note einzuwirken.

Von der zur Aufklärung der russischen Mobilisierung in Aussicht gestellten note explicative verlaute bisher in Petersburg nichts.

Entschluß des k. u. k. Botschafters, die am 31. Juli nachmittags erhaltenen Weisungen auch ungeachtet der erfolgten Mobilisierung durchzuführen (31. Juli)

Im Laufe des 31. Juli erhielt Graf Szápáry die an ihn am 30. Juli, 1 Uhr 20 Minuten nachmittags, und die am 31. Juli morgens, 1 Uhr 40 Minuten, expedierten beiden Weisungen[1]. Er entschloß sich, dieselben ohne Rücksicht auf die seit deren Abgang verfügte allgemeine Mobilisierung in Rußland und den Abbruch des vertraulichen Gedankenaustausches dennoch auszuführen, weil er einerseits die Behauptung Kaiser Wilhelms, die Monarchie sei noch immer bereit zu konversieren, nicht desavouieren wollte und weil es ihm andrerseits schon zur Feststellung der eigenen taktischen Stellung, als angegriffen zu erscheinen, opportun dünkte, noch einen äußersten Beweis guten Willens gegeben zu haben, um Rußland tunlichst ins Unrecht zu setzen.

Letzte Besprechung des k. u. k. Botschafters mit Herrn Sazonow (31. Juli)

Graf Szápáry fragte demnach bei Herrn Sazonow an[2], der ihn unverzüglich empfing[3]. Graf Szápáry legte dem Minister dar, daß er chiffrierte Instruktionen erhalten hätte, daß er aber vorausschicken müsse, die augenblickliche, durch die russische allgemeine Mobilisierung geschaffene

[1] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 31. Juli, 11 Uhr 17 Minuten p. m., Nr. 189. Eingetroffen 2. August, 9 Uhr a. m.

[2] Telegramm aus St. Petersburg d. d. 1. August, 10 Uhr 45 Minuten a. m., Nr. 190. Eingetroffen 1 Uhr p. m. Fortsetzung des Telegrammes Nr. 189.

[3] Im österreichisch-ungarischen Rotbuch Nr. 56 ist diese Besprechung (bei gleichzeitiger Änderung der einleitenden Worte des Telegrammes) auf den 1. August verlegt. Das zitierte Telegramm stellt die am Schlusse des (am 31. Juli, 11 Uhr 17 Minuten p. m., expedierten) Telegrammes Nr. 189 angekündigte Fortsetzung der Berichterstattung dar. Da nun Graf Szápáry bereits in der Depesche Nr. 189 die vollzogene Durchführung der an diesem Tage (31. Juli) erhaltenen Weisungen meldet (vgl. den Passus: . . . weil es ihm opportun erschien, „noch einen äußersten Beweis guten Willens gegeben zu haben"), so ist das Telegramm Nr. 190 bloß als die detaillierte Wiedergabe eben der Besprechung mit Herrn Sazonow am 31. Juli zu betrachten.

Lage in Wien sei ihm gänzlich unbekannt, so daß er von dieser bei Verdolmetschung seiner noch vorher abgegangenen Weisung vollkommen absehen müsse. Der Minister unterbrach ihn lebhaft mit den Worten, die Mobilisierung habe nichts zu bedeuten, und Kaiser Nikolaus habe Kaiser Wilhelm sein Wort verpfändet, die Armee werde sich solange nicht rühren, solange eine auf eine Verständigung gerichtete Konversation mit Wien im Zuge sei. Übrigens hätte die Monarchie zuerst mobilisiert, eine Behauptung, der Graf Szápáry lebhaft widersprach, so daß der Minister sagte: „Lassen wir die Chronologie." Man solle nicht fürchten, daß die Gewehre von selber losgehen würden; denn was die russische Armee betreffe, sei diese so diszipliniert, daß der Kaiser sie durch ein Wort noch von der Grenze zurückziehen könne. Graf Szápáry fuhr fort und sagte, daß die beiden letzten Weisungen des Grafen Berchtold das Mißverständnis behandelten, als ob Österreich-Ungarn weitere Verhandlungen mit Rußland abgelehnt hätte. Dies sei, wie Graf Szápáry Herrn Sazonow schon ohne Auftrag mitgeteilt hätte, ein Irrtum. Graf Berchtold sei nicht nur gerne bereit, mit Rußland auf breitester Basis zu verhandeln, sondern auch speziell geneigt, den Notentext einer Besprechung zu unterziehen, sofern es sich um dessen Interpretation handle.

Graf Szápáry sei sich allerdings bewußt, daß Rußland auf dem Standpunkt stehe, die Form der Note sollte gemildert werden, während Graf Berchtold der Ansicht sei, der Sinn derselben könne erläutert werden. Dies ergebe eine Diskrepanz, die nicht übersehen werden dürfe, obwohl es dem Grafen Szápáry im Wesen auf dasselbe herauszukommen scheine.

Herr Sazonow meinte, dies sei eine gute Nachricht, denn er hoffe noch immer, daß auf diese Weise die Angelegenheit auf jenes Terrain gelenkt werden könne, welches ihm von Anfang an vorgeschwebt habe. Graf Szápáry betonte, wie sehr die Instruktionen des Grafen Berchtold einen weiteren Beweis guten Willens böten, wenn freilich der k. u. k. Botschafter Herrn Sazonow auch nochmals in Erinnerung rufen müsse, daß ihm die durch die seitherige

allgemeine Mobilisierung geschaffene Situation unbekannt sei. Graf Szápáry könne nur hoffen, daß der Gang der Ereignisse die Monarchie nicht schon zu weit geführt habe; jedenfalls hätte er es für seine Pflicht gehalten, im gegenwärtigen hochernsten Augenblicke den guten Willen der k. u. k. Regierung nochmals zu dokumentieren. Herr Sazonow erwiderte, er nehme von diesem Beweise guten Willens mit Befriedigung Kenntnis; auch möchte er Graf Szápáry aufmerksam machen, daß ihm Unterhandlungen in St. Petersburg aus naheliegenden Gründen weniger Erfolg versprechend erschienen, als solche auf dem neutralen Londoner Terrain. Graf Szápáry erwiderte, Graf Berchtold gehe, wie Graf Szápáry selbst schon dargelegt hätte, vom Gesichtspunkte einer direkten Fühlungnahme mit St. Petersburg aus, so daß der Botschafter nicht in der Lage sei, zu Sazonows Anregung bezüglich Londons Stellung zu nehmen; doch werde er nach Wien hierüber Meldung erstatten.

Herr Sazonow schien (laut dieser Meldung Graf Szápárys) durch die eben empfangenen Eröffnungen wesentlich erleichtert und maß denselben offensichtlich eine übertriebene Bedeutung bei, so daß Graf Szápáry immer wieder auf die geänderte Situation, auf die Diskrepanz der beiderseitigen Ausgangspunkte u. dgl. verweisen mußte. Außerdem wurden bei der Konversation zwei Hauptpunkte vollkommen umgangen: von Seite des Grafen Szápáry der ihm aus den Telegrammen des Grafen Berchtold hervorzugehen scheinende rein rückblickende und theoretische Charakter einer Konversation über den Notentext, von Seite Herrn Sazonows die Frage, was während der etwaigen Verhandlungen bezüglich der militärischen Operationen geschehen solle?

Im Hinblick auf den Vorbehalt, den Graf Szápáry bezüglich der russischen allgemeinen Mobilisierung machte, sei — nach Graf Szápárys Ansicht — Graf Berchtold vollkommen in der Lage, die gemachten Eröffnungen als gegenstandslos zu erklären. Andrerseits scheine es dem Grafen Szápáry vom Standpunkte der Rollenverteilung überaus wichtig, noch einen Schritt gemacht zu haben, der wohl als das Äußerste an Entgegenkommen bezeichnet werden könne.

Sollte Graf Berchtold jedoch diplomatische Verhandlungen auch heute noch für tunlich oder opportun halten, so wäre hiefür eine Unterlage geboten. Aus diesen Gründen hoffe Graf Szápáry, daß sein Vorgehen die Billigung des Grafen Berchtold finden werde.

Letzte Besprechung Graf Berchtolds mit Herrn Schebeko (1. August). „Eigentlich handle es sich zwischen Österreich-Ungarn und Rußland um ein großes Mißverständnis"

Der russische Botschafter suchte Graf Berchtold am 1. August in freundschaftlicher Weise auf, um sich, wie er sagte, nach etwaigen Neuigkeiten zu erkundigen[1]. Er hoffe noch immer, daß es gelingen werde, den bestehenden Streitfall durch direkte Verhandlungen zu beheben. Bei der gegenwärtigen Lage der Dinge wäre es wohl besser, sich hiezu auf neutrales Terrain zu begeben, wofür London besonders geeignet wäre. Es sei überaus bedauerlich, daß man in Deutschland anscheinend den Krieg forcieren wolle[2]. Rußland hätte ja in Berlin bereits die bündigsten Versicherungen abgegeben, daß seine militärischen Maßnahmen keinen feindlichen Charakter gegen die Monarchie oder Deutschland trügen. Allerdings müßte man in Petersburg nach wie vor darauf bestehen, daß die Monarchie den Konflikt mit Serbien nicht löse, ohne Rußland zu konsultieren, dessen Interesse bei dieser Frage im Spiele sei.

Graf Berchtold ging auf diese Darlegung Herrn Schebekos nicht weiter ein, begann jedoch ein freundschaftliches, nicht offizielles Gespräch, in dessen Verlauf er den russischen Botschafter auf die vielfachen Torheiten der russischen Balkanpolitik aufmerksam machte. Es gäbe eine weit breitere Grundlage zu einer Auseinandersetzung zwischen der Monarchie und Rußland, wenn man sich nur einmal in Petersburg dazu entschließen könnte, nicht immer und ausschließlich das Schicksal der Balkanstaaten zum Angelpunkte des Verhaltens gegen die Monarchie zu machen. Herr Schebeko antwortete gleichfalls sehr freundschaftlich, erörterte in akademischer Weise die mannigfachen Verpflichtungen Rußlands als orthodoxer und slawischer Staat, verwies auf gewisse sentimentale Veranlagungen des russischen Volkes

[1] Tagesbericht d. d. 1. August, Nr. 3737.

[2] Ursprünglich im Konzept: „in Deutschland anscheinend den Kopf verloren habe". „Den Krieg forcieren wolle", Umänderung von der Hand des Grafen Berchtold.

und verließ Graf Berchtold mit der Bemerkung, eigentlich handle es sich zwischen der Monarchie und Rußland um ein großes Mißverständnis.

Unmittelbar darauf erhielt Graf Berchtold den Besuch Herrn Dumaines, der ebenso friedliche Töne anschlug wie sein russischer Kollege, mit wehmütigem Bedauern auf das kriegerische Vorgehen Kaiser Wilhelms verwies und seiner Überzeugung Ausdruck gab, es müsse eine Formel gefunden werden, die den gerechten Ansprüchen der Monarchie Rechnung trage[1], Rußlands Interesse an Serbien befriedige und den Weg zum Frieden eröffne.

Der Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten vom 31. Juli

Die Wichtigkeit der zu behandelnden Materien veranlaßte Graf Berchtold, für den 31. Juli einen Ministerrat für gemeinsame Angelegenheiten einzuberufen[2]. Als Konferenzteilnehmer erschienen die Minister und Funktionäre, die auch dem Ministerrate vom 7. und 19. Juli beigewohnt hatten, mit Ausnahme des k. u. k. Chefs des Generalstabes. Anwesend war diesmal auch der königlich ungarische Minister am allerhöchsten Hoflager Freiherr von Burián; als Schriftführer fungierte wieder Legationsrat Graf A. Hoyos. Den Gegenstand der Tagesordnung bildete die Beratung über den englischen Vermittlungsvorschlag und über an Italien zu gewährende Kompensationen.

Der Vorsitzende, Graf Berchtold, eröffnete die Sitzung und verlas den den englischen Vermittlungsvorschlag enthaltenden Tagesbericht vom 30. Juli[3].

Hieran anknüpfend erklärte Graf Berchtold, er habe dem deutschen Botschafter, als dieser ihm den englischen Vorschlag vorlegte, sogleich erklärt, daß eine Einstellung der Feindseligkeiten gegen Serbien unmöglich sei. Über den Vermittlungsvorschlag könne er nicht allein entscheiden, sondern

[1] „die unseren gerechten Ansprüchen Rechnung trage". Zusatz im Konzept von der Hand des Grafen Berchtold.

[2] G. M. K. P. Z. 514 d. d. 31. Juli 1914.

[3] Vgl. Seite 233 ff.

er müsse hierüber die Befehle des Monarchen einholen und die Angelegenheit im Ministerrate besprechen.

Er habe dann über den Inhalt der Demarche des deutschen Botschafters dem Monarchen Vortrag erstattet, der sofort erklärt habe, daß die Einstellung der Feindseligkeiten gegen Serbien unmöglich sei. Der Monarch habe hingegen den Antrag genehmigt, daß das Wiener Kabinett es zwar sorgsam vermeide, den englischen Antrag in meritorischer Hinsicht anzunehmen, daß es aber in der Form seiner Antwort Entgegenkommen zeige und dem Wunsche des deutschen Reichskanzlers, die Regierung[1] nicht vor den Kopf zu stoßen, auf diese Weise entgegenkomme.

Die Antwort an die deutsche Regierung sei noch nicht ausgearbeitet, er könne aber jetzt schon sagen, daß bei ihrer Textierung auf drei Grundprinzipien Bedacht zu nehmen sein werde, nämlich:

1. Die kriegerischen Operationen gegen Serbien müssen fortgesetzt werden;

2. Das Wiener Kabinett könnte über den englischen Vorschlag nicht unterhandeln, solange die russische Mobilisierung nicht eingestellt werde, und

3. die Bedingungen Österreich-Ungarns müßten integral angenommen werden und es könnte sich die Monarchie in keine Verhandlungen über dieselben einlassen[2].

Erfahrungsgemäß würden die Mächte in solchen Fällen immer Abstriche bei Weitergabe seitens einer Macht aufgestellter Bedingungen zu machen versuchen; es sei sehr wahrscheinlich, daß man dies auch jetzt versuchen würde, wo bei der jetzigen Zusammensetzung Frankreich, England und auch Italien den russischen Standpunkt vertreten würden und die Monarchie an dem gegenwärtigen deutschen Vertreter in London eine sehr zweifelhafte Stütze hätte. Von dem Fürsten Lichnowsky sei alles andere zu erwarten,

[1] Im Konzept ursprünglich: „daß wir aber in der Form unserer Antwort Entgegenkommen zeigen und die englische Regierung nicht vor den Kopf stoßen dürften".

[2] Vergleiche die Textierung der Antwort an die deutsche Regierung, Seite 235.

als daß er die Interessen Österreich-Ungarns warm vertreten würde. Wenn die Aktion jetzt nur mit einem Prestigegewinne endete, so wäre sie nach der Ansicht des Vorsitzenden ganz umsonst unternommen worden. Die Monarchie hätte von einer einfachen Besetzung Belgrads gar nichts, selbst wenn Rußland hiezu seine Einwilligung geben würde. Alles dies wäre Flitterwerk, Rußland würde als Retter Serbiens und namentlich der serbischen Armee auftreten. Letztere würde intakt bleiben und die Monarchie hätte in zwei bis drei Jahren wieder einen Angriff Serbiens unter viel ungünstigeren Bedingungen zu gewärtigen. Graf Berchtold beabsichtige daher, auf den englischen Vorschlag in sehr verbindlicher Form zu antworten, dabei aber die vorerwähnten Bedingungen zu stellen und zu vermeiden, auf den meritorischen Teil einzugehen.

Der gemeinsame Finanzminister Ritter von Biliński wies darauf hin, daß durch die Mobilisierung der Monarchie eine ganz neue Situation geschaffen worden sei. Vorschläge, die in einem früheren Zeitpunkte akzeptabel gewesen wären, seien jetzt nicht mehr annehmbar.

Der königlich ungarische Ministerpräsident erklärte, er schließe sich den Ausführungen des Vorsitzenden vollkommen an und sei auch der Ansicht, daß es verhängnisvoll wäre, auf das Meritum des englischen Vorschlages einzugehen. Die Kriegsoperationen gegen Serbien müßten jedenfalls ihren Fortgang nehmen. Er frage sich aber, ob es notwendig sei, schon jetzt die neuen Forderungen der Monarchie an Serbien den Mächten überhaupt bekanntzugeben, und er würde vorschlagen, die englische Anregung dahin zu beantworten, daß die Monarchie prinzipiell bereit wäre, derselben näherzutreten, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Operationen gegen Serbien fortgesetzt werden und die russische Mobilisierung eingestellt werde.

Der k. k. Ministerpräsident führte aus, der Gedanke einer Konferenz sei ihm so odios, daß er selbst ein scheinbares Eingehen auf denselben vermeiden möchte. Er halte daher den Vorschlag des Grafen Tisza für den richtigen. Die Monarchie müßte den Krieg mit Serbien fortsetzen

und sich bereit erklären, mit den Mächten weiter zu verhandeln, sobald Rußland seine Mobilmachung einstelle.

Herr von Biliński fand die Anregung des Grafen Tisza außerordentlich geschickt; die Monarchie würde durch das Stellen der erwähnten zwei Bedingungen Zeit gewinnen. Auch er könnte sich mit der Idee einer Konferenz nicht befreunden. Der Verlauf der Londoner Konferenz stünde in so entsetzlicher Erinnerung, daß sich die ganze Öffentlichkeit gegen die Wiederholung eines solchen Schauspieles auflehnen würde. Auch er sei der Ansicht, man solle den englischen Vorschlag nicht schroff ablehnen.

Nachdem noch Freiherr von Burián sich in zustimmendem Sinne geäußert hatte, wurde der Vorschlag des Grafen Tisza einstimmig angenommen und festgestellt, daß prinzipielle Geneigtheit bestehe, auf den englischen Vorschlag unter den zwei vom Grafen Tisza aufgestellten Bedingungen einzugehen.

Der Vorsitzende hob hierauf hervor, wie wichtig es sei, Italien beim Dreibund zu erhalten. Nun hätte sich aber Italien auf den Standpunkt gestellt, der Konflikt sei von der Monarchie provoziert worden und ihr Vorgehen gegen Serbien habe eine aggressive Spitze gegen Rußland. Aus allen Äußerungen des Marquis di San Giuliano gehe klar hervor, daß die ganze italienische Haltung von dem Verlangen nach einer Kompensation getragen sei. Italien stütze dieses sein Verlangen auf den Wortlaut des Artikels VII des Dreibundvertrages. Die Auffassung des Wiener Kabinetts sei, daß laut dieses Artikels das Recht auf eine Kompensation nur dann bestünde, wenn die Monarchie türkisches Gebiet auf dem Balkan dauernd oder vorübergehend besetzen würde, da dem Geiste des Vertrages nach nur von Gebieten des „Empire Ottoman“ die Rede sein könne. Italien behaupte dagegen, daß, nachdem an einer Stelle auch die Worte „dans les Balcans“ vorkommen, die ganze Balkanhalbinsel gemeint sei. Wenn sich auch die italienische Auffassung durch eine Reihe von Gründen bekämpfen ließe, so müsse er doch darauf hinweisen, daß die deutsche Regierung sich die Anschauung Italiens zu eigen gemacht habe. Im Laufe der letzten Woche seien täglich Demarchen bei ihm gemacht

worden, um zu erreichen, daß sich die k. u. k. Regierung der Auffassung der Kompensationsfrage seitens der zwei anderen verbündeten Mächte anschließe.

Der k. u. k. Kriegsminister erwähnte dazu, daß ihm der k. u. k. Militärattaché in Berlin über Unterredungen berichtet habe, die dieser mit Kaiser Wilhelm und dem Generalstabschef Grafen Moltke gehabt habe, in welchen beide in eindringlicher Weise hervorgehoben hätten, wie wichtig ein aktives Eingreifen Italiens in dem bevorstehenden Konflikt sei, und daß es daher äußerst wünschenswert wäre, wenn die k. u. k. Regierung Italien in der Kompensationsfrage entgegenkommen würde.

Der Vorsitzende erkläre darauf, man hätte ihn von Rom aus wissen lassen, der bevorstehende Krieg widerstreite den italienischen Interessen, da durch einen günstigen Ausgang desselben die Machtstellung der Monarchie am Balkan vermehrt würde. Unter diesen Umständen könne Italien nur dann aktiv eingreifen, wenn seine Ansprüche anerkannt würden. Graf Berchtold habe den k. u. k. Botschafter in Rom bisher beauftragt, mit vagen Phrasen auf die Kompensationsforderungen zu antworten und dabei immer wieder nachdrücklich zu betonen, daß dem Wiener Kabinett der Gedanke an territoriale Erwerbungen fernliege. Wenn die Monarchie aber dazu gezwungen würde, eine nicht nur vorübergehende Okkupation vorzunehmen, so wäre noch immer Zeit, der Kompensationsfrage näherzutreten.

Graf Berchtold sehe nun zwei Wege, die man hier einschlagen könne. Entweder auf der eigenen Auslegung des Artikels VII zu beharren, aber mit einem „beau geste“ Italien eine Kompensation zuzusprechen, oder aber die italienische Auslegung des Artikels VII anzunehmen, wobei ausdrücklich hervorzuheben wäre, daß Italien nur dann Anspruch auf eine Kompensation hätte, wenn die Monarchie zu einer dauernden Besitzergreifung eines Gebietes auf der Balkanhalbinsel schreiten würde. Zum Schlusse wolle er darauf hinweisen, daß die Monarchie während des libyschen Feldzuges den Artikel VII in sehr rigoroser Weise ausgelegt hätte.

Freiherr von Burián und Graf Tisza betonten, daß man nicht nur die italienische Interpretation des Artikels VII

des Vertrages anfechten könne, sondern auch die Auffassung der italienischen Regierung, daß der Casus foederis für sie nicht gegeben sei. Daher sollte man nur unter der Bedingung sich zu Konzessionen entschließen, daß die italienische Kooperation im Falle eines großen Krieges tatsächlich Platz greife.

Herr von Biliński wies darauf hin, daß der große Kampf, der bevorstehe, für die Monarchie ein Existenzkampf sei. Wenn die effektive Hilfe Italiens in diesem Kampfe wirklich von so großem Werte sei, so werde man wohl ein Opfer bringen müssen, um dieselbe zu erkaufen.

Graf Stürgkh vertrat den Standpunkt, daß Italien keinen Anspruch auf eine Kompensation erheben könne, wenn es nach Ausbruch des großen Krieges seine Bundespflichten nicht erfülle.

Der Ministerrat erteilte hierauf dem Vorsitzenden die prinzipielle Ermächtigung, Italien für den Fall, als die Monarchie eine dauernde Besetzung serbischen Territoriums vornehmen sollte, eine Kompensation in Aussicht zu stellen, und wenn es die Umstände erheischen sollten und Italien seine Bundespflicht tatsächlich erfülle, auch über die Abtretung Valonas an Italien zu sprechen, in welchem Falle Österreich-Ungarn sich den ausschlaggebenden Einfluß in Nordalbanien sichern würde.

Hierauf erklärte der Vorsitzende die Beratung für beendet.

Das Protokoll dieses Ministerrates unterzeichnete der Monarch am 21. August.

Die österreichisch-ungarische allgemeine Mobilisierung

Militärische Maßnahmen in der Zeit vom 25. bis 31. Juli

Seit der Mobilisierung der für den Krieg gegen Serbien bestimmten 8 Armeekorps am 25. Juli abends[1] wurden bis zum 31. Juli militärische Maßnahmen (Ausnahmsgesetze u. dgl.) zwar in beträchtlichem Umfange vorgenommen, doch betrafen sie ausschließlich die Kriegsbereitschaft nach dem Südosten.

[1] Vgl. Seite 216, 217.

Eine weitere Teilmobilisierung fand in keiner Weise statt. Auch die drei nordöstlichen Korps (I., X. und XI.) wurden erst auf Grund des allgemeinen Mobilisierungsbefehls „alarmiert".

Unterredung des deutschen Generalstabschefs mit dem k. u. k. Militärattaché

Am 30. Juli nachmittags fand zwischen dem Chef des deutschen Generalstabes und dem k. u. k. Militärattaché eine wichtige Unterredung statt. Als Ergebnis wurde an Baron Conrad durch den k. u. k. Militärattaché ein Telegramm abgesendet, das den dringenden Ratschlag der sofortigen allgemeinen Mobilisierung enthielt[1].

Allgemeine österreichisch-ungarische Mobilisierung (31. Juli mittags)

Dieses am 30. Juli, abends 10 Uhr 20 Minuten, in Wien eingetroffene Telegramm Graf Szögyénys wurde von Graf Berchtold mit folgender am 31. Juli, 8 Uhr vormittags, expedierten Weisung an den k. u. k. Botschafter in Berlin erledigt:

„Freiherr von Conrad telegraphiert gleichzeitig, in Be-
„antwortung einer Anfrage, an den Chef des deutschen
„Generalstabes:

„Auf Grund Allerhöchster Entscheidung ist Entschluß:
„Krieg gegen Serbien durchführen. Rest der Armee mobili-
„sieren und in Galizien versammeln. Erster Mobilisierungs-
„tag 4. August. Mobilisierungsbefehl ergeht heute 31. Juli.
„Erbitte Bekanntgabe dortseitigen ersten Mobilisierungs-
„tages"[2].

Der Befehl zur allgemeinen Mobilisierung langte von der Militärkanzlei des Monarchen am 31. Juli, 12 Uhr 23 Minuten mittags, im Kriegsministerium und beim Chef des Generalstabes ein und wurde sofort ausgegeben.

Motivierung der militärischen Maßnahmen in Galizien (31. Juli)

Zur Begründung der militärischen Maßnahmen in Galizien erhielten die Signatarbotschaften, die Balkanmissionen, der Gesandte in Stockholm und der Botschafter in Tokio eine am 1. August, 7 Uhr morgens, expedierte Instruktion[3]:

[1] Telegramm aus Berlin d. d. 30. Juli, 7 Uhr 40 Minuten p. m., Nr. 331.

[2] Weisung nach Berlin d. d. 31. Juli, 8 Uhr a. m., Nr. 302.

[3] Zirkulartelegramm d. d. 31. Juli, Prot. Nr. 5955—5965. Expediert 1. August, 7 Uhr a. m.

„Da die russische Regierung Mobilisierungen an unserer „Grenze angeordnet hat, werden wir zu militärischen Maß- „nahmen in Galizien gezwungen. Diese Maßnahmen haben „einen rein defensiven Charakter und sind lediglich unter „dem Drucke der russischen Vorkehrungen erfolgt, die wir „sehr bedauern, da wir selbst keine aggressiven Absichten „gegen Rußland haben und die Fortdauer der bisherigen „guten nachbarlichen Beziehungen wünschen. Die der Situation „entsprechenden Besprechungen zwischen dem Wiener und „Petersburger Kabinett, von denen wir uns eine allseitige „Beruhigung erhoffen, gehen inzwischen in freundschaftlicher „Weise weiter."

Immediatvortrag des Grafen Berchtold (31. Juli) (Entwurf)

Die großen Probleme und Ereignisse dieses schicksalschweren Tages faßte Graf Berchtold in einem (am Abend des 31. Juli mundierten) Immediatvortrage zusammen:

Graf Berchtold nehme sich die Freiheit zu melden, daß der kaiserlich deutsche Botschafter ihm soeben [1] im Auftrage der deutschen Regierung mitgeteilt habe, der deutsche Kaiser habe den Übergang der deutschen Armee und Marine in den „drohenden Kriegszustand" am 31. Juli vormittags angeordnet [2].

Es sei dies, wie der deutsche Botschafter hinzufügte, die in der Monarchie als „Alarm" bezeichnete Vorbereitung zur allgemeinen Mobilisierung, welche in zwei Tagen beginnen werde.

Man rechne, wie der deutsche Botschafter noch bemerkte, im deutschen Generalstabe damit, daß die österreichisch-ungarische Armee bei Fortsetzung der Aktion gegen Serbien auch die kriegerische Aktion gegen Rußland möglichst bald beginnen werde.

Auch habe Herr von Tschirschky am 31. Juli morgens auf Grund einer telephonischen Verständigung aus Berlin mitgeteilt, der Reichskanzler beabsichtige, sofort ein Ultimatum an Rußland wegen Einstellung der Mobilmachung zu richten.

[1] Am Abend des 31. Juli.

[2] Vgl. Seite 310. — Nach der Feststellung im Weißbuch betr. d. V. d. U. a. Kr., Seite 48, erfolgte die Erklärung des Zustandes drohender Kriegsgefahr am 31. Juli nachmittags.

In einer am 31. Juli vormittags stattgehabten gemeinsamen Ministerkonferenz sei der Beschluß gefaßt worden, den englischen Vermittlungsvorschlag, der gestern von dem deutschen Botschafter vorgelegt wurde, in sehr verbindlicher Weise dahin zu beantworten, daß die Monarchie zwar nicht abgeneigt sei, den englischen Vermittlungsvorschlag in Erwägung zu ziehen; ihre kriegerische Aktion gegen Serbien dürfe hiedurch jedoch keine Unterbrechung erfahren, und die Monarchie müßte überdies es zur Bedingung für ihr Eingehen auf den Vermittlungsantrag Sir E. Greys machen, daß Rußland alle Mobilisierungsmaßnahmen sofort einstelle und seine Reserven entlasse.

Die Konferenz habe außerdem über eine Italien zu gewährende Kompensation für den Fall beraten, daß sie zu einer dauernden Besitzergreifung am Balkan genötigt wäre. Es sei beschlossen worden, daß es angesichts der bedrohlichen Lage unbedingt notwendig sei, sich die loyale Kooperation Italiens zu sichern und zu diesem Ende, obwohl der Artikel VII des Dreibundvertrages nach der eigenen Interpretation auf den Kriegsfall mit Serbien nicht zur Anwendung kommen könne, der hievon divergierenden Anschauung Italiens — welcher sich auch Deutschland angeschlossen habe — Rechnung zu tragen.

Hiebei sei namentlich die Eventualität der Zedierung des albanischen Hafens von Valona in Erörterung gezogen worden, wogegen seitens des anwesenden Admirals Kailer unter der Voraussetzung keine schwerwiegenden Bedenken erhoben worden seien, daß dieser Hafen nicht zu einem Kriegshafen ausgestaltet werden dürfte.

Baron Conrad hoffe, Italien dazu zu bewegen, außer der Erfüllung der Bundespflichten gegen Frankreich, der Monarchie auch Truppen für Galizien zur Verfügung zu stellen. Selbstredend könnten Kompensationen für Italien nur dann ins Auge gefaßt werden, wenn es der Monarchie gegenüber im Falle des lokalisierten Krieges eine freundschaftliche Haltung entgegenbringe, im Falle des europäischen Krieges aber seinen Bundespflichten effektiv nachkomme.

Kaiser Wilhelm im Gespräche mit dem k. u. k. Legationsrat Grafen Larisch (1. August)

Bei einem Spazierritte, den Kaiser Wilhelm am 1. August im Tiergarten unternahm, fand er Gelegenheit, den k. u. k. Legationsrat Grafen Larisch in ein längeres politisches Gespräch zu ziehen[1]. Kaiser Wilhelm betonte zu wiederholten Malen, daß Österreich-Ungarn unbedingt seine Hauptmacht mit allen verfügbaren Mitteln gegen Rußland richten müsse, da nach den ihm zukommenden Nachrichten die Truppenansammlungen an der russischen Grenze Riesendimensionen annähmen. Weiters erwähnte der deutsche Kaiser, daß die Tatsache der allgemeinen Mobilisierung Rußlands ihn vollkommen überrascht hätte. Was die Haltung Englands betreffe, so hätte König Georg selbst dem Prinzen Heinrich bei dessen vor kurzem stattgefundenen Besuch in England versichert, England werde bei einem Konflikt der vier Kontinentalmächte nicht aktiv eingreifen; diese königliche Versicherung habe jedoch Sir Edward Grey 24 Stunden später desavouiert, indem er dem deutschen Botschafter erklärte, England könne nicht ruhig bleiben und müsse seine „Alliierten" unbedingt unterstützen.

Depeschenwechsel zwischen den beiden Herrschern. Telegramm Kaiser Wilhelms (31. Juli und 1. August)

An Kaiser Franz Joseph war am 31. Juli nachmittags von Kaiser Wilhelm das nachstehende Telegramm abgesendet worden:

„Der heute von mir angeordneten einleitenden Mobil-
„machung meines gesamten Heeres und meiner Marine[2]
„wird die definitive Mobilmachung in kürzester Frist folgen[3].
„Ich rechne mit dem 2. August als ersten Mobilmachungstag
„und bin bereit, in Erfüllung meiner Bündnispflichten sofort
„den Krieg gegen Rußland zu beginnen. In diesem schweren
„Kampfe ist es von größter Wichtigkeit, daß Österreich seine
„Hauptkräfte gegen Rußland einsetzt und sich nicht durch
„eine gleichzeitige Offensive gegen Serbien zersplittert. Dies
„ist um so wichtiger, als ein großer Teil meines Heeres
„durch Frankreich gebunden sein wird. Serbien spielt
„in dem Riesenkampfe, in den wir Schulter an Schulter

[1] Telegramm aus Berlin d. d. 1. August, 2 Uhr 50 Minuten p. m., Nr. 350.

[2] Übergang in den „drohenden Kriegszustand" am 31. Juli. (Vgl. Seite 308.)

[3] Mobilmachungsbefehl 1. August 5 Uhr nachmittags.

„eintreten, eine ganz nebensächliche Rolle, die nur die „allernötigsten Defensivmaßregeln erfordert. Ein Erfolg des „Krieges und damit der Bestand unserer Monarchien kann „nur erhofft werden, wenn wir beide den neuen mächtigen „Gegnern mit voller Kraft entgegentreten. Ich bitte Dich „ferner, alles zu tun, um Italien durch möglichstes Entgegen- „kommen zur Teilnahme zu bewegen. Alles andere muß „zurücktreten, damit der Dreibund gemeinsam in den Krieg „eintritt.

Wilhelm."

Antwort-telegramm Kaiser und König Franz Josephs (1. August) (Entwurf)

Am 1. August, 5 Uhr 45 Minuten nachmittags, wurde an den Grafen Szögyény von Wien aus der Auftrag erteilt[1], das folgende Antworttelegramm Kaiser Franz Josephs unverzüglich an Kaiser Wilhelm gelangen zu lassen:

„Ich danke Dir, teuerer Freund, für Deine herzerfreuende „Mitteilung und bin in dieser ernsten Stunde mit Dir vereint „und bete zu Gott, daß er unseren verbündeten Armeen „in ihrem Kampfe um die gerechte Sache den Sieg verleihe.

„Sobald mein Generalstab erfahren hat, daß Du ent- „schlossen bist, den Krieg gegen Rußland sogleich zu be- „ginnen und mit aller Kraft durchzuführen, stand auch hier „der Entschluß fest, die überwiegenden Hauptkräfte gegen „Rußland zu versammeln[2]. Mit Italien sind seitens meines „Generalstabes Verhandlungen angebahnt, welche auf eine „weitere Teilnahme italienischer Truppen am Dreibundkriege „abzielen; eine fördernde Einflußnahme Deinerseits in dieser „Hinsicht wäre dringend erwünscht.

[1] Entwurf des Telegramms d. d. 1. August, Protokoll Nr. 6073. Expediert 1. August, 5 Uhr 45 Minuten p. m.

[2] Die militärischen Ausführungen des Telegramms waren den Erwägungen entnommen, die der k. u. k. Chef des Generalstabes am 1. August eigenhändig auf einem besonderen Blatte aufgesetzt hatte. Diese Aufzeichnungen hatten ursprünglich den folgenden — wegen der daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen — bemerkenswerten Wortlaut:

„Auch hier stand mit dem Momente, als Deutschland seinen Willen „bestimmt kundgab, den großen Krieg tatsächlich sogleich zu beginnen, „der Entschluß fest, die überwiegenden Hauptkräfte gegen Rußland zu „versammeln, trotz der großen technischen Schwierigkeiten, welche da- „durch entstehen, daß die Transporte nach Süden bereits im Laufen sind, „was vor zwei Tagen noch hätte inhibiert werden können.

„Du kannst versichert sein, daß seitens meiner Armee „das Äußerste geschehen wird, um den großen Kampf zum „erfolgreichen Ausgang zu führen. Mein Militärattaché in „Berlin berichtet heute über seinen gestrigen Empfang durch „Dich. Ich bin hocherfreut und begeistert über Deine um„fassenden Vorkehrungen, um unsere Streitmacht durch den „Anschluß neuer Verbündeter zu stärken [1].

„Angesichts des Ernstes der Lage erhielt mein Bot„schafter in Rom bereits den Auftrag, der italienischen „Regierung zu erklären, daß wir bereit sind, deren Inter„pretation des Artikels VII des Vertrages zu akzeptieren, „falls Italien seinen Bundespflichten jetzt voll entspricht. „Ich telegraphiere auch selbst an den König von Italien, um „ihm zu sagen, daß wir nach dreißigjähriger Friedensarbeit „darauf rechnen, daß die drei Verbündeten ihre Heere zu „diesem Entscheidungskampfe vereinigen werden" [2].

(Die Bemerkungen „trotz der großen technischen Schwierigkeiten . . . ." bis: „inhibiert werden können", ebenso wie unten: „man ist . . . ." bis: „Deutschlands dient" wurden im Ministerium des Äußern gestrichen.)

„Mit Italien sind seitens meines Generalstabes Verhandlungen an„gebahnt, welche auf eine weitere Teilnahme italienischer Truppen am „Dreibundkrieg abzielen; eine fördernde Einflußnahme deutscherseits in „dieser Hinsicht wäre dringend erwünscht.

„Deutschland möge versichert sein, daß hierorts militärischerseits „das Äußerste geschehen wird, um den großen Kampf zum erfolgreichen „Ausgang zu führen — man ist sich hier bewußt, daß die Aufnahme des „Krieges durch die Hauptkräfte in Galizien zunächst vor allem der Rücken„deckung Deutschlands dient."

Aus diesen Ausführungen Baron Conrads ergibt sich die sachlich wichtige Schlußfolgerung: Der deutsche Generalstab hat eine Beeinflussung der Instradierung der österreichisch-ungarischen Armee nach dem serbischen Kriegsschauplatze nicht vorgenommen; eine Maßnahme, die für den Fall eines beabsichtigten gemeinsamen Angriffskrieges gegen Rußland nicht hätte unterlassen werden können.

Die — im k. u. k. Ministerium des Äußern aus wohlverständlichen Gründen gestrichene — Notiz Baron Conrads hinsichtlich der großen technischen Schwierigkeiten, „welche dadurch entstehen, daß die Transporte nach Süden bereits im Laufen sind, was vor zwei Tagen noch hätte inhibiert werden können", involviert indirekt einen Hinweis auf diese Unterlassung. (Vgl. Seite 181, 182.)

[1] Es handelt sich um die Bemühungen Kaiser Wilhelms zur Gewinnung Italiens, der Türkei, Griechenlands, Rumäniens und Bulgariens.

[2] Vgl. Seite 265.

Date Due

Library Bureau Cat. No. 1137

A 000 518 286

D 512
.H66